

Va 382  
l





# Mitteilungs-Blatt

Der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

2. Jahrgang

Halle (Saale), den 27. Januar 1929

Nr. 1

## Hinein in den Betriebsrat!

Bald werden in unseren Bezirken wiederum die Wahlen zum Betriebsrat stattfinden. Der Kampf hat bereits eingesetzt mit allen Mitteln der Verleumdung und Hezke, wie sie der Gewerkschaften würdig sind. Deren Auftraggeber wissen ganz genau, daß ihnen von Seiten der nationalen Arbeiterbewegung die größte Gefahr droht. Den ehrlichen Kampf wagen sie nicht aufzunehmen, darum wird von hinten herum draußengelogen und verleumdet, wie es so die gewerkschaftliche Manier ist. Da hat so ein armseliger Schreiber ein Sudelblatt losgelassen gegen die „Gelben“. Es wird darin wieder gefaselt von Freibier, von sozialer Reaktion und ähnlichem Unsinn. Die Gewerkschaften sind natürlich dargestellt als Retter und Befreier der Arbeiterschaft.

Sie sind es, die uns höhere Löhne gebracht haben.

uns die verkürzte Arbeitszeit gebracht haben.

die uns die soziale Gesetzgebung gebracht haben.

**Zawohl, und die Inflation.**

**Zawohl, und Wirtschaftszersfall und Arbeitslosigkeit.**

**Zawohl, und Abzüge über Abzüge. Vergleiche die glorreiche Knappschafft.**

**Zawohl, die Gewerkschaften sind es, die uns ins Elend hineingeritten haben, in einem Wirtschaftszersfall, der sich für uns Arbeiter und das ganze Volk gar bald als eine Katastrophe auswirken wird. Gar bald werden den Herrschaften und dem ganzen deutschen Volke die Augen aufgehen, wohin wir mit der vielgepriesenen gewerkschaftlichen Herrlichkeit gekommen sind.**

Sie haben uns wohl auch das Betriebsrätegesetz gebracht? Das wagen sie freilich nicht zu behaupten; denn es ist allgemein bekannt, daß sie die schärfsten Gegner dieses Gesetzes waren. Sie erblickten im Betriebsrätegesetz eine Konkurrenz und fürchteten für ihren Bestand. Was geht sie der Betrieb an. Die Hauptsache ist ihnen die Stärke der Gewerkschaftsbürokratie und ihre Machtpositionen. Eine neue Herrscherkaste ist entstanden, die unbekümmert um die Wirtschaft und deren betriebliche Grundlage nur an eigene Macht und Herrschgelüste denkt.

Alles aber, was Bestand haben soll, muß auf gesunder Grundlage aufgebaut sein. Wie ein Haus umso fester steht, je fester seine Fundamente sind, so ist auch

die Wirtschaft um so gesicherter, je gesunder die einzelnen Betriebe in sich sind. Da hilft kein Herumreden und Herumdoktern mit Plüsterchen und Palliativmitteln, wie es heute eine beliebte Art ist, sondern die Gesundung muß von innen heraus kommen, beginnend mit dem Fundament in den Betrieben selbst.

Das ist die Auffassung der nationalen Arbeiterbewegung, und entsprechend dieser Aufgabe beginnt unsere Aufbauarbeit in den Betrieben. Und bei dieser Arbeit steht uns das Betriebsrätegesetz zur Seite. Wir sind von vornherein aufgebaut im Sinne des Betriebsrätegesetzes. Es heißt ausdrücklich im Paragraph 66 des B. A. G.:

„Der Betrieb hat die Aufgabe: in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen, in den Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuarbeiten.

Den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren....

Das Einvernehmen innerhalb der Arbeitnehmerschaft sowie zwischen ihr und dem Arbeitgeber zu fördern und für Wahrung der Vereinigungsfreiheit der Arbeitnehmerschaft einzutreten.

Beschwerden des Arbeiter- und Angestelltenrats entgegenzunehmen und auf ihre Abstellung in gemeinsamer Verhandlung mit dem Arbeitgeber hinzuwirken.“

Saben die Gewerkschaften oder die gewerkschaftlichen Betriebsräte je im Sinne dieser gesetzlichen Aufgabe gehandelt? Niemals. Sie haben aus dem Betriebsrat ein gewerkschaftliches und politisches Instrument gemacht. Ihr Betriebsrat soll zunächst und in erster Linie gewerkschaftlicher Funktionär sein und der Betrieb ist Nebensache.

Das soll und muß anders werden. Natürlich wollen die Herren Sekretäre von einem gesunden Aufbau, der unten im Betrieb beginnt mit der Betriebsgemeinschaft und oben endet in der Arbeitsgemeinschaft nichts wissen, weil für sie dann kein Platz mehr da ist, kein Pöstchen. Sie wollen die gewerkschaftliche Diktatur.

Wir aber wollen frei sein von gewerkschaftlicher Bevormundung und Gängelerei. Wir wollen frei sein von Verhegung, die uns in Streik und Elend treibt.

Die nächste Nummer erscheint am 20. Februar 1929.

**Wir wollen unser Schicksal selbst bestimmen.**

Der sicherste Weg dazu ist die Eroberung des Betriebsrates. Wir wollen keine neue Herrscherkaste. Wir haben gerade genug von dem faulen Zauber, den man Freiheit und Gleichheit nennt.

Ob der Betrieb Privateigentum ist, oder Staatseigentum oder Genossenschaft, das kann uns gleichgültig sein. Wir müssen arbeiten, so oder so. **Uns ist der Betrieb die Hauptsache.** Je gesunder der Betrieb, um so gesunder unsere Lohngrundlage, um so größer unser Lohnanteil.

Deshalb arbeiten wir im Sinne des Betriebsratengesetzes daran, die Betriebe so gesund als möglich zu machen. Haben wir nicht genug am Knappschafftsgesetz, das die Gewerkschaften gemacht haben? Soll unsere ganze Existenzgrundlage vernichtet werden? Elend und Not genug haben uns die Gewerkschaften gebracht. Einmal aber hats ein Ende. Die Arbeiterschaft ist aufgewacht und will mündig sein. Frei von Gängelei und

Bevormundung, frei von gewerkschaftlichem Zwang und Terror.

**Kameraden, setzt alle Kräfte ein! Klärt die Säugigen auf. Ruht und rastet nicht bis jeder Arbeiterkamerad die Wahrheit erfährt.** Es ist aber höchste Zeit. Die Wirtschaftskurve geht rapide nach unten. Verewigung der Sklaverei und Fron ist uns gewiß, wenn nicht die vernünftige Arbeiterschaft Hand in Hand mit einer verantwortungsbewußten Unternehmerschaft dem Karren der Wirtschaft in die Speichen greift. Wir können es nicht eindringlich genug sagen. Aber für den Sehenden ist es kein Zweifel mehr. Das Hunger- und Notgespenst grinst schon durch alle Türen. Eine Rettung gibt es allein: und das ist der gesunde Sinn der deutschen Arbeiterschaft.

**Wirtschaftsvernunft, Leistungslohn, Wertung unserer Persönlichkeit, Schaffung von Eigentum für den Einzelnen, das sind unsere Ziele. Helft alle mit! Besonders jetzt bei den Wahlen zum Betriebsrat.**

**Kameraden, wählt nur unsere Listen!**

## Die Enteignung der Arbeiterschaft.

**Vernunft wird Unfinn, Wohltat Plage.**

Der Kampf um die soziale Gesetzgebung ist bei uns kein Kampf mehr, der um ihrer selbst willen geführt wird, sondern vom Standpunkt parteipolitischer und gewerkschaftlicher Demagogie. Sozialpolitische Versprechungen werden als Mittel zur Gewinnung der politischen Macht mißbraucht. „Gib Deine Stimme der sozialdemokratischen Partei. Das ist bar Geld.“ Wer am meisten verspricht, erhält die meisten Stimmen und die größte politische Macht. Wenn der deutsche Arbeiter für einen Augenblick seine parteipolitischen und gewerkschaftlichen Scheuklappen lüftet und die soziale Frage mal von seinem eigenen Standpunkt aus betrachtet, dann wird er erkennen, daß der Kampf

**eine schwere Belastung für die Arbeiter selbst geworden ist.**

Das ist fürwahr keine Arbeiterpolitik mehr, die in der Hauptsache nur an die Kranken, Invaliden, Alten und Arbeitslosen denkt und die soziale Lage der Arbeitenden und Gesunden außer acht läßt.

Sonderbar: Wenn irgend wo eine Stimme der Vernunft sich meldet und die schädlichen Auswirkungen unserer Versicherungsgesetzgebung nachweist und an Beispielen zeigt, wie der Arbeiter immerzu an der Nase herumgeführt wird, wie er seine sauer verdienten Groschen in den unersättlichen Rachen der Versicherungskassen abführen muß, dann erhebt sich im gewerkschaftlichen Blätterwald ein Gezische und Getreische, als ob es ihnen an Hals und Kragen ginge. Das ist es ja eben, diesen Herren von der gewerkschaftlichen Journaille, den wohlbestallten Herren Gewerkschaftssekretären, denen geht es an Hals und Kragen, wenn der Arbeiter sehend wird.

Darum ihr wütendes Gefläß, wenn Aerzte, Wissenschaftler, Praktiker gegen die unsinnige Sozialversicherung ihre warnende Stimme erheben. Es vergeht fast kein Tag, wo das nicht geschieht. Da regt sich ihr schlechtes Gewissen, sie wissen ganz genau, daß der Arbeiter daran zugrunde geht.

Das was die Stifter der Sozialversicherung wollen: den Bedürftigen „größere Sicherheit“ und „Ergiebig-

keit des Bestandes“ zu verschaffen, wird nicht erreicht. Die Ergiebigkeit wird sich immer in den Grenzen absoluter Unzugänglichkeit halten müssen, soweit es die Invaliden- und Altersversicherung angeht. Soweit es Kranken- und Arbeitslosenversicherung betrifft, wird der weitaus größte Teil der Arbeitnehmer als dauernder Beitragszahler, ohne daß er auch nur die Zinsen seiner in jahrzehntelanger Zahlung Tausende von Mark betragenden Beiträge genießen kann, während andere die Versicherung ausnützen, sie als Gegenstand größter Ungerechtigkeit betrachten. Der den Arbeitnehmern durch Gesetz und Satzung verbürgte Rechtsanspruch wird zum kraßesten Unrecht umgebogen.

Wenn der Arbeitnehmer seine durch des Arbeitgebers Anteile vermehrten sozialen Beiträge sparen würde — es könnte dies auch zwangsmäßig geschehen durch Abführung an eine öffentliche oder private Kasse, — dann würde er in verhältnismäßig kurzer Zeit ein schönes Vermögen erworben haben, von dessen Zinsen er mehr als die doppelte Einnahme haben würde, als ihm jetzt an Alters- usw. Rente gezahlt wird. Er ist also dann besser (um mindestens 100%) gestellt als jetzt und hinterläßt seinen Kindern im Falle seines Todes die ganze gesparte Summe. Um diese Summe wird er heute im wahrsten Sinne des Wortes enteignet. Bei den Angestellten und Beamten im Bergbau liegen die Dinge genau so, nur handelt es sich bei ihnen um entsprechend höhere Summen.

Ein Beispiel möge zur Erläuterung dienen.

Der Durchschnittsverdienst eines Bergarbeiters beträgt zur Zeit etwa 46,56 Mk. (brutto). Die Abzüge zur Alters- bzw. Inv.-Pension betragen 3,92 Mk. Dazu kommt der Arbeitgeberbeitrag mit 2,61 Mk. macht zusammen 6,53 Mk. In 52 Wochen ergibt das eine Summe von 339,56 Mk.

Dieses Geld, auf eine Sparkasse gelegt, vermehrt sich unter Zugrundelegung eines Zinsfußes von 8% wie aus folgender Tabelle ersichtlich ist:

im 1. Jahre	339,56 Mk. Abzüge	dazu	27,16 Zinsen ergibt in der	Endsumme	706,28 Mk.
" 2. "	339,56	"	56,50	"	1102,34
" 3. "	339,56	"	88,18	"	1530,08
" 4. "	339,56	"	122,40	"	1992,04
" 5. "	339,56	"	159,36	"	2490,96
" 6. "	339,56	"	199,27	"	3029,79
" 7. "	339,56	"	242,38	"	3611,73
" 8. "	339,56	"	288,93	"	4240,42
" 9. "	339,56	"	339,23	"	4919,21
" 10. "	339,56	"	393,53	"	5652,30
" 11. "	339,56	"	452,18	"	6444,04
" 12. "	339,56	"	515,52	"	7299,12
" 13. "	339,56	"	583,92	"	8222,60
" 14. "	339,56	"	657,80	"	9219,96
" 15. "	339,56	"	737,59	"	10297,11
" 16. "	339,56	"	823,76	"	11460,43
" 17. "	339,56	"	916,83	"	12716,82
" 18. "	339,56	"	1017,34	"	14073,72
" 19. "	339,56	"	1125,89	"	15539,17
" 20. "	339,56	"	1243,13	"	17121,86
" 21. "	339,56	"	1369,74	"	19821,16
" 22. "	339,56	"	1505,69	"	21746,41
" 23. "	339,56	"	1739,71	"	23825,68
" 24. "	339,56	"	1906,05	"	26071,29
" 25. "	339,56	"	"	"	"

Noch einige Worte zur Erläuterung. Der Bergmann der 25 Jahre gearbeitet hat und 65 Jahre alt ist, bekommt heute eine Rente von 70 bis 80 Mk. pro Monat (wenn alles gut geht). Hätte er nach unserem Beispiel gesparrt, sagen wir beginnend mit 20 Jahren, dann hätte er im Alter von 45 Jahren ein Vermögen von 26071,29 Mk. Er könnte also monatlich an Zinsen verzehren 173,80 Mk. (Einhundertdreißig und achtzig Mark 80 Pfg.) Stirbt er nun nach 20 oder 30 oder 40 Jahren, dann hinterläßt er seinen Kindern das ganze Vermögen, nämlich 26071,29 Mk.

#### Wo bleibt das Geld heute?

Wir sind darum gebracht, wir sind enteignet, weil wir und unsere Kinder ewig Proletarier bleiben sollen, besitzlose Proleten und immer unzufrieden. Merkst du es nun endlich, deutscher Michel?

Wieviele Arbeiter aber gelangen überhaupt in den Genuß einer Rente? Und für wie lange Zeit? Auch diese Frage ist sehr wesentlich. Und es herrscht leider bei unseren Belegschaften völlige Unklarheit darüber. Die Bezugsdauer der Altersrente im Bereich der Hallschen Knappschaft beträgt im Durchschnitt noch nicht 2 Jahre, genau 1 Jahr und 8 Monate. Jahrzehntelang muß also der Kumpel enorme Beiträge zahlen, die ohne Zinsen in 25 Jahren 8489 Mk. ausmachen, um schließlich lumpige 12 bis 1500 Mark (im Durchschnitt)

herauszubekommen. Ist das sozial? Das nennt man Sozialversicherung?

Das ist die schlimmste Enteignung, die je stattgefunden hat. Wir wollen heute garnicht die Frage berühren, ob in den Kassen genügend Geld vorhanden ist, Tatsache ist, daß die Angestellten-Pensionskasse im Laufe dieses Jahres alle ist und die Arbeiter-Pensionskasse beginnt mit Defizit zu arbeiten. Aber dagegen wissen die Geldmacher von den Gewerkschaften ein Allheilmittel: Die Löhne werden erhöht, dann steigen die Knappschaftlichen Abzüge, da sie prozentual vom Lohn gemacht werden, mit, man schlägt also 2 Fliegen mit einer Klappe.

Daß man so nebenbei noch die Wirtschaft zerschlägt, das bekümmert diese Herrschaften wenig. Da mögen die Unternehmer zusehen, wie sie zurecht kommen. Die Hauptsache ist die Spekulation auf die Dummheit der Masse zum Zwecke des Stimmenanfangs zur Stabilisierung der gewerkschaftlichen Macht.

Wenn wir nicht so unendlich viel Vertrauen zu dem gesunden Sinn unserer Arbeiterschaft hätten, möchte man schier verzweifeln. Aber es ist die höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft den Nachweis ihrer Mündigkeit endlich erbringt. Wir rufen in letzter Stunde allen zu:

**Wacht auf!**

## Die Folgen des Klassenkampfes:

### Zertrümmerung unseres Wirtschaftslebens.

Eine Mahnung des Rektors der Technischen Hochschule, Breslau.

Bei der Eröffnung eines von der Eisenhütte Oberschlesien veranstalteten Lehrganges der Technischen Hochschule Breslau, für den 1311 Teilnehmer eingeschrieben sind, hielt der Rektor der Hochschule, Professor Dr. Tafel, seine Antrittsvorlesung über die Hauptfragen moderner Ingenieurbildung, wobei er besonders auf die Pflicht der Akademiker gegenüber dem Nichtakademiker, vor allem gegenüber dem Arbeiter zu sprechen kam. Die Hochschule bemüht sich, so führte Professor Tafel aus, ein ernstes Geschlecht zu erziehen,

das dort, wo sich die Kette zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer schließt, d. h. im Betriebe, den rechten Ton findet. Dazu gehört es von jeher, daß der Betriebsmann eine gute Leistung von dem Untergebenen verlangt, dafür aber auch für ihn sich einsetzt und für ihn sorgt, soweit das bei der alles gleichmachenden Tarifwirtschaft unserer Zeit noch möglich ist. Wenn wir gerade in den allerletzten Tagen erlebt haben, daß in wirtschaftlichen Kämpfen größten Stils die Einigung ohne Schiedsrichter auf der Hand zu liegen



1927  
N. 96. 1. 92

schien und dennoch nicht zustande kam, dann beschleicht die bittere Sorge, daß das Persönliche allmählich bis auf den letzten Rest aus unserem Wirtschaftsleben verdrängt und ganz durch starre, unbelehrbare, der Wirklichkeit ebenso wie dem Menschlichen entrückte Klassenkampfdogmen ersetzt wird. Die Sorge, daß wir dadurch mehr und mehr auf Wege kommen, die in steiler Kurve zur

### Zertrümmerung unseres Wirtschaftslebens

führen. Gebessert werden diese Dinge nicht am Verhandlungstisch, sondern durch die Kleinarbeit in der Werkstätte. Die aber muß schon an der Hochschule vorbereitet werden. Dort finden wir Männer, die auch wissen, wie die Dinge außerhalb Deutschlands liegen. Daß der Arbeiter in den Vereinigten Staaten mehr Interesse an dem wirtschaftlichen Gedeihen seines Unternehmens nimmt als irgendwo sonst, klngt aus jedem neuem Bericht. In Italien herrschte bis vor kurzem eine wirtschaftliche Blüte, wie nicht mehr seit den Glanzzeiten des alten Roms. In unseren unmittelbaren Nachbarländern weiß man nicht,

wohin mit den Aufträgen. Aber ganz schlecht geht es in Deutschland. Tributpflicht? Ja, die trägt einen Teil der Schuld, den größeren aber die Tatsache, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer nirgends so schroff und unverböhnlich gegenüberstehen wie bei uns. So sieht nicht nur der Deutsche sein Vaterland, auch die Außenwelt erkennt klar, daß die, die diese Gegensätze schüren, bewußt oder unbewußt dem deutschen Arbeiter die Arbeit von der Werk- und Hobelbank stehlen zur Freude des lachenden Auslandes. Es wäre vielleicht gut, wenn unsere Arbeiter sich dann und wann von Menschen berichten ließen, die das Ausland kennen. In dem Verlust der Erkenntnis, daß die Stärkung des Unternehmens eine gemeinschaftliche Angelegenheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist, erblicke ich eine der erschütterndsten Wandlungen in den Anschauungen des deutschen Volkes, die sich während meines Lebens vollzogen haben. Die Hochschule aber muß durch Erziehung ernstlicher und tüchtiger Ingenieure das ihrige zur Vinderung der Gegensätze beitragen.

## Aus der Bewegung.

**Bezirk Halle** Werksgruppe Neuglucker Verein: Vertrauensmännerversammlung am 19. 12. Weihnachtsfeier am 23. 12. unter starker Beteiligung. 19. 1. 29 Vollversammlung.

**Bezirk Geisetal.** Bezirksvorstandssitzung am 20. 1. 29 in Merseburg. Beschlüsse werden noch schriftlich mitgeteilt werden. Werksgruppe Beuna veranstaltete am 16. 12. 28 ihre Weihnachtsfeier. Nach einem Prolog gesprochen von Hildegard Quersfurt begrüßte der Vorsitzende die Anwesenden. Als Gäste waren erschienen Herr Pastor Kalkofen mit Familie und die Gemeindegemeinschaft, als Vertreter des Werks Herr Direktor Heckmann. Ueber 400 Personen füllten den Saal. Besonderer Dank gebührt Frau Direktor Heckmann, die sich um die Kinderbescherung besonders verdient gemacht hat. Aus der Sparkasse sind 13000 Mk. ausgezahlt worden. Herr Pastor Kalkofen hielt die Festansprache nach dem Worte: „Alles, was wir tun, lieben Brüder, laßt uns tun von Herzen und nicht nur den Menschen, sondern dem Herrn.“ Kamerad Quersfurt führte mit der Kindergruppe ein Märchenspiel auf: „Die Sternlucher“, das größten Beifall fand. Es folgte der Vortrag einiger Gedichte und dann kam Knecht Ruprecht mit seinen Gaben, die helle Begeisterung auslösten. Ein gemütliches Beisammensein schloß die erhebbende Feier.

Die Jahreshauptversammlung findet am 27. 1. 29 statt. Werksgruppe Cecille veranstaltet Dienstag, den 29. 1. 29 bei Nummer einen Vortragsabend. (Die Internationale).

**Bezirk Zeit-Weihenfels.** Werksgruppe Emma beging am 23. 12. 28 ihre Weihnachtsfeier. Der Vorstand begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und Gäste, besonders Herrn Alf. Degenhardt und Familie. Herr Dr. Theiler hielt die Festrede über das fröhliche Weihnachtsfest. Die Jugendgruppe führte Reigen und Weihnachtsspiele auf und erntete verdienten Beifall. Dann kam per Flugzeug der Weihnachtsmann, der reiche Bescherung brachte an Leckereien und nützlichen Dingen wie Leinen usw. Ein frohes Beisammensein beschloß die wohlgelungene Feier. Am 2. 1. fand die gut besuchte Monatsversammlung statt. Nächste Versammlung am 27. 1. 29 im Gasthof Glückauf.

**Bezirk Weuselwitz.** Am 7. 12. 28 fand die Neugründung der Werksgruppe Bega statt. (Bergm. Vereinigung Tagebau Bega). Die erste Mitgliederversammlung fand am 11. 1. 29 statt. Es sprachen die Kameraden Taubert-Rositz und Hermanns-Jechau. Kamerad Tischendorf entwickelte anschließend das Arbeitsprogramm, das restliche Zustimmung fand. Bei der anschließenden Vorstandswahl wurde Kamerad Daube zum 1. Vorsitzenden gewählt.

**Bezirk Borna.** Werksgruppe Wignitzer Kohlenwerke. Am 16. Dez. 28. fand in der Börsenhalle das Weihnachtsfest der Werksgruppe statt. Kamerad Kruse begrüßte die erschienenen Kameraden mit ihren Angehörigen und die stattliche Anzahl der Gäste. Musik- und Gedichtvorträge wechselten in bunter Reihenfolge, während an den langen Tafeln unter dem brennenden Weihnachtsbaum bei Kaffee und Pfannkuchen besonders bei den Kleinen rechte Weihnachtsstimmung herrschte. Die Kinder führten ein sehr hübsches Theaterstück „Weihnachtslegende“ auf und als der Weihnachtsmann erschien und in freioebigster Weise seine Gaben austeilte, herrschte viel Freude bei Groß und Klein.

Der Abend vereinigte die Großen noch auf ein paar Stunden unter sich. Tanz und ein sehr gelungener Einakter „Die goldene Gans“ brachten eine ausgezeichnete Stimmung. Die Gruppe schaut mit Stolz auf den sehr gelungenen Abend, der wiederum gezeigt hat, daß sich auch in der heutigen Zeit Direktoren, Beamte und Arbeiter eines großen Werkes als eine Familie fühlen, besonders wenn der alte deutsche Weihnachtszauber alle in seinen Bann schlägt.

Werksgruppe A. S. W. Böhlen. Am 18. 1. 29. fand die Generalversammlung der Werksgruppe statt. Der 1. Vorsitzende Kamerad Zäbisch erstattete den Geschäftsbericht, in Vertretung des des dienstlich verhinderten Kassierers Kamerad Kramer den Kassenericht. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Die darauf vorgenommene Neuwahl des Vorstandes hatte folgenden Ergebnis:

- |                         |                         |
|-------------------------|-------------------------|
| I. Vorsitzender Zäbisch | II. Vorsitzende Becker  |
| I. Schriftführer Kramer | II. Schriftführer Ihme  |
| I. Kassierer Lehmann    | II. Kassierer Denneberg |

als Beisitzer treten zum Vorstand die Kameraden Schulenburg, Reißmann und Koch.

Auf Vorschlag des Kameraden Zäbisch wurde beschlossen für die Kameraden der Gruppe eine Bibliothek zu begründen. Zur Durchführung der Vorarbeiten wurde ein besonderer Ausschuss bestimmt.

Ortsgruppe Kieritzsch. Donnerstag, den 31. Januar, abends 8 Uhr im Gasthof zur Post, Kieritzsch, Vortragsabend, zu welchem die Kameraden der Nachbargruppe eingeladen werden. Herr Paul Barts, Halle, spricht über die „Internationale“.

Bezirksvorstand Borna. Die nächste Arbeitsbesprechung findet Mittwoch, den 6. Februar, abends 8 Uhr in Borna statt. Es nehmen die Gruppenvorsitzenden bzw. ihre Stellvertreter und die Sachreferenten des Bezirks teil.



# Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens  
aber einmal im Monat und wird  
den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten  
an die Druckerei Ewald Schellenbeck,  
Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

2. Jahrgang

Halle (Saale), den 20. Februar 1929

Nr. 2

## „Arbeitsgemeinschaft nationaler Arbeitnehmerverbände Deutschlands.“

Kameraden! In der Erkenntnis, daß bisher nichts dem siegreichen Durchbruch der nationalen Arbeiterbewegung mehr im Wege stand als ihre Zersplitterung und Uneinigkeit, haben die Führer und Vorstände der nachstehenden Verbände beschlossen, eine „Arbeitsgemeinschaft“ nationaler Arbeitnehmerverbände zu errichten, um unter voller Wahrung ihrer Selbständigkeit und Eigenart ihre Interessen gegenüber den öffentlichen Organen und gegenüber den Klassenkampfgewerkschaften einheitlich und wirksam zu vertreten.

Die neugeschaffene „Arbeitsgemeinschaft nationaler Arbeitnehmerverbände Deutschlands“ wird mit gesammelter Kraft auf dem Boden völliger Unabhängigkeit nach allen Seiten, die Interessen der nationalen Arbeiterschaft vertreten, unter Abwehr der arbeitserfindlichen Politik der Gewerkschaften, die darauf ausgehen, durch „Wirtschaftsdemokratie“ die Sozialisierung der deutschen Wirtschaft, d. h. ihre Zerstörung herbeizuführen und eine Diktatur über ein rechtloses und verelendetes Proletariat aufzurichten.

Kameraden! Einigkeit macht stark! Die geeinte nationale Arbeiterbewegung wird sich durchsetzen, wenn jeder von uns nach seinen Kräften mitwirkt. Der deutsche Arbeiter ist es satt, die Drahtpuppe Moskaus oder der von Feinden Deutschlands beherrschten 2. Internationale

zu spielen; er ist es satt, das Opfer unerfüllbarer marxistischer Hirngespinnste und sinnloser Gewerkschaftspolitik zu werden. Mehr als je empfindet heute der deutsche Arbeiter angesichts des geschlossenen und ungeminderten Ausbeutungswillens der sogenannten Siegerstaaten seine Schicksalsverbundenheit mit dem gesamten deutschen Volke und erkennt, daß nur verständnisvolle Zusammenarbeit von Arbeitgebern und -nehmern auf dem Boden des Betriebes die deutsche Wirtschaft vor dem Verfall und das deutsche Volk vor größtem Elend schützen kann.

Kameraden! Vom Siege unserer Ideen hängt wesentlich die Erhaltung unserer Wirtschaft und der Arbeits- und Lebensmöglichkeiten unseres Volkes ab. Darum auf für Freiheit nach außen, Frieden im Innern, für Erhaltung deutscher Art und deutscher Arbeit, für Aufstieg des deutschen Arbeiters durch Wertung seiner Menschenwürde und gerechte Entlohnung nach Leistung, für wirtschaftlichen und geistigen Fortschritt!

Arbeitnehmervereinigung im mitteldeutschen Bergbau  
(Halle).

Der deutsche Arbeiter, Verband nationaler Arbeitnehmer Deutschlands (Essen).

Reichsbund Deutscher Arbeiter (Berlin).

## Von den Pflichten eines nationalen Betriebsrats.\*)

Wer sich als Betriebsrat wählen läßt, hat wichtige Punkte, die sich auf seine Person beziehen, zu beachten. Als erster muß er sich selbst prüfen, ob er geeignet ist. Er muß sein Vorleben und sein gegenwärtiges Leben unter die Lupe nehmen und sich klar werden, ob er eine „reine Weste“ hat. Vieber soll er auf seine Aufstellung verzichten, als der Gesamtbewegung dadurch Schaden, daß er diese „reine Weste“ nicht hat. Er muß sich aber auch auf seine Betätigung und auf seine Charakterstärke prüfen. Er muß sich überlegen, ob er auch wirklich der Kämpfer ist, für den ihn seine Wähler halten und ob er auch genügend Energie zum Durchhalten hat. Immer haben die stärksten Nerven gesiegt.

Ist er dabei zu der Überzeugung gekommen, daß er wirklich geeignet ist, so hat er die Pflicht, sein Wissen zu erweitern und sich die Gesetzeskenntnisse anzueignen, die unbedingt erforderlich sind. Ohne Kenntnis der wichtigsten arbeitsrechtlichen Bestimmungen wird er eine Null im Betriebsrat bleiben. Aber auch die Volkswirtschaft muß eines seiner besonderen Wissensgebiete werden, er muß

\*) Entnommen dem Buche: „Neue Wege und Ziele des nationalen Betriebsrates“. Erschienen im Selbstverlage des Verbandes: „Der Deutsche Arbeiter“, Verband nationaler Arbeitnehmer Deutschlands, Essen, Rüttenischerstraße 50. Preis 1,50 RM.

**das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Produktion und Konsum, zwischen Leistung und Lohn,**

zwischen Wirtschaftlichkeit und Unwirtschaftlichkeit kennen, wenn er mit Erfolg arbeiten will. Das Studium wirklich guter Bücher, das Lesen verschiedener Zeitungen — in den Lesehallen usw. — bringt ihn seinen Aufgaben stets näher.

**Man hüte sich aber vor Einseitigkeiten.**

Hat er auf diese Weise seine persönliche Eignung festgestellt, so kommt seine Tätigkeit im Betriebsrat in Frage. In erster Linie ist das Verhältnis zu den anderen Betriebsratsmitgliedern zu klären. Der sachkundige und besonnene Mann bleibt stets ruhig; wer sich aufregt, hat Unrecht, sagt ein Sprichwort. Man lasse sich stets von dem Gedanken leiten, daß jedes Wort durchdacht sein muß, wenn es nicht lächerlich wirken soll. Die Worte müssen gerade in der Betriebsarbeit auf die Waagschale gelegt werden. Es ist durchaus denkbar und erwünscht, daß man auch mit seinem Gegner auf kameradschaftlichem Fuße steht, man muß des anderen Ueberzeugung — falls sie echt ist — achten und ihm, abgesehen von Fällen von Böswilligkeiten, zugute halten, daß er wirklich glaubt, für eine gute Sache zu kämpfen. Liebenswürdigkeit und Freundlichkeit erwerben mehr Freunde als stundenlange Reden, die niemand versteht. Man verkenne nie dabei, daß man im Betriebsrat der Belegschaft mit gutem Beispiel vorangehen soll!

Seine Arbeit im Betriebsrat muß damit beginnen, daß er sich einen Ueberblick über die bisher mit dem Arbeitgeber getroffenen Absprachen und Vereinbarungen verschafft. Diese zu kennen ist wichtig, damit keine offenen Türen eingerannt werden und Gelegenheit des Spottes über den Neuling vorhanden ist. Die Führung eines Tagebuches ist eine sehr wichtige Sache. Man halte darin nicht nur die Eindrücke fest, die man von den einzelnen Mitgliedern des Betriebsrates hat, sondern auch Gedanken über den Betrieb, die Arbeitnehmerenschaft usw. Diese Tagebücher sind ein Born des Wissens und zum Gedankenaustausch durchaus erforderlich. An allen Arbeiten des Betriebsrates mitzuwirken, muß stärkstes Bestreben sein, das Recht darauf muß unter allen Umständen gewahrt bleiben. Sind Kommissionen vorhanden, so muß er sich auch für diese zur Verfügung stellen und sie zu einem Feld seiner Tätigkeit machen.

Sein Verhältnis zum Arbeitgeber bestimmt sich von seiner Tätigkeit. Es ist falsche Ansicht, daß der Arbeitgeber versucht, die Betriebsratsmitglieder aus dem Betriebe herauszudrücken. In erster Linie ist auch das Betriebsratsmitglied für den Arbeitgeber der „Arbeiter“. Von seiner Leistung als solchem hängt zumeist die Stellung zu seiner Eigenschaft als Betriebsratsmitglied ab. Kein Arbeitgeber ist so wenig einseitig, daß er seine besten Arbeiter etwa benachteiligt. Er wird ganz im Gegenteil gerade an diesem guten Arbeiter besonderes Interesse haben, wenn er ihn als Betriebsrat schätzen gelernt hat und weiß, daß er nicht nur seine Rechte aus dem Gesetz wahr, sondern auch seine Pflichten mit an die vorderste Stelle schiebt. Die Pflichterfüllung in jeder Form ist überhaupt einer der wenigen besonders wichtigen Punkte, auf die in diesem Zusammenhang hingewiesen werden muß.

Die Stellung zur Arbeitnehmerenschaft hängt vielfach davon ab, wie lange er im Betriebe selbst tätig ist

und ob der Betrieb eingeseffene Arbeiter hat oder als „Taubenschlag“ gilt. Im ersteren Falle wird er den meisten Mitarbeitern bekannt sein, er hat seine Freunde, die in vorderster Linie berufen sind, ihn in der Erlangung des Vertrauens der Belegschaft zu unterstützen. Aber auch hier wird stets

**mehr die Arbeitsleistung, die Fachkenntnis als die politische Einstellung**

maßgebend sein. Wesentlich ist auch die Stellung von Mensch zu Mensch. Man bedenke, daß die Nöte vieler Menschen nichts weiter erfordert als verständnisvolles Eingehen und Mitgefühl. Kameradschaft zu üben ist reine Menschenpflicht. Die Kameradschaft geht über das Arbeitsleben hinaus in die Familie hinein. Man scheue nicht Schweinereien auch beim Namen zu nennen und da ganz gehörig einzugreifen, wo der Arbeiter seinen Pflichten als Arbeitnehmer oder Familienvater nicht nachkommt. Die Führung und Einwirkung auf die Arbeitnehmer beginnt mit der Herstellung eines Vertrauensverhältnisses. Der Betriebsrat muß der Belegschaft als Persönlichkeit der Wertschätzung unterliegen und nicht in seiner Eigenschaft als Vertreter einer Vereinigung. Es ist ein Fehler zu glauben, daß die Sympathie davon abhängig ist, wie weit die Versprechungen gehen, die man macht; es muß endlich mit dem Gedanken gebrochen werden, daß der Betriebsrat der Beauftragte der Arbeitnehmer ist, er ist zur Wahrnehmung der Interessen bestellt, aber nicht zum Beauftragten. Die Interessen liegen vielfach in umgekehrter Richtung, als es die Masse glaubt. Hier richtig abzuwägen und zu prüfen bedarf der eingehenden Kenntnis aller Umstände. Das Verhältnis zur Belegschaft wird umso schneller zu einem Vertrauensverhältnis werden, als die Belegschaft den geraden und unbestechlichen Sinn ihres gewählten Vertreters kennen lernt. Tue recht und scheue niemand!

Geht der Betriebsrat in der Erziehung an sich selbst aber voraus, so wird es ihm bedeutend leichter werden auf die Belegschaft Einfluß zu gewinnen. Er muß dessen eingedenk sein, daß seiner Aufgabe von den verschiedensten Richtungen und Seiten Widerstände entgegen treten, die er nur mit Sachlichkeit und mit Geduld brechen kann. Seine Aufgabe angefangen von der Einwirkung auf die jugendlichen Arbeiter, endend mit der Erfassung der ältesten Arbeiter, ist eine so individuelle, daß es seiner ganzen Intelligenz und Erfindungsgabe bedarf, wenn er an alle herantommen will. Er wird nichts erreichen, wenn er alle über einen Kamm schert. Es muß der Brausekopf mit sanfter Gewalt, der Denker mit Sachlichkeit, und der Zweifelnde mit Ausdauer gewonnen werden. Der eine liebt die Schlagworte, der andere den Angriff auf sein Ehrgefühl. Jener will nichts von dem Nationalbewußtsein, dieser nichts von den Staatserfordernissen wissen, wieder einer verallgemeinert Einzelfälle und so fort. Es ist die große Kunst eines Führers, hier für jedes Temperament, für jede Eigenart das Richtige zu finden. Es wird dem Betriebsrat nicht erspart werden, daß er heftige und starke Nackenschläge erhält, aber wenn er es mit seinem Amt ernst nimmt und mit seinen Arbeitskameraden ehrlich meint, wird er sich nicht abschrecken lassen, er wird es verstehen, sich durchzusetzen zum Wohle der Gemeinschaft und der Nation.

**Es sei Führer, wer führen kann,  
Gehilfe, wer helfen kann,  
Arbeiter aber jedermann!**

# Die Verbürgerlichung des Arbeiters.

Eigentumsgedanke und Sozialpolitik.

Von Dr. Alfred Schmidt-Hoepfle, M. d. L., Düsseldorf.

(Wir entnehmen diese sehr beachtenswerten Ausführungen der Deutschen Bergwerksleitung Nr. 176 vom 28. Juli 1928.)

Mehr oder weniger waren sie doch alle einmal „Bürger“, die jetzt das gewaltige Heer des „Proletariats“ in den Großstädten bilden. Sie sind vom Lande in die Stadt gekommen; die Eltern oder Großeltern besaßen noch ein kleines Eigen, einen Acker, ein Häuschen oder eine Werkstätte. Das Land und die Kleinstadt konnten sie nicht mehr ernähren. Mit ihrem falschen Zauber lockte die Großstadt. Dort wurden sie abhängig, bezugslos. Krieg und Inflation sorgten dafür, daß sie Zuwachs aus den Kreisen bekamen, die sich in der Großstadt zum Bürgertum emporgearbeitet, bzw. ihr Bürgertum bewahrt hatten. Wie kann diese Entwicklung vom Bürgertum zum Proletariat wieder rückgängig gemacht werden? Das ist die große Frage und zugleich eine Aufgabe, des Schweiges der Edlen wert.

Man hat darauf hingewiesen, daß die Sozialversicherung den Arbeiter und Angestellten verbürgerliche. Das ist nur sehr bedingt zutreffend. Gewiß, die Sicherung eines Existenzminimums, Schutz vor unverschuldeter Notlage ist notwendig und bannet das Gefühlsvölliger Wurzellosigkeit und Verlassenheit. Auf der anderen Seite ist einzuwenden, daß die Sozialversicherung mit zahllosen Mängeln behaftet ist, durch welche ihr eigentlicher Zweck nur unvollkommen erreicht wird. Geradezu gefährlich für den Gedanken der Verbürgerlichung des Arbeiters wird

die Sozialpolitik aber da, wo sie ihren oben angedeuteten Aufgabekreis überschreitet und den Arbeitnehmer daran hindert selbst für sich Eigentum zu bilden, indem sie ihn stattdessen durch die Macht des Staates oder der Berufsorganisation zwingt, Rentenbezieher zu werden. Eigentum ist der Rente entschieden vorzuziehen. Von jedem Groschen, den der Arbeitnehmer auf die Sparkasse trägt, weiß er: dieses Geld gehört mir, ganz und unbeschränkt. Ob er von den geleisteten Sozialbeiträgen einmal etwas hat, das ist nicht so sicher. Er führt sie ab, weil er muß und ohne Liebe. Oft in dem Gefühl, damit für alle möglichen entfernten Zwecke Opfer zu bringen, am wenigsten aber für sich persönlich.

Es soll hier ganz unerörtert bleiben, ob diese Stimmung zu recht besteht, — etwa mit Rücksicht auf die in der Verwaltung hängenbleibenden Summen, die Einschränkungen und Bedingungen, von denen der Genuß der Rente abhängt, das Alter, in dem sie wenn überhaupt erlangt wird, ihre Höhe usw. Jene psychologische Wirkung läßt sich jedenfalls nicht weglegen. Mit jedem Groschen, den der Arbeitnehmer auf die Sparkasse bringt, fühlt er sich freier. Als Rentenbezieher erhält seine Abhängigkeit nur ein anderes Gesicht.

Fortsetzung folgt.

## Freie Bahn dem Tüchtigen.

Nachstehend bringen wir Ausführungen einiger namhafter Wissenschaftler und Industrieller zur Frage der Aufstiegsmöglichkeit. Das Wort von der Gebundenheit an eine „Klasse“ ist durchaus irrig. Abgesehen von den ganz großen Beispielen (Krupp, Borfig usw.) erleben wir selbst oft genug den Aufstieg einzelner Menschen aus unseren Kreise. Jeder wird nicht aufsteigen, es gehört mancherlei dazu, in erster Linie Arbeit, Energie, Schaffensfreude. Wer da glaubt, das „Glück“ falle ihm eines Tages als reife Frucht in den Schoß, der wird lange und zwar vergebens darauf lauern. Höchstens, daß ihm ein Lotteriegewinn zufällt. Eiserner Wille und Arbeit heißen die Schlüssel, die uns zum Erfolge führen. „Wer immer strebend sich bemüht, den werden wir erlösen.“

Zu unserem Thema schreibt der Nationalökonom Prof. Dr. Schumpeter, Bonn, „Hinter dem ersten Eindruck des Kapitalismus als einer Gesellschaftsreform, in der eine kleine Anzahl besitzender Familien und eine große Anzahl bezugsloser Arbeiter durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt sind und einander scharf und dauernd entgegengesetzte Gruppen bilden, enthüllt sich bei näherem Zusehen ein stetes Hin- und Herfluktieren, ein steter Prozeß des Aufsteigens und Herabsinkens. Die Oberschicht der kapitalistischen Gesellschaft ist im Wesen nichts anderes als eine Auslese der Arbeiterschaft, aus der nahezu alle industriellen Familien hervorgehen, um nach einigen Generationen in sie wieder zurückzuführen, wobei ihnen als Folgeerscheinung einerseits ihrer Leistung und andererseits ihrer Erschöpfung Be-

sitz zuwächst und wieder entgleitet. Sie gleicht sozusagen einem Omnibus, der zwar immer besetzt ist, aber von immer anderen Leuten.“

Prof. Dr. h. c. Duisberg: Weder das vornovemberliche noch das gegenwärtige Deutschland ist ein Klassenstaat, von dem nur dann die Rede sein kann, wenn zwischen den einzelnen Volksschichten tiefe und unüberbrückbare Abgründe klaffen, wenn ein Übergang von dem einen Stand zum anderen schlechterdings unmöglich ist. Die Tatsachen lehren das Gegenteil. Abgesehen davon, daß es nur wenig völlig Besitzlose gibt, und daß die Besitzenden sich untereinander tausendfach abstufen, hat sich stets, und zwar sehr oft in kurzen Fristen, ein Auf und Nieder unter den einzelnen Bevölkerungskreisen vollzogen. Das war in früheren Zeiten der Fall, das ist es auch heute noch und wird auch zukünftig so bleiben.

Statt vieler Worte nur einen Namen: Ich erinnere an Martin Luther und Johannes Kepler, an Ludwig van Beethoven und Anton Bruckner, an Schiller und Arndt, an Mörike und Friedrich Hebbel, an Gneisenau und Madensen, und schließlich, um auch einige unserer größten Industriellen zu nennen, an Thyssen und Erhardt, Krupp und Borfig, und wie die vielen lebenden Deutschen heißen, deren Aufstieg aus Wenig oder Nichts, wenn auch langsamer, so doch sicher von statten ging.

Gerade aus den Tiefen unseres Volkes steigen die gefunden und lebendigen Kräfte nach oben, welche die



früheren Schichten mit frischem Blut und neuer Tatkraft erfüllen, um dann in den folgenden Generationen meist wieder herunterzusinken. In diesem ewigen Wechsel liegt die Kraft eines jeden Volkes begründet. Hegen wir daher den Glauben, daß trotz des verlorenen Krieges für die Tüchtigen in unserem Volke auch heute noch wie früher Aufstiegsmöglichkeiten bestehen; und weisen wir diejenigen zurück, die ihm diesen Glauben rauben wollen.

**Baummeister Adolf Sommerfeld, Berlin:** Mein Vater war Messerschmied und stand ganz unter dem Eindruck, daß die Handarbeit durch die aufkommende Industrie mit ihren Maschinen erdrückt würde. Deshalb brach er mit der alten Familientradition und wir drei Söhne mußten Handwerke lernen, in die, wie mein Vater meinte, die Maschinen nicht würden eindringen können. — So sind wir als Zimmerer, Klempner usw. ins Baufach gekommen.

Wenn ich in späterer Zeit einmal diesen oder jenen aus meinem Ort traf und er mir sagte, wie viel Glück ich im Leben gehabt hätte, so war ich mir zunächst garnicht klar darüber, was es heißen sollte, man habe Glück in seinem Leben gehabt.

**Glück hatte ich,** wenn ich zum Beispiel unter zwölf anderen Lehrlingen meiner Meisterin außerhalb der Arbeitsstunden Holz hacken mußte.

**Glück hatte ich** als Zimmergeselle, wenn ich statt eines Balkens zwei trug, weil ein schwächerer oder älterer Kollege den seinen nicht tragen konnte.

**Glück fühlte ich** später, wenn ich mit meinen ursprünglich geringen theoretischen Kenntnissen technische Bauprobleme aus eigenem und hartem Nachdenken erschufte konnte!

Mit diesen Beispielen meine ich, daß das elementare Geheimnis des Erfolges zunächst darin besteht, sich rückhaltslos und mit einer absoluten Freudigkeit jeder Aufgabe hinzugeben. Eine Aufgabe darf nicht nur aus Pflicht erledigt werden, sie muß aus Freudigkeit erledigt werden, mit einer gewissen blinden Leidenschaft erledigt werden und sei sie noch so widrig und zunächst anscheinend sinnlos und jenseits vom Wege den man sich erträumt.

Niemals habe ich später diesen wichtigen Punkt vergessen: ich passe in meinen sämtlichen Betrieben wie ein Schießhund auf, an welcher Stelle ich einen Mangel an Freudigkeit spüre — und immer noch habe ich rücksichtslos den, der schuld an solcher Freudlosigkeit ist, entfernt.

**Das höchste Glück ist die konzentrierte Arbeit.** Niemals werde ich jenen Glückszustand vergessen, der mit einem Auftrag aus Griechenland kam, und nicht so sehr war es das Glück des Auftrags, als das Glück der Arbeit, die damit verbunden war. Der Völkerbund gab uns, der deutschen Firma, 10 000 Fachwerkhäuser für griechische Flüchtlinge aus Anatolien in Auftrag.

Wie also kommt man vorwärts, überall in dieser Welt? — Durch ein einfältiges, biblisches, eisenhartes Geheimnis: Es heißt Arbeit!

## Freibier von Arbeitergroßchen.

**Meuselwitz.** Biermarken für die Anhänger der SPD. im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Unter dieser Ueberschrift berichtet N. R. 439 in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“:

„Die diesjährige Generalversammlung hatte, wie nicht anders zu erwarten war, keinen zahlreichen Besuch zu verzeichnen. Von über 1300 Mitgliedern waren zirka 120 Mann vertreten. (Die anderen 1200 scheinen Euren Schwindel schon zu kennen. D. Berichtstatter.) Wir glauben die Schuld trägt nur die Ortsverwaltung, welche einen ungünstigen Tag (Montag) festgesetzt hatte.“ „Wie es scheint hat die reformistische Ortsverwaltung kein großes Interesse die Kollegen in die Versammlung zu bekommen.“ „Man konnte wieder feststellen, daß die reformistische Gewerkschaftsführung wenig Interesse an einer besseren Lage der Arbeiterschaft hat.“ (Sehr richtig d. B.) „Ueber einen sozialdemokratischen Fraktionsantrag des neugebackenen Sozialisten Reikmann, Listenwahl durchzuführen entspann sich eine rege (zwecklose d. B.) Debatte. Die Kollegen Kumpel und Eichler sprachen gegen diesen Antrag und verlangten Einzelwahl der Ortsverwaltung.“

Das wurde abgelehnt. Die Folge war, auch daß die reformistische Ortsverwaltung gegen die Stimme der Opposition wiedergewählt wurde. Bezeichnend für die sozialdemokratische Fraktionsarbeit ist, daß eine SPD. Fraktionsführung stattgefunden hat, in der pro Mann vier Biermarken verteilt worden sind. (Pfitz, Kamerad Kumpel und Eichler, wie können Sie da mit derartigen „Arbeitervertretern“ auf einer Betriebsratsliste kandidieren d. B.) Das ist ja bei der hiesigen Ortsverwaltung auch nichts Neues. Mit gefülltem Bierglas wirbt man sich da Freunde und Wortführer.“

Wir haben dem drolligen Dinge nicht mehr viel hinzuzufügen. Ihr armseligen Freibier-Flugblattschreiber wolltet die „Gelben“ ohne den geringsten Beweis niederkanonieren, aber anscheinend hattet Ihr bei der Abfassung Eurers Schmutzflugblattes schon soviel von den Freibier intus, daß Ihr gelb und rot nicht mehr unterscheiden konntet. Also Prost, Kamerad Roselt.

Einige ehemalige Verbandskollegen.

## Sozialpolitik im luftleeren Raum.

Der „Neuen Leipziger Zeitung“ vom 3. 2. 29 entnehmen wir folgendes:

**„Für Reform der Invalidenversicherung.“**

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben an den Reichsarbeitsminister eine Eingabe gerichtet, in der für die Reform und den Ausbau der

Invalidenversicherung folgende Hauptforderungen aufgestellt werden: Erhöhung der Renten durch Aufbau weiterer Lohn- und Beitragsklassen; Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66 $\frac{2}{3}$  auf 50 %. Gewährung von Witwenrenten auch ohne vorliegende Invalidität.“

Der ausgehängte Speck erscheint aber sofort ranzig wenn man den Schlusssatz der Eingabe einer genauen Betrachtung unterzieht:

„Erhöhung des Grundbetrages der Renten und Herabsetzung der Altersrente von 65 auf 60 werden von den Gewerkschaften als zur Zeit nicht dringlich betrachtet.“

Wir mitteldeutschen Bergleute sind ja von der

glorreichen Knappschaft her gewöhnt, daß weitere Lohn- und Beitragsklassen keine Erhöhung, sondern eine Verminderung der Leistungen bringen. Daß die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre von den Spezialpolitikern der Gewerkschaften als „nicht dringlich“ betrachtet wird, glauben wir gern: denn die Eisen müssen geschmiedet werden, solange sie noch warm sind.

## In eigener Sache.

Der Zeiger „Volksbote“ vom 18. Dezember 1928 beschäftigt sich in einer Notiz „Schmarozer und Feierschichten“ auch mit meiner Person. Ich hätte nie geglaubt, daß eine „rühmliche“ Anerkennung aus der Donaliesstraße in Zeitz so billig zu haben ist. Sonst gibt es bei Euch doch nur „Ruhm“ nach der Dike des Parteibuches.

Der Gegenartikel „Was sind Schmarozer?“ im Mitteilungsblatt der „gelben Werksflaven“ scheint Euch doch sehr auf die Nerven gegangen zu sein! Gibt es noch größere Sklaven als Ihr es seid, Ihr Sklaven Eurer Agitation, Eurer Versprechungen?! Könnt Ihr überhaupt noch zurück?!

Um den „Eselstritt“ für mich laßt Euch mal keine grauen Haare wachsen. Euch befördern derartige Eselstritte von einem Partei- oder Gewerkschaftsposten auf den anderen; selbstverständlich unter weitgehendster Berücksichtigung der höheren Befordungsgruppen. Bei Euch

scheint aber hinter Zippendorf und Zeitz die Welt alle zu sein.

Zu meinem „Leipziger Allerlei“ könnte ich Euch gleich noch den nötigen Pfeffer besorgen. Wenn ich behauptet habe, daß Euer Freund die Dummheit Eurer Massen ist, so unterstreiche ich heute diese Behauptung nochmals besonders. Erkundigen Sie sich einmal bei den von Ihnen angeführten „Leonhard Kumpels“, denen man gelegentlich der letzten Belegschaftsversammlung das Trauerspiel einer „ressort“-weißen Vorschlagsliste zur Betriebsratswahl vorspielte. Spieldauer 2 Stunden. Als Spezialeinlagen: „Was ist gelb?“ oder: „Wie macht man betr. einer Stimmzettelaßgabe den Kumpels blauen Dunst vor?“

Im übrigen empfehle ich Ihnen zur weiteren Bekämpfung evtl. noch die „Ditthüringer Volkszeitung“ zu mobilisieren. Vielleicht ist auch in den „Silbersterglocken“ noch etwas zu machen?! R. Malln, Wauz.

## Aus der Bewegung.

Bezirk Borna. Werksgruppe Böhlen: Am 17. Januar fand die Jahreshauptversammlung statt. Der Vorsitzende Kamerad Zäbisch gibt einen Ueberblick über die Entwicklung unserer Bewegung unter besonderer Berücksichtigung von Böhlen. Für den verhinderten Kassierer erstattet Kamerad Kramer den Kassenbericht.

Auf Antrag erteilt die Versammlung einstimmig dem Vorstand und dem Kassierer Entlastung. Die nun unter Vorsitz des Kameraden Nidel vorgenommene Vorstandswahl zeigt folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzender Kam. Zäbisch	11. Vorsitzender Kam. Becker
1. Schriftführer „ Kramer	11. Schriftführer „ Thme
1. Kassierer „ Lehmann	11. Kassierer „ Denneberg

Als Beisitzer werden gewählt die Kameraden Schulenburg, Reishmann und Koch.

In einer längeren Aussprache wurde die Gründung einer Bibliothek beschlossen und die Vorbereitungen hierfür einem besonderen Ausschuss übertragen.

Kamerad Zäbisch schließt die gutbesuchte Versammlung mit einem Hinweis auf die bevorstehenden Betriebsratswahlen.

Werksgruppe Dora und Helene. Am 20. Januar fand die diesjährige Generalversammlung statt, die recht gut besucht war. Der 1. Vorsitzende Kamerad Michel heißt die Erhienenen herzlich willkommen. Es werden 24 neue Kameraden als Mitglieder aufgenommen. Nach Erstattung des Jahresberichtes (Kam. Michel) und des Kassenberichtes (Kamerad Müller) wird zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Es werden gewählt:

1. Vorsitzender Kam. Michel	11. Vorsitzender Kam. Runge
1. Schriftführer „ Kicherer	11. Schriftführer „ Bössner
1. Kassierer Kam. Müller-Franz	11. Kassierer „ Gärtner Albin

Kassenprüfer Kamerad Richter Emil und Seyfert Max.

Unter Verschiedenes gibt der Vorsitzende bekannt, daß bei der letzten Belegschaftsversammlung außer den Beamten 46 Kameraden der Werksgruppe gegenüber nur 34 Mitglieder der Gewerkschaften anwesend waren. Es muß in Zukunft noch besser werden. Mit einem kurzen Ueberblick über die Vorarbeiten für die in Aussicht stehenden Betriebsratswahlen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Werksgruppe B. W. Borna: Die erste Generalversammlung fand am 20. Januar statt. Nachdem der 1. Vorsitzende Kamerad

Morgenstern 2 neue Kameraden aufnehmen konnte, erstattete er den Jahresbericht und gab einen Rückblick über die Entwicklung der jungen Gruppe. Mitte Mai erfolgte mit 40 Kameraden die Gründung, heute umfaßt die Gruppe mehr wie das Doppelte. Am 1. November wurde die Werksparfasse gegründet. Die Gruppe kann stolz sein auf ihre Erfolge. Nach Erstattung des Kassenberichtes wurde dem Vorstande einstimmig die Entlastung erteilt. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes, hinzugewählt wurden ein stellvertretender Kassierer und ein stellvertretender Schriftführer. Die Versammlung war sehr gut besucht.

Werksgruppe Kraft, Throna: Die Jahreshauptversammlung fand am 20. Januar statt. Der Schriftführer Kamerad Heuschkel erstattet den Jahresbericht. Die Kasse, die von den Prüfern Kamerad Rosenthal und Driggas geprüft worden war, war für richtig befunden worden. Dem Kassierer wird daraufhin Entlastung erteilt.

Unter Verschiedenes wurden die Punkte Vorträge, Werksparfasse und Betriebsratswahlen behandelt und in allgemeiner Aussprache erörtert.

Werksgruppe Witzhiz: Die Generalversammlung der Gruppe wurde am 27. Januar abgehalten. Die Gruppe konnte wieder 8 neue Kameraden aufnehmen. Es wurde beschlossen, den Gruppenbeitrag auf 1. Mk. zu erhöhen, in welcher auch die Beiträge, die an die Vereinigung abzuführen sind, enthalten sind.

Zum großen Bedauern der Werksgruppe hat Kamerad Kruse, der langjährige Vorsitzende, sein Amt niedergelegt. Die hierfür maßgebenden Gründe werden allseitig anerkannt. Die Neuwahl des Vorstandes zeigt folgendes Bild:

1. Vorsitzender Kam. Schnee	11. Vorsitzender Kam. Joachim Witzh.
Kassierer Kamerad Würemann	
Schriftführer „ Schmidt Julius	

Nachdem noch verschiedene einzelne Punkte besprochen worden sind, dankt der neue Vorsitzende Kamerad Schnee dem alten Vorstande für die geleistete Arbeit und bittet die zurückgetretenen Kameraden auch für ferner um ihre Mitarbeit und Unterstützung.

Ortsgruppe Kieritzsch: Am 31. Januar hielt die junge Ortsgruppe unter ihrem Vorsitzenden Kam. Kästig einen recht gut besuchten Vertragsabend ab. Herr P. Bartsch-Halle sprach über die „Internationale“ und verstand es, die Zuhörer durch dieses interessante Thema überaus zu fesseln.



Der Bezirk Borna hielt verschiedene Arbeitsbesprechungen ab. In einer Gesamtsitzung wurde der Vorstand für das Jahr 1929 neugebildet. Den Vorsitz übernimmt Kamerad Jaculy-Lobstädt, neben den Vorsitzenden der Gruppen traten ferner die Kameraden Käffig-Rierisch und Vogt-Thrana, als Mitarbeiter die Kameraden Kruse-Witznig, Planthorn-Borna, Jungmans-Borna und Reinhold-Böhlen zum Vorstand.

Nächste Veranstaltungen: 28. Februar Arbeitsbesprechung der Betriebsräte 19<sup>30</sup> Uhr. 6. März Vorstandssitzung des Bezirks 19<sup>30</sup> Uhr. 10. März Mitgliederversammlung, Werksgruppe Viktoria in Lobstädt, Vortrag des Herrn B. Barts-Halle über das Thema „Werksaemeinschaft“. Geschlossene Veranstaltung. Kameraden unserer Werksgruppen sind willkommen.

**Bezirk Meuselwitz.** Werksverein der Rosiger Braunkohlenwerke: Am 20. Januar 1929, 9 Uhr vormittags, fand im Werkstasino die erste Jahreshauptversammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Taubert, konnte bei der Versammlung wieder einen erfreulichen guten Besuch feststellen, ehe die Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Rassenbericht und 3. Verschiedenes, bekanntgegeben wurde. Bei der Erstattung des Jahresberichtes konnte der Vorsitzende im Jahre des Aufbaues von einer Mitgliederzunahme um mehr als das Doppelte berichten; er dankte allen Mithelfern am Aufbau für deren mühevolle Mitarbeit. Im abgelaufenen Geschäftsjahr haben stattgefunden: 6 Mitgliederversammlungen, 2 öffentliche Versammlungen und 13 Vorstandssitzungen. Ueber die Rassenverhältnisse im ersten Jahre berichtete Kamerad Junker. Die Werkspartafasse hat sich sehr gut entwickelt, die Mitgliedschaft macht von der Einrichtung reichlich Gebrauch. So konnten denn auch die Kameraden vor dem Fest einen schönen Spaspiennig abgeben und ohne Sorgen mit schönen Gaben ein frohes Weihnachten im Kreise ihrer Lieben feiern. Daneben hat sich auch die Unterstützungskasse gut bewährt; so manchem Kameraden konnte in der Not geholfen werden, bei Krankheit und Tod — aber auch bei frohen Ereignissen, bei Geburten und Konfirmation wurde das Kameradschaftsgefühl, das Gefühl einer wahren Gemeinschaft, in unserer größeren Familie durch die Tat bekräftigt. Die Rassenrevisoren hatten Bühnen wie Rasse in musterwürdiger Ordnung gefunden, sodas einmütig Entlastung erteilt wurde. Unter Verschiedenem wurde der Werbearbeit und der Bildungsarbeit besonderes Augenmerk zugewandt, um die werksgemeinschaftliche Bewegung im Kleinen wie im Großen vorwärts zu treiben. Nachdem bekanntgegeben war, das in Zukunft jeden Mittwoch nachmittags 4<sup>30</sup> Uhr im Werkstasino ein Vortrag stattfindet, zu welchem auch Gäste aus der Belegschaft der Rosiger Braunkohlenwerke willkommen sind, konnte der Vorsitzende Kam. Taubert die Versammlung um 11<sup>30</sup> Uhr schließen.

**Arbeitnehmervereinigung Grube Phoenix-Mummsdorf:** Die fällige Monatsversammlung wurde am 17. Januar 1929 im Werkstasino abgehalten. Nach Begrüßung der erschienenen Kameraden erstattete der Vorsitzende über einige schwebende Fragen Bericht. Anschließend berichtete dann Kamerad Lesmann über den letzten von der Deutschen Vereinigung veranstalteten Vortragsabend über das Betriebsrätegesetz. Nach Erledigung der Tagesordnung erhielt dann Kamerad Mallin-Wutz das Wort zu seinem Vortrag über die „Arbeitszeitfrage“. Die Ausführungen des Vortragenden, der sich besonders auch mit der Stellungnahme der Werksgemeinschaftler zum Washingtoner Abkommen befaßte, wurden von den Kameraden aufmerksam verfolgt und beifällig aufgenommen. Nach Schluß der Aussprache über das Arbeitszeitproblem gab der Vorsitzende noch bekannt, das die nächste Versammlung am 15. Februar 1929 stattfindet und verknüpfte sein Schlusswort mit der Bitte, noch mehr als bisher durch persönliche Werbung den Werksgemeinschaftsgedanken zu fördern.

**Arbeitnehmervereinigung der Braunkohlenwerke Leonhard-Zipfendorf:** In der am 3. Februar 1929 stattgefundenen Monatsversammlung wurde beschlossen, für die am 3. März 1929 abends 6<sup>30</sup> im Gasthof Wutz stattfindenden Mitgliederversammlung einen Referenten der „Kranken- und Sterbegeldkasse für das Deutsche Reich“ zu gewinnen. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht! Gäste willkommen.

**Bergmännische Vereinigung Tagebau Petza der AKW:** Die Mitgliederversammlung am 3. Februar 1929 in der Kantine des Ledienheimes Eugenschacht war wiederum gut besucht. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen die Beratung der Satzungen der Vereinigung und die bevorstehenden Betriebsrätewahlen. Nachdem auch die übrigen Punkte der Tagesordnung, die innere Vereinsangelegenheiten angingen, in eifriger Aussprache ihre Erledigung gefunden hatten, konnte der Vorsitzende Kamerad Daube die Versammlung mit der Ankündigung weiterer Vortragsabende schließen.

**Bezirk Zeig-Weißfels.** Werksgruppe Jacobsgrube. Am 3. Februar 1929 fand die Generalversammlung der genannten

Gruppe statt. Der Vorsitzende begrüßte die anwesenden Mitglieder sowie deren Frauen mit dem Wunsch, das durch gutes Einvernehmen die Gruppe sowie der Bund in diesem Jahre einen guten Schritt vorwärts kommen möge. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung, gab der Vorsitzende einen kurzen Jahresbericht. Der Kassierer unterbreitete dann den Mitgliedern die Einnahme und Ausgabe vom Jahre 1928. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Neue Mitglieder wurden sechs einstimmig aufgenommen, so das nunmehr unsere Mitgliederzahl ein Drittel unserer Gesamtbelegschaft beträgt. Besonders zu begrüßen ist, das sich nunmehr auch mehrere Angestellte an unserer Bewegung beteiligen und das dadurch eine bessere Verständigung herbeigeführt wird. Ueber den Punkt Werkspartafasse, teilte der Vorsitzende das Antwortschreiben von der Hauptverwaltung den Mitgliedern mit, worauf eine weitere Aussprache über Werkspartafasse zurückgestellt wurde, bis die Hauptverwaltung uns ihre versprochenen Ratschläge aufgestellt hat. Im Verschiedenen wurde noch über die bevorstehende Betriebsratswahl gesprochen, und nach längerer Besprechung eine Wahlliste aufgestellt. Nach der Versammlung fand Unterhaltungsmusik statt, mit Grammophonplatten und Radiolautsprecher. Auch konnte mit dem Neganschlußgerät von mehreren Sängern die Tanzmusik vorgeführt werden. Für die gütige Bereitstellung des Grammophons sowie des Neganschlußgerätes sagen wir hierdurch der Firma Emil Müller in Trebnitz nochmals besten Dank.

**Werksgruppe Tagebau Wähltz.** Am 18. Januar fand die Generalversammlung statt, in der der neue Vorstand gewählt wurde.

Am 10. Februar beging die Gruppe ihr diesjähriges Stiftungsfest im Saale des „Grünes Tal“ zu Zeitz. Trotz der grimmaischen Kälte hatte sich eine stattliche Anzahl von Mitgliedern und Gästen mit ihren Frauen eingefunden. Herr Barts, Halle hielt die Festrede. Er schilderte in kurzen Zügen die inner- und außerpolitische Lage. Hilfe aus der Not finden wir nicht draußen. Rettung kann allein von innen heraus kommen. Arbeit und Wille heißt die Lösung im Geiste der Gemeinschaft. Redner dankte der Gruppe für ihre rege Arbeit im vergangenen Jahr und forderte zu erneuter, verstärkter Tätigkeit auf zum Wohle des Werks, zum Wohle von uns allen, zum Wohle des Vaterlandes. Ein gemütliches Tänzchen hielt die Anwesenden noch lange beisammen.

Die Bezirksvorstandssitzung fand am 1. Februar in Lützenau statt und war von allen Gruppen besucht. Es wurden wichtige organisatorische Fragen besprochen. Herr Barts, Halle gab eine Reihe von Anregungen für die Betriebsratswahl und für die Arbeit in den nächsten Monaten.

**Bezirk Geisatal.** Werksgruppe Pfännerhall. Am 27. Januar fand die Generalversammlung statt, die sehr stark besucht war. Kamerad Schmidt erstattete den Jahresbericht, anschließend Kamerad Schied den Rassenbericht. Es wurde Entlastung erteilt. Die darauf folgende Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzender Kamerad Benkenstein, 2. Vorsitzende Kamerad Deperade, 1. Schriftführer Kamerad Schmidt, 2. Schriftführer Kamerad Kühne, 1. Kassierer Kamerad Schied, 2. Kassierer Kamerad Glups, ferner Kamerad Gustav Müller.

Als Rassenrevisoren wurden die Kameraden Burthardt und Dittmar gewählt.

Anschließend wurden eine Anzahl von Punkten durchberaten, die sich mit dem Ausbau und Verbesserungen befaßten. Am 6. Februar fand eine Vorstandssitzung statt, in der Herr Barts, Halle wichtige Mitteilungen machte und wertvolle Anregungen gab.

**Werksgruppe Michel.** Am 10. Februar fand eine Sitzung in Groß-Ragna statt, zu der Herr Barts, Halle erschienen war. Es wurde eingehend über das Problem der Werkspartafasse verhandelt und wichtige Beschlüsse gefaßt.

**Werksgruppe Beuna.** Am 27. Januar fand die Generalversammlung statt, in der 26 neue Mitglieder aufgenommen werden konnten. Eingehender Bericht wird noch erstattet.

## Vortragskalender:

**Bezirk Meuselwitz:**

24. Februar 1929, 10 Uhr vormittags im Werkstasino Rosig. Vertrauensmännerversammlung. Jede Werksgruppe muß vertreten sein.

Für die Mitglieder der Werksgruppen im Bezirk Meuselwitz wird eine Vortragsfolge zur eingehenden Unterweisung über das Betriebsrätegesetz veranstaltet. Die Vortragsabende finden statt am 10. Februar, 5. März und 19. März, um 7 Uhr abends (pünktlich) in Meuselwitz. Teilnahme kostenlos. Näheres zu erfragen bei den Vorsitzenden.



# Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens  
aber einmal im Monat und wird  
den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten  
an die Druckerei Ewald Schellenbeck,  
Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

2. Jahrgang

Halle (Saale), den 17. März 1929

Nr. 3

## Auf zur Betriebsratswahl!

Das Jahr 1929 ist ein Schicksals- und Kampfsjahr.  
Über 3 Millionen sind arbeitslos.

Millionen sind wohnungslos.

Teuerung und Arbeitslosigkeit, die Verschuldung der deutschen Wirtschaft, die Verarmung des gesamten deutschen Volkes schreiten in erschreckendem Umfange fort, immer größer wird die Zahl der Betriebe, die ihre Pforten schließen müssen.

Unser Kampf gilt dem heutigen System des Bankrotts, der Not, des Elends.

Wir kämpfen gegen die Versklavung der deutschen Nation, gegen die systematisch betriebene Ausbeutung des deutschen Volkes und die damit verbundene Verelendung und Proletarisierung der werktätigen Bevölkerung.

Nicht Hirngespinnsten gilt es nachzujagen, sondern der rauhen Wirklichkeit Rechnung zu tragen.

### Arbeit und Brot

gilt es, jedem Deutschen in Zukunft zu gewährleisten.

Hierzu ist es notwendig, daß der vernünftige Teil der werktätigen Bevölkerung Deutschlands den Kampf aufnimmt gegen die Bevormundung und den Terror der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, um in erster Linie die

### Produktionsstätten unseres Volkes, die Arbeits- und Brotstellen

zu verteidigen und zu sichern.

Einig und geschlossen muß die nationale Arbeiterschaft bei den Betriebsratswahlen gegen die gemeinsamen Gegner in den Kampf ziehen.

### Nationale Arbeiter

gleich, welcher Partei oder Organisation Ihr angehört, sammelt Euch in den Betrieben, beteiligt Euch geschlossen an den Betriebsratswahlen.

Wählt in Euren Betrieben nur die Listen der Werksgruppen  
der Arbeitnehmer-Vereinigung.

## Hochwasser.

Die anhaltende Kälte und der gewaltige Schneefall haben uns gezeigt, daß der Winter durchaus noch imstande ist, sein Regiment auszuüben. Viele haben oft genug in den letzten, verhältnismäßig warmen Wintern geklagt: Es gibt gar keinen rechten Winter mehr wie früher. Aber der Winter von 1928/29 wird uns noch lange in Erinnerung bleiben, als Rekordwinter. Die Kinder werden nach Jahrzehnten noch erzählen, es sei so kalt gewesen, daß der Schulunterricht ausfallen mußte. Auch ein Rekord. Der strenge Winter hat aber auch noch andere Begleiterscheinungen gezeigt.

Vor einigen Wochen ging eine neckische Nachricht durch die Presse. Wie männiglich bekannt, war der Parteitag der SPD. auf den 10. März angesetzt worden. Nun aber ist er wegen Hochwassergefahr auf Ende Mai verlegt worden. Magdeburg sei typisches Hochwassergebiet und gerade in diesem Jahre sei die Gefahr einer Katastrophe enorm. Diese Katastrophe könnte alle Vorbereitungen zunichte machen und alles öffentliche Interesse ablenken.

Diese zarte Rücksichtnahme der besorgten Magdeburger Genossen ist geradezu rührend. Man denke sich die Herrn Genossen vom Herrn Reichskanzler angefangen über die Herrn Minister, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten pp. Präsidenten bis zu den Delegierten aus Buxtehude herab, könnten ja nasse Füße bekommen. Das wäre ja schrecklich! Und würden gar einen Schnupfen kriegen. O Gott, o Gott! Nein, das geht nicht. Also abgesetzt und verlegt auf Ende Mai, „wo alle Knospen sprangen“. Der Grund ist natürlich nicht bloß die schreckliche Hochwassergefahr — die von der SPD. bekämpfte Teno würde schon für trockene Füße gesorgt haben — sondern auch politische Gründe liegen vor. Wir sind unbescheiden genug, letzteren den Ausschlag zu geben. Denn das mit dem Hochwasser ist ein Karnevalscherz und nicht einmal ein schlechter. Als ob Magdeburg in der Poladei läge. Mit der Witterung mag es schon eine Bewandnis haben, nämlich die, daß den Genossen Verschiedenes mit Grundeis geht.

Ja die böse Verantwortung. Der Herr Reichskanzler hat ja erst kürzlich den an der Regierung beteiligten Parteien (lies seiner eigenen Partei) eine Lektion erteilen müssen, die trotz allen Ernstes des komischen Beigeschmacks nicht entbehrt: „Der Reichskanzler wies mit Nachdruck auf die verschiedenen Anträge hin die von der Mehrheitspartei in der letzten Zeit gestellt worden sind. So sind u. a. auf dem Gebiete der Sozialpolitik Anträge gestellt worden, die 170 Millionen einmalige Ausgaben verursachen, ohne die erhöhten Beiträge, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Falle der Annahme zu zahlen haben. Solche Ausgaben sind angesichts der gespannten Finanzlage des Reiches und angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftssituation für die Reichsregierung unmöglich.“ (So der Demokratische Zeitungsdienst). Diese Lektion richtet sich in erster Linie an die demagogischen und nur zu Agitationszwecken erfolgten Anträge der SPD. Sie werden wie böse Buben abgefanzelt.

Nebenbei! Böse Buben, nicht = Ball, sondern etwas ähnliches. Daß die gewaltigen Herren bei ihrer schweren Arbeitslast auch ihr Vergnügen haben wollen, wer will ihnen das bestreiten? Aber ein ergötzliches Schimpfen und Streiten zwischen der „Roten Fahne“ und dem „Vorwärts“ belustigt uns nicht wenig.

In den illustrierten Zeitungen sah man jüngst abgebildet die verschiedensten Herren, wie sie sich auf Bällen, Opernbällen, Bühnenklub, Presseball usw. verlustieren. So den Berliner Polizeipräsidenten Jörgiebel in fröhlichem Kreise und Frack und weißer Weste, von dem die „Elegante Welt“ schreibt: „Eine der beliebtesten Erscheinungen der Berliner Gesellschaft“, die Herrn Severing und Herrn Grzefinski. Daneben einen leibhaftigen General in voller Uniform usw. Auf den Tischen in verschwenderischer Fülle erlesene Weine, Sekt, Früchte, Blumen, Delikatessen, wie wir sie nur aus den Schaufensterauslagen kennen. Damen in mondäner Abendtoilette. Das ganze recht appetitlich anzuschauen.

Die „Rote Fahne“ macht dazu nicht ganz unpassende Glossen wie: Vertreter des Volks als Schlemmer, inzwischen leidet der Arbeiter Not und so ähnliches. Das hat gefessen. Denn kurz darauf bringt der „Vorwärts“ (9. 2. 29 Nr. 68) ein Bild, auf dem man die Vertreter Sowjetrußlands in ähnlicher Weise tafeln sieht. Unter dem Bilde steht: „Im Reichstag führen die Kommunisten Notstandstheater auf. Derweil läßt es sich der Kommunist Krejzinski, Botschafter der Sowjetunion in Gesellschaft der deutschen Bourgeoisie wohl sein. Unser Bild zeigt ihn an der Tafel beim Festabend des „Vereins der auswärtigen Presse.“ Amtliche Verpflichtungen werden ihn dazu nötigen (das ist eine Entschuldigung. D. Red.). Aber wenn sozialdemokratische Minister in Deutschland das gleiche tun, lügen die Parteigenossen Krejzinskis das „in Schlemmerei und noch Schlimmeres um!“ (Das ist auch eine Entschuldigung. D. Red.).

Diese Schlemmereien werfen sich nun die Genossen gegenseitig vor. Was für den Unparteilichen recht ergötzlich ist, und er spricht still bei sich: Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Nur wir merken nichts von der Gleichheit und sind froh, wenn wir Brot und Speck zu beißen haben. Aber es sind ja „unsere“ Vertreter und nach . . . zig Jahren haben wir es auch so. So lehrt man ja seit 80 Jahren.

Manchem ist aber doch zu bunt geworden, und die haben dann (zur Beruhigung des „Volks“) Anträge an den nächsten Hochwasserparteitag eingebracht: Die Herren Genossen verdienen zu viel Geld (20, 30 und 40 000 M. im Jahr). Was über 12 000 M. geht, soll der Parteikasse zufließen, der Parteitag solle demgemäß beschließen. So lautet ein Antrag Berlin: (Die Berliner wissen Bescheid).

„Es ist grundsätzlich von den parteigenösslichen Beamten, Angestellten und Abgeordneten der Teil des Einkommens aus öffentlichen Mitteln, welcher nach Abzug der Aufwandsentschädigungen und Kinderzulagen monatlich 1000 Mark überschreitet, an die Parteikasse abzuführen.“

Diese Anschuld vom Lande. Schon im vergangenen Jahr sind entsprechende Anträge gestellt worden und auch ins Wasser gefallen, denn beim Geldbeutel hört bekanntlich die Gemütslichkeit auf. Und das Teilen.

Während also in Berlin und anderswo fleißig getanzt und getafelt wurde, ging der Kumpel auf Klage, und die war in der Kälte hundsmiserabel. Davon haben keine Bilder in der Zeitung gestanden, wie wir bei 20 und 30 Grad Kälte geschuftet haben und Kohlen gefördert haben, damit die Leute nicht erfrieren und eine warme Stube haben. Wir haben unseren Kerger gehabt, wenns garnicht klappen wollte und die Bagger zerplüßerten wie Glas und uns die Nase abgefroren in dieser

Wirtschaften. Aber am meisten haben wir uns ge-  
argert über die Herrn Arbeitslosen, die von unseren  
Großhcn ihr Gehalt beziehen und denen unsere Arbeit  
zu dreckig war, als sie zum Verladen eingeladen wurden.

Es ist eine jedem Kumpel bekannte Tatsache,  
die kein Lügen der Linkspresse aus der Welt  
schafft, daß eine ganze Anzahl Arbeitsloser die  
Arbeit rundweg verweigert hat. Die Linkspresse  
versucht das zu entschuldigen mit der strengen Kälte,  
und der „Vorwärts“ stellt wehmütig fest, daß die Ar-  
beitslosen nicht etwa in gutgeheizten Büroräumen, son-  
dern im Freien die Briefstapel in die Güterwagen ver-  
laden sollten. Na? und wir Kumpels? Glauben die  
Vorwärtschreiber etwa, wir haßen die Kohlen  
in den Büros? Die haben gutgeheizte Räume, weil  
wir bei Frost und Kälte im Freien Kohle schaffen. Und  
sollen die Arbeitslosen, für die wir Arbeitenden doch die  
Beiträge zu entrichten haben, es besser haben als wir?  
Wir danken der Linkspresse für diese Auffassung, die wieder  
bestätigt, daß wir Arbeiter für sie und ihre Bonzen  
weiter nichts bedeuten als zahlendes Stimmvieh.

Wir bedauern aufrichtig jeden, der schuldlos keine  
Arbeitsgelegenheit hat. Ihm muß geholfen werden.  
Aber kein Mitleid können wir haben mit denen, die keine  
Arbeit haben wollen. Und wenn die Herren von der Links-  
presse nicht wissen, daß es solche gibt, dann sollen sie  
mal zu uns herauskommen, das braucht nicht im Winter  
zu sein, das können sie zu jeder Jahreszeit erleben, wie  
die jungen Herrchen in Jimmy-Schuhen daherkommen,  
die Nase rümpfen und: „Die Arbeit sollen wir machen?  
Nä, da gehen wir lieber stempeln“ sprechen.

Gerade junge unverheiratete Burichen handeln so.  
Der Familienvater, der Verantwortung bestzt ist froh,  
wenn er wieder Arbeit findet und zur Anerkennung die-  
ser und auch der stellenlosen Angestellten sei festgestellt,  
daß sie bereitwillig jede Arbeit übernehmen.

Die Arbeitslosenversicherung hat sich nicht  
bewährt, und es ist höchste Zeit, daß eine gründliche  
Reform geschaffen wird, wenn nicht Arbeiterchaft und  
Wirtschaft dauernd geschädigt werden sollen. Ueberhaupt  
ist noch vieles reformbedürftig in der Sozialpolitik. Eine  
Schlichtungsreform ist nötig, und die Reichs-  
knappschafft wird den Herren auch noch manche Nuß  
zu knaden aufgeben.

Herr Dr. Stresemann bemerkte kürzlich sehr rüchichts-  
voll, der Parlamentarismus gehe einer Krise entgegen.  
In Wirklichkeit liegt das vielgepriesene parlamentarische  
System in den letzten Zügen. Wer das Feilschen um  
die Ministersttze in den letzten Wochen verfolgt hat, der  
konnte das — gelinde gesagt — Grauen kriegen. Das  
war sogar Herrn Dr. Josef Wirth zuviel und er schrieb  
in seiner Zeitung: „Deutsche Republik“:

„Die politische Lage ist im ganzen so übel, so  
verworfen, so vergiftet, so wenig nach der sachlichen  
Seite hin geklärt, daß man verstehen kann, wenn man-  
che das parlamentarische System als krank, als totmüde  
bezeichnen. Es kann wirklich nicht so weitergehen wie  
in den letzten Tagen, sonst endet die zehnjährige Ent-  
wicklung der Demokratie in Deutschland genau so, wie  
der Liberalismus in Italien abgetreten ist.“

Wir brauchen dem nichts hinzuzufügen. Der  
Begeil steigt — Hochwasser.

## Die Verbürgerlichung des Arbeiters.

### Eigentumsgedanke und Sozialpolitik.

Von Dr. Alfred Schmidt-Hoepte, M. d. L., Düsseldorf.

(Fortsetzung.)

Indem die heutige Sozialversicherung dem Arbeit-  
nehmer ohne ihn um seine Einwilligung überhaupt zu  
fragen, gerade den Teil seines Gehaltes oder Lohnes  
enteignet, den er zur Rücklage, zur Bildung eines Spar-  
guthabens verwenden könnte, verletzt sie auch dem Eigen-  
tumsgedanken einen Stoß. Dieser Gesichtspunkt ist bis-  
her viel zu wenig beachtet worden. Sozialismus ist,  
praktisch betrachtet, doch nichts anderes, als die Beseiti-  
gung des Eigentümers und seinen Ersatz durch den  
Funktionär. Eine Parallele dazu bildet die oben gekenn-  
zeichnete Entwicklung der Sozialpolitik. Aus den Sozial-  
beiträgen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer — auch  
diejenigen des Arbeitgebers sind schließlich als ein Bestand-  
teil des Lohnes zu betrachten: sie würden dem Arbeiter  
und Angestellten für Sparzwecke zur Verfügung stehen,  
wenn die zwangsweise Abführung an die Sozialkassen  
nicht erfolgte — wird ein Apparat unterhalten, mit zahl-  
losen Funktionären; dieser Apparat tritt an Stelle  
des Eigentums. Auf ihn ist der Arbeitnehmer hinfort  
angewiesen, er schluckt seine Ersparnisse und gibt sie nur  
zu einem kleinen Teil wieder zurück. Die neuerlich beach-  
tete Erhöhung oder gar Beseitigung der Grenze für  
die Angestelltenversicherung beweist, daß man auf diesem  
Wege bis zu den äußersten Konsequenzen zu gehen  
gewillt ist.

Damit wird aber die Verbürgerlichung des Arbeit-

nehmers gewaltfam aufgehalten. Man könnte sich ja  
denken, daß die soziale Gesetzgebung neue Formen ein-  
führte, z. B. den Zwang zur Bildung gesparter Spar-  
guthaben, die nach einer bestimmten Zeit dem Sparer,  
vielleicht erst zum Teil und dann ganz oder zunächst nur  
mit ihrem Zinsertrag, zur Verfügung ständen. Das wäre  
bürgerliche Sozialpolitik, die den Eigentumsgedanken  
in den Mittelpunkt stellte; aber das gerade soll ja  
nicht sein. Eigentum ist mehr und mehr anrüchig ge-  
worden, ebenso wie das Verdienen und das Sparen.

Ja, auch das Sparen! Die Sozialbeiträge machen  
durch ihre Höhe ein individuelles Sparen nicht nur  
unmöglich, weil über sie hinaus schwerlich ein weiterer  
Teil des Einkommens zur Kapitalbildung abgezweigt  
werden kann. Das ganze System ist auch der Ideologie  
des Sparens entgegengesetzt. Man soll sich auf den  
Staat, die Gewerkschaften, die sozialen Einrichtungen  
verlassen. Sie erzeugen die Sparkasse. Dieses wäre  
geradezu eine unerwünschte Konkurrenz. Sparen ist  
nicht nötig, denn die Gewerkschaften oder die Parteien  
sorgen ja schon für ihre Leute beim Vater Staat!

Im alten Deutschland war es ein häufig zu be-  
obachtender Weg, auf dem Familien aus dem Proletariat  
in den Mittelstand und höher hinaufstiegen: daß von  
den Eltern Opfer gebracht, Entbehrungen getragen  
wurden, um durch eiserne Sparamkeit und unermüd-  
lichen, an keinen Achtstundentag gebundenen Fleiß die

Kinder vorwärts zu bringen. Dahinter stand ein hohes Ethos, und die materiellen Entbehrungen der Eltern wurden reichlich belohnt durch die innere Befriedigung über die in den Kindern erfüllten Sehnsüchte und Ideale. Es war das gerade Gegenteil von heute im Grunde genommen auch bei den christlichen Gewerkschaften vorherrschenden Bestrebungen. Weil nicht materielle Dinge das ganze Dichten und Trachten bildeten, nur deshalb konnte die Kraft aufgebracht werden, um jene Entfugung zu üben, welche Voraussetzung für den Aufstieg war. Staat und Kirche wetteiferten in der Anerkennung solcher Gesinnung und Leistung. Wer dagegen heute so denkt und handelt, der wird für dumm verschliffen. Mehrarbeit im Dienste des Weiterkommens, des Emporkommens ins Bürgertum, ist bei Strafe verboten. In der Arbeit soll vielmehr Maß gehalten werden. Keiner darf sich von dem andern durch Mehrarbeit hervorheben, und für jeden ist ja die allen gleich zugemessene Sozialrente da. Die hohen ethischen Werte, die mit dem Aufstieg durch eigene Leistung verbunden sind, den Nutzen solchen Strebens auch für die Allgemeinheit, glaubt man entbehren zu können. Die alte Bibelwahrheit, daß der Mensch im Schweiß seines Angesichts sein Brot essen soll, gilt nichts mehr, und auch die herrliche deutsche Sprichwortsweisheit, in der die Erfahrungen unserer Väter niedergelegt sind, scheint zum alten Eisen geworfen: „Ohne Fleiß, kein Preis!“ — „Wer nicht arbeitet, (d. h. arbeiten will) soll auch nicht essen!“ — „Bete und arbeite!“ — „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“ usw.

Wenn es aber trotzdem noch jemand gelingt, durch seine Arbeit, trotz schematischem Achstundentag, durch Tüchtigkeit und Zielbewußtheit auch in unserer sozialistischen Zeit es zu etwas zu bringen, so sorgt der Staat durch eine überspannte ungerechte und eigentumsfeindliche Besteuerung dafür, daß rasch wieder nivelliert wird. So spottete der Präsident des jüngsten Kongresses der katholischen Arbeiterinternationale, Abgeordneter Zoos, über die „banale Verdienstidee“, während er jedoch gleichzeitig für die Lohnarbeiter ein „Mehr an Verfügungsgewalt über materielle Dinge“ forderte, was offenbar nicht banal ist. Der Verdienstidee entspricht nun der Gedanke erhöhter Leistung zum Nutzen der Allgemeinheit. Daß auch das für den Lohnarbeiter anzustrebende Mehr ebenso wie für alle Staatsbürger nur zu erreichen ist, wenn die Produktion gesteigert wird, so daß sie Ueberschüsse abwirft — Ueberschüsse für den Verbrauch, vor allem aber zur Anlage in den Betrieben mit dem Ziele weiterer Produktionserhöhung, — daß also das „banale Verdienen“ zwar nicht Selbstzweck, aber doch unbedingt notwendig ist im Interesse aller, diese allerdings auch banale, alte volkswirtschaftliche Wahrheit wird den Massen vorenthalten. Schaltet man die Verdienstidee aus, so bleibt der Kommunismus übrig, mag man ihn auch mit einer christlichen Ideologie ver-

teidigen, und das Ideal der Verbürgerlichung durch Eigentumsbildung rückt in nebelhafte Ferne

Je höher die Reallöhne sind, um so mehr kann gespart, kann Eigentum geschaffen werden. Aber die Politik der Gewerkschaften und der unter ihrem Einfluß stehenden Parteien verhindert ja gerade eine Erhöhung der Reallöhne, weil sie ausschließlich den Verbrauch im Auge hat, statt eine zielbewußte, auf längere Sicht berechnete Produktionspolitik zu treiben, weil sie Augenbläserfolgen nachjagt, um die Massen bei Stimmung zu halten. Das haben wir ja z. B. bei dem Ruhrstreikspruch gesehen, wo das dicke Ende auch für die Arbeitnehmer jetzt nachkommt. Sachliche Arbeit im Interesse der Arbeitnehmer sieht anders aus. Was haben die Arbeitnehmer denn von den Scheinlöhnen der Gewerkschaften, die auf Kosten der Wirtschaft erfodert werden? Lohnerhöhungen auf solcher Grundlage haben keinen Bestand. Nur mit der Wirtschaft kann der Arbeitnehmer seine Lebenshaltung verbessern, niemals gegen sie. Wenn die Gewerkschaften den Mut aufbrächten, ihren Mitglidern das einmal zu sagen, würde es um die Verbürgerlichung der Arbeitnehmer besser stehen.

Der von Gewerkschaftsseite bewußt erfolgende, immer stärkere Anreiz zu gesteigertem Verbrauch unterbindet zu seinem Teil den Sparttrieb. Führen die Gewerkschaften doch bereits Ausgaben für das Kino (!) zur Begünstigung eines sogenannten „Kulturlohnes“ ins Feld.

Ein besonderes trübes Kapitel, das die Verbürgerlichung des Arbeiters und Angestellten verhindert und die bisherigen Bürger ins Proletariat herunterzieht, ist die Wohnungszwangswirtschaft. Wie manchen Arbeiter und Angestellten gibt es, der noch ein paar Hundert oder tausend Mark aus der Inflation gerettet hat, die in einem Hause angelegt sind. Die Freude am Eigentum wird diesen Leuten dadurch vererbt, daß sie im buchstäblichen Sinne des Wortes nicht mehr Herr im eignen Hause sind und daß der Staat ihnen den Ertrag aus ihrem Eigentum durch Ausnahmesteuern wegnimmt. Ganz so schweigen von der Beseitigung der Freizügigkeit, die eine Folge des heutigen Systems der Wohnungsbewirtschaftung ist und den Arbeitnehmer daran hindert, vorwärtszukommen, indem er dort Arbeit antrifft, wo sie für ihn das meiste abwirft. Würde man sich endlich entschließen, den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft energisch in Angriff zu nehmen, so würde dadurch der bürgerlichen Idee ein großer Dienst geleistet. In diesem Zusammenhange sind endlich die bodenreformistischen Bestrebungen zu bekämpfen. Niemals kann ein Leben des Staates oder der Kommune Ersatz bieten für das Interesse des Haus- und Grundbesizers an seinem Eigentum. Die Bodenreform höhlt den Eigentumsbegriff systematisch aus und nimmt es auch mit der Enteignung und mit der bei einer Enteignung zu gewährenden Entschädigung nicht so genau. Das Bürgertum steht aber und fällt mit der Idee des Privateigentums.

## Nieder mit dem Kapitalismus.

Die im übrigen berechtigte Kritik einer rechtsstehenden Zeitung an dem Geschäftsgebahren der Arbeiterbank ist dem Vorwärts mächtig an die Nieren gegangen. Bei dem ihm aufgezwungenen Rechtfertigungsversuch verliert er seine Ruhe derart, daß er sich zu Abstreitungen verweigert von Dingen, die er kurz vorher selbst zugegeben hat. In Nr. 599 vom 20. 12. 28 (1. Beilage) schreibt der Vorwärts: „Die Bank der Arbeiter, Angestellten

und Beamten z. B. kennt keine privaten Aktionäre, wie die privaten Unternehmungen, und bei ihr gibt es niemanden, der erzielte Gewinne als private Rente für sich verdraucht. Hier werden Gewinne als Kapital der Volkswirtschaft in ihrem vollem Ausmaß sofort wieder zur Verfügung gestellt, während sich bei Privatunternehmungen eine Verbraucherguppe dazwischenstellt, die in den meisten Fällen umso entbehrlicher ist, als die

Arbeit ja doch von angestellten Generaldirektoren gemacht wird.“

Unter entbehrliche Verbrauchergruppen, von denen der Vorwärts hier spricht, ist der Aufsichtsrat zu verstehen. Nun hat natürlich auch die Arbeiterbank einen Aufsichtsrat. In den oben zitierten Zeilen soll nun der Eindruck erweckt werden, als ob der Aufsichtsrat der Arbeiterbank leer ausginge und vom Gewinn nichts erhielt. Das aber ist eine bewusste Irreführung. Denn wir entnehmen wiederum dem Vorwärts (Nr. 467): „Der Aufsichtsrat der Arbeiterbank hat übrigens in den letzten Monaten beschlossen, seinem Vorsitzenden für die überaus mühevollen Arbeit an der Spitze dieses Arbeitsunternehmens eine laufende Entschädigung zu zahlen, die allerdings in keinem Verhältnis zu den Entschädigungen steht, die für die gleiche Arbeit im Aufsichtsrat

privatkapitalistischer Unternehmungen gezahlt wird.“ (Vorsitzender des Aufsichtsrats der Arbeiterbank ist übrigens Herr Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.)

Aha! Aus den Gewinnen der Arbeiterbank werden also die Herren Aufsichtsräte — eine „entbehrliche Verbrauchergruppe“ — besoldet und zwar jedenfalls so hoch, daß es sich lohnt. Die Dividende, die für 1928 zur Ausschüttung gelangt, beträgt im übrigen 10%. Wir wollen uns das merken. Also dazu dienen die Arbeitergrotschen. Wie hieß es doch früher: Arbeiter, seht Euch Eure Führer an. Nach außen schreien sie: Nieder mit dem Kapitalismus. Selbst aber nehmen sie das Geld, wo sie nur können, auch die Arbeitergrotschen müssen heran. Merkt's Euch, Kameraden!

## Die Gelben als Lohndrücker.

So heißt es allenthalben in der Linkspresse und ihren Flugblättern. Gelb wird gleichgesetzt mit Herabdrücken der Arbeitsbedingungen. Die Unternehmer, heißt es, würden diese Verbände finanziell unterstützen, um durch schlechtere Lohnzahlungen diese Aufwendungen hundertfach wieder herauszubolen.

Wie ist's in Wirklichkeit? Einen vollgültigen Beweis für das Gegenteil dieser bewußt fügenhaften Behauptungen bringt die Gewerkschaftszeitung, das Organ des A. D. G. B. (freie Gewerkschaften). Dieses Blatt bringt eine ausführliche Uebersicht über die Löhne in den einzelnen Wirtschafts-

zweigen. Auch die Landarbeiterlöhne sind aufgeführt. Hier ergibt sich die für die Gewerkschaften merkwürdige Tatsache, daß die Landarbeiterlöhne sogar nach der roten Gewerkschafts-Statistik in Pommern, wo der werksgemeinschaftliche Reichs-Landarbeiterbund herrscht und die Tarife abschließt, fast am höchsten von ganz Preußen sind. Der pommerische Landarbeiter verdient durchschnittlich 10% mehr als ein Berufscollege dort, wo die Gewerkschaften die Tarife abschließen. Es ist bitter, daß ausgerechnet die Gewerkschaftszeitung dies den Organisierten ins Stammbuch schreibt.

## Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.

Wenn er das weiß, warum wendet dann ausgerechnet der „Kollege“ Steffens zu ihrer Bekämpfung soviel Lungenkraft und Hirnschmalz an, wenn solches überhaupt schon bei ihm vorhanden ist? Wir möchten das mit Recht bezweifeln; von seinem Auftreten in Thirna hatten jedenfalls auch seine Freunde etwas anderes erwartet. „Da uns nur eine Stunde Redezeit zugestanden war und diese nicht ausreichte um den Vortrag des Herrn Barts zu widerlegen...“ Nanu? Eine geschlagene Stunde reicht nicht aus, um die „verdummenden“ Ausführungen des Herrn Barts zu widerlegen? Uns genügt jedenfalls die Zeit von wenigen Minuten, um die von keiner Dummheit zu überbietenden, jede wirtschaftliche Kenntnis entbehrenden Bemerkungen des „Kollegen“ Steffens (wir möchten nur wissen, wessen Kollege; die Kumpels arbeiten mit Schippe und Hacke) dahin zu befördern, wo sie hingehören, nämlich auf den Mist.

Herr Barts hat schon einmal den Mitter Steffens freundschaftlich ermahnt, sich nicht auf das Glatteis der Knappschafft zu begeben. Das ist für ihn und seinesgleichen der wundeste Punkt. Damals zog er sich durch eilige Flucht aus der Affäre. Diesmal versuchte er es durch

Sabotage. Vergebens. Die Thirnaer Gruppe ließ viel Selbstüberwindung, die wirklich erstaunlich war, einen Stundenlangen Brei von Unsinn und törichtem Geschwätz über sich ergehen. Zum Thema, das zur Diskussion stand, kein Wort. Kollege Steffens wird sich auch schön hüten. Gebrannte Kinder scheuen bekanntlich das Feuer. Länger aber zuhören konnte man mit bestem Willen nicht. Auch war die Frist abgelaufen und — Herr Steffens ergriff wiederum die Flucht.

Wir geben diesem Herrn, der mal Arbeiterführer werden will, (das hat allerdings noch gute Weile, oder sind die organisierten Arbeiter in ihren Ansprüchen an ihre „Führer“ so bescheiden?) den wohlgemeinten Rat, sich bei seinen Auftraggebern etwas Material zum Studium geben zu lassen, damit er sich in Zukunft nicht zu blamieren braucht. Etwas Dummheit läßt man sich ja gefallen. Aber hier war es wirklich zu viel. Also Material für Anfänger. Vielleicht ist er doch noch in der Lage, das so nach und nach zu kapieren. Im Uebrigen wünschen wir der Organisation aufrichtig Glück zu diesem Verbandsgehilfen.

## Aus der Bewegung.

Bezirk Borna. Werksgruppe Braunkohlenwerk Borna: Die erste diesjährige Vollerfassung der Gruppe fand am 17. Februar statt. Kamerad Morgenstern begrüßte die Erschienenen und nahm einen neuen Kameraden in die Gruppe auf. Die Erledigung der Tagesordnung machte keine Schwierigkeiten. Die rege Beteiligung an der Besprechung der verschiedenen Punkte ergab das große Interesse der Kameraden an unserer Bewegung. Mit einem Hinweis auf die bevorstehenden Wahlen und eine Ermahnung an die Mitglieder, ihre ganzen Kräfte zu einem Gelingen unserer

Abichten einzusetzen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Werksgruppe Dora und Helene: Am 24. Februar fand die Februarversammlung der Gruppe statt, welche zahlreich besucht war. Kamerad Junghans hielt einen sehr guten Vortrag über die Bedeutung unserer Beteiligung an den Betriebsratswahlen, welcher bei allen Kameraden sehr starken Widerhall fand. Anschließend fand unter Leitung des 1. Vorsitzenden noch eine Aussprache über verschiedene Punkte, besonders die bevorstehenden Wahlen betr. statt.

**Werksgruppe Böhlen:** Die Versammlung am 26. Februar stand unterm Zeichen der bevorstehenden Betriebsratswahlen. Kamerad Zäbisch wies auf die große Bedeutung der Wahlen für unsere Bewegung hin. Er berührte daran anschließend die verschiedenen Beratungen und Beschlüsse des Bezirksvorstandes und wies auf die neueste Entscheidung des Reichsarbeitsgerichtes hin, die wiederum die Tariffähigkeit eines Werkvereins bestätigt. Er begrüßte dann den Redner, Kamerad Junghans (Dora und Helene) und erteilte ihm das Wort zu seinem Vortrage „Die Betriebsratswahlen und unsere Bewegung“. Der Vortrag fand allgemeine Anerkennung und rief eine recht angeregte Aussprache hervor.

**Werksgruppe Victoria:** Der Vorsitzende Kamerad Haase hatte zum 26. Februar zu der Monatsversammlung eingeladen. Eine große Anzahl seiner Kameraden waren seinem Rufe gefolgt. Als wichtigster Punkt nannte die Tagesordnung die Betriebsratswahlen. Die junge Gruppe wird sich schon an den kommenden Wahlen mit einer eigenen Liste beteiligen. Eine ganze Anzahl Kameraden nahmen zu diesen Punkte Stellung. Es sprachen die Kameraden Luz, Porzig und Schramm, deren Anregungen dankbar angenommen wurden. Nach Erledigung noch einiger geschäftlicher Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung, die für alle Anwesenden recht angeregt verlaufen ist und gezeigt hat, daß unsere junge Bewegung auch auf Victoria im Vorwärtsschreiten ist.

Die nächsten Versammlungen der Gruppen sind wie nachstehend festgelegt worden:

**B. B. Borna.** Sonntag, den 17. März 15 Uhr Vortrag, Junghans „Unsere Bewegung“. **Breunsdorf.** Sonntag, den 24. März 15 Uhr B. R. Post Vortrag, Faculty „Unsere Bewegung“. **Dora und Helene.** Sonntag, den 24. März Groß. 15 Uhr Vortrag, Pässig, „Sozialpolitische Fragen“.

**Bezirk Meuselwitz.** Vertrauensmänner-Versammlung in Rositz am 24. Februar 1929. Nach Eröffnung der Sitzung gedenkt der Versammlungsleiter am Tage, den das deutsche Volk seinen Toten aus dem Weltkrieg gemeißelt hat, in stolzer Trauer unserer gefallenen Brüder, die ihr Streben für des deutschen Volkes Zukunft in Treue zu den Idealen, mit denen sie hinausgezogen, mit dem Tod besiegelt haben. Die Versammlung legt das Gelöbnis ab, in ihrem Geiste stark zu bleiben in der Arbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes und ehrt die gefallenen Helden, Deutschlands beste Söhne, durch Minuten stillen Gedenkens! —

Schon die vorläufige Tagesordnung im Einladungsgrundschreiben hatte den Vertretern, die erretlicherweise vollzählig erschienen waren — sämtliche Werksgruppen des Revieres waren vertreten, daneben noch einige Gäste von Grubenbetrieben ohne werksgemeinschaftliche Arbeitnehmervereinigung anwesend — ein ordentlich Maß Arbeit angeklündigt. Jetzt kamen noch einige weitere wichtige Punkte hinzu. In vierstündiger Tagung wurde programmäßig alles erledigt, obwohl nicht bei allen Punkten alle einer Meinung waren und erst aus eifriger Debatte das als richtig erkannte beschlossen wurde. Es ist nicht möglich hier einen bis in die Einzelheiten der Verhandlungen vordringenden Bericht zu erstatten; das werden die Vorstände in den nächsten Mitgliederversammlungen tun, soweit es noch nicht geschehen ist.

Zunächst berichteten die Kameraden Taubert und Mallj über die Vorstandssitzung der A.M.B. am 28. Januar 1929 und über die Sitzung des Gemeinschaftsausschusses in Halle am gleichen Tage. — Im Anschluß an eine längere Aussprache über die Notwendigkeit der engeren Zusammenarbeit der werksgemeinschaftlichen Bewegung im Bezirk kam es dann zur Bildung des „Bezirk Meuselwitz der A.M.B.“, in deren Vertreter-Versammlung alle im Revier bestehenden Gruppen mit gleichen Rechten mitarbeiten sollen. Dieser Zusammenschluß der Werksgruppen im engeren Revier, der in keiner Weise in das Eigenleben der Gruppen eingreifen soll, wird durch die engere Zusammenarbeit, durch die häufigere gegenseitige persönliche Fühlungnahme der Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner Gedanken- und Erfahrungen-Austausch ermöglicht und damit mit den einzelnen Gruppen die Gesamtbewegung vorwärtstreiben und ausbreiten helfen. In Zukunft wird in diesen Vertreter-Zusammenkünften mancher Grundstein gelegt und manche Anregung zum weiteren Ausbau in der praktischen Betätigung der einzelnen Werksgruppen zum Wohle der Mitgliedschaften gegeben werden. Die Verhandlungen über diese Arbeitsgemeinschaft, über ihre Ausgestaltung und das ihr zuweisende Betätigungsfeld nahmen naturgemäß einen besonders breiten Raum innerhalb der Sitzung ein. Eine ganze Reihe organisatorischer Fragen wurden hierbei behandelt, der Pressearbeit besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Schließlich bildeten die bevorstehenden Betriebsratswahlen, an denen nach Möglichkeit sich die Gruppen mit eigenen Listen beteiligen, und das Programm für die zukünftige Bildungsarbeit weitere besonders wichtige Verhandlungsgegenstände. Nächste Vertreterversammlung: Sonntag, den 7. 4. 1929. Ort der Zusammenkunft und Tagesordnung werden recht-

zeitig durch Rundschreiben bekanntgegeben. Wir bitten die Vertrauensmänner, schon jetzt sich den Vormittag des 7. April für unsere Verhandlungen freizubehalten.

**Arbeitnehmervereinigung Grube Pöhnitz-Mumsdorf:** Zu der auf den 15. Februar 1929 anberaumten Monatsversammlung waren infolge äußerst mäßiger Witterungsverhältnisse nur wenige Kameraden erschienen. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, zur Erledigung der wichtigen Punkte der Tagesordnung eine außerordentliche Mitgliederversammlung für Sonntag, den 3. März 1929 einzuberufen. Nachdem hielt Kamerad Lessmann einen Vortrag über „Aufgaben der Werksgemeinschaft“, dem sich ein reger Meinungsaustausch angeschlossen. — Die für den 3. März einberufene außerordentliche Mitgliederversammlung wurde um 10<sup>30</sup> Uhr vom 2. Vorsitzenden eröffnet. Er begrüßte die erschienenen Kameraden und gab die Tagesordnung bekannt. Zunächst erhob Herr Dr. Brechtel-Feiz das Wort zu einem Vortrag über das Betriebsrätegesetz. Der Redner wies in seinen Ausführungen auf die Entstehung und den Zweck des Betriebsrätegesetzes hin, führt die Kameraden Aufgabenkreis und Stellung des Betriebsrates im Betrieb vor Augen und betont, daß die dem Betriebsrätegesetz innewohnenden, leider zumest mißbrauchten Gedanken sich in den meistentlichen Punkten mit dem Programm der Werksgemeinschaftsbewegung decken. Im Anschluß an den Vortrag wird zu den bevorstehenden Betriebsratswahlen Stellung genommen und beschlossen, sich mit einer eigenen Arbeiterliste an der Wahl zu beteiligen. — In Erledigung des Punkt 2 der Tagesordnung wird Kamerad Ernst Lessmann einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt. Er übernimmt damit zugleich das Amt des Domannes der freiwilligen Schiedsstelle. — Im weiteren Verlauf der Versammlung finden die zur Anmeldung unserer Vereinigung ins Vereinsregister noch erforderlichen Satzungsänderungen einstimmige Annahme. — Gegen den vom Vorstand der Direktion übergebenen Vorschlag zur Gründung bzw. Ausgestaltung einer Werksparafasse erfolgen seitens der Kameraden keinerlei Einwendungen. —

**Arbeitnehmervereinigung der Braunkohlenwerke Leonhard-Zipsendorf:**

Die Mitgliederversammlung am 3. März 1929 war wiederum gut besucht. Herr Dr. Brechtel-Feiz sprach über das Thema: „Werksgemeinschaft und Betriebsrätegesetz“. Die umfangreiche Tagesordnung fand glatte Erledigung. Ueber die Einrichtung einer Unterfüzungskasse soll in der nächsten Mitgliederversammlung eingehend gesprochen werden. Die gegen den Gruppenführer gerichteten Angriffe im „Volksboten“ und in der „Dittzhüringer Volkszeitung“ waren wie auf Bestellung erschienen und erregten allgemeine Heiterkeit. Zum Schluß wurde die Nationalhymne der freien deutschen Republik: das Deutschlandlied gesungen. Hoffentlich bleibt unserem bekannten Gegner deshalb „die Spucke nicht weg!“ M.

**Werksgruppe Waltersdorf (Dea):** Die erste ordentliche Mitgliederversammlung der am 13. Januar 1929 von Belegschaftsmitgliedern der Grubenverwaltung Waltersdorf (Dea) gegründeten werkschaftsfriedlichen Arbeitnehmervereinigung fand am 1. März 1929 im Werkskafino statt. Nach Eröffnung der Versammlung, der die Tagesordnung: 1. Wahl des gesamten Vorstandes, 2. Bericht über die Bewegung im Revier, 3. Berichtednes zugrunde lag, begrüßte Kamerad Schüll die erschienenen Mitglieder und erläuterte an Hand der Satzungen in eingehenden Ausführungen das Programm und Ziel der werksgemeinschaftlichen Bewegung in der mitteldeutschen Braunkohle. In Erledigung des Punktes 1 der Tagesordnung werden dann durch Stimmzettel gewählt

- |                  |         |                  |
|------------------|---------|------------------|
| 1. Vorsitzender  | Kamerad | Erich Schüll     |
| 2. Vorsitzender  | „       | Anton Brüderer   |
| 1. Schriftführer | „       | Johannes Winkler |
| 2. Schriftführer | „       | Georg Schroedter |
| 1. Kassenwart    | „       | Martin Berg      |
| 2. Kassenwart    | „       | Karl Goebelsmann |
| 1. Beisitzer     | „       | Paul Golze       |
| 2. Beisitzer     | „       | Emil Burkhardt   |

Zu Punkt 2 der Tagesordnung berichtet der Vorsitzende über die Vertreterversammlung des Bezirks Meuselwitz der A.M.B. in Rositz am 24. Februar 1929. Auf Wunsch des Vorstandes referierte der als Gast anwesende Vertreter der Deutschen Vereinigung in Feiz, Herr Dr. Brechtel, die Ausführungen des Kameraden Schüll ergänzend, über die werksgemeinschaftliche Gesamtbewegung. Mit besonderer Genugtuung wurde Kenntnis genommen von dem stetigen Anwachsen der Bewegung im engeren Revier wie überhaupt und von dem Urteil des Reichsarbeitsgerichtes vom 10. Februar 1929, das endlich eindeutig auch die werksgemeinschaftliche Bewegung als „wirtschaftliche Vereinigung“ im Sinne der Reichsverfassung anerkennt. — Nachdem unter Punkt 3 eine Reihe innerer Vereinsangelegenheiten geteilt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Appell zu eifriger Verbearbeitung für unsere Bewegung und einem herzlichen „Glückauf!“ G.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Schläter, Canena. — Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle, Königstr. 71.

# Mitteilungs-Blatt

## der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

2. Jahrgang

Halle (Saale), den 21. April 1929

Nr. 4

### Glänzende Erfolge bei den Betriebsrätewahlen.

Der Kampf ist vorüber. Die Betriebsrätewahlen haben, abgesehen von wenigen Betrieben, inzwischen stattgefunden. Unsere Gegner haben kein Mittel unverzucht gelassen, um unsere Aufwärtsbewegung zu verhindern. Heze, Lüge, Verleumdung mußten herhalten. Keine Stimme den Gelben! Zertrümmert die gelbe Bewegung! Heraus mit den Gelben aus den Betriebsräten!

So hieß es in der roten Presse und ihren Flugblättern.

Aber all ihr Hezen und Toben war vergebens. Die nationale, wirtschaftsfriedliche Bewegung ist fest fundiert und läßt sich mit Zeitungsgeheiß und Lügen nicht aus der Welt schaffen.

Die Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau hat durch ihre glänzenden Erfolge bei den Betriebsrätewahlen erneut den Beweis ihrer starken Lebensfähigkeit erbracht.

Wir beteiligten uns im Bezirk Halle an den Wahlen in 13 Betrieben mit einer Belegschaft von 8500 Mann.

Es erhielten:

die Arbeitnehmer-Vereinigung	35 Mandate
die freien Gewerkschaften	63 "
Sirisch-Dunker und Christen	1 Mandat

Im Bezirk Borna (5 Betriebe mit 4532 Mann Belegschaft) erzielten:

die Arbeitnehmer-Vereinigung	11 Mandate
die freien Gewerkschaften	31 "

Im Bezirk Meuselwitz (4 Betriebe mit 2634 Mann Belegschaft):

die Arbeitnehmer-Vereinigung	11 Mandate
die freien Gewerkschaften	32 "

Wir erzielten also bisher insgesamt 57 Mandate.

Unsere Gegner suchen ihre Enttäuschung und ihre Mut zu verbergen, indem sie diese Erfolge totschweigen und läugerische Zahlen verbreiten. Ein allzu durchsichtiges Manöver, das seinen Zweck völlig verfehlt. Die Leute in den Betrieben, auch unsere Gegner, wissen es besser und lassen sich durch solche Kosttäuscherkniffe nicht irreführen.

Wir haben unsere Mandate gegenüber dem Vorjahre weit mehr als verdoppeln können. Nun gilt es weiter arbeiten und die neugewonnenen Stellungen auszubauen. Wir wollen nicht warten, bis die nächsten Wahlen vor der Türe stehen, sondern gleich jetzt frisch ans Werk gehen, damit wir bei den nächsten Wahlen wieder eine Verdoppelung unserer Mandate erkämpfen.

Glück auf! und ans Werk!

### Bilanz.

Seit 2 Monaten tagt in Paris die Reparationskonferenz, die über das Schicksal Deutschlands auf Jahrzehnte hinaus bestimmen soll. Nach dem Dawesabkommen sollten wir bekanntlich jährlich 2500 Millionen bezahlen. Man hört in Deutschland jetzt vielfach die Meinung, etwas werden sie uns schon nachlassen, und man ist zufrieden, wenn dieser Nachlaß 500, 600 oder 700 Millionen RM. pro Jahr beträgt. Angesichts dieses unverwundlichen Optimismus erscheint es uns angebracht, in nüchternen Zahlen die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu betrachten.

Wir benutzen im Nachstehenden Zahlen, die auf amtlichen Angaben beruhen, also keinesfalls als zu niedrig bzw. zu hoch angesehen gelten können.

Vorausgeschickt sei, daß gegenüber einer Bevölkerungsdichte von 124 Menschen auf den qkm von 1913 jetzt 135 auf den qkm kommen.

Die Steinkohlenerzeugung Deutschlands sank von 190,1 Millionen to im Jahre 1913 auf 153,6 Millionen to im Jahre 1928, in England von 292 Millionen to auf 254,3 Millionen to.

Sie stieg dagegen in Frankreich von 40,1 auf 51,8 to, und in den Vereinigten Staaten von 516,6 auf 542,9 Millionen to.

Die Stahlerzeugung sank in Deutschland von 18,5 auf 16,3 Millionen to; stieg dagegen in England von 7,8 auf 9,3, in Frankreich von 3,8 auf 8,3, in den Vereinigten Staaten von 31,8 auf 44,9 Millionen to.

Die **Eigenerzeugung Deutschlands** sank von 19,3 auf 13,1, die **Englands** von 10,3 auf 7,5 Millionen to., stieg dagegen in **Frankreich** von 5,2 auf 9,3, in den **Vereinigten Staaten** von 31,5 auf 36,9 Millionen to.

Die **landwirtschaftliche Erzeugung** ist gleichfalls rückgängig. Es sank die **Ernte an Weizen** von 4,2 Millionen to im Jahre 1913, auf 4 Millionen to im Jahre 1928, an **Roggen** von 9,6 auf 8,5, an **Hafer** von 7,7 auf 7, an **Zuckerrüben** von 14 auf 11 Millionen to.

Die **Einfuhr von Lebensmitteln** dagegen ist gegenüber 1913 ganz gewaltig gestiegen. Die **Einfuhr an Brotgetreide** stieg von 1425700 to im Jahre 1913, auf 2134700 to im Jahre 1928; an **Fleisch** von 64200 to auf 151600 to; an **Milch, Butter, Käse** von 131700 to auf 217100 to; an **Eiern** von 166300 auf 178300 to. Da die **Ausfuhr** in keiner Weise Schritt hielt mit der vermehrten Einfuhr hat sich die **Handelsbilanz** außerordentlich ungünstig entwickelt.

1913 betrug die **Passivität der Handelsbilanz** 670 Millionen, wurde aber reichlich aufgewogen durch die **Aktivität der Zahlungsbilanz** (Auslandskapitalzinsen, Frachtenverkehr usw.), so daß die **Zahlungsbilanz** (nach Berücksichtigung des Defizits in der Handelsbilanz) noch über 1000 Millionen Mk. **Ueberschuß** aufwies. Heute dagegen decken sich **Handels- und Zahlungsbilanz** nahezu und es ergibt sich ein **Defizit**, das 1925 2,81 Milliarden RM., 1927 3,42 Milliarden und 1928 1,85 Milliarden RM. betrug, d. h. wir haben 1928 für **Einfuhr von Lebensmitteln** usw. **Schulden** im Ausland gemacht im Betrage von 1,85 Milliarden RM.

Bei dem **Kapitel Schulden** wollen wir einen Augenblick verweilen. Die **Verschuldung der Landwirtschaft** hat in einem beängstigenden Tempo zugenommen. Der **Landwirt** muß für seine **Betriebsmittel** (Maschinen, Geräte, Düngemittel usw.) weit mehr zahlen, als er für seine **Produkte** beim Verkauf erhält.

Die **Verschuldung der Landwirtschaft** betrug am 30. September 1928 bereits 5,89 Milliarden RM. aus **Realkredit** und **Kredit** von kurzer und mittlerer Laufzeit. 3 Milliarden RM. **Aufwertungsschulden**, 1 Milliarde RM. **private Hypothekenschulden**, 1,8 Milliarden RM. **sonstige Schulden** aller Art und 2 Milliarden RM. **Rentenbankgrundschuld**, insgesamt 13,69 Milliarden RM.

Diese **ungeheure Schuldenlast** kommt uns recht zum Verständnis, wenn wir erwägen, daß der **Gesamtwert** des **landwirtschaftlichen Grund und Bodens** 28 Milliarden RM. beträgt. Die Hälfte davon also sind **Schulden**.

Die **jährliche Zinslast** beträgt (Rechnungsjahr 1927—28) 1051 Millionen RM., d. h. doppelt soviel als 1913. Es kann danach nicht ausbleiben, daß **mehr und mehr Landwirte zahlungsunfähig** werden. Im **Rechnungsjahr 1927—28** wurden 2403 **landwirtschaftliche Grundstücke zwangsversteigert**, die eine Fläche von 37876 ha darstellen.

Deutschlands **Verschuldung an das Ausland** setzt sich zusammen aus **langfristigen Auslandsanleihen** und **kurzfristigen Geldern**. Die **Aufnahme von langfristigen Anleihen** beläuft sich auf 6,6 Milliarden RM. Die **kurzfristige Verschuldung** beträgt etwa 6 Milliarden, so daß die **Verschuldung an das Ausland** Ende 1928 den Betrag von reichlich 12 Milliarden RM. erreicht hat.

**Was haben wir nun bereits an die gegnerischen Mächte seit 1918 geleistet?**

Zunächst aus dem **Dawesplan** bis 31. März 1929 rund 7 Milliarden RM. Dann die **Vorleistungen nach**

**Artikel 235 des Versailler Vertrages** und auf Grund des **Londoner Zahlungsplanes** bis zum 31. Dezember 1922. Sie betragen nach einer Berechnung, die Prof. Dr. L. Brentano im Verein mit dem **Auswärtigen Amt** in einer **Deutschrift: „Was Deutschland bezahlt hat“** aufgestellt hat, 42,612 Milliarden Goldmark an auf **Reparationskonto** anzurechnenden Leistungen und 14305 **Milliarden Goldmark** an nicht anrechnungsfähigen Leistungen. Darin sind nicht enthalten die **Verluste**, die Deutschland durch **Preisgabe von Elsaß Lothringen**, durch den **Raub der Kolonien** und des darin enthaltenen **Reichs- und Staatseigentums** wie **wirtschaftlichen Wertes** erlitten hat.

Schließlich leistete Deutschland während des **Ruhrkampfes** etwa 750 **Millionen Goldmark**. Dieser Summe sind zuzurechnen die **Zwangslieferungen**, die nach **Aufstellung der Reparationskommission** einen Betrag von 1 **Milliarde** an **Bruttoüberschuß** ergaben. Die sonstigen **ungeheuren Verluste**, die der **deutschen Wirtschaft** im **Ruhrkampf** zugefügt wurden, sind mit mindestens 6 **Milliarden Goldmark** anzusetzen.

Die **Gesamtleistung an die gegnerischen Mächte** beträgt also mindestens 50 **Milliarden Goldmark**. Hierzu ist grundsätzlich zu sagen, daß die sogenannten **Reparationsverpflichtungen** auf der **These** von der **alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege** beruhen. Diese „**Rechtliche Basis**“ ist aber durch den **Zusammenbruch dieser These** erschüttert; insofern besteht **rechtlich und moralisch** eine **deutsche Reparationspflicht** nicht.

Die **ungeheuren** genannten Beträge mußten aus der **Vermögenssubstanz** bezahlt werden. (**Blutabzapfung** des **deutschen Wirtschaftskörpers**.) Zudem war während des **Krieges** das **deutsche Sachkapital** stark **heruntergewirtschaftet** worden. An **Erneuerungen** war nicht zu denken. **Milliardenwerte** an **Heeresgut** usw. sind in den **Revolutionen** **verschleudert** worden. Die nicht zuletzt durch eine **verfehlte Wirtschaftspolitik** der **Nachkriegszeit** herbeigeführte **Inflation** beschleunigte den **Kapitalschwund**. Nach der **Stabilisierung** stellte sich heraus, daß die **Produktionsanlagen** zum **größten Teil veraltet und unrationell** und daher **unrentabel** waren, es fehlte an **flüssigen Mitteln**, um die **Betriebe in Gang zu setzen** und zu halten, um **Rohstoffe einzukaufen**, **Löhne zu zahlen** usw.

**Kapitalnot** ist das **Kennzeichen** des **letzten Jahrzehnts** und der **Jetztzeit**. Die **Wirtschaft** bedarf mehr **Kapital**, als der **Kreditmarkt** anbietet. Wenn auch die **inländische Kapitalbildung** seit der **Stabilisierung** **Fortschritte** gemacht hat — die **Sparanlagen** bei den **deutschen Sparkassen** betragen insgesamt etwa 6—7 **Milliarden RM.** — so bedeutet das **recht wenig**, wenn man einmal bedenkt, daß in dem **einen Jahre 1913** rund 12 **Milliarden RM.** **gespart** wurden und zum **andern berücksichtigt**, daß der **Kapitalbedarf** **erheblich größer** ist, als in der **Vorkriegszeit**. Es gilt heute **Schäden** aus der **Zeit des Krieges** und der **Inflation** zu **beseitigen**, **Wirtschaft** und **Produktion** muß mit dem **Wachstum der Bevölkerung** **Schritt** halten — im **Deutschland der Gegenwart** gibt es, auf **verkleinertem Gebiet**, **mehrere Millionen Erwerbstätige** mehr als früher — und außerdem **müssen Milliardensummen** aus der **Volkswirtschaft** **herausgewirtschaftet** werden für **Reparationen**.

Das **Mißverhältnis** zwischen **Kapitalbildung** und **Kapitalbedarf** hat zur **Folge** eine **gewaltige Höhe des Zinsfußes**, die sich als **besonders schwere Belastung** der **schaffenden** und **erwerbenden Wirtschaftskräfte**

auswirkt. Diese hohen Zinsen wirken sich aus in einer **Uebertenerung der Produktion** und in einem **Vermögensverfall**, der allmählich mehr und mehr sichtbar werden wird.

Die Uebertenerung der Produktion ist in jedem Haushalte fühlbar. Darüber kann keine irgendwie zurechtgemachte Indeziffer uns hinwegtäuschen. Die Hausfrau merkt's auf dem Markte. Daß in Deutschland auf 1000 Einwohner 5 Automobile kommen, kann umsoweniger als besonderes Wohlstandsmerkmal gelten, als viele Autos nicht bezahlt werden; nach 4, 5 Ratenzahlungen wandert es vielfach zur Firma zurück. In Amerika kommen übrigens auf 1000 Einwohner 170 Automobile. Man wendet ein: aber die Vergnügungsstätten sind überfüllt. Aber von wem? Der Familienvater zählt kaum zu den Besuchern. Und der größte Teil der Besucher sagt sich eben: Ich will vom Leben etwas haben, wozu soll ich sparen, der Staat sorgt schon für mich. Hier offenbart sich mit erschreckender Deutlichkeit jene Einstellung, die als Folgeerscheinung einer übertriebenen staatlichen Fürsorge anzusehen ist, die vom Sparen nichts mehr wissen will. Altbewährte Sätze, wie „Spare in der Zeit, so hast Du in der Not“ haben wie so vieles andere Gute und Nützliche, Edle und Schöne ihren Kurzwert eingebüßt.

Der durch das hohe Zinsniveau bedingte Vermögensverfall wird sich allmählich sichtbar auswirken. Er wird

auch die Vermögen der Reichsversicherung nicht verschonen. Die Reichsknappschaff ist ein weithin sichtbares Menetekel.

Absicht? Nun, Sozialismus bedeutet Beseitigung des Privateigentums, bedeutet Besitzlosmachung, bedeutet Proletarisierung, bedeutet Verewigung des Glends, der Not, der Knechtschaft.

Einer neuen Oberschicht wird es ohne Zweifel dabei recht gut gehen. Wir haben sie ja schon, die neue Herrscherkaste. Die breite Masse bleibt im Dunkel, im Nichts, sie und ihre Nachkommenschaft, ewig und unabänderlich.

Unabänderlich? Nur dann, wenn wir uns weiter im trügerischen Kreise sozialistischer Schlagworte bewegen. Es gibt einen Ausweg: Sparen, Schaffung von Kapital, sodaß der Zinsfuß gesenkt werden kann. Schaffung von Eigentum.

Richten wir deshalb unsere Hoffnung nicht auf Paris. Wie kann von dort für uns was Gutes kommen! Glauben wir an unsere eigene Kraft. Schließen wir uns enger zusammen im Kampfe gegen die zerstörenden Absichten des Sozialismus.

Unsere Zukunft steht auf dem Spiel.

## „Hier ist Feindesland.“

Ein Sozialdemokrat — jetzt einer der führenden Männer in seiner Partei — hat das Wort geprägt: Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heißt. Ein anderer Sozialdemokrat hat vor kurzer Zeit gesagt: Landesverrat ist keine Schande mehr, sondern Ehrenpflicht. Man sollte glauben, diese schamlosen Neußerungen ließen keine Steigerung mehr zu. Weit gefehlt! Es blieb der „Chemnitzer Volksstimme“ vorbehalten, ihre Vorgänger zu übertrumpfen. Gelegenheit dazu bot das vielumstrittene Wehrprogramm der SPD. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Leber hat in Zeitungsartikeln dies Wehrprogramm verteidigt. Die „Chemnitzer Volksstimme“, die auf dem linken Flügel der Partei steht, schreibt dazu folgendes:

„Unser Verhältnis zur Wehrmacht ist diktiert von unserem Verhältnis zum Staat. Wer diesen Staat als eine friedlich-schiedliche Volksgemeinschaft ansieht, darin man irgend einem theoretischen Zukunftsideal entgegendämmert, der wird nie mit ihm und seinem stärksten Machtmittel, der Reichswehr, in Konflikt kommen. Wer aber in diesem Staat einen von schärfsten Gegensätzen geladenen Klassenstaat sieht und wer innerhalb dieses Klassenstaates mit allen Fasern die Interessen der proletarischen Klasse vertreten will, der sieht die Bajonette dieser Reichswehr und sieht die Richtung, nach der hin sie aufgezogen werden. Und fühlt: Hier ist Feindesland, und zwischen uns und dem englischen und französischen Arbeiter sind tausendmal mehr Berührungspunkte und Gemeinsamkeiten als zwischen uns und den Kapitalisten des eigenen Landes.“

Merks Frankreich! Merks England! Merkt es, alle, die aus Deutschland Tribute erpressen. Völker, hört die Signale! Die sozialistische Internationale hat es auch gehört und rührt eben darum keinen Finger für den deutschen Arbeiter, sondern sieht seit 10 Jahren zu, wie

der deutsche Arbeiter zum Päckel des Weltkapitals degradiert wird. Die Internationale hat immer darauf bestanden, daß das deutsche Volk zahlen muß, obgleich sie weiß, daß der deutsche Genosse dabei vor die Hunde geht.

Die Internationale erkämpft des Menschen Recht, nur nicht des Deutschen, denn hier ist Feindesland.

Alle Welt rüstet in einer Weise, der gegenüber die Vorkriegszeit Soldatenspielererei war. Trotz Völkerbund, Abrüstungskommissionen, Kelloggpaß hat die Welt noch nie ein derartiges Wehrtrüsten gesehen. Frankreich ist heute dank der nationalistischen Tätigkeit des Sozialisten Boncour die stärkste Militärmacht der Welt. Das „Volk in Waffen“ im wahrsten Sinne des Wortes. Die militärische Ausbildung beginnt schon in der Schulzeit. Wehe demjenigen, der es wagen sollte, daran Kritik zu üben.

Und bei uns in Deutschland?

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Künstler hat auf einer außerordentlichen Generalversammlung der sozialdemokratischen Bezirksgruppe Löbau ein Referat gehalten, danach wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Die Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie sieht die Generalversammlung in der Erziehung der Massen zur direkten Verweigerung jedes Wehrdienstes für den kapitalistischen Staat und zur aktiven Abwehr aller Kriegshandlungen mit allen Mitteln.“

Hier ist Feindesland, halt deinen Buckel hin, deutscher Michel, damit jeder, den es gelüstet, sich ein Stück aus deinen Rippen heraus schneiden kann.

Es gibt in Deutschland eine Zeitschrift das „Andere Deutschland“ genannt. Es ist das Organ der Pazifisten vom Schlage Schönhaichs, der im Lande herumreißt und Vorträge hält über das Thema: „Ich bin Kriegsdienstverweigerer.“



In der Nummer vom 3. März steht folgendes geschrieben:

„Es ist zweifellos, daß Deutschland nicht entfernt all den Schaden zu ersetzen vermag, den seine Kriegsführung den anderen Völkern zugefügt hat, ganz abgesehen davon, daß all das ungeheure Leid, das ein solcher Krieg verursacht hat in keiner Weise wieder gutgemacht werden kann. Um so notwendiger wäre es gewesen, daß im deutschen Volke die Empfindung dafür rechtzeitig zum Durchbruch gekommen wäre, daß es alles tun müsse, um die Unzulänglichkeit seiner materiellen Reparation (!) durch eine moralische Wiedergutmachung auszugleichen. Es war und es ist unsere unabweihsame Ehrenpflicht, doch allermindestens die eigene Aufbauarbeit der geschädigten Nachbarn dadurch zu fördern, daß wir nicht durch Rachedrohung und durch jede Art von Vorbereitung gewalttätiger Wiederherstellung der ehemaligen Grenzen Europa in neue Unsicherheit werfen, allen Unternehmungsgeist lähmen und denen, die kaum ihre Ruinen aufgebaut haben, neue riesige Ausgaben zur Sicherstellung gegen eine deutsche Invasion aufzwingen. Wer hätte nach Friedensschluß geahnt, daß Frankreich den größten Teil seiner zerstörten Gebiete durch eigene innere Anleihen würde wiederherstellen müssen, dadurch an den Rand des finanziellen Zusammenbruchs gebracht werden

und schließlich genötigt sein würde, zum Schutze gegen einen künftigen neuen deutschen Einbruch Millionen für Grenzbefestigungen auszugeben? Wer das Groteske einer solchen Sachlage nicht begreift und die ganze Größe der moralischen Falsch-Orientierung Deutschlands nach dem Zusammenbruch nicht mit innerem Erschrecken festgestellt, der hat über keinen Sinn mehr für den Hohn und Spott, den das Walten der Weltgeschichte mit der Idee der Gerechtigkeit treibt.“

Als diese Zeilen erschienen, hatten in Paris bereits die Dawes Revisionsverhandlungen begonnen. Unsere dortigen Vertreter geben sich alle Mühe, die furchtbare Notlage der deutschen Wirtschaft und des Deutschen Volkes darzulegen und zu beweisen gegenüber den habgierigen und unersättlichen Forderungen der Franzosen. In diese Verhandlungen hinein pläzt nun dieser Sabotageversuch des „Anderen Deutschland“. Mag auch in Deutschland der Einfluß dieser Zeitschrift unbedeutend sein, das Ausland verfolgt solche Auslassungen mit Argusaugen und beruft sich auf sie, wenn sie für seine Zwecke geeignet sind. Und das sind die Zeitungsberichte, Vorträge, Entschuldigungen usw. der Leute vom anderen Deutschland, der Schönach, Förster und Genossen immer; Landesverrat ist keine Schande, denn hier ist Feindesland.

Wie lange soll dieses Treiben noch weiter gehen?

## Die Enteignung in Rußland.

Der russische Universitätsprofessor Dr. Swan Sjlin, der nach seiner 6. Verhaftung aus Rußland ausgewiesen wurde, im übrigen einer der bedeutendsten Gelehrten Rußlands hielt über obiges Thema in mehreren deutschen Städten Vorträge, denen wir folgende Ausführungen entnehmen. Der Kommunismus in Rußland ist eine

### riesige Platte.

Man predigte Kommunismus und erzielte Enteignung, nannte die Sowjetwirtschaft Fortschritt und bewirkte katastrophalen Rückschritt, trat ein für Gleichheit und schuf Ungleichheit und Massenelend. Ein ungeheurer Mobilisierungsprozeß setzte ein, für die einen bedeutete er den Ruin, für die andern Beute. Die Bilanz ist erschreckend: Vor der Revolution befanden sich vier Fünftel des zum Ackerbau taugenden Ackerbodens im europäischen Rußland (154 Mill. Hektar) im Besitz des Bauernstandes, ein Fünftel (41 Mill. Hektar) bei den Gutsbesitzern. Die Bauern erhielten durch die Enteignung nur zwei Fünftel Hektar pro Kopf, auch die Enttäuschung der reicheren Bauern war groß, denn 50 Mill. Hektar wurde ihnen enteignet. Die Bevölkerung wächst aber ständig, alle fünf Jahre um acht bis neun Millionen Menschen.

Jedes Jahr verläßt über eine Millionen Menschen das Dorf, weil sie die Wirtschaft nicht fortführen können, denn Verpachten oder Verkaufen der Wirtschaft ist verboten. Arbeit erhalten sie aber in den Städten nicht, weil die Industrie fehlt.

So schafft sich der Kommunismus selbst Unzufriedene, den Menschenvorrat, den die Gegenrevolution braucht. Die Klasse der Gutsbesitzer ist faktisch gleich Null, die Fabrikanten und Kaufleute sind zu Bettlern geworden, der Hausbesitz ist entschädigungslos enteignet.

Die Wohnhäuser sind den Hausauschüssen bis auf Widerruf zugeeignet, die Wohnungen sind geteilt,

jeder Person sollen acht Quadratmeter Wohnraum zustehen, aber in Wirklichkeit ist der zugeteilte Wohnraum häufig nicht größer als ein Sarg. Die Miete ist lächerlich gering, niemand hat ein Interesse an der Erhaltung des Hauses, die Folge ist ein katastrophaler Verfall der Häuser und eine ständig steigende Wohnungsnot.

Wer hat gewonnen?

Die Eroberungen der Arbeiterklasse sind nicht groß. Nach elf Jahren hat der Lohn noch nicht den Vorkriegsstand erreicht, die Arbeitslosigkeit wächst von Jahr zu Jahr.

Was bleibt? Ein paar angeeignete Möbel, ein Zimmer. Nur die kommunistischen Führer sind die eigentlichen Gewinner. Und welchen Gewinn hat der Staat von solch einer Massenenteignung? Zunächst wurde ein ungeheures Blutbad angerichtet. Die Zahl der bis 1923 ermordeten und registrierten Opfer betrug in den ersten fünf Jahren der Sowjet Herrschaft nach kommunistischer Angabe 1859 568, darunter befanden sich der Kaiser, die Kaiserin, der Thronfolger, 11 Großfürsten, 28 Bischöfe, 6500 Lehrer und Professoren, 8500 Ärzte, 12 000 bis 13 000 Beamte, 192 000 Arbeiter, 815 000 Bauern. Aber soviel Opfer, soviel Feinde, eine dauernde Blutherrschaft ist deshalb notwendig. Mit voller Absicht wird die Wohnungsverdichtung durchgeführt, um die gegenseitige Bspitzelung zu erleichtern. Ein Drittel aller Einwohner von Moskau sind Spitzel.

Der Kommunismus ist eine Verflavung und Erniedrigung des Geistes, die Freiheit steht und fällt mit dem Privateigentum.

Der nationale Verlust geht auch aus folgendem Vergleich hervor: Vor dem Kriege konnte sich der Bauer für ein Pud Roggen 4,5 Meter Textilware kaufen, jetzt nur vier Siebentel eines Meters. Eine allgemeine Verelendung ist das Ergebnis des Kommunismus. Dem schaffenden

Privateigentum ist die Wirtschaft aus den Händen gerissen und einer gleichgültigen Bureaufkratie übergeben, die nichts zu verlieren hat.

Der Kommunismus ist eine Weltkrankheit, die russische Revolution nur ein Symptom. In Westeuropa sind die Vorbedingungen für eine Ansteckung schon gegeben.

Jahrzehntelang hat man dem Arbeiter suggeriert, der Privateigentümer sei der Ausbeuter, dem Arbeitgeber andererseits blüht man eine falsche Scham ein, so daß er sich förmlich zu entschuldigen gedente, daß er Privateigentum besitze. Wir wollen nicht untersuchen,

inwieweit diese pessimistische Ansicht zutrifft, erforderlich ist es, sich gegen den Ansturm des Bolschewismus national zusammenzuschließen. Die Achtung vor dem Privateigentum muß wieder hergestellt werden. Die Idee des Privateigentums erstreckt sich ja nicht nur auf Grund und Boden, sondern auch auf das bewegliche Vermögen, keine Bevölkerungsschicht ist von der Aussicht auf Privateigentum ausgeschlossen. Die sozialistische Gleichheitsidee widerspricht ihrem ganzen Wesen nach der Natur des Menschen. Gewiß hat die bestehende Wirtschaftsordnung ihre schweren Probleme, aber sozialistisch und kommunistisch sind sie nicht zu lösen.

## Aus der Bewegung.

### Bezirk Zeitz-Weißensfels Werkgruppe Tagebau Wähltig.

Am 24. 2. fand die Monatsversammlung im Graulichen Gasthofe, Zeitz, statt. Kamerad Steindorf hielt einen interessanten Vortrag über das Thema: „Klassenkampf oder Wirtschaftsfriede“, der dankbar aufgenommen wurde. Zu Vertrauensleuten wurden gewählt die Kameraden Karl, Blättner und Thiele. 4 neue Mitglieder konnten aufgenommen werden. Nach der Versammlung fand noch ein zwangloses Besammeln statt. In der nächsten Versammlung, die am 7. April stattfindet, wird Kamerad Blättner einen Vortrag halten über das „Arbeitsgerichtsgezet“.

**Werkgruppe Gustav Adolf.** Die Monatsversammlung fand am 17. 2. statt. Es konnte ein neues Mitglied aufgenommen werden. Die Vereinsgel-er sind bei der Spar- und Darlehnskasse in Gostau angelegt worden. Die Gruppe beschloß sich mit eigener Liste an den B. R. Wahlen zu beteiligen und stellte die Liste zusammen. Der stellvertretende Vorsitzende Kamerad Friedrich Maßke erstattete dann Bericht über die Vorstandssitzung des Bezirks in Luckenau. Er forderte zur stärkeren Werbung von Mitgliedern auf und erläuterte den Stand der Verhandlungen über die Errichtung einer Werkparkasse. Er berichtet eingehend über die Bedeutung der Betriebsratswahlen. Herr Barts, Halle, wird demnächst hier einen Vortrag halten, der bisher wegen der ungünstigen Wetterlage verschoben wurde. Die Vertragserhöhung wurde einstimmig angenommen. Nach einer Aussprache über Gewährung einer Arbeitslosen-Unterstützung erhielt Herr Obersteiger Schenk das Wort zu einem Vortrag über den Makrokosmos, der sehr beifällig aufgenommen wurde.

**Werkgruppe Emma.** Eine gut besuchte Mitgliederversammlung fand am 3. März statt. Kamerad Duiek, Bonna, hielt einen sehr feisenden Vortrag, der dankbar aufgenommen wurde. Am 5. März fand die Versammlung der Frauengruppe statt, in der ein Vortrag über die Kindererziehung und Familie gehalten wurde. Die Vorstandssitzung am 4. März befaßte sich mit den Wahlen zum Betriebsrat.

**Bezirk Halle.** Werkgruppe Alwiner Verein. Die Generalversammlung fand am 10. Februar in der Werkstantine statt. Der Vorsitzende Kamerad Wittig gibt einen Jahresbericht über die Tätigkeit der Gruppe im vergangenen Jahre. Der Kassierer Kamerad Franz erstattete den Kassenbericht. Aufgenommen wurden im verflossenen Jahre 10 Kameraden und 7 Kameraden schieden aus. Auf Antrag erteilt die Versammlung einstimmig dem Vorstand und dem Kassierer Entlastung. Zur Neuwahl des Vorstandes wurde Kamerad Schlüter als Wahlleiter vorgeschlagen. Die Vorstandswahl zeigt folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzender Kam. Wittig	11. Vorsitzender Kam. Schlüter
1. Schriftführer „ Steindreher	11. Schriftführer „ Loose
1. Kassierer „ Hermann	11. Kassierer „ Weidhoff

Als Revisoren Kamerad Beele und Kamerad Felgentreff. In den Vergnügungsausschuß die Kameraden Glöckner, Borgerding und Felgentreff.

Eine längere Aussprache fand über die neuen Statuten statt, welche einstimmig angenommen wurden.

Unter Punkt Verschiedenes kam der Vorsitzende Kamerad Wittig nochmals auf die Betriebsratswahl zu sprechen und kritisierte das säumige Verhalten einzelner Kameraden bei der Wahl. Hierauf schließt der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Steindreher, 1. Schriftführer.

**Werkgruppe Neuglück Verein.** Die Werkgruppe hielt am 10. Februar 1929 vorm. 9 Uhr in der „Tanne“ ihre Monatsversammlung ab. Trotz der grimmigen Kälte hatten sich die Kameraden sehr zahlreich eingefunden. Das Referat hielt Herr Dr. Hoffmann-Kutschke. In ausführlichen Worten schilderte er die

Geschichte des deutschen Volkes. Die Kameraden folgten dem Vortrag mit großem Interesse. Mit einem Hoch auf die Wiedererhebung des deutschen Volkes schloß der Redner seinen beachtenswerten Vortrag. Der Vorsitzende dankte im Namen aller anwesenden Kameraden. Die übrigen Punkte der Tagesordnung Werks- und Knappschaftsangelegenheiten wurden darauf glatt erledigt und um 12<sup>30</sup> Uhr die Versammlung geschlossen. Der Vorstand dankt den Kameraden für ihr zahlreiches Erscheinen, vor allem den Auswärtigen die nicht die grimmige Kälte gescheut haben und dem Ruße ihrer Gruppenleitung gefolgt sind. Halten wir weiter so fest zusammen und der Sieg bei der Betriebsratswahl ist uns gewiß. Z.

**Bezirk Geisetal.** An drei Orten des Geiseltals sind Schulungsabende für Betriebsräte eingerichtet worden. Wir geben weiter unten die einzelnen Termine bekannt.

Die Werkgruppe Cecile ist auf Antrag einstimmig vom Vorstand in die Arbeitnehmervereinigung aufgenommen worden. Wir begrüßen die junge Gruppe auf das herzlichste in unseren Reihen. Kamerad Zuk tritt sachungsgemäß in den Bezirksvorstand.

**Werkgruppe Cecile.** Bericht über die am 24. Februar 1929 vom „Werksverein der Grube Cecile“ Lützenhain im Werksfasino Geiseltal abgehaltenen Monatsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag „Die Notwendigkeit der werksgemeinschaftlichen Bestrebungen“. 2. Aussprache. 3. Verschiedenes. Um 5<sup>30</sup> eröffnete der Vorsitzende, Kamerad Zuk die Versammlung. Erschienen waren 35 Mitglieder. Ungünstige Witterungsverhältnisse und Arbeit hatten viele Kameraden am Besuch der Versammlung gehindert.

Zunächst hielt Herr Dr. Hoffmann-Kutschke den oben erwähnten Vortrag, der von den Versammelten mit viel Aufmerksamkeit und Interesse verfolgt wurde. Lebhafter Beifall und ausgesprochener Dank des Vorsitzenden an den Redner waren Zeugnis dafür, daß der Vortrag auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Zum Punkt „Verschiedenes“ wurde mit dem inzwischen erschienenen Herrn Dir. Schlüter über verschiedene Werksangelegenheiten verhandelt, die alle einen zufriedenstellenden Abschluß fanden. Der Vorsitzende streifte bei dieser Gelegenheit das Verhältnis der Werksgruppen zu den Betriebsleitungen und hielt einen kurzen Vortrag über den uns von gegnerischer Seite zu Unrecht angehängten Ausdrück „Gelbe“.

Um 9 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Die Märzversammlung fand am 17. März statt mit folgender Tagesordnung: 1. Betriebsratwahl, 2. Verschiedenes.

Zur Versammlung waren 48 Mitglieder erschienen.

Der Vorsitzende hielt einen Vortrag über das Betriebsratsystem im allgemeinen. Er führte den Versammelten vor Augen, wie die Geschäfte der Betriebsräte gehandhabt werden sollen und wie es in der Praxis von den heutigen gewerkschaftlich eingestellten Betriebsräten geschieht. Er wies ferner darauf hin, daß die richtige Ausübung der Betriebsratsgeschäfte eine werksgemeinschaftliche Einstellung des Betriebsrats voraussetzt. Nachdem der Vorsitzende den Versammelten die Wichtigkeit der kommenden Betriebsratswahlen nochmals vor Augen führte, wurde die Versammlung nach Erledigung einiger betrieblicher Fragen geschlossen.

**Werkgruppe Pännerhall.** Am 7. April 1929 abends 20 Uhr hielt die hiesige Ortsgruppe ihre fällige Monatsversammlung ab. Es wurde folgende Tagesordnung aufgesetzt:

1. Verlesen der letzten Niederschrift.
2. Entwicklungslage der W. M. B.
3. Besprechung über Auszug.
4. Verschiedenes.

Der Vorsitzende Kamerad Benkenstein, beirät die zahlreich erschienenen Kameraden und erteilt den Schriftführer das Wort.

Selbiger verliest seine Protokolle, und Punkt 1. kam zur Erledigung.

Zu Punkt 2 gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über die Mitteldeutsche Arbeitnehmer-Vereinigung.

Seine Ausführungen wurden von allen Kameraden mit reichem Beifall aufgenommen. Nach längerer Aussprache ging man zu Punkt 3 über, und es wurde beschlossen, in diesem Jahre ein Kinderfest am Roßbacher Schlachtdenkmal abzuhalten. Es wird voraussichtlich Anfang Juli stattfinden. Zum letzten Punkt wurde der geschäftliche Teil geregelt und 3 neue Mitglieder aufgenommen. Nach Schluß des offiziellen Teiles folgte noch ein gemütliches Beisammensein. Mit einem kräftigen „Glück auf“ wurde die Versammlung um 2<sup>30</sup> Uhr geschlossen.

**Bezirk Meuselwitz.** Vertrauensmännerversammlung in Rositz am 7. April 1929.

Die ausführliche Tagesordnung zur 2. Vertreterversammlung des Revieres Meuselwitz-Rositz in der A. M. B. war den einzelnen Werksgruppen und sonstigen Vertrauensmännern der Werks-gemeinschaftlichen Bewegung im Bezirk rechtzeitig zugegangen, so daß auf Grund der entsprechenden Vorverhandlungen mit den Mitgliedschaften eine Reihe von Abmachungen getroffen werden konnten, die dem weiteren Aufbau und Ausbau der Bewegung dienen werden. Wenn auch diese Versammlung nicht ganz so stark besucht war, wie die erste — es waren wiederum alle Werksgruppen vertreten neben Gästen aus Betrieben, wo die Bewegung bisher noch nicht festen Fuß fassen konnte — so zeigte die Beteiligung aller an den Aussprachen und Beratungen mit welchem Interesse man der weiteren Entwicklung gegenübersteht.

Eine ganze Reihe organisatorischer Fragen im Zusammenhang mit der Bildung des Bezirkes Meuselwitz fand nach mehrstündiger Beratung ihre Erledigung. — Besonders begrüßt wurden die erfreulichen Ergebnisse der letzten Betriebsrätewahlen. Trotz aller gegenseitigen Behauptungen der gegnerischen Presse können wir 11 Mandate im Bezirk für die werksgemeinschaftliche Bewegung buchen, ein erfreulicher Erfolg für die junge Bewegung im Revier! Eine endgültige Aufstellung über Sitzverteilung auf Betriebsrat und Gruppenräte für alle Betriebe, in welchen A. M. B.-Listen zur Wahl standen, wird demnächst erfolgen. — Die Wahl des Bezirksvorstandes, zugleich als Vertreter im Vorstand der A. M. B. und im Gemeinschaftsausschuß ergab: Vorsitzender Kam. Alfred Taubert-Rositz, Schriftführer: Kam Richard Mallwitz. Zur Bezirksvertretung überhaupt gehören sämtliche Werksgruppenvorsitzenden. Die Vertreterversammlungen sollen in Zukunft je nach Bedarf, doch mindestens vierteljährlich einmal stattfinden und zwar soll abwechselnd in der Reihenfolge ihrer Gründung am Orte der einzelnen Werksgruppen getagt werden. — Weiterhin nahmen neben den rein organisatorischen Fragen die Beratungen über die Pressearbeit und weitere Bildungsarbeit einen breiten Raum in den Verhandlungen ein; ebenso die Behandlung von Anträgen an den Vorstand der A. M. B. zur Beratung im Vorstand und im Gemeinschaftsausschuß. Einzelheiten dazu werden seinerzeit noch berichtet werden. Ma.

**Vortragsveranstaltungen:**

Die nächste Vertreter-Versammlung findet bei der Werksgruppe Phoenix in Wummsdorf statt. Zeitpunkt und T. D. wird durch Kund-schreiben bekanntgegeben. —

Dem Bezirksvorstand ist es gelungen, den Schriftleiter der „Deutschen Wacht“, der Wochenzeitung der Deutschen Vereinigung, und Verfasser der wohl allen Kameraden bekannten, für unsere Werbearbeit ganz besonders geeigneten und wertvollen Broschüre „Die Internationale“, Herrn Mündel-Berlin für einen Vortrag über „Die Internationale“ zu gewinnen. Der Vortrag findet statt am Sonntag, den 21. April 1929 um 3 Uhr nachm. im Gasthof in Witz. Zur Teilnahme an diesem Vortrag seien hiernit insbesondere die Werksgruppen Leonhardt und Schaedegrube aufgefordert; aber auch alle übrigen Kameraden aus der werksgemeinschaftlichen Bewegung des Bezirkes sind herzlich eingeladen und gebeten, Gäste mitzubringen. Da der Redner ein ganz besonderer Sachkenner auf dem Gebiete der „Internationalen“ ist, wird allen der Vortrag neues Werbematerial für unsere Bewegung in die Hand geben!

Im Rahmen der arbeitsrechtlichen Schulungsarbeit spricht Herr Dr. Brechtel-Teich über das „Schlichtungswesen“ am Dienstag, den 30. April 1929 7 Uhr abends in Meuselwitz (Weintraube). Alle Mitglieder willkommen!

**Werksgemeinschaft Grube Schaede, Zipsendorf.** Die für den 18. 3. 1929 nach dem Ratskeller in Zipsendorf einberufene Mitgliederversammlung war diesmal wegen zahlreicher Krankheitsfälle und aus anderen Gründen nur von einem Teil der Kameraden besucht. Da die beiden Vorsitzenden an der Teilnahme verhindert waren, leitete der Schriftführer die Versammlung. Als Hauptpunkt der Tagesordnung war die Neuwahl des 1. Vorsitzenden angelegt, da der bisherige 1. Vorsitzende Kamerad Sporberr durch seine Krankheit aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden ist. Kamerad Kurt Meuschke-Zipsendorf wurde einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt. Nachdem noch einige andere Fragen erledigt waren, konnte die Versammlung gegen 11 Uhr geschlossen werden.

**Bergmännische Vereinigung Tagebau Petja der A.M.B.**

Die am 17. März 1929 in der Kantine des Ledigenheims Eugenschacht stattgefundene Mitgliederversammlung war gut besucht. Im Vordergrund der Verhandlungen standen die bevorstehenden Betriebsrätewahlen, zu denen eine eigene Arbeiterliste aufgestellt wurde. Um Irrtümer bei der Wahl zu vermeiden, wurden vom Vorsitzenden die Bezeichnungen der Vorschlagslisten bekanntgegeben. — Als Obmann für Schlichtungsfälle wurde der Kamerad Walter Riedel einstimmig gewählt. — Im Anschluß an die Versammlung fand dann ein Lichtbildvortrag statt, der uns mit Land und Leuten in Siebenbürgen bekannt machte. Zu diesem Vortrag waren auch die Frauen und sonstigen Familienangehörigen der Kameraden zahlreich erschienen.

**Arbeitnehmervereinigung der Braunkohlenwerke Leonhardt, Zipsendorf.** Der Mitgliederversammlung in Witz am 7. April 1929 ging ein Vortrag des Herrn Dr. Brechtel-Teich voraus über alle Fragen, die mit der Errichtung des endgültigen Reichswirtschaftsrates irgendwie in Zusammenhang stehen. Die Ausführungen über den Gesetzentwurf zum „endgültigen“ Reichswirtschaftsrat fanden bei den Kameraden ganz besonderes Interesse. In der Aussprache kam die Entrüstung darüber zum Ausdruck, daß nach den bisherigen Verhandlungen im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages man erneut entgegen den klaren Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung auf Umwegen den Koalitionszwang zu verwirklichen sucht. — 3 Neuaufnahmen wurden vollzogen. — Es wurde einstimmig beschlossen, den monatlichen Mitgliedsbeitrag auf 50 Pfg. zu erhöhen; davon sollen 20 Pfg. an die neu errichtete „Unterstützungskasse“ abgeführt werden, die bis 1. April 1930 gepflegt ist. Den Mitgliedern wird nochmals zur Kenntnis gebracht, daß entgegen den gegnerischen Schwärzereien unsere Vertretung vor den Arbeitsgerichtsbehörden sichergestellt ist. —

Am Sonntag, den 21. April 1929 nachmittags 3 Uhr spricht Herr Mündel-Berlin über die „Internationale“ im Gasthof Witz. Alle Kameraden der werksgemeinschaftlichen Bewegung im Revier, insbesondere die Werksgruppen Phoenix und Schaedegrube, sowie eingeladene Gäste sind herzlich willkommen. Gleichzeitig findet anschließend an den Vortrag eine kurze Mitgliederversammlung statt. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht! M.

**Bezirk Borna.** Monatsversammlungen Werksgruppe Victoria, Lobstädt, hielt am 14. März unter Leitung ihres Vorsitzenden Kamerad Haase ihre gut besuchte Monatsversammlung ab. Nach dem geschäftlichen Teil hielt Kamerad Sunghans, Werksgruppe Dora und Helene, einen Vortrag über die Bedeutung der Betriebsrätewahlen für unsere Bewegung. Der überaus anregende Vortrag entfesselte eine längere Aussprache, die zeigte, daß die Kameraden die Bedeutung der Wahlen erkannt haben.

Werksgruppe Böhlen. Monatsversammlung vom 22. März. Kamerad Zäbisch als Vorsitzender gibt einen Ueberblick über die Durchführung der Betriebsratswahl. Trotz der großen Schwierigkeiten, mit welcher die Gruppe zu kämpfen hat, hat sie zwei Sitze erzielt (einen Angestellten- und einen Arbeiteritzig im Betriebsrat). Daran anschließend sprach Kamerad Plankenborn, Dora und Helene über das Thema: „Lage und Aufgabe der Nationalen Arbeiterbewegung.“ Der halbstündige, gutdurchgedachte Vortrag wurde sehr aufmerksam von der Versammlung aufgenommen. Die lebhafteste Aussprache, an welcher sich der Vorsitzende und u. a. besonders die Kameraden Reinhold und Martin beteiligten ergab, daß der Vortragsredner es gut verstanden hat das Interesse aller Anwesenden zu wecken. Nachdem noch einige geschäftliche Punkte behandelt worden waren, wie Einkassierung der Beiträge durch Hausbesuch usw. schloß Kamerad Zäbisch mit einem herzlichen Dank an den Redner die recht gut besuchte Versammlung.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Schlüter, Canena. — Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle, Königstr. 71.

# Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens  
aber einmal im Monat und wird  
den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten  
an die Druckerei Ewald Schellenbeck  
Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

2. Jahrgang

Halle (Saale), den 29. Mai 1929

Nr. 5

## Beitragserhöhung oder Reform der Arbeitslosenversicherung.

Der Abgeordnete Schneider-Berlin (Demokrat) sprach sich in einer der letzten Reichstagsitzungen bei der sozialpolitischen Debatte über den Etat des Reichsarbeitsministeriums für eine Reform der Arbeitslosenversicherung aus nach der Richtung, daß sie nur bei wirklicher Arbeitslosigkeit gewährt wird und nicht etwa zur Ablehnung angebotener Arbeit führt.

Dieser Satz zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wohin eine auf die Spitze getriebene soziale Fürsorge des Staates führt. Wir haben in diesen Blättern immer den gesunden Standpunkt vertreten, daß Staatshilfe notwendig ist, daß sie aber nicht dazu führen darf, den Mut zur Selbsthilfe zu ersticken. Eine allzuweitgehende soziale Vormunozogen nimmt dem Einzelnen den Willen und die Kraft, für sich selbst zu sorgen. Hilf Dir selbst, sonst bist Du verloren, daß ist die Zauberformel, die Amerika hat groß werden helfen. Erst wenn die Selbsthilfe durchaus versagt, erst wenn alle Mittel und Wege sich aus eigener Kraft zu helfen erschöpft sind, erst dann soll der Staat eingreifen.

Das gilt für alle Gebiete der Sozialpolitik. Für das Schlichtungswesen wie für die Altersversicherung --- wir Vergleute können ja über unsere Knappschaff einen Trauerchor anstimmen, der den Machern dieser Einrichtung noch einmal zum Ab- und Grabgesang werden wird. Da hilft keine Verdrehungskunst und kein Lügen jener Kreise drüber hinweg. Die Erregung zieht immer weitere Kreise und läßt sich mit Ablenkungsmanövern nicht mehr aus der Welt schaffen. Jeder Lohnstag stachelt uns aufs Neue auf: Abzüge über Abzüge. Den Vergleich: Einst und jetzt! stellt jeder Kumpel an, ob er will oder nicht. Und er wird Rechenschaft fordern. Und er wird, aus einem wüsten Traume erwacht alles Faule und Morische hinwegfegen. Und die Nutznießer dazu. Die Abrechnung kommt. Tausende und Abertausende reiben sich schon die verschlafenen Augen und beginnen sich zu reden. Deutschlands Arbeitererschaft läßt sich nicht in Ketten schlagen.

Unerhörte Mißstände sind in der Arbeitslosenversicherung festgesetzt worden. Sogar einem Gewerkschaftsabgeordneten entschlipfte in der erwähnten Reichstagsdebatte das Wort: Mißstände sind unleugbar. Die Herren Arbeitervertreter von der Sozialdemokratie wissen gleich ein Allheilmittel: Beitragserhöhung. Wir zahlen noch nicht genug. Wir sollen noch mehr

bluten, damit die Katastrophe noch etwas hinausgeschoben wird. Die Sozialdemokratie „sieht es als ihre Hauptaufgabe an, durch gesetzgeberische Maßnahmen der Volksgesundheit zu dienen“. Heißt das der Volksgesundheit dienen, wenn man durch über-schraubte Beiträge und Abzüge und immer wieder neue Beiträge und Abzüge die Existenz des gesunden, arbeitswilligen Menschen in Frage stellt? Mag die Sozialdemokratie die Beiträge erhöhen, um so schneller wird die Katastrophe eintreten, um so eher werden die noch hoffnungsangen Anhänger der SPD. erkennen, daß sie Rattenfängern gefolgt sind.

Die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Arbeitslosenversicherung machen im Jahre rund 900 Millionen RM. aus. Schon bis Ende März hatte das Reich für die ersten drei Monate des Jahres 1929 rund 250 Millionen RM. Darlehen der Reichsanstalt zur Verfügung stellen müssen. Bis Ende Juni rechnet der Reichsfinanzminister mit weiteren 120 Millionen RM. Dieser Betrag wird aber keinesfalls ausreichen. Wir werden mit einer starken Million Arbeitslosen zu rechnen haben. Die Beiträge reichen nur zur Unterstützung von 800 000. Das Reich wird nach vorsichtiger Schätzung im Kalenderjahr 1929 an 700 Millionen RM. Zuschuß aufbringen müssen. Bei der katastrophalen Finanzlage des Reiches ist das einfach untragbar.

Wenn die Beiträge auch nur um 1% erhöht würden, also von 3% auf 4%, so würde das die Wirtschaft belasten mit einem Mehr von 225 Millionen RM. Das würde bedeuten Verteuerung der Lebenshaltung, Kürzung des Nettolohns, beschränkte Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte.

Warum schreitet man nicht statt dessen zu einer Reform der Arbeitslosenversicherung, indem man eine schärfere Kontrolle einführt. Mißstände sind unleugbar vorhanden. Also weg damit! Einen praktischen Weg ist die Stadt Wiesbaden gegangen. Sie hat für arbeitsfähige Unterstützungsempfänger des Wohlfahrtsamtes sogenannte Pflichtarbeit eingeführt. In den §§ 7 und 19 der Verordnung für die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 findet sich im Uebrigen die gesetzliche Handhabe für diese Maßnahme.

Der Zweck der Maßnahme ist vor allem, festzustellen, ob die Unterstützungsempfänger arbeitsfähig und

arbeitswillig sind und ob sie wirklich arbeitslos sind. Die Stadt Wiesbaden hat nur angeordnet, daß in allen Fällen, in denen nach dieser Richtung Zweifel bestehen, eine Prüfung dadurch herbeigeführt wird, daß demjenigen, der die Unterstützung beantragt, Pflichtarbeit angewiesen wird. Bei dieser Pflichtarbeit handelt es sich um gemeinnützige Arbeit, die der Gesamtbevölkerung zugute kommt.

Die Erfahrungen, die Wiesbaden mit dieser Maßnahme gemacht hat, haben gezeigt, daß bei einer großen Anzahl von Unterstützungsempfängern weder von Arbeitswilligkeit, noch von Arbeitslosigkeit gesprochen werden kann.

28 % der zur Pflichtarbeit einberufenen verzichteten sofort auf die Weitergewährung der Unterstützung.

22 % behaupteten krank zu sein, bei der Nachuntersuchung aber waren es nur 5 %, die anderen 17 % verzichteten gleichfalls auf die Unterstützung.

Von den übrigen, die die Pflichtarbeit annahmen, gaben 20 %

binnen 6 Tagen die Arbeit wieder auf unter Verzicht auf die Unterstützung.

Dieses Beispiel zeigt, daß tatsächlich großer Mißbrauch bei der Inanspruchnahme der Unterstützung getrieben wird. So wie in Wiesbaden liegen die Verhältnisse überall. Wir Kumpels erleben es ja nahezu jeden Tag.

Man sieht jedenfalls, daß bei einer Kontrolle und Durchführung der im Gesetz gegebenen Möglichkeiten die Wohlfahrtsausgaben sehr erheblich eingeschränkt werden können. Warum geschieht das nicht überall?

Weil in sehr viel Kommunen Genossen die Verantwortung tragen und bei scharfem Durchgreifen die Gefahr besteht, daß die Partei Schaden leidet, und dann bei den nächsten Wahlen die Stimmen der so Kontrollierten und Abgewiesenen ausfallen würden. Es ist ja anlässlich des Antrages Victor Berger auf dem Hamburger Sozialistenkongreß 1923 schon einmal festgestellt worden: Die Annahme dieses Antrages (Revision des Versailler Vertrages und Abwälzung der Reparationslasten von Deutschland allein auf alle kriegführenden Staaten) würde der Partei schaden. Hoch lebe die Partei. Ein Vaterland gibt es ja nicht; das Deutschland heißt.

## Zur Kriegsschuldfrage.

Zu dieser überaus wichtigen, ja wichtigsten Frage überhaupt werden wir eine Reihe von Aufsätzen folgen lassen, die wir zum Teil der neuen Schrift entnehmen: „Anlage und Widerlegung“ von Dr. h. c. Hans Draeger, Verlag Arbeitsausschuß Deutscher Verbände.

Artikel 231 des Vertrages lautet:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Schäden und Verluste verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben.“

In der Mantelnote vom 16. Juni 1919 wird noch einmal die ganze Anlage zusammengefaßt, indem ausgeführt wird, es handle sich um ein Urteil, „welches tatsächlich und letzten Endes dasjenige der Gesamtheit der zivilisierten Welt ist“. Und dieses Urteil lautet wörtlich folgendermaßen:

„Nach der Anschauung der alliierten und assoziierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch gekommen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker gewesen, welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat. Während langer Jahre haben die Regierenden Deutschlands, getreu der preussischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt. Sie haben sich nicht mit dem wachsenden Gedeihen und Einfluß begnügt, nach welchem zu streben Deutschland berechtigt war, und welche alle übrigen Nationen bereit waren, ihm in der Gesellschaft der freien und gleichen Völker zuzugestehen. Sie haben getrachtet, sich dazu fähig zu machen, ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten und tyrannisierten.“

Um ihr Ziel zu erreichen, haben sie durch alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel ihren Untertanen die Lehre eingeschärft, in internationalen Angelegenheiten sei Gewalt Recht. Niemals haben sie davon abgesehen, die

Rüstungen Deutschlands zu Wasser und zu Lande auszuweiden und die lügnerische Behauptung zu verbreiten, eine solche Politik sei nötig, weil Deutschlands Nachbarn auf sein Gedeihen und seine Macht eifersüchtig seien. Sie sind bestrebt gewesen, zwischen den Nationen an Stelle der Freundschaft Feindschaft und Argwohn zu säen. Sie haben ein System der Spionage und Intrigen entwickelt, welches ihnen gestattet hat, auf dem Gebiete ihrer Nachbarn Unruhen und innere Revolten zu erregen und sogar geheime Offensivvorbereitungen zu treffen, um sie im gegebenen Augenblick mit größter Sicherheit und Leichtigkeit zerschmettern zu können. Sie haben durch Gewaltdrohungen Europa in einem Zustande der Gährung erhalten, und als sie festgestellt hatten, daß ihre Nachbarn entschlossen waren, ihren anmaßenden Pläne Widerstand zu leisten, da haben sie beschlossen, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen.

Sobald ihre Vorbereitungen vollendet waren, haben sie einen in Abhängigkeit gehaltenen Bundesgenossen dazu ermuntert, Serbien innerhalb 48 Stunden den Krieg zu erklären. Von diesem Kriege, dessen Spieleinsatz die Kontrolle über den Balkan war, wußten sie recht wohl, er könne nicht lokalisiert werden und würde den allgemeinen Krieg entfesseln. Um diesen allgemeinen Krieg doppelt sicher zu machen, haben sie sich jedem Versuche der Versöhnung und Beratung entzogen, bis es zu spät war; und der Weltkrieg ist unvermeidlich geworden, jener Weltkrieg, den sie angezettelt hatten, und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig ausgerüstet und vorbereitet war.“

Poincaré, der damalige Präsident Frankreichs, sagte in der feierlichen Eröffnungsrede zu den Friedensverhandlungen in Versailles am 18. Januar 1919 u. a.:

„Es bedarf nicht besonderer Informationen oder Nachforschungen um den Ursprung des Dramas kennen zu lernen. Die Wohlüberlegtheit des Ueberfalls ist klar erwiesen. In der Hoffnung zu erobern zunächst die Hegemonie Europas und bald die Herrschaft der Welt haben

die Kaiserreiche der Mitte, aneinandergebunden durch ein geheimes Einverständnis, die gefährlichsten Vorwände erdacht, um über den Körper Serbiens hinwegzuschreiten. Zu der Stunde, die sie durch geniale Intrigen festgesetzt hatten, ließen sie die Meute los und gaben das Zeichen zur Jagd. Sie haben die Traditionen und Wünsche der Völker, das Leben der Bürger, die Ehre ihrer Frauen und alle jene Prinzipien des öffentlichen und privaten Morals für nichts geachtet, welche wir, soviel an uns liegt, auch im Kriege zu erhalten versucht haben, und welche die Nationen ebensowenig wie die Individuen ungestraft von sich stoßen und verachten dürfen.

Für diesen Versuch müssen Deutschland und seine Verbündeten gestraft werden, nicht aus Haß, sondern im Interesse der Gerechtigkeit und um der künftigen Wiederholung derartiger Schandtaten vorzubeugen“.

Am 3. März 1921 antwortete der englische Ministerpräsident Lloyd George auf der Londoner Konferenz den Einwendungen der deutschen Delegation gegenüber:

## Allgemeine Wehrpflicht.

In Genf haben wieder einmal Sitzungen der vorbereitenden Abrüstungskonferenz stattgefunden. Wohl noch nie zuvor ist der Wille Frankreichs und seiner Trabanten, nicht abzurüsten, so klar zutage getreten, wie in diesen Aprilsitzungen. Es ging diesmal um die Frage der Reserven. Frankreich will diese nicht in die Effektivstärke der Rüstungen einrechnen lassen. Amerika hat sich überraschenderweise dem französischen Standpunkt angeschlossen. An der Landabrüstung ist allerdings Amerika nicht so stark interessiert, wie an der Flottenabrüstung, zu der es neue Vorschläge gemacht hat, um die englische Rivalität zu beschwichtigen.

Wenn nun, wie es der Standpunkt Frankreichs ist, die Reserven keine Bedeutung für die effektive Stärke im Hinblick auf die Abrüstung haben, so trifft das ohne Zweifel auch für Deutschland zu. D. h. also: Es kann auch für die deutsche Abrüstung nicht von Bedeutung sein, wenn es sich auch solche Reserven schafft. Wenn also das Ausland behauptet, ausgebildete Reserven erhöhten nicht die Kriegsstärke eines Volkes, dann dürfte von dieser Seite kein Hindernis bestehen, sich solche Reserven zu verschaffen, mit anderen Worten: zum System der allgemeinen Wehrpflicht überzugehen. Es erscheint angebracht, daß die deutschen Delegierten nachdrücklich diesen Standpunkt vertreten. Graf Bernsdorff hat ja auch klar und deutlich auf den Zusammenhang zwischen Abrüstung und allgemeiner Wehrpflicht hingewiesen. Soll überhaupt in der Abrüstungsfrage ein Ergebnis erzielt werden - - - bis jetzt ist garnichts er-

„Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortung für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der der Bau des Vertrages von Versailles errichtet worden ist. Wenn dieses Eingeständnis abgelehnt oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig.“

So haben die Ententemächte Deutschland in der Tat gezwungen, durch die Unterschrift unter den Vertrag zugleich seine moralische Schuld am Ausbruch des Weltkrieges zuzugeben. Es ist allerhöchste Zeit, daß sich das ganze Deutsche Volk zusammenfindet, um einmütig den Kampf gegen die größte Lüge der Weltgeschichte aufzunehmen. Es genügt nicht, daß einzelne Personen oder Personengruppen den Kampf führen, nein das ganze Deutschland muß einstimmig der Welt zuschreien: **Es ist eine Lüge; wir sind nicht die Alleinschuldigen.** Beweismaterial werden wir in den nächsten Nummern laufend bringen. An alle aber ergeht die Mahnung, für diesen größten Kampf zu sammeln, auf daß in dieser Frage das deutsche Volk eins wird.

zielt, im Gegenteil rüsten alle Staaten mächtig auf - - - dann geht es in der Tat nur auf dem Wege, den der chinesische Vertreter in einem Antrag empfohlen hat, nämlich: Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Diese Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht bildet ein System der Friedensverträge und ist in Deutschland zur Durchführung gelangt, müßte also auch in den anderen Ländern durchgeführt werden. Dazu wird es aber nie kommen. Die werden sich schön hüten. Also dann Beibehaltung und, da die Reserven, d. h. die allgemeine Wehrpflicht keine Rolle spiele, auch für Deutschland.

Und das wäre aus erzieherischen und wirtschaftlichen Gründen von außerordentlicher Bedeutung, ganz abgesehen von der sonstigen Bedeutung. Ueber den erzieherischen Wert braucht kein Wort gesagt zu werden. Das ist uns allen geläufig und wird es umsomehr, je mehr ungediente Jugend heranwächst. Die wirtschaftliche Bedeutung ist gleichfalls außerordentlich vielseitig. Die in Frage kommenden Industrien z. B. würden reichlich Beschäftigung erhalten und die Arbeitslosigkeit würde nahezu völlig verschwinden.

Jedenfalls ist es notwendig, mit allem Nachdruck immer wieder auf diese Dinge hinzuweisen. Zeit und Geld muß uns zu schade sein, ohne Aussicht auf irgend einen Erfolg an der Abrüstungskomödie weiter mitzuarbeiten. Bis jetzt ist nichts dabei herausgekommen, im Gegenteil. Die Welt starrt in Waffen wie nie zuvor. Deutschland allein steht wehrlos da, habgierigen Zugriffen der Franzosen, Polen usw. preisgegeben.

## Zu den Betriebsrätewahlen.

Unsere glänzenden Erfolge bei den Betriebsrätewahlen sind unseren Gegnern recht sauer aufgestoßen. Das hatten sie nicht erwartet, daß die „Gelben“ in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon so festen Fuß gefaßt hätten. Ueberall, wo wir mit eigenen Listen uns an den Wahlen beteiligten, konnten wir namhafte Erfolge erzielen und die Anzahl der Stimmen und Sitze nahezu verdreifachen gegenüber dem Vorjahre. Der beste Beweis dafür, daß wir auf dem rechten Wege sind und daß un-

sere Bewegung fest verankert ist. Ein Beweis ferner für den vernünftigen Sinn unserer Belegschaften, die es satt haben, sich von werksfremden Elementen nachführen und in Glend und Not treiben zu lassen. Die bisherige Regierungstätigkeit der SPD. Minister, die ungeheure Finanznot des Reiches unter der Herrschaft der SPD., die Zustände in den sozialen Versicherungen haben vielen die Augen geöffnet. Es ist wohl leicht durch demagogische Schlag-

worte Heze zu treiben, aber vor die Verantwortung gestellt, zerrinnen die Schlagworte in nichts und übrig bleibt die rauhe Wirklichkeit, die Arbeit, Pflichtgefühl und Verantwortungsbewußtsein verlangt, wenn anders das Chaos vermieden werden soll.

Diese Erkenntnis wächst zusehends in den Belegschaften, und einmal zum Nachdenken gebracht, sind sie für die Hezereien der Genossen verloren und vernünftigen Anschauungen zugänglich. Die Herren Gewerkschaftsvertreter sehen das mit Angst und Sorge um ihre eigene Existenz. Sie suchen zu retten, was nicht mehr zu retten ist und legen ihre alte Lügenwalze wieder einmal auf. Sie suchen unsere Erfolge in Abrede zu stellen und verlegen sich aufs Lügen.

Arme Genossen, die zu solchen verwerflichen Mitteln greifen müssen. Wir verstehen zwar ihre Angst, aber wir möchten ihnen doch den guten Rat geben, eingedenk des Wortes zu handeln: Ehrlich währt am längsten.

## Merhand Merkwürdigkeiten.

### Der Konsum Verein zieht in den Krieg.

Im Keller des Konsumvereins Limbach bei Chemnitz wurde ein größeres Lager von Gewehrmunition beschlagnahmt. Es handelt sich um 2500 Stück Infanterie-Munition für Gewehre Modell 98. Die polizeiliche Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Verhaftungen sind bis zum Augenblick noch nicht erfolgt. In den Kreisen der Einwohnerschaft herrscht große Beunruhigung, denn man wußte, daß gerade die Linksparteien für den 1. Mai besondere Vorbereitungen getroffen haben.

### Ober-Überstundenschieber.

Die Sächsische Arbeiterzeitung vom 2. 3. 29. berichtet über eine Unterbezirkskonferenz der Bergarbeiter in Borna, in der es nett hergegangen sein soll. Die Kameraden der Opposition werden als notorische Dummköpfe hingestellt. „Es wurde auch zum Überstundenunwesen in den Böhleener Staatswerken Stellung genommen. Kamerad Lorenz (Betriebsrat) erklärte dazu, wir mußten von einer Meldung von einem 93 Stunden-Schieber Abstand nehmen, weil wir feststellten, daß sogar ein Funktionär des Metallarbeiterverbandes 95 Stunden die Woche gearbeitet hat“.

### Im Zeichen des Parlamentarismus.

Eine niedliche Enthüllung, die grell das parlamentarische System beleuchtet, entnehmen wir dem Halleschen

Oder können sie das schon garnicht mehr? Uns werfen sie Mogelei vor. Aber man sucht niemand hinter dem Strauche, wenn man nicht schon selbst dahinter gesteckt hat. Wir haben es Gottlob nicht nötig, Schwindelmänner zu veranstalten wie wir sie seit Jahren gewohnt sind von unseren Gegnern. Wir brauchen die Wahrheit nicht zu scheuen. Und die Wahrheit ist, daß die Arbeitnehmergevereinigung insgesamt 63 Mandate erzilt hat.

Davon entfallen auf Halle	37 Mandate
auf Borna	15     "
auf Meuselwitz	11     "

Noch sind die freien Gewerkschaften uns über, aber das nächste Jahr sprechen wir uns wieder. 40 Mandate haben wir ihnen dieses Jahr abgenommen, das nächste Mal müssen es doppelt so viel sein. Drum an die Arbeit, Kameraden. Werbt und öffnet Fernstehenden die Augen! Unser ist die Zukunft und mit uns der Sieg.

„Volkblatt“ vom 16. 9. 28:

„In der Diskussion enthüllte Reichstagsabgeordneter Kurt Rosenfeld die seinerzeit erfolgte Abschaffung der Schwurgerichte.“

Die Neuordnung des Strafprozesses erfolgte seinerzeit auf Grund des Ermächtigungsgesetzes. Die Verordnung des Reichsjustizministers wurde auf Beschluß eines Ausschusses des Reichstages vorgenommen. Dieser Ausschuß behandelte in der entscheidenden Sitzung folgenden von Rosenfeld eingebrachten Antrag:

„Das Schwurgericht darf nicht durch eine Verordnung beseitigt werden.“

Für die Annahme des Antrages bestand eine Mehrheit der Sozialdemokraten und Kommunisten sowie des Zentrums. Im Moment der Abstimmung unterhielt sich der Stimmführer des Zentrums, der jetzt verstorbene Abgeordnete Spahn, gerade mit einer anderen Person. Er war infolgedessen abgelenkt und die Abstimmung erfolgte, ohne daß Spahn die Hand erhoben hatte, wie das vorgesehen war. Seine Fraktionskollegen erhoben ebenfalls nicht ihre Hände, da der Stimmführer nicht für den Antrag stimmte. Erst nach der Abstimmung wurde bemerkt, daß das Zentrum versehentlich nicht mit abgestimmt hatte. Spahn begab sich zur Aufklärung der Sache nach dem Reichsjustizminister, aber der Beschluß war nicht mehr rückgängig zu machen, und die Verordnung, durch die das Schwurgericht abgeschafft wurde, wurde erlassen.“

## Aus der Bewegung.

Montag, den 6. Mai 1929 fand in Halle eine Sitzung des Hauptvorstandes statt unter Leitung des 1. Vorsitzenden Kamerad Steindorf! Dem Kassenbericht, den Kamerad Schlüter gab, ist zu entnehmen, daß immer noch einige Gruppen mit der Zahlung der Beiträge im Rückstande sind. Eine ordnungsmäßige Geschäftsführung und Erledigung der praktischen Aufgaben kann nur gewährleistet werden, wenn die Beitragszahlung pünktlich und regelmäßig erfolgt. Die in Frage kommenden Werkgruppen werden hierdurch dringend gemahnt, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Die Aufwärtsentwicklung der A. M. B. ist außerordentlich erfreulich. Seit dem 1. Januar konnten 6 neue

Werkgruppen gegründet werden mit insgesamt 300 neuen Mitgliedern.

Die Ergebnisse der Betriebsrätemahlen bestätigen dies erfreuliche Bild. Das Gesamtergebnis in Halle beträgt nunmehr 37 Mandate, in Borna 15 Mandate und in Meuselwitz-Rositz 11 Mandate. Gesamtzahl also 63 Mandate.

Kamerad Steindorf berichtete eingehend über die Arbeitsgemeinschaft und die bisher stattgefundenen Verhandlungen und Sitzungen. Ferner über die bevorstehende Sitzung des Gemeinschafts-Ausschusses. Die Generalversammlung wurde festgesetzt auf den 28. Juli. Tagungs-

ort: Gasthof Schneidemühle bei Zeitz (Zeitzer Schweiz). Einzelheiten werden durch Rundschreiben noch bekannt gegeben.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm die Frage der Schulung unserer Mitglieder ein. Besonderes Gewicht soll in Zukunft auf die Spezialausbildung gelegt werden. Zur Zeit findet eine Schulung der Betriebsräte statt, auf die hier besonders aufmerksam gemacht wird.

Die neuen Mitgliedsbücher werden in diesen Tagen fertiggestellt. Wir bitten diejenigen Gruppen, die ihren Bedarf noch nicht gemeldet haben, dies umgehend zu tun.

**Bezirk Halle.** Am Sonntag, den 28. April nachm. 4 Uhr fand in der Wirtschaft Wünsche in Oberbeuna eine gutbesuchte Mitgliederversammlung der Werksgemeinschaft der Beunaer Kohlenwerke statt. Die Tagesordnung war durch die Werkszeitung und durch Aushang bekannt gemacht. Zu Punkt 1 der Tagesordnung verlas der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung. Einwendungen dagegen wurden von Seiten der Mitglieder nicht erhoben. Der Vorsitzende gab anschließend den in der Generalversammlung neuzusammengesetzten Vorstand bekannt. Als Vorsitzender war Kam. Steindorf wiedergewählt. Als Schriftführer war Steiger Philipp gewonnen worden. Für den ausgeschiedenen Kam. Lehmann, Paul war Kam. Max Quieß gewählt. Somit war der engere Vorstand wieder vollständig vertreten und ist auch in das Vereinsregister des Amtsgerichtes Merseburg eingetragen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Antrag Quersurth, erteile der Vorsitzende dem Antragsteller das Wort zur Begründung seines Antrages. Kam. Quersurth erläuterte in anschaulicher Weise seine Arbeit in der Jugendpflege und bemängelte, daß ihm doch öfter die Mittel fehlten, um mit der Jugend die erforderlichen Veranstaltungen, die absolut notwendig sind, durchführen zu können. Er beantragte einen Betrag von pro Mitglied und Jahr 0,50 Mk. die durch Umlage zu erheben sind. Der Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen. Mithin werden unsere Mitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß für das laufende Jahr eine einmalige Umlage von 50 Pfennigen zu erheben ist.

Der Antrag von Kam. Quieß wurde von der Tagesordnung abgesetzt, weil maßgebende Gründe für denselben nicht vorlagen und der Antragsteller zur Begründung seines Antrages nicht erschienen war.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Arbeitsgemeinschaft in Berlin! Kam die Versammlung zu dem Entschluß, daß dann, wenn uns keine finanziellen Lasten entstehen, die Arbeitsgemeinschaft beibehalten werden soll. Der Vorsitzende wurde beauftragt, in der nächsten Vorstandssitzung der A.M.B. demgemäß einzuwirken.

Zu Punkt: Verschiedenes erinnerte der Vorsitzende an die Haushaltungsschule. Es entspann sich eine anregende Unterhaltung über den Wert solcher Einrichtungen. Es sieht zu hoffen, daß sich die Familien mehr denn je entschließen, ihre Kinder dieser Haushaltungsschule zuzuführen.

Weiter wurde beschlossen, vom 1. Mai bis 1. Juni wieder Anmeldungen zum Beitritt in die Werksgemeinschaft anzunehmen. Dieser Beschluß soll der Belegschaft in üblicher Weise bekanntgegeben werden.

Von Kam. Quersurth wurde die Anregung gegeben, in diesem Sommer ein Sommerfest für die Jugend ins Auge zu fassen. Der Vorsitzende nahm die Anregung zur Kenntnis und versprach, sich dementsprechend einsetzen zu wollen.

Siermit war die Tagesordnung erschöpft, und mit einem Glück auf schloß der Vorsitzende die Versammlung um 6 Uhr.

**Werksgemeinschaft Tagebau Wähltz.** Am 21. 4. fand im Graulischen Gasthof in Zeitz unsere Mitgliederversammlung statt. In selbiger wurde angeregt, in nächster Zeit einen Ausflug zu machen. Da aber wenig Mitglieder anwesend, wurde eine neue Versammlung anberaumt, welche am 5. 5. stattfand. Es wurde der Beschluß gefaßt, am 16. 6. einen Ausflug zu machen mit der Bahn und zwar nach Klein-Wangen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, die Vorbereitungen dazu zu treffen. Vorher findet aber noch eine Versammlung statt und zwar am 2. Juni im Gasthof Graul in Zeitz. W. 5.

**Bezirk Meuselwitz.** Werksgemeinschaft Waltersdorf (Dea.) Die 2. Mitgliederversammlung der Werksgemeinschaft Waltersdorf war für Sonnabend, den 6. 4. 29 nach dem Werkskaffee einberufen. Der 1. Vorsitzende eröffnete um 20 Uhr die Versammlung und begrüßte die zahlreich erschienenen Kameraden. Nach Verlesung der Niederschrift der ersten Versammlung wurde in folgende Tagesordnung eingetreten: 1. Aufnahme neuer Mitglieder, 2. Sparkasse, 3. Mitgliederbeiträge, 4. Besprechung über Anschluß an die A. M. B.

5. Verschiedenes — 12 neue Mitglieder wurden aufgenommen. — Zu Punkt 2 der A. M. B. bittet der Vorsitzende die Mitglieder, welche sparen wollen, daß sie wöchentlich im allgemeinen eine bestimmte gleichbleibende Summe angeben. Wer mehr sparen will, soll das möglichst anfangs der Woche beim Kassenwart Kam. Berg angeben. Die 1. Sparwoche ist die 1. Aprilwoche. — Der Mitgliedsbeitrag wird nach kurzer Aussprache auf 30 Pfg. festgesetzt. — Die Besprechung zu Punkt 4 ergibt den einstimmigen Beschluß für den Anschluß an die A. M. B. — Unter Verschiedenem werden einige interne Angelegenheiten behandelt, unter anderem wird Beschluß gefaßt über den Zeitpunkt der 1. Jahreshauptversammlung, die im Januar stattfinden soll. Nach Erledigung der A. M. B. schließt der 1. Vorsitzende die Versammlung mit einem Glückauf und mit der Bitte, weiter rege zu werden. GÜ.

**Bergmännische Vereinigung Tagebau Petsa der A.M.B.** Die für den 3. 5. 29 in die Kantine des Ledigenheims Eugenschacht einberufenen Mitgliederversammlung war sehr gut besucht. Der geschäftliche Teil wurde glatt erledigt. Aufgenommen wurden 10 neue Mitglieder. Der gemeinsame Ausflug mit dem Werks-Sportverein nach der Rudelsburg findet am 7. Juli statt. Da.

**Bezirk Borna.** Nächste Vorstandssitzung Mittwoch, 5. Juni. 19,30 Uhr, wie üblich.

**Werksgemeinschaft Böhlen.** Am 19. April fand die Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende Kam. Zäbisch berichtet eingehend über die Ergebnisse der Betriebsratswahlen im Werke und im Revier. Die Arbeitnehmervereinigung kann stolz sein auf die erzielten Erfolge. Er behandelt weiterhin die Aufgaben, die der Werksgemeinschaft für die nächste Zeit auferlegt sind, die Betriebsratswahlen haben überall gezeigt, daß wir auf dem richtigen Wege sind, jetzt heißt es nicht auf den Lorbeeren vorzeitig ausruhen, sondern alle Kräfte daran setzen im nächsten Jahre die Erfolge zu verdoppeln. Weiterhin empfiehlt Kam. Zäbisch die Haltung nationaler Tageszeitungen und empfiehlt den Mitgliedern die Leipziger Abendpost. Zum Schluß gelangt noch der Punkt „Gruppenbibliothek“ zur Besprechung über welchen der Bibliotheksführer Kam. Thme nähere Ausführungen macht.

**Werksgemeinschaft Braunkohlenwerke Borna.** Der Vorsitzende Kam. Morgenstern hatte zu Sonntag, den 17. 4. die Monatsversammlung der Gruppe einberufen, an welcher auch der Vorsitzende des Bezirks, Kam. Jaculy, Braunsdorf, teilnahm. Nach dem geschäftlichen Teil nahm Kam. Jaculy das Wort und sprach über die Arbeit des Bezirks und gab die Richtlinien bekannt, die der Bezirk für die Arbeit in den nächsten Wochen in seiner letzten Arbeitsbesprechung festgelegt hat. Daran anschließend erhielt Kam. Junghans, Dora und Helene, das Wort zu seinem Vortrage „Die Bedeutung der Betriebsratswahlen für unsere Bewegung“. Kurz und klar schilderte er die Sachlage, wie es sein und wie es nicht sein soll. Die Versammlung dankte dem Redner mit starkem Beifall. Nach einer kurzen Aussprache ernannte der Vorsitzende die Kameraden noch einmal, bei der bevorstehenden Wahl ihre Pflicht zu tun und schloß mit einem nochmaligen Dank an die beiden Redner die recht gut besuchte Versammlung.

Die Werksgemeinschaft Braunkohlenwerke Borna hielt am 21. 4. ihre Monatsversammlung ab. Infolge besonderer Umstände war die Versammlung schwächer wie sonst besucht. Der Vorsitzende erledigte die Tagesordnung. Besonderes kam nicht zur Sprache.

In Deutzen fand am 21. 4. eine kleine Versammlung mit Kameraden des Werkes Kraft II statt. Kam. Läßig (Dora) und Helene sprach über Zweck und Ziel unserer Vereinigung. Kam. Junghans, Dora und Helene hielt einen längeren Vortrag über die Arbeitnehmervereinigung, welcher eine sehr lebhaftige Aussprache ansetzte. Die Kameraden von Deutzen waren sich klar, daß sie auch dort im Sinne der Arbeitnehmervereinigung arbeiten müßten. Die Schaffung einer Werksgemeinschaft und der Anschluß an die anderen Werksgemeinschaften im Bornaer Revier ist eine Notwendigkeit. Die anwesenden Deuzener Kameraden versprechen die Arbeit aufzunehmen. Es wird ein vorläufiger Ausschuß gebildet, dessen Geschäfte die Kameraden Gille als 1. Vorsitzender, Kottwitz als Kassierer, und Kam. Graf als Schriftführer übernehmen. Mit der Hoffnung, daß die sich auch nun in Deutzen eine den anderen Werksgemeinschaften gleichwertige Gruppe bilden möge, schließt Kam. Läßig die wertvolle Zusammenkunft.

Die Werksgemeinschaft Victoria hielt ihre Aprilversammlung am 21. 4. in Lobstädt ab. Kam. Haase spricht über die Erfolge bei den Betriebsratswahlen. Daran anschließend hielt Kam. Jaculy, Braunsdorf, einen Vortrag über das Thema „Sozialgesetz“. Der sehr interessante Vortrag führte zu einer allgemeinen Aussprache, nach welcher die Versammlung vom 1. Vorsitzenden geschlossen wurde.

**Werksgemeinschaft Witzsch** hielt am 7. 4. ihre Monatsversammlung ab. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen erteilte der Vorsitzende Kam. Schnee dem Kam. König das Wort zu seinem Vortrage „Kapitalrücklage-Konto“. Der Vortrag interessierte die anwesenden



Kameraden lebhaft und allgemeiner Beifall wurde dem Redner als Dank gezollt. In dem darauf folgenden geschäftlichen Teil wurde Kam. König einstimmig zum 2. Schriftführer gewählt. Kam. Schnee schilderte daran anschließend die kurz vorher durchgeführten Betriebsratswahlen und konnte mit Genugtuung feststellen, daß von 434 abgegebenen Stimmen 140 auf unsere Liste gefallen sind, sodas 2 Kameraden in den neuen Betriebsrat einziehen können. Es folgte eine kurze Aussprache über die bevorstehenden politischen Wahlen, in welcher u. a. Kam. Kruse darauf hinwies, daß es Pflicht eines jeden Mitgliedes sei, sich an der Wahl zu beteiligen. Der gemeinsame Ausflug nach Tharandt wurde für August in Aussicht genom-

men. Zum Schluß wurde noch die Gründung einer Instrumenten- und Sängerguppe vorgenommen, zu welcher eine Anzahl Meldungen eingegangen waren. Zu dieser Versammlung konnte der Vorsitzende wieder eine Anzahl neuer Mitglieder (5) aufnehmen.

Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Betriebsrätebildung in

Kierich jeden Dienstag  
in Borna jeden Freitag stattfindet.

Die Leitung liegt in den Händen von Herrn Barts.

## Achtung!

Unseren Mitgliedern ist in Zukunft Gelegenheit gegeben, in unserem Organ kleine Anzeigen aufzugeben. (Kauf, Verkauf usw.) Die Preise für solche Anzeigen sind äußerst niedrig gehalten.

Wir bitten bei vorkommenden Fällen von dieser Gelegenheit Gebrauch zu machen und den Text entweder direkt oder durch den Bezirksvorstand einzusenden.

Die Redaktion.

## Alle Drucksachen



führt preiswert, sauber und prompt aus

**Buchdruckerei**

**Ewald Schellenbeck**

Inhaber: Walter Schwarznecker

**HALLE - SAALE**

Königstraße 71

Fernruf 23095



## Kameraden! kauft bei unseren Inserenten!

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Schlüter, Canena — Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle, Königstr. 71.

# Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

2. Jahrgang

Halle (Saale), den 23. Juni 1929

Nr. 6

## Einladung

Die diesjährige Hauptversammlung der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau findet laut Vorstandsbeschluss vom 6. Mai 1929

Sonntag, den 28. Juli 1929, vormittags 10 Uhr

in der Zeitzer Schweiz, Gasthaus Schneidemühle, Station Haynsburg statt.

## Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Neuwahl des Vorstandes.
4. Anträge.
5. Verschiedenes.

Außerdem wird Herr Dr. Engel, Berlin einen Vortrag halten über: **Die Aufgaben der nationalen Arbeiterbewegung in der Wirtschaft.**

Gemäß § 12 der Satzungen hat jeder Verein außer der Stimme seines 1. Vorsitzenden für jedes angefangene 100 seiner Mitglieder eine Stimme. Uebertragung der Stimmen ist zulässig.

Gemäß § 10, Ziffer 3 sind Anträge für die Hauptversammlung mindestens 3 Wochen vor deren Zusammentritt an den Vorstand einzureichen, der sie unverzüglich an die Mitglieder weiterzureichen hat.

Wegen der Meldungen verweisen wir auf das Rundschreiben Nr. 3 vom 31. Mai 1929.

Mit Glückauf!

gez. Steindorf.



## Zur Kriegsschuldfrage.

Zwei Vorwürfe sind es, die den eigentlichen Inhalt der Anschuldigungen gegen Deutschland ausmachen:

1. Deutschland hat seit Jahrzehnten danach gestrebt, Europa zu unterjochen, und hat zu diesem Zweck eine kriegerische Politik getrieben.

2. Deutschland hat den Weltkrieg bewußt und absichtlich entfesselt.

Diese Vorwürfe gilt es zu entkräften und das Gegenteil nachzuweisen. Das ist möglich an der Hand der diplomatischen Akten. Deutschland hat ein umfassendes Werk geschaffen unter dem Titel: **Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871 bis 1914**. Es enthält 15 889 Urkunden, die uns einen lückenlosen Ueberblick über die Gedanken, Ziele und Handlungen der verantwortlichen deutschen Staatsmänner vermitteln.

Außerdem ist aus den geheimen Archiven der Ententemächte mit der Zeit eine recht ansehnliche Zahl von Urkunden ans Tageslicht gekommen, die von großer Bedeutung sind. Es sind die von der Sowjetregierung herausgegebenen Akten. Dazu die Urkundensammlung des ehemaligen Sekretärs der russischen Botschaft in London „diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre“.

Ueber die Vorkriegspolitik Serbiens belehrt uns das Werk des früheren serbischen Geschäftsträgers in Berlin: **Die Kriegursachen**.

Die englische Regierung hat nun auch beschlossen, die britischen amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1898 bis 1914 veröffentlichen zu lassen. 3 Bände liegen bis jetzt vor. Frankreich hat seine Archive noch nicht geöffnet, es ist lediglich eine Kommission eingesetzt, die diese Aufgabe „vorbereiten“ soll.

Bismarcks Bestreben von 1871 bis 1880 war es, unserem Kontinent den Frieden zu erhalten. Durch ein System von Bündnissen suchte er dem Reiche Schutz gegen alle Angriffe zu gewähren. 1873 Dreikaiserbündnis zwischen Deutschland, Oesterreich, Rußland. 1879 Dreibund durch Einbeziehung Italiens. Rückversicherungsvertrag mit Rußland 1887.

Kriegerische Abenteuer wies der Reichsgründer weit von sich, denn er war sich darüber klar, daß nur eine ruhige, gleichmäßige Entwicklung den Bestand seines eigenen Landes bewahren und das Wohlergehen seines eigenen Volkes fördern konnte.

Nach Bismarcks Abgang wurde 1890 der Rückversicherungsvertrag nicht erweitert, was zur Folge hatte, daß Rußland dem französischen Werben um Freundschaft nachgab. 1891 kam es zwischen Rußland und Frankreich zu einer Entente cordiale, dem 1893 eine Militärkonvention folgte, die beide Länder zu gemeinsamem kriegerischen Vorgehen verpflichtete, falls eines von ihnen durch eine Macht des Dreibundes angegriffen werden sollte.

Europa zerfiel jetzt in 2 Lager, deren Gegensatz leicht zu Verwicklungen führen konnte.

England sagt sich ferner von dem Mittelmeerabkommen mit Italien und Oesterreich los und zog sich in „stolze Isolierung“ zurück, weil die Spaltung des Kontinents ihm die Möglichkeit bot, in freier Wahl die eine oder andere der 2 Parteien zu begünstigen.

Das Inselreich aber stieß in seinen Kolonien mit anderen Großmächten zusammen und zwar in Afrika mit Frankreich und in Asien mit Rußland. Nun versuchte man von London aus zunächst Deutschland als Bundesgenossen zu gewinnen, um sich auf dem europäischen Festlande ein Gegengewicht gegen die Rivalen draußen in der Welt zu verschaffen. Die Deutsche Politik unter Bülow aber ging nur mit Widerstreben auf die verschiedenen britischen Lockungen ein. (1898 bis 1901) da sie befürchtete, Deutschland könne für die kolonialen Ziele Englands ausgenüht und womöglich in einen Krieg verstrickt werden. Darauf wandte sich England an die Entente. 1904 wurden alle Gegensätze mit Paris beseitigt und dann ein Geheimvertrag vereinbart, der England freie Hand in Aegypten und Frankreich in Marokko zusicherte. Die Ausöhnung zwischen London und Petersburg wurde durch die Entwicklung der Dinge in Ostasien angebahnt. Dort stieß Rußland auf Japan das mit England verbündet war. Der japanisch-russische Krieg (1905) führte zu einer schweren russischen Niederlage und nun war Rußland reif für Abmachungen mit England.

Im Jahre 1907 setzte ein Vertrag die gegenseitigen Einflußgebiete in Asien fest. 1908 wurde die Ausöhnung in Romal zu einer Entente cordiale ausgedehnt. Diese Schwenkung Englands brachte es mit sich, daß sich auch Italien England zuwandte. Bereits in den Jahren 1900 und 1901 hatte Rom mit Paris im geheimen eine Vereinbarung getroffen, die Frankreich freie Hand in Marokko und Italien freie Hand in Tripolis gewährte. Als nun die Franzosen im Jahre 1905 darangingen, Marokko „friedlich zu durchdringen“, d. h. zu erobern, und Berlin Einspruch erhob, sah sich Deutschland auf der Konferenz von Algeciras nur mehr von Oesterreich-Ungarn unterstützt. Die allgemeine Lage war vollkommen zu seinem Nachteil verändert. Die beiden Mittelmächte standen allein.

Das Abschwenken Englands zu Rußland und Frankreich, war verhängnisvollerweise gerade zu jener Zeit zum Abschluß gelangt, als die slawische Großmacht im Osten auch ihrerseits eine ganz entscheidende politische Wendung vornahm. Die Mißerfolge des Zarenreiches in Asien führten fast automatisch dazu, daß sich die Augen Petersburgs wieder dem nahen Osten, d. h. dem Balkan und Konstantinopel zukehrten. So verschärfte sich der Gegensatz zu Wien zusehends. Das erste gefährliche Sturmzeichen war die sogenannte bosnische Krise im Jahre 1908. Der österreichische Außenminister Graf Lehrenthal annektierte Bosnien und die Herzegowina, zwei türkische Provinzen, die die Donaumonarchie schon seit Jahrzehnten besetzt hielt und verwaltete. Der russische Außenminister Iswolsti, der damit gerechnet hatte, bei dieser Gelegenheit für sein Land Erleichterungen für die Durchfahrt durch die Dardanellen zu erreichen, ging, vor allem wegen des englischen Widerspruches, leer aus. Daraufhin faßte er den Plan, das Vordringen Rußlands nach Südwesten durch Zusammengehen mit den emporstrebenden Balkanvölkern zu ermöglichen. Sein Nachfolger Sazonow setzte seit Ende 1910 die gleiche Politik fort.

Die Haltung der Ententeländer wurde nun von Jahr zu Jahr immer mehr auf den Angriff gegen den bestehenden Zustand eingestellt. 1911 machte sich Frankreich den ihm von England und Italien zuerkannten Teil

Marokkos untertan. Der Protest Deutschlands führte zu einer scharfen Stellungnahme Großbritanniens für die Republik. Kurz nachher schritt Italien zur Einverleibung von Tripolis, in dem es der Türkei den Krieg erklärte. Im Frühjahr 1912 gelang es Rußland, die Balkanstaaten Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro zu einem Geheimbund gegen die Türkei und Oesterreich-Ungarn zu vereinen, der im Herbst des gleichen Jahres die Feindseligkeiten gegen die Pforte eröffnete. In raschem Siegeszug eroberten die Angreifer den größten Teil des türkischen Besitzes in Europa. Das bedeutete zugleich eine unmittelbare Bedrohung Oesterreich-Ungarns, denn nun wuchs in mehreren der erheblich vergrößerten Balkanstaaten besonders in Serbien, die Neigung, auch die unter dem Zepher Habsburg lebenden Stammesbrüder zu „befreien“ und damit den Bestand der Doppelmonarchie zu untergraben. Serbische Geheimbünde verdoppelten von jetzt ab ihre Mählarbeit, die sich in erster Linie auf Bosnien und die Herzegowina erstreckte. Die Stellung Wiens auf dem Balkan war erschüttert. Noch hoffnungsloser gestaltete sie sich aber, als es dem russischen Außenminister Sazonow gelang, zuletzt auch noch Rumänien, den alten Bundesgenossen Oesterreich-Ungarns, auf seine Seite herüberzuziehen, indem er die bestimmenden Staatsmänner dieses Landes mit der Aussicht auf den Erwerb der von Rumänien bewohnten österreichischen Gebiete lockte. Auf der anderen Seite geschah von Petersburg alles, um die Macht Serbiens zu vergrößern und dadurch die Doppelmonarchie vom Süden her zu bedrängen. So waren in den ersten Monaten des Jahres 1914 ernstliche Bestrebungen im Gange, eine Vereinigung des genannten Staates mit Montenegro in die Wege zu leiten.

Die Gefährdung Oesterreichs wurde eine zunehmende Bedrohung für Deutschland. Für Frankreich hatte das russische Bündnis den Sinn, die riesigen militärischen Reserven Rußlands zur Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen und zur Befestigung Deutschlands einzusetzen zu können. Besonders seit Poincaré Ministerpräsident geworden war, vermehrten sich in Paris die Bemühungen, die russischen Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland zu steigern. So wurde die russisch-französische Militärkonvention vom Jahre 1893 im Jahre 1912 durch eine Marinekonvention ergänzt. Und 1913 brachte Delcassé als Botschafter der Republik an der Nema ein Abkommen zustande, auf Grund dessen das Zarenreich von Paris eine hohe Anleihe zur Vermehrung seiner Heeresstärke und zum Ausbau seiner strategischen Eisenbahnen nach der deutschen Grenze erhielt.

Aber auch England trieb immer mehr in die gekennzeichnete gegen Deutschland gewandte Richtung hinein. In geheimen militärischen Abmachungen versprach der britische Generalstab dem französischen für den Kriegsfall ein Landungskorps, das in Belgien verwandt werden sollte. Und die Leitung der britischen Flotte übernahm 1912 den Schutz der französischen Nord- und Westküste, falls sich ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen Frankreich und Deutschland ereignete. Zu Beginn des Jahres 1914 wurden dann sogar eingehende Verhandlungen über den Abschluß einer englisch-russischen Marinekonvention geführt, um das Zusammenarbeiten der beiderseitigen Flotten vorzubereiten. So wurde allmählich ein ganzer Ring von feindlichen Maßnahmen auf allen Seiten um die 2 vereinsamten Mittelmächte gelegt, eine gewaltige Kette von Mienen, die in der Tat für diese Mittelmächte eine furchtbare Gefahr bedeuteten.

Deutschlands Lage verschlechterte sich immer mehr. Unser Land verlor der Reihe nach alle Bundesgenossen bis auf die Donaumonarchie, die noch dazu durch den inneren Haber der Nationalitäten erheblich geschwächt war. Dagegen wuchs die Deutschland gegenüberstehende Gruppe der Ententemächte zusehends an Umfang und Gewalt. An den beiden offenen Grenzen in Osten und Westen dehnten sich zwei Staaten, Frankreich und Rußland, aus, die untereinander vereinigt, das britische Weltreich und außerdem Italien, Rumänien und Serbien mehr oder weniger fest an sich fesselten. Auch die berühmte militärische Kraft der Mittelmächte reichte nicht mehr aus, um den Armeen des anderen Lagers gleichzukommen. Hier sprechen Zahlen deutlicher als Worte. Nach Ansicht der höchsten französischen und britischen Autoritäten waren die von England und Frankreich bereitgehaltenen Landheere zusammen dem deutschen gewachsen. Frankreich und Rußland konnten gemeinsam für den Kriegsfall über 5 000 000 Mann aufbringen, während Deutschland und Oesterreich-Ungarn nur über 3 358 000 Soldaten verfügten. Rechnet man dazu noch die riesige englische Flotte, die sich mit den französischen und russischen Seestreitkräften vereinigen konnte, so ergibt sich das Bild einer ganz beträchtlichen Ueberlegenheit der Entente.

Deutscherseits an eine „Unterjochung Europas“, zu denken wäre also einfach Wahnsinn oder Selbstmord gewesen. Die Akten von 1871 bis 1914 beweisen zu dem mit restloser Klarheit, daß kein verantwortlicher Politiker in Berlin auch nur mit dem Gedanken an einen derartigen Plan gespielt hat.

Der Frieden war einfach deutsches Interesse und darum wurde an ihm mit fast ängstlicher Sorgfalt festgehalten. Als 1890 der Rückversicherungsvertrag mit Rußland nicht mehr erneuert wurde, führten die Anhänger dieses Schrittes als einen der wichtigsten Gründe die Befürchtung an, die geheime Abmachung könne Deutschland in einen Krieg hineinziehen. Als 1896 von Wien aus der Versuch gemacht wurde, Berlin für ein etwaiges österreichisches Vorgehen auf dem Balkan zu gewinnen, führte der damalige Reichskanzler Fürst Hohenlohe in einer Aufzeichnung aus: „Wir halten am Dreibund fest, wollen ihn aber nicht zum Mittel für unbestimmte Pläne Oesterreichs im Orient verwenden lassen. Oesterreich muß mit dem defensiven Charakter des Dreibundes zufrieden sein, wenn es nicht zugrunde gehen will.“

Wie wenig man in Berlin an die Anwendung von Gewalt, auch nur zur Verbesserung der eigenen Lage dachte, sahen wir aus dem Verhalten der deutschen Regierung im Jahre 1904. Damals lag Rußland in schwerem Ringen mit Japan, und die deutsche Regierung hätte, wenn sie wirklich kriegerisch gesonnen gewesen wäre, den Augenblick benützen müssen, um Frankreich, das auf keinen Fall auf eine Unterstützung durch seinen Verbündeten, das Zarenreich, rechnen konnte, anzugreifen und zu schwächen. Das geschah aber nicht. Vielmehr wurde der einzige Politiker, der kurz darauf angesichts der zunehmenden Vereinsamung der beiden Mittelmächte vorübergehend die Möglichkeit in Betracht zog, wegen des Konfliktes in Marokko kriegerische Verwicklungen herbeizuführen, Fritz von Holstein, aus dem Dienst entlassen.

Während der bosnischen Krise im Jahre 1909 wurde ein Zusammenstoß zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn nicht zuletzt durch das Eingreifen Deutschlands vermieden, das zwischen Wien und Petersburg vermittelte und einen Ausgleich der Gegensätze herbeiführte. Auch

bei allen späteren europäischen Konflikten waren die Staatsmänner in Berlin stets nur um die Bewahrung des Friedens bemüht. Das zeigte sich vor allem während der Balkanwirren, wo sie immer wieder die leitenden Politiker der Donaumonarchie zur Zurückhaltung und Mäßigung ermahnten und dadurch erreichten, daß das schwer bedrohte Habsburger Reich trotz der tiefgreifenden Erschütterung seiner Stellung auf dem Balkan nicht das Schwert gezogen hat. Auch nachher ergriff die Deutsche Regierung jede Gelegenheit, um den berechtigten österreichischen Zorn über Serbien zu beschwichtigen. Je stärker die Gegenpartei, die Entente, wurde, umso mehr gebot schon die einfache Vernunft äußerste Vorsicht.

Auch das Streben der Deutschen Marinekreise nach dem Bau einer Flotte entsprang nicht dem Wunsch, die englische Vorherrschaft zur See zu untergraben. Man wollte

lediglich, seitdem Großbritannien sich dem russisch-französischen Zweibund näherte und anschloß, dafür sorgen, den eignen Handel zu schützen und die eigene Küste gegen Angriff der größeren Seemacht zu decken.

So war Deutschlands Politik keine Politik des Angriffs, sondern der Verteidigung. Sie kennzeichnete sich als solche am besten und klarsten dadurch, daß sie nirgends und niemals Ziele verfolgte, die nur durch gewalttätige Umwälzung erreicht werden konnten.

Alles in allem kann man also auf Grund der durch die Forschungen enthüllten Tatsachen einwandfrei feststellen: Das Urteil von Versailles über Deutschlands Rolle in der Vorgeschichte des Weltkrieges ist ein vollkommenes Fehlurteil. Gerade das Gegenteil der dort aufgestellten Behauptung ist richtig.

## Wir fordern Reform der Sozialversicherung.

Wir stehen mit unseren Klagen über die Reichs-knappschafft nicht allein da. Nahezu die gesamte Bergarbeiter-schaft ist aufgebracht über die unerträglichen Lasten, die diese „soziale“ Einrichtung uns aufbürdet. Wir sind durchaus keine Gegner der Sozialversicherung. Aber eine Versicherung, die uns 30% unseres Einkommens, das ist fast ein Drittel, versteuert, ist fürwahr nicht mehr sozial zu nennen. Dafür gibt es nur eine Bezeichnung: Das ist brutale

### Lohnenteignung.

Diesjenigen, die vom grünen Tisch aus den wachsenden Unmut der Bergleute als von den Unternehmern inspiriert hinzustellen versuchen, beweisen damit, daß sie selbst die Mäute der Kumpels nicht kennen. Sie handeln nach der Methode: Haltet den Dieb, wenn sie wie man es in Gewerkschaftsorganen jetzt wieder häufiger beobachten kann, den Kampf gegen die Auswüchse des Versicherungswesens als Klassenkampf von oben bezeichnen.

Völlig abwegig ist es auch, als Abwehr gegen die berechnete Auslehnung der Bergleute gegen die Reichs-knappschafft sich auf Ausführungen des Grafen Posadowsky zu berufen, die dieser am 3. Dezember 1913 gemacht hat. Es gehört fürwahr eine ordenliche Portion, na sagen wir Kühnheit dazu, 1913 und 1929 mit einander zu vergleichen. Man gebe uns die Verhältnisse von 1913 wieder und wir sprechen mit keinem Sterbenswörtchen mehr von der Knappschafft. Man verdoppele unsereithalben die Beiträge, aber wie ist es denn heute? Wissen die Herren am grünen Tisch überhaupt, wie eine Lohndütle des Kumpels heute aussieht? Man muß fast annehmen, sie wollen uns verhöhnen mit dieser Gegenüberstellung. Wir alten Kumpels wissen, was wir 1913 gezahlt haben und wissen leider Gottes auch, was wir jetzt zu zahlen haben.

### „Klassenkampf von oben“.

Allmählich wird aber den Herrschaften selbst angst und bange, denn ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit steigt die Empörung gegen die Lasten. Wenn wir wirtschaftsvernünftigen Arbeiter uns in die vorderste Front im Kampfe gegen die Auswüchse der Sozialversicherung gestellt haben, so eben darum, weil wir uns von niemand in unserer sozialen Gesinnung übertreffen lassen. Die-

jenigen, die uns in diesem Kampf unterstützen, erkennen wir als sozial an, alle anderen sind für uns sozialrückständig, sind sozialreaktionär. Da hilft kein Gerede und kein Gezeter von Leuten, die weit ab vom Schuß ein behagliches und gesichertes Dasein führen. Geht mal in die Arbeiterfamilien hinein am Lohntag und hört Euch das Gejammer und Klagen an, vernehmt die Empörung über die Ausbeutung durch unsere Sozialeinrichtungen. Wohlbestallte und bezahlte Funktionäre und Sekretäre erzählen das nicht. Uns ist nicht bange ob der Zukunft. Die Erregung wächst in allen Kreisen.

Der Versicherungsgedanke ist, darüber besteht kein Zweifel, überspannt. Daran versucht nun die lex Brüning herumzudottern. Die lex Brüning sieht vor, daß von den über 1300 Millionen Mark aus der Lohnsummensteuer erzielten Mitteln 5 Jahre lang je 75 Millionen Mark zur Erleichterung der knappschafftlichen Pensionsversicherung und zur Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit gewährt werden. Damit soll ferner die finanzielle Grundlage der Invalidenversicherung gefestigt werden.

Die Allgemeinheit soll also durch ihre Steuermittel Zuschüsse zur Sozialversicherung leisten. Mit diesem Vorschlag ist zugegeben, daß die Leistungen der Knappschafft auf einem zu kleinen Kreis von Versicherungsnehmern aufgebaut ist. Ein Argument, daß in den Jahren 1925 und 1926 von einsichtigen Politikern und Versicherungstechnikern immer wieder betont wurde, aber von den Herrn vom grünen Tisch als abwegig bezeichnet wurde. Jetzt haben wir das Eingeständnis: Ihr habt doch Recht gehabt.

Die Arbeitslosenversicherung ist gleichfalls nicht in der Lage aus eigenen Mitteln die notwendigen Beträge aufzubringen und ist auf Zuschüsse des Reiches, also auf Zuschüsse aus allgemeinen Steuermitteln angewiesen. Wer wills dann den anderen Versicherungszweigen verwehren, gleichfalls öffentliche Mittel in Anspruch zu nehmen? So drehen wir uns im Kreise und brauchen uns nicht zu wundern, wenn die Finanznot des Reiches von Monat zu Monat katastrophalere Formen annimmt. Hier fehlt der Mut zur Verantwortung. Das ist Katastrophenpolitik. Mit solchen Mitteln wird keine dauernde Besserung geschaffen, sondern wird nur für kurze Zeit der Zusammenbruch aufgehalten. Und dann? Nach uns die Sündflut.

Eine verantwortungsbewußte Politik verlangt eine durchgreifende Reform der Knappschaft wie der gesamten Sozialversicherung. Vorschläge sind genügend gemacht worden. Man habe endlich den Willen, ernsthaft alle diese Reformvorschläge zu prüfen, zu prüfen nicht im

Interesse der Parteipolitik, sondern im Interesse der Versicherten und des Volkes. Wo ein Wille, ist allemal auch ein Weg. Die Geduld der Bergleute hat auch einmal ein Ende.

## Zaungäste der Arbeitslosenversicherung.

Im Bereiche des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland sitzt im Arbeitsamte Torgau ein strammer SPD. Mann als kommissarischer stellvertretender Vorsitzender. Seine Stellung verdankt er allein seiner Partei; denn als er zur Wahl vor dem Verwaltungsausschuß stand, stimmten nur seine engsten Parteigenossen, zwei an der Zahl — nicht einmal die Kommunisten — für ihn. Er hat eine kleine Familie, Frau und Tochter die in Burg wohnt, getrennt von seinem jetzigen Dienstort im Osten der Provinz Sachsen. Außer rund 430 Mk. monatlichem Gehalt bezieht er seit November 1928 180 Mk. monatliche Zulage für getrennten Haushalt. Eine Notlage kann also niemand annehmen. Seine Ehefrau muß wohl früher noch berufstätig gewesen sein; Tatsache ist, daß die Ehefrau eines kommissarischen stellvertr. Vorsitzenden

beim Arbeitsamt ihres Wohnortes einige Wochen Arbeitslosenunterstützung bezogen hat. Vielleicht ist die Sache sogar formalrechtlich, wie man so zu sagen pflegt, vollkommen in Ordnung. Der Stellvertretende Vorsitzende eines Arbeitsamtes muß ja die Bestimmungen genau kennen. Ob dieses nur ein einzelner Fall ist? Ob es nicht im großen Deutschen Reich tausende ähnlich gelagerte Fälle gibt? Man soll nicht bloß über die Leute schimpfen, die das Arbeitslosenversicherungsgesetz ausnützen; sondern soll überhaupt verhindern, daß derartige Fälle entstehen können.

Bedarf es noch einer schärferen Kritik des Arbeitslosenversicherungsgesetzes als dieser Vorfall?

Fort mit der Inflation der Sozialpolitik!

Aus Landbund Prov. Sachsen Nr. 22.

## Aus der Bewegung.

Bezirk Borna. Werksgruppe Dora und Helene. Die Gruppe hielt am Sonntag, den 5. Mai ihre Monatsversammlung unter Vorsitz des Kameraden Michel ab. Im Hand der Tagesordnung bespricht der 1. Vorsitzende das Ergebnis der Betriebsratswahlen, welche für die Gruppe einen sehr schönen Erfolg erbracht haben. Das Erstaunlichste war, daß die Liste 53 Stimmen mehr gebracht hat, wie Mitglieder vorhanden. Ein Zeichen daß unsere Bewegung marschiert. 4 Mitglieder, die ihrer Wahlpflicht nicht genügt haben, wurden ausgeschlossen.

Nach Erledigung der Tagesordnung hielt Kamerad Planckenhorn einen Vortrag über die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den letzten 10 Jahren. Er beleuchtete in klaren Worten das, was uns die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften gebracht haben und stellte auf der anderen Seite unsere Bestrebungen und Aufgaben dar. Daß wir auf dem richtigen Wege sind haben erst jüngst die Ergebnisse der Betriebsratswahlen im ganzen Bezirk gezeigt. Mit der Forderung: Los von allem Fremden und Internationalen, es geht um unseres Vaterlandes Sein oder Nichtsein, schloß der Redner seinen überaus interessanten Vortrag. Dem Kameraden dankte die Versammlung mit starkem Beifall.

Werksgruppe Witzniz. Die Monatsversammlung fand am 5. Mai statt. Kamerad Schnee, der 1. Vorsitzende behandelte die Betriebsratswahlen und berichtete über die Beschlüsse der letzten Bezirksitzung. Er sprach über die Gründung des Bürgerbundes in Borna und teilte der Versammlung mit, daß auch unsere Vereinigung ihm beigetreten sei. Kamerad Junghans, Dora und Helene, sprach über „Zweck und Ziel der Werksgemeinschaft“ und erzielte allgemeinen Dank und Zustimmung bei den versammelten Kameraden.

Am 9. Mai besichtigte die Gruppe das Braunkohlenwerk Dora und Helene bei Großschön. Herr Direktor Böhme übernahm selbst die Führung der Kameraden. Der Besichtigungsgang führte zu der neuangelegten Aläranlage auf dem ausgeföhnten Felderteil. Die Darstellung der großen Schwierigkeiten im Tagebau, verursacht durch die Nähe der Werra erweckte ganz besonders das Interesse der Kameraden. Allgemeine Bewunderung erregte die neugebaute Großrauförderanlage. Unser liebenswürdiger Führer streifte die verschiedenen Projekte, die durchdacht werden mußten, bevor man an den eigentlichen Umbau heranging. Die ganze Anlage zeigt, daß auf weite Sicht hin gebaut worden ist. Der weitere Gang führte die Kameraden durch die Kohlenbunker, wo besonders die Maßnahmen zum Schutz der dort Arbeitenden beachtet wurde. Die gesamte Bänderanlage kann von jeder Stelle aus durch ein Zugseil an der

Trägerkonstruktion außer Betrieb gesetzt werden. Von hier aus ging es auf den alten Wipperboden. Mit großem Interesse verfolgte man, wie ein einziger Mann durch Fernschaltung den Gang der Verteilungsbänder nach den einzelnen Maßdienstsystemen reguliert. Es wurden noch die verschiedenen Werkstätten, die Zentrale und das Preshaus besichtigt. Ein kurzes kameradschaftliches Beisammensein in der „Neuen Welt“ in Lobstedt beendete den so interessanten Besuch unseres Schwesterwerkes. Der Vorsitzende dankte im Namen aller Kameraden Herrn Direktor Böhme herzlichsten Dank ab für seine so lehrreiche Führung durch das interessante Werk.

Werksgruppe B. W. B. hielt ihre Monatsversammlung am 9. Mai ab. Kamerad Morgenstern gab einen Ueberblick über die Bedeutung der Landtagswahlen und berichtete über die Ergebnisse der Bezirks- und Hauptvorstandssitzung. Es wurde beschlossen, geschlossen an der im Juli in der Hagnsburg stattfindenden Hauptversammlung teilzunehmen.

Werksgruppe Victoria. Die Gruppenversammlung fand am 10. Mai unter Vorsitz des Kameraden Haase statt. Zu Beginn der Veranstaltung nahm Kamerad Junghans von Dora und Helene das Wort zu einem Vortrag über unsere Bewegung, welcher das Interesse der Mitglieder und Gäste fesselte. Anschließend daran behandelte Kamerad Haase die Gründung einer Werkspartasse und gab nähere Einzelheiten bekannt. Die Gruppe konnte an diesem Abend wieder eine Anzahl neuer Mitglieder aufnehmen. Am Schluß des Abends entspann sich noch eine recht rege Aussprache, an welcher sich die Mitglieder wie auch die Gäste beteiligten. Kamerad Junghans machte noch auf die Bedeutung der bevorstehenden Landtagswahlen aufmerksam. Eine mit gutem Erfolg veranstaltete Sammlung für einen mit seiner Familie in Not geratenen Kameraden der Gruppe Br. W. Borna sprach für den kameradschaftlichen Geist der Gruppe.

Werksgruppe Böhlen. Die Monatsversammlung fand am 24. dieses Monats statt. Der 1. Vorsitzende, Kamerad Jäbisch, behandelte die Beschlüsse der letzten Bezirksitzung und gab ferner bekannt, daß der Werksgruppe nunmehr das Land zur Verpachtung als Schrebergärten für die Mitglieder seitens der Werksleitung zur Verfügung gestellt worden ist. Die Versammlung wählte einen Ausschuß, der das weitere veranlassen und den Pachtvertrag abschließen soll. Die Gruppe beschließt ferner die am 28. Juli in Hagnsburg stattfindende Generalversammlung mit einem Gesamtaustritt der Gruppe nach dort zu verbinden. Anschließend an den geschäftlichen Teil hielt Kamerad Junghans von Dora und Helene

einen Lichtbildervortrag aus „Der Wehrwolf“ von Löns, der starken Beifall bei allen Zuhörern löste. Kamerad Jäbisch sprach im Namen der Anwesenden dem Vortragenden den herzlichsten Dank aus. Eine Teller Sammlung erbrachte für einen in Not geratenen Kameraden einer anderen Gruppe einen recht stattlichen Betrag, ein Zeichen dafür, daß auch die Höflener wissen, was Kameradschaft heißt.

Die nächste Versammlung der Gruppe findet am 14. Juni in Form eines Lichtbildervortrages im Gasthof Zeischwitz statt.

Besondere Veranstaltungen:

Sonabend, den 22. 6. Ortsgruppe Kieritzsch, Deutscher Abend, Gasthaus zur Post, Bahnhof Kieritzsch, Beginn 20 Uhr, Lichtbildervortrag (Medner Herr Schriftsteller von Leo), Turn- und Gesangs-vorträge.

Mittwoch, den 26. 6. 19.30 Uhr Werkspartassenausflug in Borna.

Mittwoch, den 3. 7. 19.30 Uhr nächste Bezirksitzung, Borna.

**Bezirk Meuselwitz.** Werksverein der Rositzer Braunkohlenwerke (Dea). Sonntag, den 26. 5. 29 fand im Werkstasino Rositz die Monatsversammlung statt, die sich wie fast immer eines guten Besuches erfreute. Die rege Aussprache zu allen Punkten der Tagesordnung zeigte erneut, welch reges Interesse unsere Kameraden der Werksgemeinschaftsarbeit entgegenbringen. Die Tagesordnung führte drei Verhandlungspunkte auf:

1. Bericht des Vorstandes:

- a) Bericht über Vorstandssitzung der A. M. B.
- b) Bericht über Sitzung des Gemeinschaftsausschusses.
- c) Bericht über Entwicklung der Werksgruppe.

2. Ausflug.

3. Verschiedenes.

Die Ausführungen des Vorsitzenden Kam. Taubert zu Punkt 1 der D. wurde mit großem Interesse aufgenommen. Vor allem freut sich die Rositzer Werksgruppe, daß es überall in der mitteldeutschen Braunkohle rüstig vorwärts geht mit unserer Werksgemeinschaftsarbeit. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß wieder drei Kameraden für unsere Ideale gewonnen sind und dankt den Mitgliedern für ihre Werbearbeit. Zu P. 2 wurde einstimmig beschlossen, gemeinsam mit der Werksgruppe Waltersdorf einen Ausflug zu machen, und zwar nach der „Zeitler Schweiz“ (Schneidemühle). Als Tag wurde der 23. Juni 1929 gewählt, weil an diesem Tage andere Vereine in der Schneidemühle nicht sind und wir uns deshalb einmal ganz unter uns mit unseren Frauen einen vernünftigen Tag gönnen wollen. Zu Punkt 3 gab Kam. Taubert u. a. bekannt, daß die neuen Mitgliedsbücher der A. M. B. eingetroffen sind und alsbald in die Händen der Mitglieder gelangen sollen.

Nach reger Aussprache über Aufbau und Werbearbeit konnte der Vorsitzende mit einem Dank an die Kameraden für ihre Unterstützung und einem kräftigen Glückauf beschließen.

Arbeitnehmervereinigung der Braunkohlenwerke Leonard- u. G. Der am 26. Mai 1929 stattgefundenen Mitgliederversammlung, welche sehr zahlreich besucht war, ging ein Vortrag des Kam. Steindorf-Merseburg über „Klassenkampf oder Wirtschaftsfrieden“ voraus. Kam. Steindorf widerlegte in treffenden Worten die marxistische Gewerkschaftstheorien. Die unserer Bewegung angehängten Verräterdienste werden von ganz anderen geleitet! Erinnern sich doch unsere Gruppenmitglieder selbst noch der Tatsachen, daß sog. Funktionäre und Betriebsräte Arbeitergroßchen jahrelang unterschlagen konnten und trotzdem von den „Kumpels“ angebeten wurden wie die Götzen. Wachen wir darüber, daß in die Betriebe Betriebsräte einziehen, die im Sinne des Betriebsrätegesetzes auch für den Fortschritt des Unternehmens und damit zum Wohle der Belegschaft arbeiten. Wir betrachten jeden Klassenkämpferisch eingestellten Betriebsrat als „Echo“ der marxistischen Gewerkschaften; bewußt oder unbewußt sorgt er dafür, daß es den deutschen „Proletariern“ nicht gelingen soll in einen freien deutschen Arbeiterstand aufzutreten. „Die Wunden am sozialen Körper müssen offen gehalten werden“ sagte Bebel ja einmal. So denkt und handelt man auch jetzt noch bei seinen Schülern. Wer's nicht glaubt, der lese einmal die Komödie vom „Sochwasserparteitag“ in Magdeburg, der ganz im Zeichen der „Oberbozener“ stand und die Anträge der „breitesten Massen“ unter

den Tisch fallen ließ. Die nationale Arbeiterschaft hat den Schwindel längst durchschaut und nimmt dankend Kenntnis davon, daß 1000 Mk. Monatsgehalt für einen „Proletariersführer“ zu wenig sind. Dieser Antrag wurde von dem S.P.D.-Parteikassierer einfach abgewürgt.

Die Tagesordnung der auf den Vortrag folgenden Mitglieder-versammlung wurde glatt erledigt.

Nächste Mitgliederversammlung: 30. 6. 1929, 6.30 abds., Gasth. Wutz. Dabei Vortrag über die Pariser Reparationsverhandlungen und Aussprache über die Satzungen der Richtenberger Krankenkasse. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht! Ma.

Bergmännische Vereinigung Tagebau Petsa (A. M. B.) Am 14. 6. 1929 fand in der Kantine Ledigenheim Eugenschacht eine Vorstandssitzung statt, die sich im wesentlichen mit der geplanten Sonnenwendfeier beschäftigte. Die Sonnenwendfeier findet am Sonnabend, den 22. Juni 1929 auf dem Sportplatz Glück-Auf! statt. Alle Mitglieder mit Familienangehörigen, sowie Gäste aus der werksgemeinschaftlichen Bewegung des Meuselwitzer Revieres sind herzlich eingeladen. — Die übrigen Verhandlungspunkte wurden glatt erledigt. Da.

## Sommerfrische Schneidemühle

(Bahnhof Haynsburg)

### Hotel u. Pension-Villa „Zur Zeitler Schweiz“

18000 Morgen Wald.

Mitten im Laub- und Nadelwald gelegen. Schönster Ausflugsort des Zeitler Forstes. Hotel-Restaurant, Saal und Gartenwirtschaft (1500 Sitzplätze) mit eigener Landwirtschaft. Neue Pensionsvilla. Fremdenzimmer (55 Betten). Angenehmes Familienlokal, Ausflugsort für Vereine und Schulen. Ruhige Lage, sonnige Zimmer mit Balkon, elektr. Licht, Bad, W.-C. Pension von 4,50 bis 6,00 pro Tag bei 4 reichlichen Mahlzeiten, je nach Lage der Zimmer. Ia Küche und Keller, Hausschlachtung, eigene Hausbäckerei. Tägl. frische Aale, Schleie, Karpfen blau. Autobusverbindung Haynsburg-Schneidemühle-Zeitl. lt. Fahrplan. Autopark f. ca. 200 Autos u. gr. Ausspannung f. 50 Pferde vorhanden.

Telefon Zeitl 535.

Prospekt frei.

Besitzer: W. Prator.

## Gasthof „ZUR POST“ Oskar Förster Bes.: Alfred Förster

### Bahnhof Kieritzsch

Tagungsort der Arbeitnehmervereinigung im mitteldeutschen Bergbau Ortsgruppe Kieritzsch

Jeden Sonntag Gartenfrekonzert

== Große Tierschau, Kinderspielwiese mit Bergbahn ==

Küche und Keller weit bekannt

== Kleine Preise. ==

# Mitteilungs-Blatt

## der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

2. Jahrgang

Halle (Saale), den 21. Juli 1929

Nr. 7

### Zur Jahreshauptversammlung.

Am 28. Juli findet die diesjährige Jahreshauptversammlung statt. Es erscheint uns angesichts der wirtschaftlichen Lage nicht angebracht, diese Versammlung mit einer großen Kundgebung zu verbinden. Teilnehmer werden lediglich die Delegierten der einzelnen Gruppen und Bezirke und eine Anzahl Mitglieder der in der Nähe des Tagungsortes liegenden Gruppen sein.

Die Tagung wird deshalb nicht weniger bedeutungsvoll sein als die vorjährige, deren machtvoller Verlauf noch in unserer Erinnerung ist. Seit dieser Tagung ist ein Jahr vergangen, das reich an Arbeit und reich an Erfolgen war. Zahlreiche neue Werksgruppen konnten gegründet werden, dank der aufopferungsvollen Arbeit unserer Vertrauensleute. Weit über 1000 neue Mitglieder konnten aufgenommen werden.

Einen breiten Raum in der Arbeit nahm die Schulung unserer Führer und Vertrauensleute ein. Besonders auf arbeitsrechtlichem Gebiete wurde emsige und intensive Arbeit geleistet. Die glänzenden Erfolge bei den diesjährigen Betriebsratswahlen beweisen, daß diese Arbeit nicht vergebens geleistet worden ist. Die Sparrätigkeit in den einzelnen Werkparzellen war äußerst reger. Die mancherorts diesbezüglich noch bestehenden Schwierigkeiten konnten z. T. beseitigt werden, z. T. steht die Beseitigung bevor. Wir haben es verstanden, nach allen Seiten mit unseren Ideen und Anregungen uns durchzusetzen. Wenn auch mancher Wunsch unerfüllt geblieben ist, so kann uns das doch nicht abhalten, an der Richtigkeit unserer Wirtschaftsauffassung festzuhalten. Wir kennen die Schwierigkeiten, die es noch zu überwinden gibt, und kennen auch die Kräfte, die sich uns entgegenstellen. Aber wir sind überzeugt von der Wahrheit und Sittlichkeit unserer Idee, und die Zeit wird uns mehr und mehr Recht geben.

Auf der diesjährigen Tagung gilt es, Rechenschaft abzulegen über das vergangene Jahr, eine sorgfältige

Bilanz aufzustellen. Es hat keinen Zweck, mit irgend etwas hinter dem Berge zu halten. Wir wollen auch aus Fehlern, die etwa gemacht worden sind, lernen und nicht den Kopf in den Sand stecken in der Hoffnung, es wird schon werden. Wir wollen uns unserer Verantwortung ganz bewusst sein, und diese Verantwortung ist nicht gering. Staat, Wirtschaft und Volk verlangen ganze Männer.

Die Hauptsache aber ist die Gestaltung der Zukunft. Neue Aufgaben harren der Lösung. Hier gilt es in eifriger Beratung die Grundlagen festzulegen, nach denen die zukünftige Arbeit geleistet werden soll. Gerade die augenblickliche Zeit ist voll von Problemen, um deren Lösung gestritten wird. Reform der Sozialpolitik, Gestaltung der Wirtschaftspolitik, Youngplan um nur das herauszugreifen, was den Arbeiter am meisten angeht. Nicht nur den Arbeiter, auch den Unternehmer. In gleicher Weise. Es ist der größte Ursinn, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Wände zu errichten, über die hinweg es keine Verständigung gibt. Beide sind in gleicher Weise an der Wirtschaft interessiert. Es bestehen Wechselbeziehungen zwischen beiden. Und die Wirtschaft gedeiht am besten da wo beide Faktoren die beste Form der Zusammenarbeit gefunden haben.

Diese aber besteht in einem ehrlichen, verantwortungsbewußten Hand- in Handarbeiten, in einer ehrlichen Arbeitsgemeinschaft, in der jeder den Wert und die Bedeutung des anderen anerkennt und vor allen Dingen seine eigene Pflicht erfüllt. Ziel des Ganzen ist das Wohl der Gesamtheit. Gemeinnutz vor Sondernutz. Von diesen Gedanken durchdrungen gehen wir zur Jahreshauptversammlung in der sicheren Hoffnung, daß auch diese Tagung einen Markstein bilden werde auf dem Wege zur Werksgemeinschaft.

### Zur Kriegsschuldfrage.

#### Die Haltung der Ententemächte.

Unsere Betrachtung wäre unvollständig, wenn sie die Haltung der Ententemächte innerhalb der in Frage stehenden Zeit außer acht lassen wollte. Gist aus ihr können wir entnehmen, ob die Wortführer der Anklage überhaupt berechtigt waren, über den Besiegten zu Gericht zu sitzen. Wie stand es mit der Friedensliebe in Paris, London und Petersburg? Hat man dort eine Politik geführt, die jede Störung des bestehenden Zustandes ausschloß? Die Geschichte gibt uns auch hierfür die ausschlaggebenden Zeugnisse an die Hand.

#### Frankreich

Frankreich war 1870/71 geschlagen und durch Bismarcks Bündnisysteme in der Isolierung gehalten worden. Zu Beginn der neunziger Jahre aber gelang es ihm, durch das Bündnis mit Rußland ein Gegengewicht gegen den Dreibund zu schaffen. Die Ueberwindung der Vereinigung war jedoch nicht der einzige Zweck, den Paris verfolgte. Das geht aus folgenden Stimmen hervor:

1891 erklärte der französische General Gallifet dem deutschen Militärattaché gegenüber: „In beiden Nationen (Frankreich und Deutschland) wünsche niemand den Krieg,

aber alle vernünftigen Leute seien der Ansicht, daß er wegen Elsaß-Lothringens unvermeidlich sei.

Der italienische Botschafter in Paris, Rejmann, äußerte 1894: „Der Gedanke der Wiederaufrichtung der französischen Vorherrschaft in Europa sei freilich noch in allen französischen Herzen lebendig . . . Die Franzosen wollten zunächst das Ablaufen der Tripelallianz (Dreibund) abwarten in der Hoffnung, daß dieselbe nicht wieder erneuert werden würde. Demnächst sei die Erinnerung an 1870/71 noch nicht erloschen; Frankreich möchte das nächste mal ganz sicher gehen.“ 1896 versicherte der französische Ministerpräsident Bourgeois dem italienischen Generaldirektor Bodio: „Die französische öffentliche Meinung und die französische Politik . . . würden, was auch auf der Oberfläche vorgehen möge, im Grunde ausschließlich von dem Gedanken an die Wiedererwerbung von Elsaß-Lothringen beherrscht. Die elsäß-lothringische Frage werde bis zu ihrer Lösung für Frankreich immer wieder alle anderen Gesichtspunkte in den Hintergrund drängen.“ Solche und ähnliche Äußerungen geben uns über die geheimen Triebfedern der französischen Politik besser Aufschluß als alle offiziellen Erklärungen. Das Streben nach Wiedergewinnung der führenden Rolle in Europa und nach Rückeroberung Elsaß-Lothringens bestimmte letzten Endes die Handlungen der Staatsmänner in Paris.

Im Laufe der Jahre, als Frankreich sich durch das Bündnis mit Rußland, durch die Abmachungen mit Italien und die Annäherung an England immer sicherer fühlte, wuchs auch die nationale Stimmung. Den größten Aufschwung erlebte sie nach der zweiten Marokkokrise im Jahre 1911 unter Poincaré als Ministerpräsident und Präsident der Republik.

1913 wurde in der Republik die dreijährige Dienstzeit eingeführt. Ueber diese Maßnahme äußerte sich der belgische Gesandte in Paris, Baron Guillaume: „Von jetzt muß man also mit Sicherheit in der französischen Gesetzgebung mit der Einführung von Verordnungen rechnen, die das Land wahrscheinlich nicht lange wird ertragen können. Die Lasten des neuen Gesetzes werden für die Bevölkerung derartig schwer sein, die mit ihm verbundenen Ausgaben so ungeheuer, daß das Land sich bald dagegen verwahren wird, und Frankreich wird dann vor dem Dilemma stehen: Verzicht, den es nicht wird ertragen können, oder Krieg binnen kurzer Frist. Schwer wird die Verantwortung der Männer sein, die die Nation in diese Lage gebracht haben.“

Um die Jahreswende 1913/14 entstand zwischen Rußland und Deutschland ein Konflikt wegen der Ernennung des deutschen Generals Liman von Sanders zum obersten Reorganisator der türkischen Armee. In einem geheimen Ministerrat vom 13. Januar 1914 versicherte der russische Außenminister Sazonow ausdrücklich, seine Regierung könne von seiten der französischen Republik „auf eine tätkräftige Unterstützung bis aufs äußerste rechnen.“ Außerdem entnehmen wir dem Bericht über die Sitzung die Feststellung: „Herr Delcassé (der erwähnte französische Botschafter) hat dem (russischen) Minister im Namen des französischen Außenministers versichert, daß Frankreich so weit gehen würde, wie Rußland es wünscht.“

Nimmt man alle diese Zeugnisse zusammen, so kommt man hinsichtlich der französischen Politik zu einem wesentlichen anderen Ergebnis als hinsichtlich der deutschen. Hier leitete die Sehnsucht nach Vergeltung für 1870/71, und hier wuchs die Neigung zum bewaffneten Vorgehen, je mehr das Gefühl der Stärke infolge der Isolierung Deutschlands zunahm.

## England

England hat sich Frankreich und Rußland seit den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts genähert. Von da ab liegen uns auch Zeugnisse über seine Stellungnahme zu den Mittelmächten vor. 1905 während der ersten Marokkokrise willigte die britische Regierung in Besprechungen zwischen dem französischen Marineattaché in London und dem Leiter der englischen Admiralität, Lord Fisher, sowie in Besprechungen durch einen Mittelsmann zwischen dem französischen Militärattaché in London und dem englischen Kriegsamt ein. Diese Maßnahme hatte den Zweck, Vereinbarungen für den Fall eines gemeinsamen Kampfes gegen Deutschland zu ermöglichen. Als dann am Ende des gleichen Jahres Sir E. Grey Außenminister des Inselreiches wurde, „äußerte er ebenfalls im Hinblick auf die Marokkokrise gegenüber dem französischen Botschafter als seine „persönliche Ansicht“, daß die öffentliche Meinung Englands sich sehr zugunsten Frankreichs regen würde, wenn Deutschland Frankreich im Gefolge einer Frage angriffe“, die aus dem englisch-französischen Uebereinkommen über Frankreich und Marokko entsünde.

Nach der vollzogenen Annäherung Großbritanniens an Rußland fand 1908 die Zusammenkunft des englischen Königs und des russischen Zaren in Reval statt. Bei dieser Gelegenheit erklärte der britische Staatssekretär Hardinge, er rechne mit der Möglichkeit einer äußersten Spannung zwischen England und Deutschland „in sieben bis acht Jahren“, und dann könne Rußland die Rolle des Schiedsrichters übernehmen. Der Leiter der britischen Admiralität, Lord Fisher, empfahl gleichzeitig den Russen, ihre Westgrenze gegen Deutschland recht stark zu machen.

Der zwischen London und Berlin entsachte Streit über den Bau einer deutschen Flotte verstärkte die feindliche Stimmung der Engländer in zunehmender Weise. Am 3. Februar 1905 empfahl der Zivillord der britischen Admiralität, Lee in einer öffentlichen Rede einen plötzlichen Vernichtungsschlag der englischen Schlachtschiffe gegen die deutschen, der am besten ohne vorherige Kriegserklärung erfolgen sollte. Etwa zur selben Zeit verlegte die britische Admiralität einen großen Teil der Flotte nach der Nordsee, was einer Drohung gegen Deutschland gleichkam. Bei den Unterredungen über eine Verminderung des deutschen Flottenbaues wies der britische Finanzmann Sir Ernest Cassel im Sommer 1908 einmal darauf hin, „daß eines Tages England im Einverständnis mit Frankreich und Rußland an Deutschland die Frage richten könne, wann es in der Verstärkung seiner Rüstung zur See Halt zu machen gedenkt“. Während der zweiten Marokkokrise hielt der englische Schatzkanzler, Lloyd George, in London eine Rede, in der er deutlich mit dem Kriege drohte, falls England da, wo vitale Interessen auf dem Spiele stünden, „im Rate der Völker zur Seite geschoben werde“.

1912 bei seinem ersten Besuch in Petersburg verriet Poincaré als französischer Ministerpräsident dem russischen Außenminister, daß Großbritannien versprochen habe, Frankreich, „falls dieses von Deutschland angegriffen würde . . . zu Lande durch ein an die belgische Grenze zu entsendendes Detachement in Stärke von 100 000 Mann zu unterstützen“. Als Sazonow wenige Monate später in Balmoral mit den britischen Staatsmännern sprach, meinte Grey: „Unsere (englische) Flotte würde natürlich die deutsche Nordsee Küste blockieren, wenn es ihr nicht — was uns lieb wäre — gelänge, die deutsche Flotte zum Kampf zu stellen. Wenn wir uns am Kriege beteiligten, so würde unsere Flotte alles nur Mögliche gegen Deutschland unternehmen und jedem am Kriege gegen Deutschland Beteiligten helfen.“ Der englische König aber versicherte

dem Außenminister des Zaren „in sichtlich erregtem Ton“, „ein etwaiger Konflikt würde nicht nur für die deutsche Flotte, sondern auch für den Ueberseehandel Deutschlands unheilvolle Folgen haben, denn die Engländer würden jedes deutsche Handelschiff, das ihnen in die Hände fiele, versenken“.

## Unsere innerliche Einstellung zur Arbeit. (Karl Otto Rohr.)

Eins der zugkräftigsten, aber zugleich der verlogenensten Schlagworte des Marxismus ist das von der Mehrwerttheorie. Eine der unheilvollsten Folgen dieses Schlagwortes auf die Seele des Arbeiters ist die, daß er die Freudigkeit zur Arbeit verloren hat, daß er in ihr nur noch den verhassten Zwang sieht, daß er sich um einen Teil ihrer Früchte betrogen glaubt.

Senes innerliche, seelische Verhältnis, in dem sich der mittelalterliche Arbeiter zu seiner Hände Arbeit befand und das auch unsere Väter, die noch nichts von Maschinen und Fabrikation am fließenden Band wußten, noch kannten, ist wohl unwiderbringlich dahin und mit ihm vielleicht das Beste, das direkten Anreiz zur Arbeit, das eine gewisse Schöpferfreude und Schaffenslust gab. Aber trotzdem würde auch heute noch die eintönige, immer gleichbleibende Arbeit im rationalisierten Betriebe längst nicht so widerwillig, ja verhaßt sein, hätte es nicht ein Marx und seine Apostel verstanden, dem Arbeiter durch den Appell an seine niedrigsten Instinkte die Freude und den Gefallen an seiner Arbeit zu nehmen.

Tief in den Geheimnissen der menschlichen Natur liegt es begründet, daß jede Arbeit, an die wir nur gezwungen, widerwillig gehen, nicht so fleckt wie eine, die wir freudig und gern leisten. Und eben darin liegt es begründet, daß jede gelungene Arbeit, die wir unter voller Anspannung unserer Kräfte geleistet haben, ein gewisses Hochgefühl, eine tiefe innerliche Freudigkeit auslöst, die sich in unserem ganzen Wesen bemerkbar macht und auf unsere Umgebung einwirkt.

Diese Freudigkeit zur Arbeit und diese Freude an der Arbeit wollen und müssen wir Werkgemeinschaftler wieder wecken und pflegen, wenn anders wir den ideellen Kern des Gemeinschaftsgedankens richtig erkannt haben und ihm zum Siege verhelfen wollen. Doppelt schwer wird uns das gerade deshalb, weil wir vorerst nur in der Minderzahl sind, weil wir überall im Betriebe auf jene stoßen, denen die Arbeit Zwang ist, die mürrisch und ohne eigenen Antrieb ihre Arbeitszeit herumbringen, die denken und sagen, für die paar Groschen Stunden- oder Schichtlohn tue ich schon genug, wenn ich nur da bin. Diese Arbeiter, die zumeist schon in marxistischen Gedanken und Ideen groß geworden sind, denen sie seit Kindesbeinen immer und immer wieder eingetrichtert worden sind, die sind nicht durch Worte und noch so schöne Redensarten zu bekehren, auf die ist eine Einwirkung nur durch das eigene Beispiel und Vorbild möglich. Ein frohes Gesicht, ein gutes Wort, ein unbekümmert gefungenes Liedchen oder lustiges Pfeifen bei der Arbeit, ein zufriedenes Wesen, eine anregende Unterhaltung nach des Tages Mühe und Last, die sind jenen gegenüber die besten, schlüssigsten Beweisgründe für die Richtigkeit unserer Anschauung, für das Gute und Bessere unserer Ideen.

Demnach war England zwar nicht so kriegerisch gestimmt wie Frankreich, aber es war doch ganz auf die Seite des Zweibundes hinübergetreten und wies einen gewaltsamen Zusammenstoß mit Deutschland nicht mehr von der Hand.

Gern und freudig unsere Pflicht erfüllen und unser ganzes Können und all unsere Kraft einzusetzen bei unserer Arbeit, zuverlässig und unermüdet sein, kameradschaftlich dem Schwächeren oder Ungeübten helfen und stets alle Anforderungen so erfüllen, wie es das Interesse des ganzen Werkes verlangt, — das muß die Art und Weise unserer Agitation um die Seele der uns fern Stehenden sein.

Und gleichzeitig ist es unsere beste Propaganda dem Arbeitgeber gegenüber, wenn wir unsererseits immer wieder zeigen, daß es uns bitter Ernst ist um die Durchführung unserer Gemeinschaftsgedanken, daß wir für die Rechte, die wir fordern und fordern müssen, vorweg voll und ganz unsere Pflicht erfüllen.

In einem Flugblatt anlässlich der diesjährigen Betriebsratswahlen brachten es die Gewerkschaften fertig, uns daraus einen Vorwurf zu machen, daß wir erklärt hatten, das Interesse des Werkes gehe uns allem anderen voran. Vom Standpunkt des Gewerkschaftssekretärs, der von der wirklichen oder künstlich erzeugten Unzufriedenheit der Mitglieder lebt, und der seinen bequemen Schreibtischsessel nur erhalten kann, wenn er es nie zu einem Frieden zwischen Arbeiter und Unternehmer kommen läßt, mag darin wohl Grund zu einem Vorwurf liegen. Wir Werksgemeinschaftler sind aber keine Gewerkschaftssekretäre und sind auch zu klug geworden, um diesen Herren ein Leben ohne produktive Arbeit weiterhin zu ermöglichen; uns trifft dieser Vorwurf nicht, im Gegenteil, wir sind stolz darauf uns zu unserem sittlich höheren Gemeinschaftsgedanken durchgerungen zu haben. Wir wollen wieder Freude haben an unserer Arbeit und da wir nicht immer zu unserer eigenen Arbeit ein direktes seelisches Verhältnis finden und haben können, so wollen wir es wenigstens zum ganzen Werke, zum Unternehmen haben, das uns Arbeit und Lohn gibt, wir wollen uns als vielleicht winziges Rädchen im Riesengetriebe als beachtenswert, als unentbehrlich fühlen, wir wollen für unsere Arbeit eine Heimat haben, ebenso wie wir sie für unsere Seele nicht entbehren können — und wollen.

Wir Werksgemeinschaftler sind Idealisten, aber doch wohnt auch in uns ein gesunder Realismus, Gott sei Dank aber nicht jener, den ein Marx predigte, der unsere deutschen Arbeiter zu einem seelenlosen Werkzeug herabwürdigte und aus dem geraden, gemütvollen Sohne unserer heimischen Scholle einen unduldsamen, fanatischen Egoisten machte. Wir kämpfen und arbeiten für unser eigenes persönliches Leben und Wohlergehen, auch wir sind nicht wunschlos und immer zufrieden, aber über unser eigenes Ich, über unsere persönlichen Interessen geht uns das Wohl und das Blühen unseres Vaterlandes, das erst jede Wirtschaft ermöglicht; die Gesundung und Blüte unserer Volkswirtschaft gibt uns Arbeit und Lohn, gibt uns Heim und Herd und deshalb ist das Gemeinwohl auch das unsrige, stehen seine Bedürfnisse und Notwendigkeiten stets und immer über unseren eigenen.

## „Gekaufte Kreaturen“ (Von A. Steindorf.)

Unter obiger Bezeichnung bringt die „politisch-neutrale“, „Bergbau-Industrie“, das Organ des Verbandes der „freien“ Bergbau-Industriearbeiter Deutschlands in Nr. 24. vom 15. Juni 1929 einen Artikel, der sich mit den

Verhältnissen auf den Beunaer Kohlenwerken beschäftigt. Wie üblich werden auch in diesem Artikel die wirklichen Tatsachen dermaßen verdreht, daß ich als Vorsitzender der hiesigen Werksgemeinschaft eine Richtigstellung geben



muß, um nicht den Eindruck auskommen zu lassen, wir wären nur Söbblinge im Dienste des Kapitals.

Zunächst darf ich noch erklären, daß es nicht zu unserm Aufgabengebiet gehört, uns mit Leuten herumzstreiten, die lediglich von Unfrieden leben. Mögen die Gewerkschaften ihren Weg gehen; wir gehen den unsrigen. Unsere Aufgabe besteht darin, den Mitgliedern zu zeigen, daß Friede (auch der Wirtschaftsfriede) ernährt und Unfrieden verzehrt.

Genannter Artikel ist Wort für Wort dem vor einigen Tagen erschienenen Halleschen Volksblatt entnommen. Dadurch erklärt sich eben die „parteilichste“ Einstellung dieses Verbandsorganes. Das ist leider die schimpflichste Tatsache, daß unsere Bergarbeiter durch parteipolitischen Hader auch wirtschaftlich dermaßen auseinandergerissen werden, daß wir als Volk so verschiedenartige Ansichten haben und so sonderbare Wege gehen.

Der Artikelschreiber stellt zunächst fest, daß die Unternehmer sich für ihre Zwecke (das ist die Vernichtung der Gewerkschaften) solche Belegschaftsmitglieder kaufen, die sie gebrauchen können. — Alte vorsintflutliche Kamellen! Weiter stellt dieser Herr Tintenklecksler fest, daß Herr Bergwerksdirektor Gebhardt den Vorsitz in unserer Bergsgemeinschaft führt. — Eine Feststellung, die bei den hiesigen Gewerkschaftlern gewisses Kopfschütteln hervorruft.

Doch nun zur Sache!

Die Beunaer Kohlenwerke zahlen an ihre Arbeiter, ohne Unterschied der Zugehörigkeit zur Bergsgemeinschaft oder Gewerkschaft nach ihrem eignen Ermessen an die Leute, die eine ganz besondere Verantwortung und Lücklichkeit aufweisen, neben dem Tariflohn, noch eine besondere Qualitätszulage. Die Mitglieder der Bergsgemeinschaft haben schon bei ihrer Gründungsversammlung beschlossen, einen Teil von ihrer Qualitätszulage in die Bergsparkasse abzuführen, um einmal in Notzeiten einen Ausgabegroßchen zur Verfügung zu haben, und sonst sich für das Alter einen kleinen Sparfond zu schaffen. Diese Einrichtung der Bergsparkasse besteht für jedes Belegschaftsmitglied. Leider stehen die Gewerkschaftler der Einrichtung anders gegenüber. Mancher Kamerad hat mir schon seine Bedenken geäußert, ob die Einrichtung von Bergsparkassen richtig wäre. Denn dadurch wäre der Unternehmer immer in der Lage, sich über den Wohlstand seiner Arbeiter zu überzeugen, und dieser Umstand könnte auf die Lohnverhältnisse nachteilig wirken. Die Mitglieder der Bergsgemeinschaft sind durch Versammlungsbeschluß zu dieser Rücklage gezwungen. Auch unter unsern Mitgliedern bestehen oft Zweifel über die Richtigkeit dieser Maßnahme. Das Vertrauen wird allerdings dadurch gestärkt, daß jeder Sparer an sein Sparguthaben ein klagbares Recht hat.

In der Vorstandssitzung der D.B.D. Borna wurde nun beschlossen, den Leuten, die Qualitätszulage bekommen, dieselbe um eine Kleinigkeit zu erhöhen. Nun stand doch einwandfrei fest, daß den Leuten, die nicht sparen, dieser Zuschlag in die Lohntüte gezahlt wird. Diejenigen aber die sparen, denen soll damit eine größere Freude gemacht werden, wenn auch die Pfennige zum Sparkapital geschlagen werden, um dann zu Weihnachten, oder fürs Alter einen größeren Fond zur Verfügung zu haben. Nun bestand das große Verbrechen darin, daß uns unser Direktor Gebhardt zusammenrief und uns die Frage vorlegte, ob und wie wir diesen Zuschuß anlegen wollten. Wir haben uns entschlossen, den Betrag einsparen zu wollen. Wie nun Direktor Gebhardt dazu kommen soll, unser Vorsitzender zu werden ist mir und allen unsern Bergsgeschäftlern ein Rätsel.

Und nun zu der Zugehörigkeit unserer Mitglieder zur Bergsgemeinschaft! Wir lassen unseren Mitgliedern grundsätzlich die Freiheit, sich anzuschließen wo sie wollen. Unsere Entwicklung liegt den Bergsgeschäftsbonden aber doch sehr am Herzen. Da spielt die Zugehörigkeit zu den „Gelben“ keine Rolle. Wenn der Kumpel nur seine Bergsbeiträge zahlt, dann kann er so gelb sein, wie ein frisch gestrichener Postwagen. Man sollte meinen, der Verband hätte alle die Leute, die zugleich Bergsgeschäftler und Bergsgemeinschaftler sind, längst an die Luft gefegt. O nein! die werden als Spione gebraucht. Und zu dem Zweck halten die Bergsgeschäftsführer die Hand über diejenigen, die gerne den Mantel nach dem Winde hängen. Daß wir versuchen in diese Verhältnisse Ordnung hinein zu bringen, wird uns kein vernünftiger Mensch verübeln. Freilich! Wenn durch unser Vorgehen der Verband an 50 und mehr Mitglieder verliert, dann verstehen wir das Wutgeheul sehr genau.

Wie wir unsere Organisation weiter aufbauen, kann den Herrn vom Verband doch gleichgültig sein. Wir verlangen nur, daß unsere Mitglieder in Freude und Leid zu uns stehen. Wie außerhalb unserer Bewegung stehende Leute über uns denken, das soll uns nicht kümmern. Wenn wir einmal Staatsgelder bekämen, hätten wir diese Maßnahmen auch nicht mehr nötig. Aber nun solange wir die „Entrechteten“ sind, können wir es nicht dulden, daß unsere Mitglieder für den Verband auch noch ihre Spargroschen opfern. Das wir auf dem rechten Wege sind, beweist die nächste Aufnahme. Mancher alte Gegner hat sich von unserer Wahrhaftigkeit überzeugt und reicht uns die Hand. Wir werden das Vergnügen haben, bei der nächsten Versammlung eine große Anzahl (über 50) neue Mitglieder in unserer Bergsgemeinschaft willkommen zu heißen. Und besonders begrüßen wir die alten Gegner. Reicht uns die Hand Kameraden, denn, ein Haus, wo Zwietracht ist, zerfällt; nur Einigkeit erhält die Welt.

## 200 Stunden.

Wie eine mitteldeutsche Zeitung berichtet, hatte eine Firma durch Zeitungsanzeige Arbeiter einzustellen versucht. Unter anderem ging ohne weiteren Kommentar ein Zeitel ein, auf dem folgender Vergleich wiedergegeben war:

„Unterstützung bekomme ich z. B. pro Woche RM. 28.50 Arbeit à Stunde 82 Pfg.

Pro Woche 50 Stunden = 41.— RM. Bruttolohn	
Abzug	4.50 „
	<hr/>
	36.50 RM. netto pro Woche

Pro Monat netto	146.— RM.
Miete pro Monat	34.— „
	<hr/>
	112.— RM.

Erwerbslos:

Pro Woche	28.50 RM.
Pro Monat	114.— RM.
abzüglich Miete	19.— „
	<hr/>
	95.— RM.

Für 17.— RM, pro Monat kann ich nicht 200 Stunden die schlechteste Arbeit machen, bitte, siehe Vergleich.“

Da Arbeitslosen die Mietszinssteuer erlassen wird, erklärt sich der Unterschied in den beiden Zahlen für Miete in dieser Rechnung.

## Aus der Bewegung.

**Bezirk Borna.** Werksgemeinschaft Victoria. Die letzte Monatsversammlung fand am 21. 6. statt. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Punkte konnte der Vorsitzende, Kamerad Haage, der Versammlung die Aufnahme einiger neuer Mitglieder vorschlagen. Hieran anschließend erhielt Kamerad Morgenstern, der 1. Vorsitzende der Gruppe B. B. B., Borna, das Wort zu seinem Vortrage „Sozialpolitische Betrachtungen“. Der Redner befaßte sich in seinem Thema besonders mit dem Reichstnappschäftsgeleze. Seine Ausführungen fanden sehr großes Interesse bei den aufmerksamen Zuhörern. Kamerad Haage dankte dem Vortragenden und es kam nunmehr zu einer sehr lebhaften Aussprache über das vorgetragene Thema.

Als nächster Punkt der Tagesordnung wurde die neuzugründende Werkspartafasse behandelt, zu welchem Punkt Kamerad Morgenstern ausführlich das Wort ergriff. Es gelangten ferner zur Erledigung die Wahl des Delegierten zur Hauptversammlung (Kamerad Luy), desgleichen wurde beschlossen die Tagung mit einem Ausflug der Gruppe zu verbinden. Zum Schluß kamen noch einige Betriebsfragen zur Besprechung, die dem Kameraden Borzig als Betriebsrat zur weiteren Erledigung übergeben wurden.

**Ortsgruppe Kieritzsch.** Kamerad Lässig, als Vorsitzender der Ortsgruppe hatte zum 22. Juni zu einem Deutschen Abend in den Gasthof zur Post, Bahnhof Kieritzsch, eingeladen. Aus Kieritzsch und sämtlichen umliegenden Ortschaften war man zahlreich der Einladung gefolgt und über 200 Kameraden und Gäste füllten den Saal. Sämtliche umliegenden Werkgruppen hatten Kameraden mit ihren Familien entsandt. Nach den flotten Weisen des „Glück auf“ Marches (Bergkapelle Borna) begrüßte Kamerad Lässig die Erschienenen. Die Gesangsabteilung des Knappenvereins Dora-Helene, Großjössen, eröffnete mit den „Heimatklängen“ die sehr reichhaltige Vortragsfolge. Die ausgezeichneten turnerischen Vorführungen des Deutschen Turnvereins Bahnhof Kieritzsch erweckten den begeisterten Beifall der Anwesenden. Der liebliche Reigen der kleinen Turnerinnen mußte wiederholt werden.

Der zweite Teil des Abends wurde ausgefüllt von dem Vortrage „Südtirol“, Herr von Leo, untrahmt wiederum von Vortragsstücken der Bergkapelle und der Gesangsabteilung. Die prachtvollen Lichtbilder dieses schönen deutschen Landes und die Worte des Vortragenden über die Leiden der deutschen Tiroler unter der Herrschaft der Welschen machten einen tiefen Eindruck auf die Zuhörer. Unter den machtvollen Klängen unseres Deutschlandliedes fand der schöne Abend sein Ende. Der Abend war ein großer Erfolg für die A. M. B. er hat gezeigt, daß wir im Bezirk Borna auch in der Öffentlichkeit unseren Platz beanspruchen wollen und können. Hierfür gebührt Dank allen die sich für diesen Abend selbstlos zur Verfügung gestellt haben, vor allem aber dem rührigen Vorsitzenden der Gruppe, dem Kameraden Lässig, Kieritzsch.

**Werksgemeinschaft Witzsch** hielt am 23. 6. ihre Monatsversammlung ab, welche recht zahlreich besucht war. Kamerad Schnee, der erste Vorsitzende eröffnete die Tagesordnung mit einem Bericht über die verschiedenen Sitzungen und Arbeitsbesprechungen im Bezirk. Für die bevorstehende Hauptversammlung wurden die Delegierten gewählt. Kamerad Schnee gab noch einen kurzen Ueberblick über die Arbeit des Bürgerbundes, Borna, dem die Ortsgruppe Borna der A. M. B. nunmehr als Mitglied beigetreten ist. Zur allgemeinen Freude konnten 14 neue Mitglieder aufgenommen werden.

**Werksgemeinschaft Braunkohlenwerke Borna A.-G.** Die Monatsversammlung fand am 30. 6. statt. Der 1. Vorsitzende, Kamerad Morgenstern nahm Bezug auf die Kundgebung zur 10 jährigen Wiederkehr des Diktates von Versailles, und sprach treffende Worte zu diesem traurigen Gedenktage unseres Volkes. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit den Fragen der Tagesordnung; Kamerad Engelmann wurde zum Delegierten für die Hauptversammlung gewählt, Kamerad Janowitz übernimmt das Zeitungswesen. Es wurden ferner noch behandelt die Werkspartafasse und die Mitgliedsbücher.

**Werksgemeinschaft Kraft II, Deutzen.** Zum 7. Juli hatte Kamerad Gille als 1. Vorsitzender zu einer Gruppenversammlung eingeladen. Er begrüßte die Erschienenen, besonders den 1. Vorsitzenden des Bezirks, Kamerad Jatzky, Lobstädt. Kamerad Gille gab Bericht über die Arbeit im Bezirk und erteilte dann Kamerad Jatzky das Wort für seinen Vortrag „Das Reichstnappschäftsgeleze“, welcher mit großem Interesse seitens der anwesenden Kameraden aufgenommen wurde. Nach einer kurzen Aussprache behandelt Kamerad Gille die bevorstehende Hauptversammlung der Vereinigung. Es wird ferner beschlossen am 20. Oktober einen vaterländischen Abend in Deutzen abzuhalten. Zum Schluß wird noch die Frage der Werkspartafasse berührt. Man beschließt an die Gründung heranzutreten, sobald die Mitgliederstärke angewachsen ist.

Die nächste Vorstandssitzung im Bezirk findet Mittwoch, den 7. August statt.

**Bezirk Halle.** Werksgemeinschaft Glück Auf Tagebau Wählich. Am Sonntag, den 7. Juli 1929 fand im Graulichen Gasthofs, Zeitz, unsere Monatsversammlung statt. Da viele

Kameraden durch Arbeit verhindert waren, war die Versammlung nicht so zahlreich, wie sonst, besucht.

Auf der Tagesordnung stand die Wahl des Betriebsrates, da die Zeit für den alten Betriebsrat abläuft. Sämtliche Kameraden wurden wieder vorge schlagen zur Wahl. Da wir in diesem Jahre auch mit einer freigewerkschaftlichen Liste zu rechnen haben, so ermahnte der 1. Vorsitzende alle Kameraden zur ernstlichen Mitarbeit, damit auch diesmal der Sieg unser ist.

Es konnten wieder 4 neue Mitglieder gewonnen werden, was uns beweist, daß unsere Idee sich langsam aber sicher auch durch die verwirrtesten Gehirne Bahn bricht.

Am 16. Juni 1929 erfolgte ein gemeinsamer Ausflug nach der Barbarossahöhle und nach dem Ruffhäuser. Frohe und genussreiche Stunden wurden verlebt, war man doch den Sorgen des Alltags entriickt, der Tag gehörte uns.

Nachdem der Vorsitzende nochmals auf die am 28. Juli in Hainzburg stattfindende Jahreshauptversammlung hinwies und um zahlreiche Beteiligung gebeten hatte, schloß er kurz nach 10 Uhr die Versammlung.

**Werksgemeinschaft Emma.** Am 7. Juli fand die Monatsversammlung im Gasthaus Streckau statt.

Am 24. Juni veranstaltete die Frauengruppe einen Ausflug nach Roda, an dem 32 Personen teilnahmen.

**Bezirk Meuselwitz.** Bezirks-Vertreter-Versammlung der A. M. B. Die 3. Vertreterversammlung am Sonntag, den 14. Juli im Werkstasino der Grube Phönix-Mummsdorf war, wie auch die früheren wieder gut besucht; sämtliche dem Bezirk angeschlossenen Werkgruppen hatten Vertreter entsandt. Nach Erledigung der Anwesenheitsprüfung und Genehmigung der Niederschrift über die letzte Vertreterversammlung erstattete der Bezirksvorsitzende Kamerad Taubert (Werksgemeinschaft Kositz) eingehenden Bericht über die letzte Vorstandssitzung der A. M. B. in Halle. Der Bericht über die einzelnen Verhandlungspunkte in Halle wurde von den Vertrauensmännern beifällig aufgenommen und löste eine rege Aussprache aus, ebenso wie die anschließende Berichterstattung des Kameraden Mally (Werksgemeinschaft Leonhard) über die letzte Sitzung des Gemeinschafts-Ausschusses. Im einzelnen werden die Vertrauensmänner noch in den Werkgruppen-Versammlungen berichten. Auch die weiteren Verhandlungspunkte, die organisatorische Angelegenheiten und innere Angelegenheiten der Bewegung im Bezirk betrafen, ergaben eine teilweise sogar sehr lebhaftes Debatte, ein Zeichen, daß man mit Ernst bei der Sache und nach besten Kräften bemüht ist, in allem die richtigen Wege für unsere Bewegung zu finden. — Die bevorstehende Hauptversammlung der A. M. B. bedingte jagungsgemäß die Neuwahl des Bezirksvorsitzandes, bzw. der beiden Bezirksvertreter in den Hauptvorstand der A. M. B.

Kamerad Taubert, den die versammelten Vertreter, wie das aus den Worten aller Diskussionsredner zu ersehen war, — alle widmeten ihm Worte des Dankes für seine aufopfernde Arbeit für die Bewegung im Bezirk, — nur ungerne scheiden sehen, glaubte sein Amt aus gesundheitlichen Gründen zur Verfügung stellen zu müssen. An seine Stelle tritt nunmehr, einstimmig gewählt, der Kamerad Albert Burkhardt (Bergm. Vereinigung Tagebau Pessa), der damit auch zugleich den Taubertischen Sitz im Gemeinschafts-Ausschuß einnimmt.

Als Bezirks-Schriftführer und zweiter Vertreter des Bezirks Meuselwitz im Vorstand der A. M. B. und im Gemeinschafts-Ausschuß wurde der Kamerad Mally (Werksgemeinschaft Leonhardwerke) einstimmig wiedergewählt. Die beiden Kameraden nahmen die ihnen übertragenen Ämter an und gelobten, weiterhin ihre ganze Kraft für die Bewegung im Bezirk einzusetzen. Mit der Ankündigung, daß die nächste Vertreterversammlung bei der Werksgemeinschaft Leonhard in Witzsch stattfinden wird, konnte Kamerad Taubert die vierstündige Arbeitstagung mit einem kräftigen „Glück Auf“ abschließen.

**Arbeitervereinigung der Braunkohlenwerke A.-G. in Zipsendorf.** Am 30. 6. 29 sprach Dr. Bredtel Zeit über die Pariser Reparationsverhandlungen. Die Versammlung war sehr gut besucht. Nächste Mitgliederversammlung Sonntag, den 11. 8. 29.

Am 28. 7. 29 Ausflug nach der Schneidemühle anläßlich der Generalversammlung der A. M. B. Abfahrt früh 6.30 Uhr ab Gasthof Brossen mit Auto oder 7.20 Uhr mit dem Zug ab Witzsch. Meldungen nimmt Kamerad Max Böhme noch entgegen. Gäste willkommen.

Die Anschriften der beiden Bezirksvertreter im Vorstand der A. M. B. lauten:

Albert Burkhardt, Böhla, Post Kositz/Thür.

Richard Mally, Witzsch bei Meuselwitz/Thür.

Die nächsten Monatsversammlungen finden statt:

Werksgemeinschaft Phönix: 16. 8. 1929 — Werkstasino Phönix — 7 Uhr abends.



Werksgemeinschaft Leonhardwerke: 11. 8. 1928 — Hauptversammlung am Gründungstag Gasthof Wutz — 6 Uhr nachmittags mit Vortrag; Redner: Herr Barts-Halle.

Werksgemeinschaft Grube Schade: 3. 8. 1929 — Ratskeller Zipsendorf — 8 Uhr abends.

Werksgemeinschaft Waltersdorf: 4. 8. 1929 — Gasthof Körner in Wintersdorf — um 9 Uhr vormittags.

Werksgemeinschaft Rhönix-Munsdorf. Am 26. Juni fand unsere diesjährige Hauptversammlung statt, die besonders gut besucht war. Da verschiedene Kameraden zum ersten Male einer unserer Versammlungen beiwohnten, sprach der Vorsitzende Kamerad E. Lehmann nach der Eröffnung in kurzen Worten über Weg und Ziel der Werksgemeinschaftsbewegung, zugleich auf den Zweck der Werksparkasse hinweisend. — Die verlesene Niederschrift der letzten Mitgliederversammlung und ebenso Jahres- und Kassenbericht wurden genehmigt und dem Vorstand Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl des Gesamtvorstandes wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wieder, und als Rechnungsprüfer die Kameraden Jep und Handte zugewählt. Sämtliche Wahlen erfolgten einstimmig und wurden von den betreffenden Kameraden angenommen. — Der Vorsitzende gab bekannt, daß am Sonntag, den 14. 7. 29 vorm. 9 Uhr in der Kantine Grube Rhönix eine Vertreterversammlung des Bezirkes Meuselwitz der A. M. B. und am 28. 7. 29 die Hauptversammlung der A. M. B. in der Schneidemühle bei Haynsburg stattfindet. Als Delegierte zu leger werden die Kameraden E. Lehmann und Schwarz ernannt. Der Besuch der Hauptversammlung wird auch allen übrigen Kameraden empfohlen. Die Kameraden die sich — allein oder mit ihren Frauen — beteiligen und am gemeinsamen Mittagstisch teilnehmen wollen, sollen dies baldmöglichst beim 1. Vorsitzenden melden. — Da bei vielen unserer Kameraden und auch bei einer ganzen Reihe uns noch fernstehender Belegschaftsmitglieder starkes Interesse für die Kranken- und Sterbefasse für das Deutsche Reich (Ersatzkasse) besteht, befehlt man, sich durch Kamerad Reinhold-Böhlen mit dem nächsten Vertreter dieser Kasse in Verbindung zu setzen, um ihn zur Veranstaltung eines Vortrages über diese Kasse zu gewinnen. — Die Kameraden wurden weiter auf die beabsichtigte Erweiterung unseres Mitteilungsblattes hingewiesen und um rege Mitarbeit gebeten, zumal durch das Sammeln von Inseraten nicht nur der A. M. B., sondern auch den Kameraden selbst ein kleiner Vorteil erwächst. — Nachdem mehreren Kameraden in der regen Aussprache noch Aufschluß über das Leistungslohnsystem, über kostenloses Rechtsschutz und Rechtsberatung erteilt und die Vorteile eines Werkskonjums erörtert worden waren, konnte der Vorsitzende die Hauptversammlung mit dem Wunsche um weitere rege Mitarbeit in neuen Arbeitsjahr schließen.

Die Monatsversammlungen finden in Zukunft regelmäßig am Freitag nach dem 15. jeden Monats abends 7 Uhr im Werkstasino statt.

Werksgemeinschaft Grube Schade-Zipsendorf. Die Monatsversammlung fand am 28. Juni im Ratskeller zu Zipsendorf statt. Vor zahlreich erschienenen Mitgliedern und Gästen eröffnete Kamerad Meuschke die Versammlung und erteilte dem Kameraden Malty-Wutz von der Werksgemeinschaft Leonhardwerke das Wort zu einem Vortrag über „Ziel und Zweck der Werksgemeinschaftsbewegung“. Dem interessanten Vortrag, in dessen Verlauf der Redner auch des Jahrestags der Unterzeichnung des Versailler Friedensbittens gedachte und in längeren Ausführungen zur Kriegsschuldfrage sprach, schloß sich eine rege Aussprache an. Die noch folgenden Punkte der Tagesordnung fanden schnelle Erledigung, so daß anschließend Kamerad Burkhard noch einen beifällig aufgenommenen Lichtbildervortrag über unsere ehemalige Kolonie Deutsch-Safrika halten konnte, die uns vor nun zehn Jahren durch den Wachspruch unserer Gegner im Weltkrieg entziffen wurde.

Bergmännische Vereinigung Tagebau Pelsa (A.M.B.): Sonnenwendfeier am 22. Juni 1929. Der Wettergott war trotz der vorangegangenen Regentage gnädig, als die Bergmännische Vereinigung Tagebau Pelsa, unterstützt vom Turn- und Sportverein A.M.B. Pelsa, zum erstenmal mit einer Feier der Sommerwendfeier an die Deffentlichkeit trat, um den alten schönen Brauch unserer Vorfahren zu üben. Den Auftakt zur Johannifeier gaben die gymnastischen Übungen einer Gruppe des Turnvereins. Danach unterhielt ein Konzert des vom Werkssportverein angeschafften Radio. Während die Dämmerung sich langsam auf die Umgebung herabsenkte, loderte das Feuer des in der Mitte des Sportplatzes „Glückauf!“ aufgebauten Holzstapels gen Himmel, um weit und breit das Fest und die damit verbundene Freude zu verkünden. Ein Fackelzug rund um den Übungsplatz sammelte diejenigen, die unserem Rufe gefolgt waren, am Feuerstoß, an dem Herr Dipl.-Ing. Peters die weihenolle Feuerrede hielt. Er schilderte die alten Bräute unserer Vorfahren, mit denen sie den Tag der Sommerwendfeier zu begehen pflegten. Die Rede klang aus in dem Wunsche, daß sich in unserem in harter Anechtschaft darbenenden Vaterland endlich alle Volksbrüder in Einigkeit zusammenfinden möchten um Hand in Hand an dem Wiederaufbau Deutschlands zu arbeiten. Begeisteter Beifall der Zuhörer dankte dem Redner. Eine Reihe von Gedächtnorträgen, sowie ein Trompetensolo: „Ich kenn' ein hellen Edelstein“, geblasen von unserem Kam. Schmidt, schlossen sich an. Die Feier endete mit dem Zusammenwerfen der Fackeln unter dem Gesänge des Deutschlandliedes.

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Schlüter, Canena — Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle, Königsstr. 71.

Werksgemeinschaft Waltersdorf (Dea). Die 3. Mitgliederversammlung war für Sonntag, den 2. Juni 1929 nach Wintersdorf einberufen worden. Der Vorsitzende begrüßte nach Eröffnung der Versammlung die zahlreich erschienenen Kameraden und gab die Tages-Ordnung bekannt: 1. Aufnahme neuer Mitglieder, 2. Vortrag über „Werksgemeinschaftsarbeit“ (Redner: Dr. Brechtel-Zeit), 3. Verschiedenes. — Durch die Versammlung wurden vier Kameraden als Mitglieder aufgenommen. — Der interessante und lehrreiche Vortrag brachte den anwesenden Kameraden wieder einmal Wollen und Wirken der werksgemeinschaftlichen Bewegung nahe. — Da mit dem Anwachsen der Werksgemeinschaft natürlich auch die Kassen-geschäfte schwieriger geworden sind, wurden zur Unterstützung des Kassierers die Kameraden Knörnschild und Käzer als Revisoren gewählt.

Eine weitere Mitgliederversammlung, zu deren Beginn der Vorsitzende auf die 10 jährige Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Schmachtfriedens von Versailles und die Lage von der Weimarschuld Deutschlands am Weltkrieg, auf welche sich die maßlosen Tributforderungen unserer Kriegsgegner stützen, gebührend hinwies, fand am 30. Juni, ebenfalls in Wintersdorf, statt. Im Mittelpunkt der Versammlung stand ein Vortrag über das Thema „Sommer-Abkommen zum Young-Plan“, in welchem es der Redner, Herr Dr. Brechtel, verstand, den Anwesenden in großen Zügen Kenntnis zu geben vom Inhalt des Berichtes der Pariser Sachverständigenkonferenz zur „endgültigen“ Regelung der Reparationsfrage. Zu denken, daß dem jetzt geborenen Jungen Sklavenketten auferlegt werden, die er bis ins Greisenalter hinein schleppen soll, mutet uns unerträglich an — und nichts anderes bedeutet doch die Belastung unseres Volkes auf 60 Jahre hinaus bis 1988 (1) mit einer jährlichen Tributzahlung von durchschnittlich rund 2 Milliarden Goldmark. Auch diese Neuregelung der Reparationsfrage kann und wird keine endgültige sein. — In der Versammlung konnten 12 Neuaufnahmen erfolgen. — Die restlichen Punkte der T.O., die innere Angelegenheiten betrafen, fanden glatte Erledigung.

Die Monatsversammlungen finden in Zukunft regelmäßig am 1. Sonntag im Monat um 9 Uhr vormittags in Wintersdorf statt.

## Sommerfrische Schneidemühle

(Bahnhof Haynsburg)

Hotel u. Pension-Villa „Zur Zeitzer Schweiz“

18000 Morgen Wald.

Mitten im Laub- und Nadelwald gelegen. Schönster Ausflugsort des Zeitzer Forstes. Hotel-Restaurant, Saal und Gartenwirtschaft (1500 Sitzplätze) mit eigener Landwirtschaft. Neue Pensionsvilla. Fremdenzimmer (55 Betten). Angenehmes Familienbad, Ausflugsort für Vereine und Schulen. Ruhige Lage, sonnige Zimmer mit Balkon, elektr. Licht, Bad, W.-C. Pension von 4,50 bis 6,00 pro Tag bei 4 reichlichen Mahlzeiten, je nach Lage der Zimmer. Ia Küche und Keller. Hausschlachtung eigene Hausbäckerei. Tägl. frische Aale, Schleie, Karpfen blau. Autobusverbindung Haynsburg—Schneidemühle—Zeititz lt. Fahrplan. Autopark f. ca. 200 Autos u. gr. Ausspannung f. 50 Pferde vorhanden.

Telefon Zeititz 535.

Prospekt frei.

Besitzer: W. Prätor.

Gasthof „Zur Post“ Oskar Förster

Bes.: Alfred Förster

Bahnhof Kieritzsch

Tagungslokal der Arbeitnehmersvereinigung im mitteldeutschen Bergbau Ortsgruppe Kieritzsch

Jeden Sonntag Gartenfreikonzert

Große Tierschau, Kinderspielwiese mit Bergbahn

Küche und Keller weit bekannt

Kleine Preise

# Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

2. Jahrgang

Halle (Saale), den 18. August 1929

Nr. 8

## Jahreshauptversammlung 1929.

Sonntag, den 28. Juli fand im Gasthof Schneidemühle (Zeitzer Schweiz) die diesjährige Jahreshauptversammlung der Arbeitnehmervereinigung im mitteldeutschen Bergbau statt. Obwohl die Tagung nur für Delegierte vorgesehen war, hatte sich doch eine große Anzahl Mitglieder eingefunden, sodaß weit über 500 Personen versammelt waren.

Punkt 10 Uhr eröffnete der Vorsitzende Kamerad Steindorf, die städtische Versammlung mit herzlichen Begrüßungsworten. Er gedachte der verstorbenen Kameraden, zu deren Ehren sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben. Redner skizzierte dann in treffenden Worten die inner- und außenpolitische Lage, die uns vor große und schwere Aufgaben stellt. Young-Plan und Rheinlanddränung, Kriegsschuldfrage, Reform der Sozialversicherung, das sind die Fragen, die z. Zt. das öffentliche Leben beschäftigen. Angesichts dieser großen Probleme verblaffen unsere eigenen besonderen Sorgen und Nöte. Und doch ist es notwendig, von Zeit zu Zeit einmal Halt zu machen und den Blick rückwärts, einwärts und aufwärts zu richten. Unsere Bestrebungen sind ja schließlich darauf gerichtet, zu unserem Teile an der Behebung der vaterländischen Not mitzuwirken.

Das vergangene Jahr war reich an Arbeit, nicht ohne Enttäuschungen, aber auch reich an Erfolgen. Allen Vorstandsmitgliedern, den Vorständen in den Bezirken und Gruppen gebührt wärmster Dank. Sie haben mit großem Eifer und großer Hingebung, mit Treue und Fleiß ihre Pflicht und mehr als das getan. Und alles das ehrenamtlich. Das ist es ja, was uns von anderen Organisationen unterscheidet. Der Erfolg dieser treuen selbstlosen Arbeit ist nicht ausgeblieben.

### Geschäftsbericht.

Unsere Bewegung hat sich gesund und kräftig vorwärts entwickelt. Der Bezirk Halle konnte 4 neue Gruppen ins Leben rufen. Es sind Werksgruppe Cecilie, Elisabeth, Groitzschen, Bollert.

Der Bezirk Borna gründete zwei neue Gruppen: Viktoria und Deutzen (Kraß II).

Der Bezirk Meuselwitz gründete drei neue Gruppen: Petja, Schade und Waltersdorf. Ich begrüße die neuen Gruppen besonders herzlich. Die Gesamtmitgliederszahl hat sich um rund 1000 erhöht.

Die Organisation wies reiches Leben auf. Die Durchorganisation der Vereinigung in drei Bezirke mit Unterbezirken wurde vollendet. In Borna machten es die Verhältnisse notwendig, Ortsausschüsse bezw. Ortsgruppen zu bilden. So entstanden Ende des Vorjahres

Ortsgruppe Kieritzsch und Lobstädt, im Januar Ortsgruppe Borna, neuerdings Ortsgruppe Wöhra. Diese Ortsgruppen leisteten wesentliche Vorarbeit zur Bildung von neuen Werksgruppen. Vielerorts wurde, soweit noch nicht vorher geschehen, der Anschluß der Werksgruppen an die bestehenden vaterländischen Verbände vollzogen. Ortsgruppe Borna schloß sich dem Bürgerbund Borna an. Der Erfolg dieser Maßnahme ist die Kandidatur eines unserer Mitglieder im Stadtparlament Borna an aussichtsreicher Stelle. Auch in anderen Städten und Gemeinden gelang es uns, Stadtverordnete und Gemeindevorteiler aus unseren Reihen zu wählen. Einzelne Orts- und Werksgruppen haben mit Erfolg begonnen in der Öffentlichkeit Propaganda zu entfalten. Ich erwähne als besonders gelungene Veranstaltungen den vaterländischen Abend in Kieritzsch und die Sonnenwendfeier im Meuselwitzer Revier.

Im Berichtsjahr fanden außer einer größeren Anzahl von Einzelberatungen 4 Vorstandssitzungen statt, in denen zu wichtigen Fragen der Organisation und der Arbeit Stellung genommen und Beschlüsse herbeigeführt wurden.

Der Gemeinschaftsausschuß trat viermal zusammen und behandelte u. a. die Schaffung von Schiedsstellen auf freiwilliger paritätischer Grundlage, die Schaffung einer Oberschiedsstelle, die Werksparkassen, Beamtenfrage und allgemeine wirtschaftliche Fragen. Die Sitzungen der Vereinigung wurden gemäß einem in der letzten Jahreshauptversammlung gefaßten Beschluß mit Ermächtigung neuformuliert und in Form von Mitgliedsbüchern gedruckt und verteilt.

Das Mitteilungsblatt ist ausgebaut worden und erscheint jetzt regelmäßig in einer Stärke von 6 Seiten. Eine größere Anzahl von Flug- und Werbeschriften wurde zur Verteilung gebracht. Auch sonst war unsere Mitarbeit in der Presse äußerst rege. Ueber unsere Arbeit berichteten die meisten Provinzzeitungen und mehrere große Tageszeitungen. Auch die Fachpresse schenkte unserer Organisation ihre Aufmerksamkeit. In verschiedenen wissenschaftlichen Werken und Schriften wurden wir gebührend gewürdigt. Daß die gegnerische Presse sich gleichfalls mit uns beschäftigte versteht sich am Rande und kann uns nur anfeuern, auf unserem Wege fortzufahren.

Längere Verhandlungen, die meist in Berlin stattfanden, führten zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft nationaler Arbeitnehmerverbände Deutschlands. Einen breiten Raum in unserer Tätigkeit nahmen die Bildungsbestrebungen ein. Es fanden eine große Anzahl von Zentralkursen statt und zwar hier in der Zeitzer Schweiz

für Angestellte	im September 1928	Teilnehmer 33
für Arbeiter	im Oktober 1928	Teilnehmer 40
für Redner	im November 1928	Teilnehmer 23
für Fortgeschrittene	im Dezember 1928	Teilnehmer 33
für Betriebsräte	im Januar 1929	Teilnehmer 35
für Betriebsräte	im April 1929	Teilnehmer 33

An einem Führerkursus in Berlin nahmen 5 Mitglieder teil. Außerdem fanden den ganzen Herbst und Winter hindurch besondere Schulungsabende statt und zwar in Borna, Kieritzsch, Lützenau, Halle, Mücheln, Geißelröhlitz, Frankleben, Brounsdorf, Köstz, Mumsdorf, Wutz, Zipsendorf, Meuselwitz und Eugenschacht.

In den genannten Orten fanden regelmäßig Bildungsabende statt z. T. bis zu acht Vorträgen. Ein großer Teil beschäftigte sich mit der Einführung in das Betriebsrätegesetz und anderen arbeitsrechtlichen Fragen. Ferner wurden allgemeine und besonders wirtschaftliche, wirtschafts- und sozialpolitische, als auch staatspolitische Fragen behandelt. Daneben fanden eine größere Zahl von Einzelvorträgen statt, die neben genannten Stoffen sich auch mit kulturpolitischen Fragen befaßten. Dankenswerterweise betätigten sich auch hierbei als Redner eine größere Anzahl unserer Mitglieder. Um einige hervorzuheben möchte ich nennen die Kameraden Jaculy, Morgenstern, Junghans, Planthorn, Taubert, Mallh, Sporbert, Burthardt, Duiek, Boge. Ferner viele Vorsitzende und andere mehr. Ich möchte nicht verfehlen, allen Helfern unseren besten Dank auszusprechen.

Wir beteiligten uns in größerem Umfange an den diesjährigen Betriebsrätewahlen, und konnten insgesamt 64 Mandate erringen, die sich wie folgt verteilen: Halle 38, Borna 15, Meuselwitz 11 Mandate. In Halle und Zeitz ist eine Beratungs- und Auskunftsstelle eingerichtet worden. Wir gewähren kostenlos Rechtsberatung in allen Fällen und Rechtsschutz in allen Fällen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben. In Betriebsratsangelegenheiten wurde Auskunft erteilt in 42 Fällen, in Knappheitsangelegenheiten in 23 Fällen; in 3 besonders gelagerten Fällen wurde unsererseits ein Rechtsanwalt gestellt.

Die nachfolgende Aussprache ergab allseitige Billigung des Geschäftsberichts. Der Bezirk Borna brachte einige wertvolle Anregungen für die Arbeit im kommenden Geschäftsjahr, insbesondere die Anregung einer klaren Stellungnahme gegen den Young-Plan und Beteiligung am Volksbegehren, Ausbau der Gemeinschaftssitzungen und noch regere Pressebetätigung. Die Abstimmung ergab einstimmige Genehmigung des Geschäftsberichts.

#### Kassenbericht.

Anschließend erstattete Kamerad Schlüter einen eingehenden Kassenbericht. Er wies darauf hin, daß

die Beitragszahlungen der einzelnen Mitgliedsgruppen im letzten Geschäftsjahre pünktlich erfolgt seien, sodaß von einer nochmaligen Erhöhung der Beiträge Abstand genommen werden könne. Er könne mit großer Freude feststellen, daß es uns trotz der geringen Zentralbeiträge gelungen sei, allen Verpflichtungen nachzukommen. Die wesentlichen Ausgaben setzen sich zusammen aus Druckkosten für das Mitteilungsblatt und Flugschriften, Reisekosten für Vertreter- und Vorstandssitzungen, Vortragshonorare, Rechtsauskunft und allgemeine Geschäftskosten. Ausgaben für soziale Hilfe werden von den Gruppen getragen. Durch eine äußerst sparsame Wirtschaft war es möglich, den Vermögensbestand gegenüber dem Vorjahre um mehr als das Doppelte zu erhöhen. In der anschließenden Aussprache wurden eine Reihe von Fragen beantwortet nach Rückständen von Mitgliederbeiträgen und Anlage des Kapitals. Namens der Revisoren beantragt Kamerad Wittig Entlastung der Kasse und des Gesamtvorstandes, die einstimmig von der Versammlung erteilt wurde.

Da unter den eingegangenen Anträgen sich einer befand, die Vorstandswahl betreffend, wurden im nächsten Punkt der Tagesordnung die Anträge behandelt, die Gelegenheit zu ausgiebiger Aussprache bildeten. Auf eigenen Wunsch scheidet Kamerad Taubert aus dem Vorstande aus. In seine Stelle tritt Kamerad Burthardt. Im Uebrigen wird, einem Antrage Borna folgend, der Gesamtvorstand wiedergewählt. Als Rechnungsprüfer wurden die Kameraden Reuscher und Duerfurt gewählt.

Die nächste Jahreshauptversammlung soll bereits im Frühjahr 1930 stattfinden und zwar soll sie verbunden werden mit einer großen Kundgebung. Als Ort wurde aus besonderen Gründen Stredau in Aussicht genommen. Im übrigen soll alle 2 Jahre solche Kundgebung stattfinden.

Ein Antrag Böhlen auf Errichtung technischer Fortbildungskurse wurde allenthalben begrüßt und dem Ausschuß übergeben zur Bearbeitung. Einem Antrag Victoria, den Betriebsräte die wichtigsten Entscheidungen der Arbeitsgerichte usw. zugänglich zu machen, soll entsprochen werden. Nachdem unter Verchiedenes noch eine Reihe von Fragen geklärt worden waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit herzlichem Dank für die Mitarbeit.

Nach der Mittagspause füllt sich der Saal von neuem. Es war eine beängstigende Fülle; mit so vielen Zuhörern hatte man nicht gerechnet. Aber jeder der Anwesenden kam reichlich auf seine Kosten durch die ausgezeichneten und packenden Ausführungen des Herrn Dr. Engel, Berlin. Er gehört zu denen, die sich um die Grundlage und Entwicklung der nationalen Arbeiterbewegung die größten Verdienste erworben haben. Lautlose Stille herrschte im Saale, als Herr Dr. Engel seinen Vortrag begann:

## Die Aufgaben der nationalen Arbeiterbewegung in der deutschen Wirtschaft.

Die Gegner der nationalen Arbeiterbewegung haben diese damit abtun zu können geglaubt, daß sie sagten, sie vertrete nicht ehrlich die Interessen der Arbeiter, sie sei ein „gelbes“ Unternehmen. Dieser Vorwurf aber ist zu abgegriffen, als daß es sich lohnt, darüber zu streiten.

Es gibt keine Arbeiterbewegung, die nicht von weiter links als gelb gebrandmarkt worden wäre. Die christlichen Gewerkschaften wurden von den sozialistischen so bezeichnet und diese von den Kommunisten. Die Kommunisten aber sind am wenigsten berufen zu richten, da sie die Hampel-

männer am golddurchwirkten Drahtseil Mostaus sind. Man könnte über dies Geschwätz zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht die nationale Arbeiterbewegung durch die heutige Gesetzgebung rechtlos gemacht wäre.

Ich möchte hier feststellen, daß die Arbeiterbewegung im Mitteldeutschen Bergbau mit reinen Händen dasteht. Die Führer der Arbeiterbewegung sind bereit, jederzeit zu schwören, daß sie es mit der Vertretung der Interessen der ihnen anvertrauten Mitglieder

ehrlieh meinen. Je eher der Streit um diese Dinge beseitigt ist, um so eher ist es Zeit, grundsätzlich zu streiten.

Wie die Standesentwicklung im Mittelalter und in der Neuzeit, so ist sie auch im 19. Jahrhundert der Ausdruck der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Einheitlichkeit der Arbeitnehmer-Bewegung würde, wenn allgemein anerkannt, auch der Allgemeinheit zum Segen dienen.

Diese Möglichkeit aber ist zerschlagen worden, weil wir unter den Marxismus geraten sind. Der Marxismus hat zerstörend nicht aufbauend gewirkt. Er verfolgt eine Idee, die zum Unglück Deutschlands geworden ist: Beseitigung der Privatwirtschaft und Einführung des Kollektivismus auf dem Wege des Internationalismus. In diesem Endziele sind die Marxisten aller Schattierungen einig; sie trennt nur die Taktik über den Weg zum Ziel. Wenn wir die Frage stellen: Bist Du der Prophet, dem wir folgen können, so kann die Antwort nur lauten: Ihr seid die falschen Propheten.

Die Beseitigung des Privateigentums ist der größte Irrtum. Das Eigentum ist kein künstliches Machwerk, sondern der natürliche Ausdruck menschlicher Anlagen und des Fortschrittes der Kultur. Er ist der Ausdruck der Selbsterhaltung. In der Praxis wissen die marxistischen Führer das Eigentum auch sehr wohl zu schätzen. Die Funktionäre des Textilarbeiterverbandes schreiben über die Glendlöhne der Arbeiter, fordern aber von ihnen hohe Beiträge und beziehen daraus Gehälter von 600 und 700 Mark monatlich, 10% Ortszulage und noch ein 13. Monatsgehalt.

Macht man mit dem Sozialismus ernst, dann erlebt man nicht eine Steigerung der Leistung und Erträge, nicht einen Fortschritt der Kultur, sondern das Gegenteil ist eingetreten, wo man versucht hat, den Sozialismus in die Praxis umzusetzen.

Die Erträge der Wirtschaft gehen zurück, die Kultur geht zurück auf die primitivste Lebenshaltung. Und was das Klüglichsie ist, wir erleben eine krankhafte Entwicklung des Eigennuzes in den widerlichsten Formen.

Ich brauche nur zu erinnern an den Bolschewismus in Rußland, an die Schieber bei uns, an die Minderung des Selbsterhaltungstriebes durch Arbeitslosen-Versicherung und Krankenversicherung. Bei einer Nachuntersuchung des Krankenkassenverbandes in Köln wurden von 64000 Kranken nur 18000 als arbeitsunfähig befunden, das sind 29%. Und dieser Fall ist leider keine Einzelercheinung.

Diese Spuren müssen schrecken und nicht dazu führen, unbekümmert diesen Weg weiter zu schreiten. Wenn diese Einrichtungen, die an sich gesund sind, unter sozialistischen Gesichtspunkten dahin führen, den Arbeitswillen zu schwächen, dahin führen, daß die einen sich auf Kosten der anderen einen guten Tag machen, dann ist das ein Verderb. Ich habe diese Einrichtungen, die wie ich wiederhole, an sich gesund sind, nur angeführt, um die Uebertreibungen und Verzerrungen zu kennzeichnen.

Noch widersinniger erscheint das sozialistische Ideal unter dem Gesichtspunkt des Gleichheitsgedankens. Im Tarifwesen spielt die Gleichmacherei eine bedenkliche Rolle. Man hätte eine bessere Lebens- und Wirtschaftsordnung davon erwartet, als sie heute vorhanden ist. Aber es gibt keine Gleichheit, nicht in der toten, nicht in der lebenden Natur, am wenigsten beim Menschen. Wir kennen

keine Spur von Gleichheit. Die Ungleichheit ist die Ursache alles Fortschritts.

Will man diese Unterschiede in der Leistung aufheben, dann ist das Ende da. Wir erleben nicht eine Steigerung, sondern Rückgang. Wir haben es in Rußland gesehen. Aber dort hat man längst diesen Unsinn in die Abfallgrube geworfen und ein so differenziertes System gefunden, wie wir es in Deutschland nicht haben. In Rußland herrscht keine Demokratie, sondern die Herrschaft weniger, schlimmer als zur Zeit des Zarenregiments. Sogar die Verbannung nach Sibirien und die Zwangsarbeit ist dort wieder eingeführt.

Man sollte meinen, daß diese „ägyptischen Plagen“ ausreichen würden, um die Kultur zu ruinieren. Marx hat darüber anders gedacht. Er hat noch einen anderen Giftpfeil aus seinem Köcher genommen. Und der heißt Klassenkampf und Internationalismus. Was besagt diese Lehre: Der Arbeiter ist der allein wertereschaffende Faktor. Der Arbeitgeber ist der Ausbeuter, der vom Schweiß der Arbeit lebt; daher ist der Arbeiter der natürliche Feind des Arbeitgebers, den es auszurotten gilt, um auf den Trümmern der alten Wirtschaft die neue aufzurichten und die Arbeiterschaft dem internationalen Revolutionsheer zuzuführen.

Einer Prüfung hält diese Idee nicht stand. Gewiß sind Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer möglich. Aber der Arbeitnehmer weiß auch, daß die unternehmerische, schöpferische, leitende Tätigkeit nicht zu entbehren ist. Noch überall hat man schlechte Erfahrungen bei dem Versuch dieser Idee gemacht. Ich brauche nur zu erinnern an die Zeit nach der Revolution in Deutschland. Wir haben diese Diktatur des Proletariats bereits gehabt. Wie ist sie abgelaufen? Die Folge war die Inflation. Nirgends ist die Währung so ins Abgrundlose gefallen, wie bei uns. Es war die Selbstvernichtung eines Volkes durch die Schuld des Marxismus. Die Arbeitsleistung wurde herabgedrückt und trotzdem hohe Lohnforderungen gestellt. Wir sehen die Zerstörung der Währung und den Zusammenbruch 1923. Das bedeutet jetzt Mangel, Teuerung, Verschuldung an das Ausland, Erschwerung der Produktion. Arbeitslosigkeit.

Und doch: Glauben Sie, daß es bei diesem Zusammenbruch bleiben wird? Der Marxismus wird die Wirtschaft zum zweiten Male ruinieren, weil er nicht anders kann. Der Klassenkampf bedingt den ständigen Kampf gegen den Arbeitgeber. Wie soll er anders geführt werden, als durch ständige Erhöhung der Lasten und Löhne. Aber eines Tages kommt der Moment, wo selbst das stärkste Pferd zusammenbrechen muß unter der Last. Wir sehen einen allmählichen Absterbeprozess, deutlich bereits in der Landwirtschaft, in der Rohstoffindustrie und Textilindustrie. Es ist keinerlei Uebertreibung; das was ich sage, ist die unausbleibliche Folge der marxistischen Politik. Der Marxismus kann nicht anders, wenn er sich nicht selbst aufgeben will.

Marx hat die Kunst des Giftmischens hervorragend verstanden. Aber er hat zweierlei übersehen: Der Ruin der Wirtschaft trifft auch die Arbeitnehmer und zeigt sich durch Arbeitslosigkeit, höhere Preise trotz hoher Löhne und schließlich graues Elend.

Der Internationalismus ist zwar dem Namen nach noch vorhanden, aber er zeigt sich wirklich nur in Deutschland. Die anderen Länder haben sich als zu widerstandsfähig erwiesen.

In Deutschland hat der Internationalismus zerstörend gewirkt. Das Volk ist

in zwei Hälften gespalten, die sich nicht mehr verstehen, ja sich als Fremde betrachten.

Dadurch ist die Widerstandskraft unmöglich geworden. Ja, es gibt marxistische Stimmen, die so verdorben, verpestet sind, daß sie Landesverrat als höchste Bürger-tugend preisen. Welches Unheil hat der Internationalismus gegen die Vaterlandsverteidigung vor dem Kriege, während des Krieges und beim Waffenstillstand angerichtet! Er sollte abgeschlossen werden nach den 14 Punkten Wilsons, aber der ungehemmte Vernichtungswillen der Feinde kannte kein Ziel, als die Revolution das Volk wehr- und waffenlos machte.

Man sollte meinen, der Marxismus habe schwer zu tragen unter dieser Schuld. Nein, er rühmt sich dessen! Oder ist es etwas anderes, wenn er den Kampf gegen die Kriegsschuldflüge ablehnt, wenn er wie bei der Pariser Konferenz in diesem Jahre den deutschen Unterhändlern in den Rücken fiel, wie der Reichsbankpräsident Dr. Schacht in München es festgestellt hat. Und das gegenüber dem Youngplan, der in Ketten legt das Deutsche Volk, Kinder und Kindesfinder, und uns auferlegt, 112 Goldmilliarden abzuführen! Doch genug davon. Ist es da nicht das Recht, sogar heilige Pflicht der deutschen Arbeitnehmer, dem Marxismus die Gefolgschaft zu verlagern und eigene Wege zu gehen trotz Philister mit und ohne Doktorhut!

**Die nationale Arbeitnehmerbewegung ist eine befreiende Tat;** sie bildet die Hoffnung, daß wir uns endlich aus den Klauen des Marxismus befreien. Die Arbeitnehmer-Vereinigung im Mitteldeutschen Bergbau hat getan, was sie tun mußte. Sie hat aus den Fehlern des Marxismus gelernt und die Folgerungen gezogen prinzipiell und praktisch.

In der grundsätzlichen Anerkennung des Privateigentums und der Privatwirtschaft ist sie bestrebt, Eigentum zu schaffen. Sie weiß, daß jeder Glied einer Gemeinschaft ist, woraus sich Pflichten sozialer Art für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergeben. Ebenso klar ist die Stellungnahme gegenüber Klassenkampf und Internationalismus. Sie ist nicht so weltfremd, daß sie die Meinungsverschiedenheiten übersehen, aber nicht geneigt, die Bedeutung dieser Meinungsverschiedenheiten zu überschätzen und weiß, daß erst aus dem Zusammenwirken aller Kräfte sich Gesundes bilden kann. Die Handarbeit ist nichts, wenn nicht geistige Arbeit die Vorarbeit geleistet hat. Die Handarbeit ist abhängig von der Gesamtwirtschaft, die aber ein Teil des gesamten Volkes ist. Der Deutsche Arbeiter will kein Fremdling sein in seinem Vaterlande, er will nicht sein ein welkes Blatt am deutschen Baume. Er will sein ein lebendiger Zweig am deutschen Volksbaume, kein Internationalist, sondern ein deutscher Mitbürger und dem Worte Crispiens setzt er den wichtigen Satz entgegen: **Deutschland über alles und im Unglück nun erst recht.**

Und aus diesen Folgerungen ergeben sich die praktischen Maßnahmen ganz von selbst. Leistungslohn nach dem Stande der Arbeitswissenschaft. Diese Grundlage vollkommener und gerechter zu gestalten ist die vornehmste Aufgabe. Die Lebenshaltung ist aber nicht nur abhängig vom Fleiß des einzelnen, sondern auch von der Verwendung des Lohnes. Sparsamkeit in der häuslichen Wirtschaft bringt Aufstieg. Und die Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau wirkt erzieherisch auf Frauen und künftige Frauen.

In vorbildlicher Weise ist sie bemüht, Spareinrichtungen zu schaffen, im Gegensatz zum Marxismus,

der keine zufriedenen Arbeiter will. Die Kritik an der Sozialversicherung, hat dem deutschen Volke die Augen geöffnet. Unsummen sind gezahlt worden, ohne daß Entsprechendes geleistet worden ist. Eine Reform der Sozialversicherung ist notwendig im Sinn individueller Spargestaltung. Selbst wenn nur ein Teil der bisher gesteuerten Gelder gespart werden könnte, welche ein Segen könnte geschaffen werden. Diese Bestrebungen sind nach Kräften zu unterstützen. Auf diesem Boden erwachsen die Grundlagen für eine Kapitalbeteiligung. Nicht über Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus, sondern auf dem Wege des Eigenbesitzes können wir zum Mitregieren kommen. Eigenheim und eigene Scholle müssen gleichfalls zu Programmpunkten werden, und ich bin sicher, daß die Vereinigung tun wird was sie tun kann.

Was aber immer die Arbeitnehmer-Vereinigung tun mag, um durch Sparsamkeit und Fleiß ihre Mitglieder zu Mitbürgern zu erziehen, so hängt doch der Lohn nicht vom einzelnen allein ab. Er muß dem Stande und der Leistungskraft der Wirtschaft entsprechen. Sie gesund zu gestalten muß die Lebensarbeit des Arbeitnehmers sein wie auch des Arbeitgebers, das Gedeihen des Betriebes wie des Berufsgebietes. Daher ist es folgerichtig, daß beide bei der Vertretung dieser gemeinsamen Interessen in gemeinsamer Front stehen. Wenn der Arbeiter beantragt, in diese Front zu treten, dann muß der deutsche Arbeitgeber auch auf diesen Boden treten. Was geworden ist, wäre nicht geworden, wenn die Arbeitgeber die Arbeiter als Menschen und Mitarbeiter bewertet hätten, wie es erforderlich war. Und wenn der Arbeiter sagt, wir wollen nun einen Punkt setzen unter die Vergangenheit und seine Hand reicht, dann darf diese Hand nicht ins Leere greifen. Geschieht das nicht, dann gibt es für uns keine Rettung mehr. Dann kommt das Chaos, das Arbeitgeber und Arbeitnehmer begräbt.

Wenn aber das die Ziele der nationalen Arbeitnehmer-Bewegung sind, dann ergeben sich bestimmte organisatorische Folgerungen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen eine Arbeitsgemeinschaft bilden, im Werk — im Berufsgebiet — in der Gesamtwirtschaft.

Das aber hat zwei Voraussetzungen: einmal gegenseitige Anerkennung. Die Zentralarbeitsgemeinschaft von 1918 ist zugrunde gegangen, weil sie fehlte, da der Arbeiter den Arbeitgeber ausmerzen wollte; und zum andern gegenseitiges Vertrauen, daß der andere Verständnis hat für seine besonderen Sorgen und Nöte. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, dann vermag diese Arbeitsgemeinschaft die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Eine Grundlage für die Arbeitsgemeinschaft im Werk stellt der Betriebsrat dar. Und ich beglückwünsche die Vereinigung zu den schönen Erfolgen bei den Wahlen 1929.

Aber noch in anderer Beziehung ist die Arbeitnehmervereinigung vorbildlich. Ich meine die Gründung des Gemeinschafts-Ausschusses. Hierbei handelt es sich nicht nur um Lohn und Sozialpolitik, sondern auch um Fragen der Wirtschaft. Mehr noch wie der Berufsstand hat die Gesamtwirtschaft nötig einen Zentralausschuß, um die Fragen der Gesamtwirtschaft zu regeln, wie etwa die Reform der Sozialversicherung. Das moralische Gewicht einer solchen Stelle würde bedeutend sein und hätte sich bewähren können etwa bei den Pariser Verhandlungen. Gewaltig wäre der Eindruck gewesen, wenn alle deutschen Stände und alle Produktionsglieder gesprochen hätten. Dafür haben die Feinde ein spitzes Ohr gehabt. Sie wissen, daß die Marxisten abseits stehen.

Die nationale Arbeiterbewegung ist die Trägerin einer neuen Wirtschaftsordnung. Sie ist die Hoffnung für die Zukunft. Reaktionär aber sind jene, die am Testament von Marx festhalten.

Aber schon höre ich Stimmen laut werden, die alles das als Utopie bezeichnen. Es hieße an der Menschheit und am deutschen Volke verzweifeln, wenn nicht der Glaube vorhanden wäre, daß wir vom Irrtum zur Wahrheit fortschreiten. Wie im Mittelalter der Faustkampf durch die bürgerliche Ordnung ersetzt wurde, warum soll nicht der Klassenkampf durch eine bessere soziale Ordnung zu ersetzen sein?

Es ist die Frage Deutschlands: Wenn es nicht gelingt, Klassenkampf, Internationalismus und Marxismus zu überwinden, dann ist die Hoffnung auf eine innere Wiedergeburt dahin. Ohne innere Wiedergeburt aber gibt es keine äußere Freiheit.

Daher freue ich mich, hier neue gesunde Kräfte zu finden, die ihre Fahne hoch erhoben haben und voll Stolz tragen, weil sie sich bewußt sind, es geht um Heimat und Vaterland und in diesem Glauben werden und müssen sie siegen.

Anhaltender Beifall lohnte den Redner für seine ausgezeichneten, warmherzigen Ausführungen. Mit dem Absingen des Deutschlandsliebes fand die Tagung einen würdigen Abschluß.

## Der Young-Plan.

Das Ergebnis monatelanger Beratungen der Pariser Sachverständigen Konferenz liegt vor. Der umfangreiche Schlußbericht enthält einen neuen Plan der deutschen Reparationszahlungen. Vor einigen Tagen sind die Staatsmänner der beteiligten Mächte im Haag zur „Haager Konferenz 1929“ zusammengetreten, um über den Young-Plan zu beraten. Es ist die 33. Staatenkonferenz, die nach dem Kriege stattfindet. Was dort verhandelt wird, werden wir ja in Form von „communiqués“ zu erfahren bekommen. Am Schluß wird Uebereinstimmung erzielt werden über alle möglichen Dinge, besonders aber über die Notwendigkeit der Zahlung Deutschlands. Deutschland, das ist das deutsche Volk. Wir deutsches Volk sollen zahlen, das jetzt lebende und das nach 50 Jahre noch geborene. Da sollte es die Pflicht eines jeden sein, sich den Young-Plan mal etwas genauer anzusehen.

Der Young-Plan soll an Stelle des Dawes-Plans treten, der 1924 als „Bibel der Wirtschaft“ begrüßt wurde. Die Linkspresse ist genau wie zur Zeit des Dawes-Planes eifrig bestrebt, die Vorteile des neuen Ausbeutungs- und Erpressungsplanes ins rechte Licht zu stellen, eigentlich ganz im Gegensatz zu ihrem sonstigen Verhalten gegenüber „Ausbeutung“. Aber bei all diesen krampfhaften Versuchen, Erleichterungen festzustellen, kommt sie doch zu der Einsicht, „daß die gesamte Belastung trotzdem eine ganz gewaltige bleibt, und die Uebernahme einer endgültigen Regelung auf diesen Grundlagen ein sehr großes Risiko für uns bedeutet.“

Wie erinnerlich, sollte der Friede geschlossen werden auf Grund der Wilsonschen Grundsätze: Keine Annexionen, keine Kontributionen und keine Strafhandlungen. Als nun in Compiègne bei den Waffenstillstandsverhandlungen die Nachricht eintraf in Deutschland sei die Revolution ausgebrochen, erklärte Foch dem deutschen Vertreter Erzberger höhnisch, daß sich damit die Sache grundlegend geändert habe. Darauf folgte der auf dem Bruch des Völkerrechts aufgebaute Vertrag von Versailles. Der englische Sachverständige Keynes verließ die Konferenz mit den Worten: „Die Alliierten haben Deutschland begaunert.“ Um sich aber eine Rechtsgrundlage für den Raub und die Ausbeutung zu schaffen, erfand man die Lüge von der Allieinschuld Deutschlands am Kriege, die man in Artikel 231 festlegte.

Eine Ergänzung hinsichtlich der wirtschaftlichen Straflast brachte der Londoner Zahlungsplan vom Mai 1921, der uns 132 Goldmilliarden auferlegte. Der heutige Reichskanzler Müller erklärte dazu: „Eine deutsche Regierung, die bereit wäre, diese Vorschläge als ausführ-

bar zu erklären, wird sich nicht finden. Sie würde das das Vertrauen weder des Inlandes noch des Auslandes verdienen; denn sie würde sich einer Unwahrheit schuldig machen.“ Am 10. Mai 1921 wurde der Londoner Zahlungsplan im Reichstag auf Antrag des heutigen Reichskanzlers Müller angenommen. Rathenau hatte noch am gleichen Tage geschrieben: Der Rest unserer Ehre ist, daß wir nichts versprechen, was wir nicht halten können.

Schon einige Monate später zeigte sich die Unerfüllbarkeit des Planes. Man ging daher dazu über, die Kapitallast zu ersetzen durch eine regelmäßige Jahresstraflast (Annuitäten), verpfändete bestimmte Einnahmequellen des deutschen Reiches und schuf Kontrollinstanzen (Kommissionen), die über deutsche Wirtschaftsteile fremde Hoheitsrechte auszuüben hatten. Diese Entwicklung führte 1924 zum Dawes-Plan.

Ein Engländer C. E. Wright sagte dazu: Noch nie hat die Weltgeschichte die Errichtung einer Maschine von solch furchtbarer Kraft miterlebt, so fein ausgearbeitet, um die letzten Tropfen Kraft aus einem Volke herauszupressen, ohne daß dieses Volk zerstört worden wäre.

Diese Voraussage hätte nicht einzutreffen brauchen, wenn Deutschland auf den Schutzrechten bestanden hätte, die der Dawes-Plan ihm ließ. Grundsätzlich hatte Deutschland nur aus Ausfuhrüberschüssen zu leisten. Falls Ausfuhrüberschüsse und aus solchen Ueberschüssen greifbare Devisen für den Transfer nicht vorhanden waren, hatte zum Schutze der sonst bedrohten Währung die Einschaltung des „Transferschutzes“, d. h. die Einstellung der Barzahlungen an unsere Gegner zu erfolgen mit dem schließlichen Ergebnis einer automatischen Herabsetzung der Zahlungen aus dem Reichshaushalt nach Erreichung einer bestimmten Höhe unserer Einzahlungen auf dem Konto des Reparationsagenten bei der Reichsbank. Da wir seit Jahren Ausfuhrüberschüsse nicht haben, sondern im Gegenteil laufende Einfuhrüberschüsse, die ihrerseits einen starken Devisenbedarf erzeugen, hätte von Anfang an der Transferschutz wirksam werden müssen, sodas vertragsmäßig Barablieferung überhaupt nicht hätte stattfinden dürfen. Statt dessen hat der Fronvogt ein vertragswidriges Verfahren eingeschlagen: er hat ohne Rücksicht auf unsere Handelspassivität die Devisen statt aus den nicht vorhandenen Ausfuhrüberschüssen aus den hereinströmenden Anleihen der Wirtschaft entnommen. Wir haben also nicht einmal die Einhaltung des Dawes-Planes verlangt, soweit er für uns günstige Bestimmungen enthielt!

Es ist also eine gräßliche Irreführung des In- und Auslandes, wenn Herr Parker Gilbert in einem seiner



letzten Berichte, der zur Grundlage des „Sachverständigen-Urteils“ der Pariser Konferenz wurde, sagt, daß die „reibungslose Erfüllung“ beweise, daß die Deutsche Wirtschaft die Lasten ohne Schädigung tragen könne. Unbestreitbare Tatsache ist vielmehr, daß die deutsche Wirtschaft seit Inkrafttreten des Dawes-Plans nicht fähig war, auch nur zu einem verschwindenden Bruchteil die Dawes-Lasten aus eigenen Arbeitsüberschüssen zu erfüllen. Sie ist nicht einmal in der Lage, auch nur die Zinsen der von ihr seit Oktober 1924 aufgenommenen Schulden aus eigenen Wirtschaftsüberschüssen zu decken!

Auf vorbezeichnetem Wege ist also der Transferschub bisher umgangen worden, d. h. er ist ersetzt worden durch steigende Wirtschaftsverschuldung (16 1/2 Milliarden Mk.) und durch laufenden Besitzwechsel an dieser Wirtschaft.

Der sogenannte Young-Plan bringt eine Ergänzung von Versailles. Nach dem Versailler Diktat sollten wir zahlen bis 1950, nach dem Dawes-Plan bis 1961, der Young-Plan läßt uns zahlen bis 1988. Wir sollen also unsere Kinder und Enkel in die Sklaverei verkaufen. Die Annuitäten belaufen sich in den 37 Jahren auf 2050 600 000 Mk. im Jahresdurchschnitt. Die nächsten Jahre 1966 bis 1985 sollen wir bloß 1607 bis 1711 Millionen zahlen und die letzten 3 Jahre bis 1988 eine Kleinigkeit weniger als 1 Milliarde.

Das ist aber noch nicht alles. Außerdem sollen wir zahlen die laufenden Besatzungskosten und die Kosten der Kommissionen, ferner Ausgleichslasten und Liquidationskosten und die belgischen „Markforderungen“. Das entspricht einer Zahlungsverpflichtung von 112 Milliarden Mark, ohne die aufgeführten Nebenkosten.

Die Annahme dieses Planes bedeutet die Zugrunde- richtung unseres Volkes. Das durch den Krieg aufs härteste in Mitleidenschaft gezogene Deutsche Volk, das wertvolle Gebiete abtreten mußte, das seine Kolonien verlor, dessen Wirtschaftssubstanz 10 Jahre lang schwerste Einbuße erlitt, kann eine derartige Belastung nicht auf sich nehmen.

Ein Volk das seit 1924 15 Milliarden Kredite aufgenommen hat, dessen Zahlungsbilanz in der gleichen Zeit mit 16,5 Milliarden passiv war, dessen sozialpolitischer Etat 5 Milliarden beträgt, das ein Heer von Arbeitslosen hat, dessen Landwirtschaft weit über die Hälfte seines Besitzes verschuldet ist und aus dem letzten Loche pfeift, dessen Industrie in wichtigen Zweigen dem Still- liegen und Untergang entgegenzieht, dieses Volk handelt unehrlich, wenn es solche Lasten übernehmen will; es ist ein Verbrechen an den künftigen Generationen, sie die noch nicht geboren sind, mit solchen Verpflichtungen zu belasten. Der Fluch unserer Kinder und Enkel ist uns gewiß, wenn wir nicht einmütig unsere Stimme erheben und es laut hinaus schreien:

**„Wir lehnen diese Versklavung ab.“**

## Gasthof „Zur Post“

Oskar Förster  
Bes.: Alfred Förster

### Bahnhof Kieritzsch

Tagungslokal der Arbeitnehmervereinigung im  
mitteldeutschen Bergbau Ortsgruppe Kieritzsch

### Jeden Sonntag Gartenfreikonzert

➡ Große Tierschau, Kinderspielwiese mit Bergbahn ➡

Küche und Keller weit bekannt

### Kleine Preise

Verantwortlich für den Inhalt: Heinrich Schlüter, Canena — Druck und Verlag: Ewald Schellenbeck, Halle, Königstr. 71.

## Gewerkschaftsschulung aus Mitteln der Allgemeinheit.

In dem Schloß Ruhwald in Charlottenburg ist die staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung untergebracht. Hier erhalten die Gewerkschaftler ihre Ausbildung und zwar auf Kosten der Allgemeinheit. Die Stadt Berlin bewilligte neuerdings laut „Vorwärts“ vom 30. 7. 29 5710 Mk. Außerdem für 4 Schüler ein Stipendium. Die Aufwendungen für Lehrkräfte und Personal trägt der preußische Staat. Berlin zahlt die Miete. Es ist recht lehrreich, so von Zeit zu Zeit zu erfahren, wozu die Steuergelder nicht alles verwandt werden. Diese Zuwendungen für die „selbständigen“ Gewerkschaften strömen keinen Geruch aus. Aus Mitteln der Allgemeinheit nennt man nicht gelb. Gelb sind bloß die nationalen Arbeitnehmer. Es sind fürwahr goldene Zeiten.

## S. D. S. Ruf.

Der Ostthüringer Zeitung entnehmen wir obigen Silberuf. Zu einer schon zum zweiten Male (diesmal durch schriftliche Einladung) einberufene Zahlstellen- versammlung des Bergarbeiterverbandes der Zahlstelle Altenburg waren wiederum von 200 Mitgliedern nur 24 erschienen. Die Ostthüringer Lante wälzt sich in Tränen: „Kameraden, seid ihr noch so elend, so abge- spannt, kommt in die Zahlstellenversammlung.“ Das Aus- botten im Bergarbeiterverband hat schon längst begonnen. Hoffentlich bleiben dann die Herren Zahlstellenkapitäne usw. in Ehren an Bord um bis zum letzten Augenblick die anvertraute „Kriegskasse“ gegen ein vorzeitiges Ueber- bordspülen zu bewahren.

## Zur Kriegsschuldfrage.

Unsere Artikelserie über die Kriegsschuldfrage wird  
in der nächsten Nummer dieser Zeitung fortgeführt.

Die Schriftleitung.

## Sommerfrische Schneidemühle

(Bahnhof Haynsburg)

### Hotel u. Pension-Villa „Zur Zeitzer Schweiz“

18000 Morgen Wald.

Mitten im Laub- und Nadelwald gelegen. Schönster Aus- flugsort des Zeitzer Forstes. Hotel-Restaurant, Saal und Gartenwirtschaft (1500 Sitzplätze) mit eigener Landwirtschaft. Neue Pensionsvilla. Fremdenzimmer (55 Betten). Ange- nehmes Familienbad, Ausflugsort für Vereine und Schulen- Ruhige Lage, sonnige Zimmer mit Balkon, elektr. Licht- Bad, W.-C. Pension von 4,50 bis 6,00 pro Tag bei 4 reich- lichen Mahlzeiten, je nach Lage der Zimmer. Ia Küche und Keller, Hausschlachtung eigene Hausbäckerei. Tägl. frische Aale, Schleie, Karpfen blau. Autobusverbindung Haynsburg—Scheidemühle—Zeit lt. Fahrplan. Autopark f. ca. 200 Autos u. gr. Ausspannung f. 50 Pferde vorhanden.

Telefon Zeitz 535.

Prospekt frei.

Besitzer: W. Prätor.

# Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

2. Jahrgang

Halle (Saale), den 18. September 1929

Nr. 9

## Die Bedeutung der Kommunalwahlen.

Die Bedeutung der Kommunalwahlen besteht in erster Linie darin, daß die gewählten Körperschaften dazu berufen sind, die Verwaltung und Wirtschaftsführung des engeren Heimatsbezirkes zu übernehmen. Im Gegensatz zu Reichstag und Landtag sollte in den kommunalen Parlamenten die Politik ausgeschaltet sein und nur nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten regiert werden. Dies ist heute nötiger denn je, nachdem Reich und Länder sowohl durch die hohen Reparationsabgaben als auch durch die immer mehr gesteigerten Soziallasten ein gewaltiges Mehr an Steuern gegenüber der Vorkriegszeit erheben, so daß die Gemeindeverbände Mühe und Not haben, für ihre dringendsten Ausgaben die Steuerzahler erfolgreich weiter in Anspruch zu nehmen. Es ist andererseits aber auch nur Pflicht der Gemeindeverbände, die Ausgaben für die Selbstverwaltung auf das Maß zu beschränken, das in Zeiten der Not gefordert werden muß. Alles, was darüber hinausgeht, greift an die Grundlagen einer gesunden Wirtschaft.

Wenn alle Parteien diese Grundsätze auf ihre Fahne geschrieben hätten, brauchte man um das Wohl der Kommunalverbände nicht zu fürchten. Damit wird aber das Kernproblem der heutigen Kommunalpolitik berührt, das darin besteht, daß die

### Verantwortung für die Ausgabenbewilligung

in den Gemeindeverbänden nicht mehr wie früher auf den Schultern derer ruht, die auch für die Ausgabenbewilligung Sorge zu tragen haben, sondern daß heute vielfach die Steuerbeschlüsse von Kreisen gefaßt werden, die am Steueraufkommen in keiner Weise beteiligt sind!

Während die Sozialdemokratie im Reich und in Preußen nach wie vor in der Minderheit geblieben ist, ist es ihr in zahlreichen Gemeindeparlamenten gelungen, eine Majorität zu erringen, die es ihr möglich macht, praktisch an die Verwirklichung ihrer Ziele heranzugehen. Was ihr in den großen Parlamenten nicht beschieden ist, wird hier zur Wirklichkeit und zur zugkräftigen Reklame für die Partei. Unterstützt wird diese „Selbstverwaltung“ durch das System Severing-Grzesinski, das den gesamten Verwaltungsapparat mit gefügigen Kräften durchsetzt hat, so daß Aufsichtsbeschwerden nachgerade zwecklos erscheinen.

Das Ziel der Kommunalwahlen muß daher sein, in allen Gemeindeverbänden eine Mehrheit zu schaffen aller derjenigen, die nicht sozialistisch-marxistisch eingestellt sind.

Da wo eine rote Mehrheit schalten und walten kann, werden auf Kosten der Steuerzahler Einrichtungen geschaffen, als ob wir im Zeitalter wirtschaftlichen Aufstiegs und wirtschaftlicher Blüte stünden. Die Stellenjäger der Linksparteien führt meist dazu, daß in den Gemeindeverbänden, wo sie die Mehrheit haben, Genossen in Beamtenstellen untergebracht werden. So kommt es, daß in Gemeinden, die noch von einem Ortsansässigen ehrenamtlich verwaltet werden, der „Verwaltungsapparat“ durchschnittlich 2 bis 4 Rm. je Kopf der Bevölkerung kostet, während da, wo die Nichtsteuerzahler wirtschaften, sich ein Durchschnitt von 10 bis 20 Mark je Kopf ergibt.

Ein Schulbeispiel bietet das Städtchen Gräfenhainchen (Prov. Sachsen) mit 3900 Einwohnern. Ihm waren die Segnungen beschieden, die solchen Gemeinden zuteil werden, in denen eine rote Mehrheit auf Kosten der Steuerzahler ihre kulturellen Versuche anstellt.

Vor einigen Wochen hat sich das Bürgertum endlich auferafft und hat bei einer Wahl diese Mehrheit gebrochen. Die Bürgerlichen stehen aber jetzt vor der denkbar schwierigsten Aufgabe, das Trümmerfeld aufzuräumen, das die Roten hinterlassen haben. Der Etat für 1928 schließt mit einem Fehlbetrag von 180 000 die Gesamtschuldlast der Stadt beträgt 2 350 000 Mark pro Kopf der Bevölkerung also 590 Mark. Um den Zinsendienst und die sonstigen Bedürfnisse der Stadt zu decken, müßten erhöht werden die Gewerbesteuer, Gewerbeertragssteuer, Wassergebühren, Mietsätze, Kanalgebühren usw., d. h. die Allgemeinheit muß die Rechnung bezahlen, jeder einzelne muß für die Sünden der roten Machthaber büßen.

Angeichts dieser Tatsachen ist es eine Pflicht der Sparsamkeit und Selbsterhaltung, daß wir uns bei den kommenden Wahlen gegen die Sozialisten zusammenschließen. Dazu ist erforderlich, daß wir uns überall an den bestehenden Ausschüssen beteiligen, unsere Mitglieder aufklären, um der roten Mißwirtschaft ein Ende zu bereiten.

## Richtlinien der Kommunalpolitik!

Die einheitliche Einstellung zu Fragen der Kommunalpolitik erwächst für alle vaterländischen Kreise aus der Einheitlichkeit christlich nationaler Weltanschauung. Das

deutsche Volk ist ein Volk, eine große Schicksalsgemeinde. Die Politik muß darauf gerichtet sein, für das Wohl aller Volksgenossen zu sorgen.



Wir verwerfen Klassenhaß und Klassenkampf und treten ein für gerechten, sozialen Ausgleich. Wir erblicken im Privateigentum die beste Grundlage aller Gesellschaftsordnung. Ein Gemeinwesen kann sich nur dann zum Wohle aller Glieder entwickeln, wenn es von tüchtigen und weitschauenden Persönlichkeiten verwaltet wird. Darum fordern wir ein gut vorgebildetes und politisch unabhängiges Berufsbeamtentum.

Wir treten ein für die Erhaltung der christlichen Familie, der christlichen Schule und Kirche, üben und fordern auf religiösem Gebiete gegenseitige Achtung und Duldung.

In der körperlichen und geistigen Erziehung unserer Jugend zu religiös sittlichen Persönlichkeiten erblicken wir die beste Gewähr für den Aufstieg unseres Volkes.

Entsprechend dieser grundsätzlichen Einstellung fordern wir die Beachtung folgender Richtlinien für die Kommunalwahlen.

1. Der einheitliche Wahlvorschlag (Einheitsliste) ist bei den Kommunalwahlen das Erstrebenswerte.
2. Es ist nicht Aufgabe des Gemeindevorordnetenkollegiums, parteipolitische Ziele zu verfolgen und parteipolitische Gegensätze auszutragen. Mit allen Mitteln ist dahin zu streben, daß die Politisierung der Verwaltungsarbeit wieder beseitigt wird.
3. Die Selbstverwaltung der Gemeinde ist zu fördern und zu schützen im Sinne weitmöglichster Heranziehung der ehrenamtlichen Tätigkeit und der Förderung des Verantwortungsbewußtseins.
4. Der Beamte ist Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei. Ein parteipolitisch unabhängiges Berufsbeamtentum ist zu erhalten und zu schützen.

5. Die sachliche und persönliche Eignung ist unbedingt Voraussetzung zur Einstellung als Gemeindebeamter.
6. Der Haushaltsplan ist die Grundlage der Finanzpolitik der Gemeinde. Er ist aufzustellen nach folgenden Gesichtspunkten:

- a) Sparsamkeit ist oberste Pflicht
- b) Keine Ausgabe ohne Deckung.
- c) Der ordentliche Haushaltsplan muß ohne Zuhilfenahme von Anleihen sich in Einnahme und Ausgabe ausgleichen.

7. Die Gemeinden sind in erster Linie Verwaltungs- nicht Wirtschaftsorganismen. Die Kommunalisierung ist auf das äußerste Maß einzuschränken. Lediglich die sogenannten Versorgungsbetriebe (z. B. Erzeugung und Vertrieb von Gas, Wasser, Elektrizität) sind zur Bewirtschaftung durch die Gemeinde geeignet. Versorgungsbetriebe müssen sich selbst tragen. Ihre Bilanzen sind getrennt vom Haushaltsplan der Gemeinde zu führen.

8. Auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege gilt als selbstverständliche Forderung, daß den wirklich Bedürftigen nach individueller Prüfung geholfen werden muß.

9. Die Pflege des deutschen Kulturgutes ist eine bedeutende Aufgabe der Gemeindevertretung. Die geistige, sittliche und körperliche Erziehung unserer Jugend in allen Schularten ist nach Maßgabe der vorhandenen finanziellen Mittel zu fördern. Alle Bestrebungen, die Schule und ihre Erziehung für parteipolitische Zwecke zu mißbrauchen, sind mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Wir werden diese Richtlinien, die wir nach dem „bürgerlichen Gemeindevertreter“ 8. Jahrgang Nr. 15 bearbeitet haben, in einem späteren Aufsatz noch vervollständigen. Die Red.

## Zur Kriegsschuldfrage.

### Die Haltung der Ententemächte.

(Fortsetzung).

#### Rußland.

Die alten russischen Ziele im nahen Osten waren Konstantinopel mit den Dardanellen als Tor zum Mittelmeer und die Führerschaft auf dem Balkan über die dortigen slawischen Völker. Diese Ziele gewannen eine neue Bedeutung, als das Zarenreich im Russisch-Japanischen Krieg geschlagen war und sich nunmehr von Asien ab- und Europa wieder zuwandte. Daraus entwickelte sich rasch die Feindschaft gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Schon kurz nach der bosnischen Krise, erklärte der russische Außenminister Iswolski gegenüber dem deutschen Botschafter in Petersburg: „Vergessen Sie eines nicht: Die orientalische Frage kann überhaupt nicht anders als durch einen Konflikt gelöst werden . . . Vielleicht wird dieser Konflikt in fünf oder zehn Jahren ausbrechen, aber er ist unvermeidlich.“ Derselbe Iswolski forderte gleichzeitig die Balkanstaaten zum Zusammenschluß auf, und wohin die Fahrt gehen sollte, entnehmen wir aus dem Entwurf zu einer Militärkonvention zwischen Rußland und Bulgarien, der allerdings nicht unterzeichnet wurde, in dem es aber heißt: „In Anbetracht dessen, daß die Verwirklichung der hohen Ideale der slawischen Völker auf der Balkaninsel die dem Herzen Rußlands so nahe stehen, nur noch durch einen günstigen Ausgang des Kampfes Rußlands mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn möglich ist, übernimmt Bulgarien die feierliche Verpflichtung, sowohl in diesem Falle als auch im Falle des Beitritts Rumäniens oder der Türkei zur Koalition der obengenannten Mächte die größten Anstrengungen

zu machen, um jegliche Anlässe zu einer weiteren Ausdehnung des Zusammenstoßes zu beseitigen.“

Auch Iswolskis Nachfolger als Außenminister Sazonow änderte diesen gefährlichen Kurs im Grunde nicht. Als Deutschland anlässlich der sogenannten Potsdamer Entrevue zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem Zaren Nikolaus II. ein Abkommen anregte, wonach sich Berlin verpflichten sollte, Ausdehnungsbestrebungen Oesterreichs auf dem Balkan nicht zu unterstützen, während sich Petersburg deutschfeindlichen Handlungen Englands nicht anschließen sollte, lehnte Sazonow dies unter allerhand Vorwänden ab. Statt dessen betrieb er die Vorbereitungen zur Besitzergreifung Konstantinopels und zur Errichtung der russischen Vorherrschaft auf dem Balkan mit Macht. Im Jahre 1912 kam unter Führung des Zarenreiches der Balkanbund zustande, der sich gegen die Türkei und gegen die Donaumonarchie wandte. Damals schrieb der russische Gesandte in Belgrad, Hartwig: „Meiner Ansicht nach verfolgt diese Politik zwei klare, vollkommen bestimmte Endziele: Erreichung der überkommenen Ideale für die von ihr zum selbständigen Leben erweckten slawischen Völkerschaften, was die entsprechende Aufteilung des gesamten türkischen Besitzes auf der Balkaninsel unter diese Völkerschaften zur Voraussetzung hat, und zweitens Verwirklichung auch der eigenen Jahrhunderte alten historischen Aufgabe: festen Fuß zu fassen an den Ufern des Bosphorus, dem Eingangstor des „russischen Sees.“ Auch Poincaré durchschaute, daß Rußland darauf ausgehe, „seine Hegemonie auf dem Balkan zu sichern.“

Während des Konfliktes mit Deutschland über die Ernennung des Generals Liman von Sanders zum Re-

organifator der türkiſchen Armee richtete Sazonow am 8. Dezember 1913 einen Bericht an den Zaren, in dem ausgeführt wurde, Rußland müſſe ſich zum Vorstoß gegen Konſtantinobel vorbereiten. Hier leſen wir ferner, „daß die Meerengenfrage ſchwerlich anders als auf dem Wege über europäiſche Verwicklungen einen Schritt vorwärts kommen kann“. Auf der anderen Seite erhielt Serbien Verſprechungen, die ſich unmittelbar gegen Oeſterreich-Ungarn wandten. Am 6. Mai 1913 verſicherte der ruſſiſche Außenminiſter: „Serbien . . . hat erſt das erſte Stadium ſeines hiſtoriſchen Weges durchlaufen und zur Erreichung ſeines Zieles muß es noch einen fürchtbaren Kampf aushalten, bei dem ſeine ganze Exiſtenz in Frage geſtellt werden kann. Serbiens verheißenes Land liegt im Gebiete Oeſterreich-Ungarn . . .“

Nach Poincares eigenem Zeugnis war Rußlands „Geduld“ zu Anfang 1914, als der Konflikt wegen Liman von Sanders beigelegt wurde, zuende, und der nächſte Konflikt mußte zum Kriege führen. Tatſächlich erſchien im Frühling des gleichen Jahres in Petersburg ein vom ruſſiſchen Kriegsminiſter veranlaßter Aufſatz, der Frankreich vor Abſchaffung der dreijährigen Dienſtzeit warnte und in den Ruf ausklang: „Wir ſind bereit, und Frankreich muß es auch ſein“.

## Die Ermäßigung der Knappſchaftſpenſionsbeiträge.

Von Ernst Jaculy.

Mit gemiſchten Gefühlen ſteht der Bergarbeiter der künstlichen Herabſetzung der Penſionskaſſenbeiträge zur Knappſchaft gegenüber. Denn dieſe Herabſetzung iſt bei richtiger Erkenntnis der Dinge für ihn kaum eine Hilfe, für die Arbeiter der anderen Induſtrien dagegen eine Uebervorteilung! Der Tatbeſtand iſt folgender:

Gemäß der ſogen. „Lex Brüning“ darf die Lohn-einkommenſteuer den Jahresbetrag von 1300 Mill. Mk. nicht überſteigen, anderenfalls die Lohn-einkommenſteuer als ſolche zu ſenken iſt. Nun hat dieſe Lohn-einkommenſteuer im verfloſſenen Jahre ein Mehr von 150 Mill. Mark eingebracht; es hätte alſo die Lohn-einkommenſteuer geſenkt werden müſſen. Leider geſchah es nicht, vielmehr wurde von einer der heutigen Regierungsparteien, der S.P.D., im Reichstag der Antrag eingebracht, den Mehrbetrag der Lohn-einkommenſteuer bis zum Jahre 1932 der Invaliden- und Knappſchaftſpenſionskaſſe zu gleichen Teilen zur Verfügung zu ſtellen. Dieſer Antrag gelangte im Reichstag zur Annahme, wurde aber vom Reichsrat nur bis zum Jahre 1931 genehmigt. Die Invalidentkaſſe will [d. h. „muß“, die Red.] die ihr zur Verfügung geſtellte Summe zu ihrer Sanierung verwenden, während die Knappſchaftſpenſionskaſſe die Summe zur Herabſetzung der Beiträge in der Penſionskaſſe hauptſächlich benutzen will.

Infolge dieſer Regelung gehen jetzt die Gewerſchaften und die S.P.D. damit krebſen, ſie wären es geweſen, die dem Bergarbeiter eine Erſparnis von durchſchnittlich 1 Mk. pro Woche gebracht hätten. Wie liegen aber die Dinge in Wirklichkeit?

Wäre die Lohn-einkommenſteuer, wie es die Lex Brüning vorſah, geſenkt worden, ſo wäre dieſe Herabſetzung um 150 Mill. Mk. jährlich der gesamten Lohn-einkommenſteuer zahlenden Arbeiterschaft zugute gekommen. Bei der jetzigen Regelung wird einmal die ſo notwendige Reform der Invalidenverſicherung aufgeschoben, wovon der einzelne Arbeiter zumi-ndeſt keinen

Tatſächlich hatten die ruſſiſchen Kriegsrüſtungen einen äußerst bedrohlichen Umfang angenommen. Der engliſche Diplomat Lord Granville meldete darüber am 18. Juli 1914 auf Grund von Angaben des „Matin“ aus Paris an Grey folgendes: „Bis zum Winter 1916 wird ſich das ruſſiſche Heer auf Friedensfuß nahezu verdoppeln, d. h. ſeine Kopfſtärke wird bis dahin von 1 200 000 auf die kolofſale Zahl von 2 245 000 Mann angewachſen ſein. Rußland wird dann eine aktive Armee beſitzen, deren Kopfzahl größer iſt als die der vereinigten Heere des Dreibundes. Außerdem wird es dank neuer ſtrategiſcher Eiſenbahnen in der Lage ſein, ſo raſch wie die anderen Militärmächte zu mobilifieren. Die gleichen Anſtrengungen kann man in der ruſſiſchen Marine beobachten, deren Budget jetzt das Englands übertrifft. Rußland . . . iſt nun auf dem beſten Wege, die ſtärkſte Militärmacht zu werden, die die Welt je geſehen hat . . . Die ruſſiſche Diplomatie ſchlägt im Verkehr mit der deutſchen Diplomatie bereits einen anderen Ton an, und Deutſchland fürchtet heute ſeinen öſtlichen Nachbarn“.

So hegte das Zarenreich nicht nur die Neigung zum Kriege, ſondern den ganz beſtimmten Entſchluß, den in Europa beſtehenden Zuſtand mit Gewalt zu ändern. Die ſchwerſte Gefährdung des Friedens kam von Oſten.

Nutzen hat. Ferner zahlen die Bergarbeiter ihre Lohn-einkommenſteuer weiter, ihre Penſionskaſſenbeiträge zur Knappſchaft in Höhe von durchſchnittlich 1 Mark pro Woche werden auf Koſten ihrer, ſowie der Lohn-einkommenſteuer aller übrigen Arbeiter ermäßigt. Tatſächlich iſt dadurch ein Teil der Arbeiter auf Koſten der Arbeiter aller anderen Erwerbszweige bevorzugt; [es wird alſo mit Gewalt in die Arbeiterschaft ein neuer Keil getrieben! Vielleicht iſt das die neue Solidaritätslehre der S.P.D.? Ferner iſt mit der Ermäßigung der Penſionskaſſenbeiträge die Behauptung als Lüge bewieſen worden, die von Seiten der S.P.D. im Reichstag ſo oft aufgetiſcht wurde, daß nämlich die ſozialen Beiträge der Bergarbeiter nicht zu hoch ſeien. Denn ſonſt hätte man keine Ermäßigungen eintreten zu laſſen brauchen, wo man doch das Geld ſo nötig hat. Endlich aber [und damit offenbart ſich die ganze Demagogie der Gewerſchaften und der S.P.D. Die Red.] werden ja auch die Penſionskaſſenbeiträge der Unternehmer um durchſchnittlich 50 Pfg. pro Woche ermäßigt. Durch den S.P.D.-Antrag im Reichstag wird alſo dem Unternehmer Geld erlaſſen, welches man auf dem Wege der überſteigerten Lohn-einkommenſteuer zuvor den Arbeitern fortgenommen hat. Warum die S.P.D. dieſes Ding ſo vortrefflich gedreht hat, bleibt ein Räſſel. Keine Liebe zum Unternehmertum war beſtimmt nicht der Grund.

Wir aber ſehen, wohin dieſes Herumpuſchen an der Sozialverſicherung führt. Wir verlangen daher eine gründliche Reform derſelben, damit die Bergarbeiter mit allen anderen Arbeitern die wirklichen Nutznießer ſind und nicht ein übertriebener Verwaltungsapparat ſie „ausbeutet“. Das wird aber niemals der Fall ſein, ſolange die Mehrzahl der Arbeiter ihre Interſſenvertretung bei einer bürokratiſchen Organifation ſucht. Darum heraus aus dem Bergarbeiterverband, der Euch mit ſeinem Bonzen um Eure Rechte bringt. Hinein in die berufsſtändige Organifation der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutſchen Bergbau.



## Textilarbeiter und Gewerkschaftssekretäre.

In welchem Verhältnis die Mindestsätze des Lohnes von schlesischen Textilarbeitern zu den Gehältern stehen, welche Gewerkschaftsfunktionäre im selben Bezirk erhalten, geht aus einem Aufsatz hervor, der kürzlich in einer Berliner Zeitung veröffentlicht wurde. Wir haben feststellen können, daß die Angaben durchaus den Verhältnissen entsprechen und geben deshalb die interessanten Feststellungen wie folgt wieder:

„Im schlesischen Bezirk Landeshut verdienen Textilarbeiter 8,84 Rm bis 11,02 Rm. die Woche, die volljährigen Arbeiterinnen 6,60 Rm. bis 8,31 Rm. Die Mehrzahl der Weber der Tuchfabriken Crimmitschau haben bei 44 Wochenarbeitsstunden 18,70 Rm. Wochenverdienst. Im thüringischem Gera bringt es ein Weber bei täglich achttündiger Arbeitszeit auf 4,88 Rm. täglichen Höchstverdienst.

Diese Lohnsätze sind Mindestsätze. Aber selbst von ihnen erhebt der freigewerkschaftliche Textilarbeiter-Verband einen relativ hohen Beitrag; den Mindestbeitrag von 10,40 bis 15,60 Rm. jährlich zahlten nach dem Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für 1927 über 10000 organisierte Textilarbeiter. Stehen nun etwa die Gehälter für die Bürokratie des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes in entsprechendem Verhältnis zu den oben genannten Lohnsätzen. Richten sich diese Gehaltsätze überhaupt nach der Notlage der Textilarbeiterschaft? Im Gegenteil, wie trefflich die Bürokratie des Deutschen Textilarbeiterverbandes von den Beiträgen der organisierten Textilarbeiterschaft, die oft genug nur unter Entbehrungen aufgebracht werden, zu leben weiß, geht aus folgendem unzweideutig hervor:

Die 3 **Verbandsvorsitz.** erhalten monatl. je 698 Rm.,  
die 6 **Sekretäre** monatlich je 643 Rm.,  
die 19 **Gauleiter** monatlich je 537 Rm.,  
die 9 **Gausekretäre** monatlich 487 Rm.,  
die 205 **Geschäftsführer** monatlich je 437 Rm.,  
die 11 **Hilfsarbeit. i. Außendienst** monatl. je 387 Rm.,  
die 28 **Hilfsarbeit. i. Innendienst** monatl. je 337 Rm.,  
die 58 **Stenotypistinnen** monatlich je 215 Rm.,  
zu diesen Gehältern erhalten sämtliche Angestellten noch eine Ortszulage von 10 Prozent je Monat.

Und endlich erhält jeder Angestellte noch beim jährlichen Urlaubsantritt ein 13. Monatsgehalt, ebenfalls mit 10 Proz. Ortszulage. Rund 20 Proz., also gibt der Deutsche Textilarbeiter-Verband von einer Jahreseinnahme (1785346 Rm. von 8639355 Rm.) nur für die Gehälter seiner Bürokratie aus, ohne Verwaltungskosten insbesondere wahrscheinlich hohe Reisekosten.

Und so begreift man auch, daß im offiziellen Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bei der Rubrik „Unkosten“ die Gehälter nicht gesondert ausgewiesen werden, denn erfüllen die Funktionäre in den Betrieben und die organisierten Textilarbeiter, wie fett ihre Bürokratie von ihren Groschen zu leben weiß, so gäbe es einen Sturm der Entrüstung . . .“

Wir haben dem eigentlich nichts hinzuzufügen. Wir müssen aber betonen, daß der Verband, der diese Bürokratie füttert, sich aus armen Arbeitern zusammensetzt. Was sagt dieser Bericht nun zu der Angelegenheit?

(Aus Mitteilungen der Gesellschaft für Deutsche Wirtschafts- u. Sozialpolitik Nr. 13 v. 15. 7. 29.)

## Blüten sozialistischer Kommunalpolitik.

Waldenburg in Schlesien ist eine Hochburg der Sozialisten. Sozialdemokraten und Kommunisten haben im Kreistag die Mehrheit. Die Kreispartasse in Waldenburg hatte im letzten Jahre einen Ueberschuß von 14000 Mark. Der Kreistag hatte über die Verwendung des Ueberschusses zu beschließen. Man fand, daß die Tausender am besten für die Jugend angelegt würden, für die sporttreibende Jugend. Wenn man aber die wandernde und sporttreibende Jugend in ihren Bestrebungen unterstützen wollte, dann, so sollte man annehmen, sei es selbstverständlich, daß alle bestehenden Jugendgruppen in den Genuß einer geldlichen Beihilfe kommen würden. In ihrer robusten Gesinnungsart aber dachten die sozialistischen und kommunistischen Kreisvertreter nicht daran,

anders als nach berühmten Muster zu verfahren. Sie teilten recht reichlich nach links aus. Es erhielten:

die **sozialistische Kinderrepublik Schmiedeberg** 3000 Mark, die **sozialistische Arbeiterjugend** als Beitrag zu ihrer **Wienfahrt** 2000 Mark, der **Kindergarten der sozialistischen Arbeiterwohlfahrt** 1500 Mark, die **kommunistische Arbeiterjugend** 750 Mark.

Der verbleibende Rest soll für Schülerwanderungen ausgeschüttet werden. — Wer diese Verteilung liest, der faßt sich an den Kopf. Leben wir noch in einem demokratischen Staate? Gibt es in Deutschland nur klassenkämpferisch eingestellte Jugendgruppen?

(Aus Leipziger Abendpost Nr. 178.)

## Aus der Bewegung.

**Bezirk Geisetal.** Am 25. August fand in Merseburg eine Sitzung des Bezirksvorstandes statt, die sehr gut besucht war. Kamerad Neuscher begrüßte die Erschienenen und gab die Tagesordnung bekannt. Die Aussprache über die Jahreshauptversammlung gestaltete sich sehr rege. Am 2. Punkt wurde die Durchorganisierung des Bezirks besprochen. Es wurde beschlossen, daß die Werksgruppen die Monatsmeldungen an Kamerad Neuscher senden, der sie an den Pressewart (Kamerad Quiek) weiterleitet. In Zukunft soll ein- bis zweimal jeden Monat eine Bezirksvorstandssitzung stattfinden und zwar mit wechselndem Tagungsort. Mitglieder der am Tagungsort befindlichen Werksgruppe haben als Gäste Zutritt. Unter Verschiedenes wurde in eingehender Debatte wichtige Fragen der Werkspartasse besprochen.

### Neugründung einer Werksgruppe.

Am 30. August 1928 gelang es auf der Gewerkschaft Leonhardt eine neue Werksgruppe der Arbeitnehmer-Vereinigung im mittel-

deutschen Bergbau zu gründen. Der Einladung waren an diesem Abend ca. 60 Mann der Belegschaft gefolgt. Nach einem Vortrag des Herrn Barts, Halle, über die wirtschaftliche und politische Lage sowie über die Ziele der Werksgruppenbewegung kam aus der Versammlung heraus der Wunsch, sofort an die Gründung einer Werksgruppe heranzugehen. Mit einer Stärke von 48 Kameraden trat dann auch die Werksgruppe Gewerkschaft Leonhardt ins Leben. Niemand hätte unsere Bewegung einen derartig schnellen und großen Erfolg dort erreichen können, wenn nicht Wesen und Zucht der Werksgruppenbewegung längst ihren Einzug dort gehalten hätten. Zum Vorsitzenden wurde Kamerad Schlegel einstimmig gewählt. Die Versammlung schloß mit dem spontan aus der Versammlung herauskommenden letzten Vers unseres Deutschlandliedes. Möge dieser Wahlspruch „Einigkeit und Recht und Freiheit“ der neuen Werksgruppe Gewerkschaft Leonhardt sowie unserer gesamten Bewegung stets vorangehen auf dem Wege ihres und des Volkes Aufstiegs.

Am 4. September veranstaltete die junge Gruppe einen Vortragsabend über das Thema: Klassenkampf oder Wirtschaftsfrieden. Weit über 60 Personen lauschten abends den ausgezeichneten Ausführungen des Redners, der erbarmungslos abrechnete mit den Sünden und Fehlern der Vergangenheit. Den Gegnern, die sich in Stärke und von etwa 10 Mann eingefunden hatten, ging ein Licht auf über die hohen sittlichen und idealen Ziele die die Werksgemeinschaft verfolgt. Die anschließende Aussprache gestaltete sich sehr reger und brachte Uebereinstimmung über die Mißstände in der Sozialversicherung und zeigte die Notwendigkeit, auf neuen Wegen zu neuen Zielen zu gelangen.

**Bezirk Zeitz-Weißenfels.** Am 29. August fand in Lützenau eine Sitzung des Bezirksvorstandes statt, in der wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Leider waren mehrere Gruppen nicht vertreten, was in Zukunft unter allen Umständen vermieden werden muß. Um die Zusammenarbeit noch reger zu gestalten und die wichtigsten bevorstehenden Aufgaben erfüllen zu können, ist beschlossen worden, für die Folgezeit einmal im Monat zusammenzukommen. Die Monatsmedungen sind in Zukunft an Kamerad Klingner einzusenden. Kamerad Thron wurde zum Pressewart bestimmt. Es wurden wertvolle Anregungen für die nächste Sitzung des Gemeinschaftsausschusses gegeben. Kamerad Klingner wird hierbei besonders referieren.

**Werksguppe Bollert.** Am 29. August trat die neugegründete Gruppe zu ihrer konstituierenden Versammlung zusammen. Im Anschluß an die Referate des 1. Vorsitzenden der Arbeitnehmers-Bereinigung im mitteldeutschen Bergbau Kamerad Steindorf und des Herrn Barts fand eine äußerst angeregte Aussprache statt, die den Beweis erbrachte, daß der feste Wille besteht, im Sinne unserer Bestrebungen mitzuwirken. Der Vorstand, der anschließend gewählt wurde, setzt sich zusammen aus Kamerad Gumpert als 1. Vorsitzender, Kamerad Jähmig als Kassierer und Kamerad Seherer als Schriftführer. Am 26. September findet in Trebnitz eine Vortragsveranstaltung statt, in der der Young-Plan behandelt werden wird.

**Werksguppe Jakobsgrube.** Am 8. September fand unsere Monatsversammlung in der Werkstantine statt. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung und Genehmigung der letzten Niederschrift streifte der Vorsitzende noch einmal das so glänzend verlaufene Kinderfest und dankt allen Helfern und Helferinnen für ihre anerkanntswürdigen Mitarbeit. Der Zusammenschluß aller nationalen Vereine ist erfolgt, es haben schon einige Sitzungen stattgefunden, mit deren Arbeit man vollauf zufrieden sein kann. In unserer letzten Versammlung wurde ein Ausflug nach Leipzig geplant, selbiger soll nun am 15. September ausgeführt werden. Das Jahrgeld hierzu soll aus der Vereinskasse gedeckt werden. Kamerad Thron gibt einen Bericht von der letzten Vorstandssitzung in Halle, der noch zu einer regen Aussprache führte. Unsere Weihnachtsfeier soll wie alljährlich in der üblichen Weise veranstaltet werden. Nächste Versammlung voraussichtlich am 13. Oktober.

**Werksguppe Jacobsgrube.** Unter maßgebender Beteiligung der hiesigen Werksguppe ist infolge eines Arbeitsgemeinschaft gebildet worden, der unter anderem Turnverein, Kriegerverein, Schützenverein, Verein für Bewegungsspiele, Verein junger Landwirte, Keglervereinigung und Gewerbetreibende beigetreten sind. Als erster Erfolg des engeren Zusammenschlusses konnte unter Führung des Ausschüßleiters Herrn Julius Tieleman ein glänzend gelungenes Kinderfest durchgeführt werden, an dem allein gegen 240 Kinder beteiligt waren. Auch viele Gäste beteiligten sich bei dem herrlichen Wetter an den Veranstaltungen, die am Sonnabend Abend mit einem Fackelzug eröffnet wurden.

Mit Erlöschen der Fackeln kehrte der Zug nach etwa 1 Stunde wieder zurück in den Garten der Feststätte „Gasthof zur Eiche“ wo nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Herrn Obersteiger Plato durch Feuerprüche der Jugend bei lodernem Fackelschein der Kommersabend als Auftakt zu dem Feste mit dem gemeinsamen Liede „Flamme empor“ eröffnet wurde.

Gesang und Musikstücke wechselten in bunter Folge. Ausgezeichnet waren die Vorführungen des Turnvereins Vater Jahn vor allem seiner Turnerinnen Abteilung, die unter Leitung ihres bewährten Frauentrainers, Herrn Thron, Volkstänze, Stabübungen, Gruppentänze und Freilübungen vorführte.

Am kommenden Sonntag gruppierte sich die Kindergruppe zum Festzuge. Im Gasthof „zur Eiche“ wurden die Kinder mit Kaffee und Kuchen reichlich bewirtet. Unter Leitung des Vorsitzenden der Werksguppe Jacobsgrube, Herrn Klingner traten dann die 7 Spielabteilungen der Kinder an, um ihre Fertigkeiten im Armbrust- und Stechpfeilschießen zu erproben. Ein lustiges, fröhliches Wäldchen empfing später abteilungsweise, voran die mit einem großen Kranz geschmückten Vögel- und Sternköniginnen bzw. Königinnen ihre Preise und Geschenke. Weitere Belustigungen verschiedener Art, wie Stammklettern, Ballwerfen, Würstchenschnappen, Tauziehen und Topfschlagen der Kinder unterhielten Jung und Alt bis in die Abendstunden, in denen die Kinder, nachdem sie sich noch alle mit Würstchen gestärkt hatten, nur ungern den Heimweg antraten.

Der Abend vereinigte im vollbesetzten Saale und Garten Mitglieder und Gäste bei Tanzmusik in froher Stimmung.

Das Fest lieferte den Beweis dafür, was alles geleistet werden kann, wenn die einzelnen Vereine und Verbände geschlossen und geeint auftreten.

**Bezirk Borna.** Am 4. September fand die Bezirksitzung statt. Kamerad Jaculy erstattete Bericht über die Hauptvorstandsitzung am 26. August ebenso Kamerad Schnee über die Vorarbeiten zur Stadtverordnetenwahlen in Borna.

Als Arbeitsprogramm für den Monat September ist vorgesehen: Vom 15. bis 21. September ein kommunalpolitischer Kursus in Hainzburg.

Außerdem finden im Monat September, Oktober und November örtliche Kurse über Arbeitsrecht in Borna und Kieritzsch statt, und zwar Freitag, den 13. September, 27. September, 11. Oktober und 1. November in Borna Hotel zur Börsehalle.

Dienstag, den 24. September, 8. Oktober, 22. Oktober und 5. November in Kieritzsch Gasthof zur Post je Abends 7 Uhr. Die Vorsitzenden der einzelnen Gruppen werden nochmals gebeten, die in Betracht kommenden Mitglieder auf die Wichtigkeit der Kurse hinzuweisen, und darauf aufmerksam zu machen, daß vor allen Dingen die Betriebsräte und Betriebsratsamwärtler, die Vorsitzenden selbst und alle weiteren Interessenten an den Kursen teilzunehmen haben.

Ferner findet am 20. Oktober in Deutzen ein väterländischer Abend statt, wozu sämtliche Gruppen eingeladen werden.

Monatsversammlungen der einzelnen Gruppen finden wie folgt statt:

Witznig	am 15. September 8 Uhr Börsehalle
Breunsdorf	„ 15. „ 8 „ Gasthof zur Post in Kieritzsch
Dora und Helene	am 15. September 7 Uhr Gasthof Neue Welt in Lobstädt.
Böhlen	am 27. September 7 Uhr Bahngasthof
Thräna	„ 20. „ 7 „ Gasthof Thräna.

Die nächste Bezirksitzung findet am 2. Oktober statt.

Werksguppe Dora und Helene. Am 29. Juni fand die Monatsversammlung der Gruppe statt.

#### Tagesordnung:

1. Verlesen der Niederschrift von der letzten Versammlung
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Vortrag des Kameraden Junghans.
4. Delegiertenwahl zur Hauptversammlung.
5. Verschiedenes.

Die Niederschrift der letzten Monatsversammlung wurde genehmigt. Aufgenommen wurden 14 neue Kameraden, die der Vorsitzende ermahnte, treue Mitglieder der A. M. B. zu werden.

Hierauf erteilte der Vorsitzende dem Kameraden Junghans das Wort zu seinem Vortrage: Die A. M. B. ihre Einstellung zu Staat und Wirtschaft. In klaren Worten beleuchtete der Redner die heutige Zeit der Parteiregierung und ihrer Mißwirtschaft, und gab in klaren Zügen die Einstellung der A. M. B. zu unserem Vaterland bekannt. Hand in Hand arbeiten mit dem Unternehmer zur Gesundung der deutschen Wirtschaft und zum Wiederaufbau unseres schwer daniederliegenden Vaterlandes soll unsere Leitlinie sein.

Daß dieser Vortrag, der mit großer Aufmerksamkeit angehört wurde, verstanden wurde, zeigte der reiche Beifall der dem Redner für seine trefflichen Ausführungen gezollt wurde.

Als Delegierte zur Jahreshauptversammlung wurden die Kameraden Junghans und Seifert gewählt.

Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten besprochen wurden, schloß der Vorsitzende die von 74 Kameraden und 2 Vertretern der Werksleitung besuchte Versammlung.

Am Sonntag, den 11. August, fand die Monatsversammlung der Gruppe Dora und Helene statt, die von 65 Kameraden und einem Vertreter der Werksleitung besucht war.

Kamerad Junghans erstattete ausführlich Bericht über die letzte Jahreshauptversammlung, die von allen Anwesenden beifällig hingenommen wurde.

Kamerad Löffig gab Bericht über die Sitzung des Bezirkes Borna, und ermahnt die Kameraden mit aller Energie an den Wiederaufbau unserer Bewegung zu arbeiten.

Zum Schluß der Versammlung wurden noch die Sparbücher zur Einsichtnahme ausgegeben, wobei man manches freundige Gesicht sah. Vereinskasse ist ab 11. August der Gasthof Neue Welt in Lobstädt. Nachdem nichts weiter vorlag, schloß der Vorsitzende gegen 1/2 10 Uhr die Versammlung mit einem kräftigen „Glück Auf“.

Am 27. August fand eine Vertrauensmännerversammlung der Gruppe Dora und Helene statt, um zu den schwebenden Fragen Stellung zu nehmen. Anwesend waren Kameraden von Dora und Helene sowie von der Werksguppe Viktoria und der Bezirksvorsitzende.

Es wurde beschlossen, im Winter einen vaterländischen Abend in Lobkütz abzuhalten (16. November). Als Festredner soll der Redakteur vom Deutschen Vorwärts Herr Krüger gewonnen werden.

**U. M. B. Ortsgruppe Kieritzsch.** Am 28. August fand in Kieritzsch eine Sitzung des Ortsausschusses statt, in der beschlossen wurde, an der Gemeinderatswahl sich rege zu beteiligen. Nach erfolgter Aussprache mit den bürgerlichen Gemeindevorsetzern und den politischen Parteien, wurde beschlossen, an dritter Stelle den Kameraden Kästig zu stellen, der hoffentlich nächstes Jahr Bürgermeister von Kieritzsch wird.

Außerdem wurde noch beschlossen, am 1. Dezember einen vaterländischen Abend im Gasthof zur Post in Kieritzsch zu veranstalten.

**Bezirk Meuselwitz.** Werksgruppe Phönix-Mumsdorf. Die Monatsversammlung am 19. Juli 1929 war wieder gut besucht. Nach Genehmigung der Niederschrift über die Hauptversammlung und Berichterstattung über die Bezirks-Vertreter-Versammlung am 14. Juni 1929 konnte der Vorsitzende 8 Kameraden bekanntgeben, die sich unjener Vereinigung anschließen wollen. Die Kameraden wurden sämtlich einstimmig aufgenommen. — Nachdem noch der Rest der Tagesordnung erledigt worden war, fand bis Schluß der Versammlung eine rege Aussprache mit Herrn Dr. Brechtel-Zeit statt, die zeigte, welches Interesse die Kameraden den schwebenden Tagesfragen (Young-Klan, Kriegsschuldfrage) entgegen bringen.

**Werksgruppe Eugenschacht.** Zu der am 19. Juli abgehaltenen Mitgliederversammlung hatten sich 41 Kameraden und 9 Frauen eingefunden. Der Vorstand begrüßte bei Beginn der Versammlung alle Anwesenden, vor allen aber die 9 Kameraden, die der Vereinigung beitraten. Zu dem engeren Vorstände wurden noch 3 Vertrauensmänner aus dem einzelnen Betriebszweigen gewählt. Kamerad Häfflitzer (Werkstelle), Kamerad Schnelle (Gleisbau), Kamerad Köhler (Maschinenbetrieb). Die Sparkasse wurde durch einstimmigen Beschluß vom 1. August in Betrieb genommen. Unsere Mitgliederversammlungen werden von jetzt ab jeden Freitag nach dem 1. des Monats abgehalten. Ausnahmsweise die Nächste anschließend an den Vortrag am Sonntag, den 18. August, zu dem Herr Dr. Theiler-Halle abends 7 Uhr über das Thema: „Die Frau und ihr Wirkungskreis“ spricht. Hierzu laden wir alle Kameraden mit ihren wertsten Frauen sowie Gäste herzlichst ein.

**Werksgruppe Waltersdorf.** Die erste Halbjahresversammlung fand statt im Vereinslokal „Altenburger Hof“ in Wintersdorf am 4. August 1929 vormittags 9 Uhr.

Um 9<sup>00</sup> Uhr eröffnete der Vorsitzende, Kamerad Schöll, die Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt.

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Halbjahresbericht des Vorsitzenden.
3. „ „ Kassierers.
4. Beiträge.
5. Verschiedenes.

Der Vorsitzende verliest die Antragsteller zur Aufnahme in die Werksgruppe. Die Versammlung beschließt einstimmig deren Aufnahme. Die neu aufgenommenen Mitglieder werden darauf durch den Vorsitzenden begrüßt und aufgefordert, treu im Sinne der Werksgruppe zu arbeiten und sich rege an den Versammlungen zu beteiligen.

Der Vorsitzende verliest den Bericht über die Jahreshauptversammlung in Schneidemühl bei Zeit und schildert dann eingehend den erhebenden Verlauf dieser Tagung. An den Worten des 1. Vorsitzenden in der U. M. B., Kamerad Steindorf, „Die Jahreshauptversammlung ist zu betrachten als ein Meilenstein auf einem langen und schweren Weg“ anknüpfend, wirt der Vorsitzende Kamerad Schöll mit fernen und erhebenden Worten auf die Versammlung eingehend ein und schließt mit der Aufforderung, entsprechend dem 1. Halbjahr treu weiter zu arbeiten und zu werben. Darauf verliest er den Bericht über den Verlauf des 1. Halbjahres in der Werksgruppe Waltersdorf. —

**Gasthof „Zur Post“** Oskar Förster  
Bes.: Alfred Förster  
**Bahnhof Kieritzsch**

Tagungslokal der Arbeitnehmervereinigung im  
mitteldeutschen Bergbau Ortsgruppe Kieritzsch  
**Jeden Sonntag Gartenfreikonzert**

➡ Große Tierschau, Kinderspielwiese mit Bergbahn ➡  
**Küche und Keller weit bekannt.**

**Kleine Preise**

Der Vorsitzende fordert den 1. Kassierer auf, den Kassenbericht zu erstatten. Nach Verlesen dieses Berichts wird über Punkt 2 und 3 der Tagesordnung kurz diskutiert und dem 1. Vorsitzenden und dem 1. Kassierer von der Versammlung Entlastung erteilt.

Unter Verschiedenes werden zunächst einige interne Gruppenangelegenheiten erledigt.

Dann wird über die Einrichtung einer Unterstützungskasse und über Spargelder lebhaft und lange diskutiert. Für die Einrichtung einer Unterstützungskasse in der Werksgruppe wurde einstimmig beschlossen, daß jedes Mitglied monatlich 1.— M. in die Kasse zahlt.

Nach Erledigung der vorliegenden Wortmeldungen meldet sich Kamerad Franke, Mariengrube (Fabrik) als Gast zum Wort und bittet um Erläuterungsfragen über die Ziele der Werksgemeinschaft. Der Vorsitzende, Kamerad Schöll erläutert hierauf den Werksgemeinschaftsgedanken eingehend und in eindringlichen Worten. Darauf dankt Kamerad Franke dem Vorsitzenden für seine Ausführungen, erklärt seinen Beitritt und verpflichtet, in der Brikettfabrik Mariengrube für die Werksgemeinschaft zu arbeiten. Nachdem alle Wortmeldungen erledigt sind, dankt der Vorsitzende für die rege Beteiligung und schließt die Versammlung 13 Uhr mit einem kernigen „Werkshet!“.

**Werksverein Rositz.** Am 11. August 1929 vormittags 9 Uhr fand im Werkssaal der R. B. W. eine Mitgliederversammlung unter folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht über die Generalversammlung der U. M. B.
2. Werksparkasse.
3. Werksbibliothek.
4. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 erstattete Kamerad Taubert ausführlichen Bericht über die Generalversammlung der U. M. B. Widerprüche und Wortmeldungen aus der Versammlung erfolgten nicht.

Zu Punkt 2 wurde die vom Gesamtvorstande gemachte Neuregelung der Werksparkasse nach reichlicher Aussprache gegen eine Stimme angenommen.

Punkt 3 wurde allseitig begrüßt und einstimmig angenommen. Die Werksbibliothek besteht nun und kann von allen Werksangehörigen unter Hinterlegung einer Empfangsquittung für die geliehenen Bücher, benutzt werden.

Punkt 4. Der Vorsitzende verlas ein Schreiben der Hauptversammlung, wonach Angehörige (Mädchen über 14 Jahre) der Mitglieder, in die Haushaltsschule Klein-Wangen für einen angemessenen Betrag zum Kursus geschickt werden können. Meldungen nimmt der Vorstand entgegen und erteilt entsprechende Auskunft. Auch dieser Punkt fand allgemeine Annahme.

Aufgenommen wurden 2 Mitglieder, abgegangen sind 2 Mitglieder.

Zugleich machte der Vorsitzende bekannt, daß durch freiwilliges Ausscheiden des Schriftführers der stellvertretende Schriftführer Kamerad Alemann das Amt bis zur nächsten Neuwahl übernommen hat. Schluß der Versammlung 11.45 Uhr.

## Sommerfrische Schneidemühle

(Bahnhof Haynsburg)

**Hotel u. Pension-Villa „Zur Zeitzer Schweiz“**

18000 Morgen Wald.

Mitten im Laub- und Nadelwald gelegen. Schönster Ausflugsort des Zeitzer Forstes. Hotel-Restaurant, Saal und Gartenwirtschaft (1500 Sitzplätze) mit eigener Landwirtschaft. Neue Pensionsvilla. Fremdenzimmer (55 Betten). Angenehmes Familienbad, Ausflugsort für Vereine und Schulen. Ruhige Lage, sonnige Zimmer mit Balkon, elektr. Licht, Bad, W.-C. Pension von 4,50 bis 6,00 pro Tag bei 4 reichlichen Mahlzeiten, je nach Lage der Zimmer. Ia Küche und Keller, Hausschlachtung eigene Hausbäckerei. Tägl. frische Aale, Schleie, Karpfen blau. Autobusverbindung Haynsburg—Schneidemühle—Zeititz lt. Fahrplan. Autopark f. ca. 200 Autos u. gr. Ausspannung f. 50 Pferde vorhanden.

Telefon Zeititz 535.

Prospekt frei.

Besitzer: **W. Prätor.**

# Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

2. Jahrgang

Halle (Saale), den 20. Oktober 1929

Nr. 10

## Abgründe.

Des Deutschen Reiches Außenminister ist für jeden unerwartet plötzlich einem Schlaganfall erlegen. Die Blätter aller Richtungen widmen dem unermüdeten Kämpfer ehrende Nachrufe und erkennen sein Wollen an. Getreu dem Motto: „Kur Gutes über die Toten“ senken sie den Degen. Verstummt ist der Lärm des Pressekampfes angesichts der Weihe des Todes. Nur dem „Vorwärts“ blieb es vorbehalten, die Todesruhe zu stören durch einen aufreizenden Artikel der erschien, als die Leiche Stresemanns noch nicht beigelegt war. In dem „Mörderin Politik“ überschriebenen Artikel wird das Lebensende Stresemanns in Vergleich gebracht zu dem Erzbergers und Rathenaus: „... man kann auch Stresemanns Ende kaum als den normalen Ablauf eines Menschenlebens werten“. Weiterhin wird offen ausgesprochen, daß die politischen Gegner Stresemanns von der „wohlerwogenen Absicht“ geleitet waren, „ihn aus dem Wege zu räumen“. („Vorwärts“ Nr. 469 vom 5. 10. 29.) Mit einem solchen Verfahren spricht der Artikelschreiber sich sein Urteil selbst. Und wenn er in seinem Schlusssatz zu einer „Bhalanz anständiger Menschen“ aufruft, so schließt er sich selbst aus dieser Bhalanz aus.

Wir sind geneigt anzunehmen, daß der „Vorwärts“ und seine Kreise von anderen Dingen ablenken wollen, die ihnen sehr unangenehm sind. Am so unangenehmer, als in etwa 4 Wochen die Kommunalwahlen stattfinden. Da ist in Berlin eine krachende Bombe in die Vorbereitungen zu den Kommunalwahlen hineingeplatzt. Der Fall Sklarek. Fatal, äußerst fatal.

Der Zusammenbruch der städtischen Finanzen in Meissen, die unter Führung einer sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit steht, bedeutet einen vernichtenden Schlag für die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen der Kommunen. Die bekannte Rede des Essener Oberbürgermeisters Dr. Bracht ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Der preußische Handelsminister Dr. Schreiber wandte sich auf der preußischen Kommunalwahltagung am 14. September 1929 nicht nur gegen die Steuerfreiheit der öffentlichen Betriebe, sondern gegen das fortschreitende Eindringen der öffentlichen Hand in die Wirtschaft überhaupt.

Es liegt im Interesse der Kommunen, vor allem aber der Steuerzahler, daß nicht zugunsten irgendwelcher unterzubringender Genossen — was vielfach der Hauptgrund ist — alle möglichen wirtschaftlichen Experimente gemacht werden. Das kann die finanzielle Lage der Kommunen wirklich nicht ertragen. Der erste Bürgermeister der Stadt Oschatz hat in einer Eingabe an den sächsischen Ge-

meindetag berichtet, daß eine große Anzahl sächsischer Städte in kürzester Zeit vor dem Zusammenbruche stehe. Er stellt fest, daß von 65 Städten mit einer Einwohnerzahl bis zu 45 000 nur 4 ohne ungedecktes Defizit abschließen. Der Präsident des Deutschen Städtetages Dr. Mulert geißelte auf dem deutschen Städtetag unverhüllt die Anleihenwirtschaft der Städte.

Und nun der Fall Sklarek. Willi, Leo und Max Sklarek kommen aus Schlesien nach Berlin. Erst kleine Konfektionsreisende, dann Heereslieferungen. Krieg als Konjunktur. Riesenbeträge flossen in ihre Taschen. Revolution ist ihnen wieder Konjunktur. Bei der Auflösung der Heereslager sind sie beteiligt. Riesenmengen Textilien gingen durch ihre Hände. Wieder Riesengewinne. Die Inflation wissen sie gleichfalls zu nutzen, ihr Vermögen wächst in die vielen Millionen. Es wuchs auch ihre persönliche Eitelkeit. Das gesellschaftliche Leben Berlins sieht sie mit an erster Stelle. Sie legen sich eigene Kennställe zu. Schließlich muß die Politik als Konjunktur herhalten. Sie werden eingeschriebenes Mitglied der Sozialdemokratie, der sogenannten Partei des werktätigen Volkes. Sie erhalten Lieferungen für die Stadt Berlin, die durch die städtische Kleidervertriebsgesellschaft den größten Teil des Bedarfs der kommunalen Anstalten an Kleidungsstücken selbst deckte. Als durch die schlechte Wirtschaft der Leiter der Kleidervertriebsgesellschaft die Stadt sich genötigt sah, die Gesellschaft abzustößen, traten die Sklareks als Käufer auf und erhielten einen sehr günstigen Vertrag mit der Stadt, die ihnen ein Monopol auf Kleider, Wäsche und Schuhwaren für die städtischen Anstalten sicherte. Goldene Zeiten für die Sklareks, elende Zeiten für seine Abnehmer. Oft genug kommen Klagen über die schlechte Beschaffenheit der Waren, für die sie im Verhältnis zur Qualität auf Grund ihrer Verträge Preise erhielten, die weit über denen jeder Konkurrenz gelegen hätten, wenn — es eine solche gegeben hätte.

Schon vor 2 1/2 Jahren hat die Zeitschrift für Textilwirtschaft auf diese skandalösen Zustände hingewiesen. Für einen Mantel, der in jedem Ladengeschäft für 16 Mark zu kaufen war, ließen sich Sklareks 28 Mark bezahlen, Anzüge, im Laden für 24 Mark käuflich, verkauften Sklareks für 50 Mark. Schwer geschädigt ist das Wohlfahrtsamt und die vom ihm Betreuten d. h. die Vermissten der Armen. Daß das Reichsbanner auch zu den Geschädigten gehören soll, entbehrt nicht des Tragikomischen. Der rote Magistrat Berlins hat sich ohne Zweifel mitschuldig gemacht an der dauernden Uebersteuerung der Steuerzahler und hat Millionen über Millionen verschleudert.

Das Defizit Berlins beträgt z. Zt schon über 30 Millionen. Der Staatsanwalt wird hoffentlich Licht in diese dunkle Angelegenheit bringen. Kommunisten und Sozialdemokraten sind bloßgestellt. Die ersten Bestechungsfälle sind bereits festgestellt. Die SPD. hat nach Bekanntwerden der Betrügereien die beiden Brüder Sklarek aus der Partei ausgeschlossen. Der „Vorwärts“ gesteht in seiner Nr. 456 wehmütig, daß „aus dem Fall Sklarek — aus diesem nicht zum ersten Male — die Lehre sich ergebe, daß Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im Verkehr mit großspurig auftretenden Geschäftsleuten eine gewisse vorsichtige Zurückhaltung üben sollen“. Diese Lehre hätte man früher ziehen sollen, als die Barmat, Kutischer Sklarek usw. die Partei kompromittiert haben. Wir möchten bloß wissen, was die millionenreichen Kennstallbesitzer in der SPD. der sogenannten Partei der Werkstätigen zu suchen haben. Am Golde hängt nach Golde drängt doch alles. Womit unser alter Goethe wieder mal den Nagel auf den Kopf getroffen hat.

Im Reichstag ist in 3. Lesung das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung verabschiedet worden. Wir können nicht behaupten, daß uns die jetzige Fassung befriedigt, aber eines ist zumindest verhütet worden, eine Beitragserhöhung. Die Sozialisten hatten vorher den Mund recht voll genommen und wollten unter keinen Umständen auf die Erhöhung der Beitragslasten verzichten. Die Durchsetzung der Erhöhung ist ihnen nicht gelungen. Das nunmehr beschlossene Gesetz ist allerdings keineswegs imstande, die allseitig anerkannten Mißstände zu beseitigen. Der demokratische Parteivorsitzende Koch sagte am dem Parteitag in Mannheim: „Daß man das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung mit einer finanziellen Lücke in den Reichstag bringen konnte, damit dieser sie ausfülle, war eine Bankrotterklärung.“ Wenn Herr Aufhäuser im „Vorwärts“ meint, der Fehlbetrag müsse durch die Reichskasse aufgebracht werden, so zeugt das angesichts der schlechten Finanzlage des Reiches nicht gerade von Verantwortungsbewußtsein.

## Familien-, Werks- und Volksgemeinschaft.

Von H. Taubert, Rositz i. Thür.

Welch tiefer Sinn liegt doch in dem Worte „Gemeinschaft“! Und wie wenige kennen ihren hohen Wert, sooft man auch von Arbeitsgemeinschaft, Tarifgemeinschaft, Volksgemeinschaft usw. spricht. Was hat denn all das viele Reden von „Volksgemeinschaft“ für einen Sinn, wenn man sie „von oben“ errichten und organisieren will. Zumeist wird hier die grundlegende Tatsache vergessen, daß ein Volk und seine Wirtschaft nicht irgend ein großer Mißmachsch von Menschen ist, daß vielmehr von unten der Aufbau zu erfolgen hat, von der Volkszelle, der Familie und der Wirtschaftszelle, dem Betrieb. Volksgemeinschaft ist also nur zu verwirklichen durch Familiengemeinschaft und durch Betriebs- oder Werks-gemeinschaft.

Denn im Anfang war die Familie, der Wunsch nach ihrer Erhaltung und Fortpflanzung hat die Menschen erst wirtschaften lassen. Konnte man bei uns im Mittelalter von einer wahren Familiengemeinschaft reden, so ging die Erkenntnis ihrer Werte heute mehr und mehr verloren. Die Familien- oder Ehegemeinschaft ist aber die natürlichste Gemeinschaft. Gerade wir Werks-gemeinschaftler sollen da zuerst auf uns und unsere Familie sehen, dort mit der Arbeit für die Gemeinschaft beginnen. Erst wenn sich hier in der Familie Mann und Frau ihrer hohen Verantwortung vor sich selbst und vor der

Man braucht sich dann nicht zu wundern, wenn dies Verantwortungsbewußtsein in den breiten Massen mehr und mehr schwindet als Folge einer auf die Spitze getriebenen Sozialpolitik. Mehr und mehr reißt die Anschauung ein, Gemeinde, Staat und Reich sind meinetwegen da, man tut so, als ob das fremde Körper seien, denen man mehr und mehr abzapfen könne. Wir haben hier des öfteren auf Mißbrauch der verschiedensten Kassen-einrichtungen hingewiesen. In diesen Tagen erlebte man in einem Bergmannsdorf des Hallischen Reviers folgendes: Krank feierten 35 Mann. Bei der Nachuntersuchung wurden 30 gesund geschrieben. Das ist wie wir alle wissen, keine Einzelercheinung, sondern gang und gäbe. Der oben zitierte Reichsminister a. D. Koch sagte in seiner Rede: „Ich habe ernste Sorgen um Deutschland. Heute sind es in erster Linie die innerpolitischen Verhältnisse, die hemmend und düster sind, nicht so sehr wegen der Gegner der Republik. Vielmehr als die Feinde der Republik fürchte ich meine eigenen Freunde. Die Verfassung von Weimar ist gut. Aber was die Parteien aus ihr gemacht haben, ist ein Zerrbild. Vielleicht bedarf es einer Verfassungsänderung, um den Sinn der Verfassung wieder herzustellen. Ich kann nicht anerkennen, daß wir in der Art wie Regierung und Reichstag arbeiten, und wie die Regierung gebildet wird, seit dem Jahre 1919 Fortschritte gemacht haben. Ich halte eine Gesundung der deutschen Verhältnisse für unmöglich, wenn wir nicht zu einem anderen Wahlrecht gelangen.“

Wir sind der Meinung, daß zur Gesundung des des deutschen Volkes in erster Linie eine geistige und sittliche Erneuerung notwendig ist, ergänzt durch strenge Erziehungsarbeit echter Führer. Nicht Besitz und Rang machen den Führer, sondern das sittliche Verantwortungsgesühl für die Gemeinschaft. Solche wahren Führer werden auch ihre Gefolgschaft haben. Der Deutsche Mensch, in seinem Kerne gesund, harret nur der Führung, um wiedererweckt zu werden, zu eigenem Bewußtsein zu gelangen und eingesetzt zu werden für die Gemeinschaft.

Zukunft ihrer Kinder voll bewußt sind, wenn sie die Sorge um das Leben und die Erziehung ihrer Kinder gemeinsam tragen, um dann auch gemeinsam die Freuden des Lebens auszukosten, erst dann ist der Weg zur Werks- und Volksgemeinschaft frei. Denn zwar kennen wir den Wert der Arbeit an sich, aber keine Arbeit schafft auf die Dauer Befriedigung, wenn im eigenen Hause Streit und Unzufriedenheit herrscht. Diese Arbeit geschieht aber im Werk, das Werk gibt der Familie das, was zu ihrer Erhaltung notwendig ist. Wie aber kann das Werk auf die Dauer Arbeit und Lebensunterhalt für die Familie gewähren, wenn sich die Menschen im Werk bekämpfen und immer wieder die Arbeit der anderen behindern und verhindern? Wie es innerhalb einer Familie allen Teilen nicht gut geht, wenn fortwährend Hader und Unfriede herrscht, genau so und vielleicht noch schlimmer ist es auf der Arbeitsstätte. Der Arbeitgeber muß mehr und mehr einsehen, daß die Arbeit im Werk und damit er selbst nicht bestehen kann. Der Arbeitnehmer sollte mehr und mehr erkennen, daß es ohne Gedeih des Werkes keinen Aufstieg für ihn gibt. Wie oft haben wir es erlebt, daß dem Arbeiter etliche Pfennige Lohnzulage nichts, garnichts nützen, wenn sie mit einem mehrwöchentlichen Streik erkämpft wurden.

Wie aber liegen die Dinge bei uns in Deutschland?

Marxistischer Klassenhaß und Klassenkampf zerstören fortwährend die Gemeinschaft in Familie und Werk, weil sie den Arbeitnehmer zur Arbeitsunlust treiben. Hinzu kommt, daß die Führer der marxistischen Parteien und Gewerkschaften immer mit allen Mitteln dahin arbeiten, ihre Anhänger und unfreiwilligen Nachläufer mit neuem Zündstoff zu versorgen, damit sie sich möglichst lange ihre Existenz erhalten. Ich gebe zu, daß es auch heute noch Arbeitgeber gibt, die nur ihr Wohl suchen und nur an ihren Gewinn denken. Der größte Teil unserer Arbeitgeber ist sich jedoch seines Verantwortungsgefühls voll und ganz bewußt. Und der Arbeitnehmer, der nicht nur Partei- und Gewerkschaftsfanatiker ist, sondern auch in unser deutsches Wirtschaftsleben hineinschaut, der müßte doch erkennen, daß ein Arbeitgeber seine Bude nicht schließen würde, wenn sie nur noch den geringsten Gewinn bringt. Daß heute eine Firma den Betrieb schließt, nur um ihre Arbeiter brotlos zu machen, daran kann doch auch der beschränkteste Arbeiter nicht glauben. Zeigt uns denn das tägliche Leben nicht deutlich genug, wohin wir Steuern angeht, der vielen Konturze und Stilllegungen. Wir stehen als wirtschaftsfriedliche und werks-gemeinschaftlich eingestellte Arbeiter gewiß nicht auf dem Standpunkt, halb umsonst, oder bis in die Puppen hinein arbeiten zu müssen; uns liegt aber an der Erhaltung unserer Arbeitsstätte. Wir bekämpfen insolgedessen unsere Arbeitsstätte nicht, sondern versuchen mit dem Arbeitgeber gemeinsam aus dem Betrieb herauszuholen, was möglich ist, nicht nur zum Nutzen unserer selbst, sondern auch zum Nutzen unserer ganzen Volkswirtschaft. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind aufeinander angewiesen, genau wie Mann und Frau in einer Familiengemeinschaft; beide Teile müssen sich die Hand reichen und Freud und Leid innerhalb des Werkes gemeinsam tragen; dann bringt die Arbeit Glück und Zufriedenheit für beide Teile.

Wie sieht es aber bei unseren lieben marxistischen Volksgenossen aus? Einer gönnt dem anderen nicht die Luft, hat einer ein Häuschen oder ein Stück Land, dann muß er bekämpft werden. Kein Mensch denkt daran, wie der betreffende gespart hat, während der andere sein Spartanto in der Kneipe oder sonstwo hatte. Geht es dann den lieben Kollegen schlecht, dann helfen diese Kreise bestimmt nicht, dann freuen sich diese Menschen meist noch an den Schicksalsschlägen. Diese Tatsachen kann man fast täglich unter seinen lieben Mitmenschen erleben, das sind die sogenannten Früchte des Marxismus. Man sollte es kaum für möglich halten, daß ein Volk wie unser Deutsches, das in der Technik, im Handel so tüchtig ist, ein Land der Denker und Dichter, das Land mit seinem Fleiß und seiner Ordnung, daß in diesem Lande sich die Arbeitnehmer nicht einmal aufraffen können und erkennen lernen, daß an dieser Theorie

des Marxismus unser ganzes Land und unsere ganze Wirtschaft zum Teufel gehen muß. Wir Werksgemeinschaftler haben erkannt, daß wir mit Klassenhaß und Klassenkampf unser Wirtschaftsleben nicht heben können und keinen Schritt vorwärts kommen, bis wir mit der Zeit jeden deutschen Volksgenossen aus den Klauen des Marxismus befreit haben. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir nur die Arbeitnehmer meinen, sondern auch die Arbeitgeber, welche sich schon allzusehr auf Klassenkampf eingestellt haben. Ihnen sollte nicht nur die Erhaltung ihres Werkes, sondern die ganze deutsche Wirtschaft am Herzen liegen.

Genau wie die Familienwirtschaft, kann auch nur die Werksgemeinschaft zur wahren Volksgemeinschaft führen. Ich kann mir keine Volksgemeinschaft denken mit dieser ungeheuren Zerrissenheit innerhalb des deutschen Volkes. Unzählige Parteirichtungen, Verbände und Vereine verhindern eine echte Volksgemeinschaft, trotzdem sie vielfach dieselben Ziele verfolgen, aber der Führerdünkel läßt sie das Wohl des ganzen Volkes vergessen. Wie oft wird ein guter Arbeiter, welcher einem nationalen Verein angehört, von einem anderen gehänselt, weil er nicht in seinem nationalen Verein ist. Ganz gleich in welche Partei heute jemand eintreten mag, er macht es mindestens 25 Parteien nicht recht. Nach meinem Dafürhalten sollte ein jeder erst einmal das A.B.C. der Wirtschaft kennen lernen, ehe er sich schlüssig wird, welcher Partei er seine Stimme gibt. Echte und treue Volksgemeinschaft darf keine Partei- und Vereinsfanatiker erziehen, sondern da muß einer für den anderen eintreten. Echte Volksgemeinschaft tut uns Deutschen aber gerade bitter not, uns, die wir die Sklaven anderer Nationen sind. Wo war die deutsche Volksgemeinschaft, als es sich um Versailles handelte? Wo war unsere Volksgemeinschaft, als man die Ruhr besetzte? Da mußte einmütig das ganze deutsche Volk zusammenstehen, und nicht nur das Ruhrgebiet. Wo war und ist jetzt unsere Volksgemeinschaft, wo man sich um die Beute reißt. Hier täte eine Volksgemeinschaft bitter not, damit man uns nicht zur Schlachtbank führen könnte mit einer Blende vor der Stirn. Kein Volk ist politisch so dumm als gerade wir Deutschen, mit unseren vielen Parteien. Die weiße Rasse verhöhnt die gelbe, braune und schwarze, ich glaube aber nicht zuviel zu behaupten, daß gerade letztere wohl alle mehr Nationalgefühl besitzen als ein großer Teil unserer deutschen Volksgenossen. Diese handelnde Volksgemeinschaft war nicht da, weil die Familiengemeinschaft fehlt, weil die Werksgemeinschaft als Gesinnung nicht vorhanden war. Unsere Aufgabe ist es, aus Familien- und Werksgemeinschaft die große deutsche Volksgemeinschaft zu schaffen. Dann braucht es uns um Deutschlands Zukunft nicht bange zu sein.

## Die Knappschafft berichtet.

Der Geschäftsbericht der Sächsischen Knappschafft für das 1928 liegt nunmehr vor. Er ist in vieler Hinsicht äußerst aufschlußreich. In der Arbeiterkrankenkasse, der 30 627 Mitglieder (Monatsdurchschnitt) angehören, betragen die Krankheitsfälle mit Arbeitsunfähigkeit 34 927 das ist auf den Versicherten 1,14%. Auf den Versicherten entfallen 30,5 Krankheitstage. Im Jahre 1913 betrug der Reichsdurchschnitt 9,3 Krankheitstage. Im Jahre 1927 lagen die Krankheitstage noch um 1,1% höher. Die Senkung ist zurückzuführen auf die Nachuntersuchungen. Wir haben immer auf die Wichtigkeit der Nachuntersuchungen hingewiesen, und es ist sehr

erfreulich, daß solche Nachuntersuchungen im Berichtsjahre des öfteren stattgefunden haben. Wenig erfreulich aber ist das Ergebnis dieser Untersuchungen.

Zur Nachuntersuchung wurden aufgefordert 11 870 Krankfeiernde.

Es meldeten sich sofort gesund	3030 = 25,5%
gesund und arbeitsfähig befunden wurden	4935 = 41,6%
arbeitsunfähig befunden wurden	3905 = 32,9%

Nicht einmal  $\frac{1}{3}$  aller Krankfeiernden wurden als arbeitsunfähig befunden.

Wir wissen aus der verschiedensten Veröffentlichungen an dieser Stelle, daß das keine Einzelerrscheinung ist, sondern in ähnlichem Umfange überall zutage tritt. Hier zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit, wie tief das **Verantwortungsbewußtsein** in weiten Kreisen unseres Volkes gesunken ist. Diese Stimulanten sind die schlimmsten Ausbeuter ihrer Arbeitskollegen. Einmal belasten sie die Kasseneinrichtungen ins ungeheure (Es kann sich jeder an Hand obiger Zahlen eine Rechnung aufstellen über zuvielgezahltes Krankengeld, Arztkosten usw.) und verhindern eine Beitragsenkung auf ein erträgliches Maß; zum andern belasten sie die Ärzte, sodaß diese für die Untersuchung der wirklich Kranken kaum die erforderliche Zeit aufwenden können, da der Andrang zu groß ist. Von dem Produktionsausfall ganz zu schweigen. Wo bleibt hier die vielgerühmte Solidarität? Es ist Ausbeutung aller schwerster Art, weil die eigenen Arbeitskameraden betroffen werden.

Die Aufwendungen für die einzelnen Krankenkassenleistungen ergeben ein auffälliges Bild. In der Arbeiterkrankenkasse entfallen 53% aller Ausgaben auf die Krankengeldzahlungen, also ein Betrag von 2897 088,18 RM, während in der Angestelltenkrankenkasse die Gewährung der Krankenpflege überwiegt, die 74% der Ausgaben ausmacht. Auch diese Gegenüberstellung gibt zu denken. Die Krankenkassenausgaben in der Sächsischen Knappschaft betragen je Mitglied 176,44 RM, gegenüber 87,51 RM, in den Sächsischen Ortskrankenkassen. Das ist mehr als doppelt so viel.

Die Anzahl der Invaliden ist in bedrohlichem Umfange weiter angewachsen. Es wurde daher wie schon im Vorjahre besonders Wert auf scharfe Prüfung der eingehenden Anträge und auf die Nachuntersuchung der

Invaliden gelegt. Die Entwicklung läßt sich jedoch nicht aufhalten, da die Antragsteller meist den Voraussetzungen für die Altersinvalidenpension nach § 35 R. R. G. erfüllt haben und daher wenn die Invalidenpension nach § 35 R. R. G. nicht bewilligt wird, die Altersinvalidenpension in Anspruch nehmen. Das Bestehen der Altersinvalidenpension hat zur Folge, daß der Begriff „berufsunfähig im Sinne des § 35 R. R. G.“ in den Kreisen der Beteiligten immer mitder ausgelegt wird. Das Durchschnittsalter ist in der Arbeiterabteilung auf 50,5 Jahre gesunken gegenüber 57,4 Jahre im Jahre 1924. Das durchschnittliche knappschaftliche Dienstatler der Invalidisierten ist gesunken auf 24,9 Jahre gegenüber 31,3 Jahre im Jahre 1924.

Während noch 1924 auf 100 Aktive in der Arbeiterpensionklasse 47 Pensionenempfänger kommen, sind es 78 im Jahre 1928. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Jeder Zusatz würde ihre Wirkungen abschwächen.

Die Beiträge pro Kopf der Versicherten sind gestiegen von 232 RM. (1924) auf 538 RM. (1928). Zur Arbeiterpensionklasse allein zahlt der versicherte Arbeiter (einschließlich Werksbeitrag) 257 RM. gegenüber 103 RM. im Jahre 1925.

Einer Reineinnahme von insgesamt 18 133 316,84 RM. aus allen knappschaftlichen Versicherungszweigen stehen Ausgaben in Höhe von 25 003 839,54 RM. gegenüber. Hier ist der Vergleich mit 1924 besonders interessant:

Damals betragen die Einnahmen 10 821 864,61 RM.  
die Ausgaben 9 581 672,45 RM.

Der Bericht redet eine furchtbare Sprache und zeigt, auf welchem Wege wir uns befinden. Es ist allerhöchste Zeit, daß endlich alle vernünftigen Kreise sich zusammenschließen und den gemeinsamen Kampf gegen die vielfachen, allzuvielfachen Auswüchse der Sozialversicherung aufnehmen.

## Stabilisierung des Gewerkschaftsmonopols im Wirtschaftsrecht.

Der Artikel 165 unserer Reichsverfassung gewährt bekanntlich den Angestellten und Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht an der Regelung den Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte. Auf dies in Grundrecht ruht neben anderen Gesetzen (z. B. Betriebsrätegesetz) auch die Tarifvertragsordnung in ihrer neuesten Fassung vom 1. 3. 1928, die die „wirtschaftlichen Vereinigungen“ der Arbeitnehmer für tariffähig erklärt. Leider unterließ es die Verordnung jedoch, zu sagen, was sie unter „wirtschaftlichen Vereinigungen“ verstanden wissen wollte.

Auf der Suche nach diesem Begriff ging unsere Rechtsprechung zurück auf die Zentralarbeitsgemeinschaft vom 15. 11. 1918 zwischen Arbeitgeberverbänden und den drei „großen“ Gewerkschaftsrichtungen und erkannte auf Arbeitnehmerseite nur diesen Gewerkschaften die Tariffähigkeit zu. Sie folgte darin einem Vorbild der Verordnung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat von 1919, die als Bannkörper für die Vertretung der Industrie nur die der Zentralarbeitsgemeinschaft vom 15. 11. 1918 angehörenden Verbände anerkannt hatte. So entstand das Tarifmonopol der Gewerkschaften das sich vom Tarifrecht auf das gesamte Wirtschaftsrecht ausdehnte. Dieser Zustand wurde bereits im § 184 des Reichsknappschaftsgesetzes von 1926 reichsgesetzlich festgelegt. Trotzdem in der juristischen Wissenschaft die herrschende Meinung die Verfassungswidrigkeit dieses gewerkschaftlichen Tarifmonopols immer wieder aussprach —

verstößt es doch gegen die Gleichheit aller Deutschen vor dem Gesetz sowie besonders gegen Artikel 159 und 165 der Reichsverfassung — trotzdem das Reichsarbeitsgericht in 3 Urteilen sowie unzählige Landesarbeitsgerichte und Arbeitsgerichte die Tariffähigkeit der wirtschaftsfriedlichen Arbeitnehmerorganisationen anerkannte, versuchen die Gewerkschaften — unterstützt von fast allen politischen Parteien und selbst vom Staat — ihr Tarifmonopol zu stabilisieren und gesetzlich auf das gesamte Wirtschaftsrecht auszudehnen.

Das zeigt vor allem der Entwurf eines Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat, der auch als Benennungskörper auf Arbeitnehmerseite nur die 3 „großen“ Gewerkschaftsrichtungen anerkennt. Der Entwurf liegt seit dem Jahre 1925 einem Unterausschuß des Reichstags vor, er wird demnächst vor das Plenum des Reichstags kommen. Wieder und wieder muß von uns Werksgemeinschaftlern auf die Rechtswidrigkeit des gewerkschaftlichen Monopols hingewiesen werden, vereinen doch die Gewerkschaften nur  $\frac{1}{3}$  aller Arbeiter in ihren Reihen. Für den endgültigen Reichswirtschaftsrat wird das Monopol besonders gefährlich werden. Denn die Zusammensetzung des Reichswirtschaftsrats soll ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Kräfte darstellen; das aber geschieht nicht, wenn  $\frac{2}{3}$  der Arbeitnehmer brutal ausgeschaltet werden. Weiterhin aber soll die Gesetzesarbeit des Reichswirtschaftsrats frei sein von politischen Parteirücksichten, die unsere

Wirtschaft ohnehin nicht zur Ruhe kommen lassen. Politische Rücksichten ziehen nun aber doch wieder in den Reichswirtschaftsrat ein, wenn die politisch orientierten 3 Gewerkschaften das alleinige Benennungsrecht für die Arbeitervertreter erhalten. Durch Unterdrückung der nicht oder wirtschaftsfriedlich Organisierten, mit Hilfe des marxisti-

schen Staates, in den Abgrund unseres Volkes und unserer Wirtschaft, das ist der Weg, den auch dieser Entwurf beschreitet! Und da sollen wir tatenlos zusehen, sollen uns nicht mit immer erneuter Kraft im Interesse des Aufstiegs von Volk und Wirtschaft gegen solche marxistischen Absichten wenden? Wo bleibt die Front?

## Die Verwaltungskosten der Gewerkschaften.

Es ist interessant, einmal hinter die Bilanz der freien Gewerkschaften zu leuchten, einmal festzustellen, wie die Gewerkschaften arbeiten. Nach einer in der Gewerkschaftszeitung Nr. 30, dem Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der veröffentlichten Bilanzausstellung für das Jahr 1929 werden 189 Mill. Mark an Ausgaben nachgewiesen, die sich wie folgt zusammensetzen: Unterstützung 62,5 Mill. Mark oder 33 Prozent der Gesamtausgaben, Arbeitskämpfe 32,2 Mill. Mark oder 17 Prozent, Presse und Bildungsweisen 11,9 Mill. Mark oder 6,3 Prozent, Agitation und Organisation 18,7 Mill. Mark oder 9,9 Prozent, **Verwaltungskosten 52,2 Mill. Mark oder 27,6 Prozent und Sonstiges 11,9 Mill. Mark oder 6,3 Prozent.**

Wenn man berücksichtigt, daß in dem Posten „Sonstiges“ zweifellos ebenfalls zur Hauptsache Verwaltungskosten stecken, so belaufen sich die jährlichen Verwaltungskosten auf über 64 Mill. Mark, d. h. mehr als ein Drittel

### der gesamten Ausgaben.

Dabei sind die Verwaltungsausgaben, die in dem Posten „Agitation und Organisation (18,7 Mill. Mark)“ unstrittig auch noch in ziemlicher Höhe stecken, außer acht gelassen. Die Kosten der Verwaltung übersteigen beträchtlich die Summe aller Unterstützungen an Arbeitslose, Kranke, Invaliden einschließlich der Sterbefall- und sonstigen Unterstützungen, die einzeln alle nur einen geringen Prozentsatz von den Verwaltungskosten ausmachen.

Kein Verband, keine wirtschaftliche Einrichtung und besonders keine Unternehmung, bei dem nicht Gewerkschaftssekretäre das Heft in Händen halten, könnte sich solch ungeheure Verwaltungskosten erlauben. Fürwahr, man weiß auf Gewerkschaftsseite zu leben und man muß annehmen, daß die ständigen Vorwürfe schlechten wirtschaftlichen Arbeitens nur deshalb erhoben werden, um von der eigenen Wirtschaftsführung abzulenken.

## Kommunalpolitischer Kursus

in Hagnsburg.

Vom 15. bis 21. September 1929 veranstaltete die Deutsche Vereinigung in der Schweiz einen kommunalpolitischen Kursus für Mitglieder der Arbeitnehmervereinigungen, der in erster Linie den Zweck verfolgte, Redner für die Kommunalwahlen und Kommunalvertreter für ihre Arbeit auszubilden. Dementsprechend wurde in den einleitenden Vorträgen die Technik des Redens und dann das gesamte Gebiet der Kommunalpolitik eingehend behandelt. Besonderer Wert mußte gelegt werden auf die Finanzpolitik der Gemeinden, auf die wirtschaftsschädigenden Einflüsse ihrer Ausgaben- und Einnahmewirtschaft, sowie vor allem auf die Stellung

des nationalen Arbeitnehmers zur Kommunalpolitik. Mehr und mehr im Laufe des Kursus wurde es allen Teilnehmern klar, daß die nationale Arbeiterbewegung heilsamen Einfluß auf die Kommunalpolitik nehmen muß; die vielen Beispiele des Zusammenbruchs sozialistischer Kommunalpolitik beweisen das zur Genüge. Es kann mit Recht behauptet werden, daß der Kursus ein voller Erfolg für alle Kursteilnehmer war. Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß nach Rückkehr auf ihre Werke mehrere Kameraden vor Mitgliederversammlungen bereits kommunalpolitische Vorträge gehalten und so den Zweck des Kursus wesentlich gefördert haben.

Plankenborn, Borna.

## Aus der Bewegung.

Bezirk Borna. Gruppenversammlung. Werksgruppe Witzsch. Die Gruppe hielt am 15. 9. ihre Monatsversammlung ab, welche gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung hielt Kam. Morgenstern (Werksgruppe Braunkohlenwerke Borna u. G.) einen sehr heilsam aufgenommenen Vortrag über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen, wobei er die Arbeitslosenfrage, Steuer- und Kulturpolitik streifte. Anschließend wurden einige geschäftliche Punkte erledigt, worauf der Vorsitzende, Kam. Schöne in großen Zügen von dem Ausfluge der Gruppe am 25. 8. nach Tharandt berichtete. In 2 großen Kraftomnibussen ging die Fahrt über das schöne Colditz, Hartha, Waldheim nach Tharandt, welches eingehend besichtigt wurde. In dem schönen Ausflugsort Grillen-berg wurde gemittelt, von da aus ging es weiter nach der Talperre Klingenberg. Die Heimfahrt führte mit einem kürzeren Aufenthalt im alten Freiberg über Colditz wieder nach Borna zurück.

Sämtliche Kameraden waren von der Fahrt außerordentlich befriedigt. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird eine Reisetasse ins Leben gerufen, um auch im nächsten Jahr wieder eine kleine Besichtigungsfahrt durch das schöne Sachsen zu unternehmen.

Werksgruppe Dora u. Helene. Die Septemberversammlung wurde am 15. diesmal in Lobstädt abgehalten. Kam. Kästig berichtet über die Beschlüsse der Bezirksitzung und weist auf die bevorstehenden Kommunalwahlen hin. Bei Behandlung der verschiedenen geschäftlichen Punkte wurden auch einige Arbeitsge-

richtsurteile von grundsätzlicher Bedeutung für unsere Arbeit vorgebracht, welche bei allen Kameraden größtes Interesse fanden. Zum Schluß der Sitzung teilte der Vorsitzende Kam. Michel mit, daß er aus gesundheitlichen Gründen sich leider gezwungen sehe, sein Amt niederzulegen. Die Versammlung bedauert diesen Rücktritt außerordentlich. Bis zur Neuwahl des Vorsitzenden im Januar übernimmt ein geschäftsführender Ausschuß unter dem Vorh. des Kam. Junghans die Führung der Gruppe.

Ortsgruppe Kieritzsch. Die Gruppe fand sich am 20. September zusammen und behandelte ausschließlich die bevorstehenden Kommunalwahlen. Die Vorschläge wurden gut geheißen. Die Gruppe tritt stark und geschlossen in den Wahlkampf ein.

Werksgruppe Victoria. Am 29. 9. fand die Monatsversammlung statt, die aus dienstlichen Gründen, die meisten Kameraden waren auf Schicht, nicht sehr stark besucht war. Wiedemann als stellvertretender Vorsitzender eröffnete die Versammlung. Behandelt wurde die Wahl eines neuen Schriftführers, für welches Amt Kam. Luz in Vorschlag gebracht wurde, ferner die Arbeiten der Gruppe für die bevorstehenden Kommunalwahlen. Die Gruppe ist vertreten in dem Ausschuß für Lobstädt. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß die Frage über die Werksparkasse immer noch nicht geregelt ist. Der Vorstand verspricht aber, daß die Angelegenheit „Werksparkasse“ nunmehr gelöst werden soll. Die Gruppe ernannte wiederum drei neue Kameraden einstimmig als Mitglieder aufnehmen



Werksgruppe Braunkohlenwerk Borna. Am Sonntag, den 22. Sept. besichtigte die Gruppe das Großkraft- und Braunkohlenwerk der Sächsischen Werke in Böhlen. Das moderne Riesenswerk hat bei allen Kameraden einen außerordentlichen Eindruck hinterlassen.

Bezirksauschuß Borna. Die Vorstandssitzung des Bezirks wurde am 2. Oktober in Borna abgehalten. Die Leitung hatte der stellvertretende Vorsitzende Kam. Morgenstern (B.W.B.). Mit Bedauern nahmen die anwesenden Kameraden davon Kenntnis, daß der 1. Vorsitzende Kam. Jaculy durch einen Motorradunfall verunglückt und schwer verletzt im Krankenhaus zu Grimma liegt. Es geht ihm aber wieder besser. Der Vorsitzende wird beauftragt ihm die kameradschaftlichsten Grüße des Bezirks zu übermitteln. Gleichzeitig wünscht der Bezirksauschuß auch dem mit Kam. Jaculy verunglückten Kam. Schürer (Werksgruppe Böhlen), welcher im gleichen Krankenhaus liegt, baldige Wiederherstellung seiner Gesundheit. Auf der Tagesordnung stand in erster Linie das Programm für die Winterarbeit. Eine Reihe von Ausbildungskursen ist für den Bezirk vorgesehen. Ferner wurden in eingehender Aussprache die Fragen behandelt, die die Kameraden im Hinblick auf die Lohnverhandlungen besonders interessieren. Die Einstellung sämtlicher Vorsitzenden ist einheitlich. Besonders gilt es im kommenden Winter unsere Stellung stärker auszubilden. Sämtliche Gruppen berichten über den Erfolg ihrer Mitarbeit in den Vorarbeiten für die Kommunalwahlen. Der Bezirk stellt mit Genugtuung fest, daß in allen Ortschaften unseres Reviers unsere Kameraden auf dem Posten sind. Er gibt Anweisung, daß in allen Gruppen in den Oktoberzusammenkünften die Bedeutung der Kommunalwahlen behandelt wird.

Die nächste Sitzung des Bezirks wird auf Mittwoch, den 6. Nov. festgesetzt.

Der Bezirk weist darauf hin, daß am Sonntag, den 20. Oktober die Werksgruppe II zu einem „Deutschen Abend“ nach Deutzen einladet. Der Bezirk erwartet, daß alle Nachbargruppen dieser Einladung stark Folge geben, damit die junge Gruppe mit ihrem „Deutschen Abend“ einen schönen Erfolg erringt.

Bezirk Geißtal. Am Sonntag den 8. September fand die Monatsversammlung der Werksgruppe Pfännehal im Werksgasthof zu Braunsdorf mit folgender Tagesordnung statt. Punkt 1 Aufnahme neuer Mitglieder. Punkt 2 Verlesen der letzten Niederschrift. Punkt 3 Bericht über die Bezirksversammlung in Merseburg. Punkt 4 Verschiedenes. Am 20 Uhr eröffnet der 2. Vorsitzende die Versammlung und begrüßt die anwesenden 46 Kameraden. Zu 1 werden 5 Kameraden neu aufgenommen. Zu 2 die Niederschrift wird genehmigt. Zu 3 gab Kamerad Deparade den Bericht. Seine Ausführungen fanden Beifall und Zustimmung der Versammlung. Zu 4 ermahnt der 2. Vorsitzende Kamerad Deparade die Mitglieder zu regen Mitarbeit in der Bewegung. Es wurde beschlossen, Mitglieder die noch der Gewerkschaft angehören, auszuschließen. Das 5. Stiftungsfest findet am Sonntag den 29. September im Versammlungslokal statt. Am 11. September hielt Herr Barts einen Vortrag im Werksgasthof.

Die Werksgruppe Michelvesta hielt ihre Monatsversammlung am 22. September in Groß-Kanna ab. Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung, zu der 34 Mitglieder erschienen sind, um 20 Uhr. Nachdem die Tagesordnung, Verlesen der Niederschrift, Bericht der Bezirksversammlung, Verschiedenes, erledigt sind, erteilt der Vorsitzende dem Kameraden Steindorf das Wort zu seinem Vortrag „Die allgemeine Wirtschaftslage“. Der Redner beleuchtete besonders den Youngplan und dessen Folgen für unsere Wirtschaft. Reicher Beifall belohnte seine Ausführungen. Auch in diesem Jahre will die Ortsgruppe einen Deutschen Abend mit Konzert und Theater abhalten. Der Tag, ein Sonntag im November, wird in der Werkszeitung bekannt gegeben. Schluß der Versammlung 23 Uhr.

Bezirk Meuselwitz. Werksgruppe „Grube Schaeße“ Zipsendorf. Die Versammlung am 6. 9. 1929 war von zahlreichen Mitgliedern und Gästen der befreundeten Nachbargruppen stark besucht. Im Mittelpunkt des Abends stand ein Vortrag der Frau Meuschke über das Thema „Die Frau in der Werksgemeinschaft“. Gleichzeitig war auch die von den Frauen der Kamer. Burkhardt und Meuschke ins Leben gerufene Frauengruppe mit anwesend. Nach Erledigung der Tagesordnung beschloß ein Filmvortrag des Kameraden Burkhardt die Versammlung.

Die am 28. 9. 1929 abgehaltene Versammlung der Werksgruppe war für die am 6. 9. durch Nachtschicht verhinderten Kameraden anerkannt. In diesem Abend konnten 8 Kameraden neu in die Gruppe aufgenommen werden. Außer der Besprechung und Annahme der aufgestellten Satzungen wurde hauptsächlich der weitere Aufbau der Werksparkasse durchgesprochen und Richtlinien aufgestellt. Kamerad Burkhardt hielt einen Lichtbildervortrag: „Vom Einbaum bis zum Dzeanriesen“.

Werksgruppe Phönix-Mummsdorf. Am 20. 9. 29 fand unsere fällige Monatsversammlung statt. Die vorliegende Tagesordnung, die zumeist innere Angelegenheiten der Gruppe betraf, wurde glatt erledigt. Erfreulicherweise konnten wieder 11 Kameraden neu in unsere Vereinigung aufgenommen werden. — Unsere nächste Versammlung findet am Freitag, den 18. 10. im Vereinigungslokal statt.

Bergmännische Vereinigung Tagebau Petsa. Zu der am 4. Oktober einberufenen Mitgliederversammlung waren 36 Kameraden anwesend.

Als Vertreter des Werkes war Herr Dipl. Ing. Peters erschienen. Im Vordergrund standen Betriebsangelegenheiten. Die Aussprache über diesen Punkt war so reg, daß die Sitzung erst in vorgerückter Stunde geschlossen werden konnte.

Aufgenommen wurden 7 neue Mitglieder.

Arbeitnehmer-Vereinigung der Braunkohlenwerke Leonhard A.-G. In der am 13. 9. 29. stattgefundenen Mitgliederversammlung wurden in der Hauptsache Knappschaftsfragen behandelt. Jeder Kamerad muß im Laufe der Zeit sich aus dem Wirrwarr der deutschen Sozialversicherung seine Rente selbst schon errechnen können. Ein dankbares Aufgabengebiet für die „glorreichen Gewerkschaften“! Hoffentlich donnert es bald wieder bei den Werksgemeinschaftsgegnern auf Leonhard über die von uns begonnene Aufklärungsarbeit in Knappschaftsfragen. Nächste Mitgliederversammlung Sonntag den 20. 10. 29 im Gasthof Wutz 7 Uhr abends mit Vortrag.

## Sommerfrische Schneidemühle

(Bahnhofstation Haynsburg)

Hotel u. Pension-Villa „Zur Zeitzer Schweiz“

18000 Morgen Wald.

Mitten im Laub- und Nadelwald gelegen. Schönster Ausflugsort des Zeitzer Forstes. Hotel-Restaurant, Saal und Gartenwirtschaft (1500 Sitzplätze) mit eigener Landwirtschaft. Neue Pensionsvilla. Fremdenzimmer (55 Betten). Angenehmes Familienbad, Ausflugsort für Vereine und Schulen. Ruhige Lage, sonnige Zimmer mit Balkon, elektr. Licht, Bad, W.-C. Pension von 4,50 bis 6,00 pro Tag bei 4 reichlichen Mahlzeiten, je nach Lage der Zimmer. la Küche und Keller, Hausschlachtung eigene Hausbäckerei. Tägl. frische Aale, Schleie, Karpfen blau. Autobusverbindung Haynsburg—Scheidemühle—Zeitl. Fahrplan. Autopark f. ca. 200 Autos u. gr. Ausspannung f. 50 Pferde vorhanden.

Telefon Zeitz 535.

Prospekt frei.

Besitzer: W. Prätor.

## Gasthof „Zur Post“

Oskar Förster  
Bes.: Alfred Förster

Bahnhof Kieritzsch

Tagungslokal der Arbeitnehmervereinigung im mitteldeutschen Bergbau Ortsgruppe Kieritzsch

Jeden Sonntag Gartenfreikonzert

Große Tierschau, Kinderspielwiese mit Bergbahn

Küche und Keller weit bekannt

Kleine Preise

# Mitteilungs-Blatt

der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens  
aber einmal im Monat und wird  
den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten  
an die Druckerei Ewald Schellenbeck,  
Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

2. Jahrgang

Halle (Saale), den 17. November 1929

Nr. 11

## Auf zu den Kommunalwahlen!

Die Säulen des Marxismus waren bisher Partei, Gewerkschaft, Konsumvereine und Krankenkassen. Er versucht nunmehr auch die Kommunen zu erobern. Am 17. November wird es sich entscheiden, ob auch sie der roten Diktatur ausgeliefert werden.

Was gehen mich die Kommunalwahlen an, so wird mancher Leser fragen und er hat insofern recht, als wir als wirtschaftliche Vereinigung dem parteipolitischen Getriebe fernstehen. Aber das ist es ja eben, was wir verlangen, daß nämlich aus den Kommunalparlamenten die Parteipolitik ausgeschaltet wird, die von den Roten hingetragen worden ist. Wir verlangen, daß die Kommune nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten regiert wird. Das erfordert unser eigenstes wirtschaftliches Interesse. An der Unterbringung von Bonzen haben wir kein Interesse, sie belasten nur unseren Etat. Noch weniger Interesse haben wir an der roten Mißwirtschaft, die von Tag zu Tag offenkundiger wird.

### Ueble Blasen steigen aus dem Sumpf.

Es ist nicht nur der Fall Sklarek, der die Luft verpestet. Kleine und große Sklareks werden überall entdeckt. Unterschlagung, Betrug, Meineid, Betrügereien, Annahme von Schmiergeldern häufen sich in einer Weise, daß man geneigt ist, an der ehemals sprichwörtlichen Ehrlichkeit des deutschen Volkes zu verzweifeln. In der vielgeschmähten Vorkriegszeit hat man derartiges nie gehört. Woher kommt das heute?

Es sind die unvermeidlichen Folgen der marxistischen Lehre. Kann es denn anders sein, da Religion, Sittlichkeit und Moral verhöhnt und verspottet werden? Das Christentum mit seiner erhabenen Lehre hat sich allzeit als festeste Stütze des Staates erwiesen. Man hat an ihr gerüttelt und das gesamte öffentliche und private Leben ist ins Wanken geraten. Mehr und mehr verschwinden Treu und Glauben. Der christlichen Schule hat der Sozialismus schärfsten Kampf angefangen. Was soll aus unserer Jugend werden, so fragen wir Eltern uns immer und immer wieder, wenn die beste Erziehungsgrundlage uns genommen wird. Sind das die Früchte des vielgepriesenen Sozialismus, der eine Verrohung der Sitten in höchstem Ausmaße mit sich gebracht hat?

### Was hat uns der Sozialismus nicht alles versprochen!

Was ist uns in den Versammlungen geredet worden von goldenen Zeiten, von Freiheit und Gleichheit, Es

war Lug und Trug. Eine neue Führerkaste hat sich gebildet auf Kosten des werktätigen Volkes. Ihr fehlt es an nichts. Fürwahr für sie sind goldene Zeiten angebrochen, Sie haben gut für sich gesorgt. Und wir anderen? Wir können zusehen, wie sie schlemmen und prassen. Und wir sollen zu allem schön still schweigen und auf die Zukunft hoffen. Prost Mahlzeit!

Der „Vorwärts“ veröffentlicht vor einigen Tagen einen Brief, geschrieben an den Kommunisten Leow, worin diesem nachgewiesen wird, wie er einmal seine Genossen zu einigen Bullen Wein eingeladen mit den Worten, die dummen Proleten müssen doch alles bezahlen.

In diesen Worten offenbart sich mit zynischer Offenheit die traurige Philosophie des Marxismus. Wir haben in der letzten Nummer dieser Zeitung auf den Fall Sklarek hingewiesen. Der Skandal ist größer geworden, als wir es vermutet hatten. Viele Bürgermeister und Stadträte haben ihre Ämter niederlegen müssen und werden zur Verantwortung gezogen, Millionen und Abermillionen sind in die Taschen der Sklareks gewandert. Seit Jahren ist von anständigen Leuten gewarnt worden. Seit langem schon merkte man, es stimmt da etwas nicht. Aber die Bestechungsgelder der Sklareks, gelegentliche Aufmerksamkeiten, ein kostbares Geschenk, ein Sektgelage tröstete über alle Bedenken hinweg. Der weite Parteimantel deckte alles zu. Was hilft es, wenn die SPD. diese sauberen Genossen nun aus der Partei ausgeschlossen hat. Was hilft alles lamentieren, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist. Vorgeschaut muß werden, dann wird das Nachschauen erspart. Ein Linksblatt veröffentlichte vor einigen Wochen eine Blütenlese sozialdemokratischer Massenkorruption. Es stellt darin fest, daß innerhalb eines Jahres

### 40 Fälle materieller Korruption

aufgedeckt worden sind. 500 000 Mark öffentliche Gelder in einem Jahr unterschlagen. „Es gibt keine Partei, deren Kommunalpolitiker so korruptiert sind wie die SPD.“ „Noch schöner steht es mit der sozialdemokratischen Baupolitik, die eine Kette von Korruptionsfällen darstellt.“ Berlin hat 252 städtische Betriebe, von denen 1924-1927 nicht weniger als 145 mit Verlust gearbeitet haben. Die Neuköllner Großhandelsgesellschaft erzielte einen Verlust von 512 520 Mark und die städtische Kleiderverwertungs-Gesellschaft brach mit einem Verlust von 1 368 539 Mark zusammen.

Sozialismus bedeutet die Ueberführung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in das Eigentum der Gesellschaft. So heißt es großsprecherisch für die Agitation zurechtgemacht, Wie siehts in Wirklichkeit aus?

Die im Besitz der Gesellschaft befindliche Deutsche Reichsbahn ist unter dem Jubel der SPD. in eine ausländische Privatgesellschaft verwandelt worden. 11 Milliarden Obligationen sind dem Ausland übereignet worden. Wir müssen jährlich 660 Millionen an Zinsen dafür aufbringen. Daher teure Eisenbahnfahrten, daher teure Frachten, die das Leben verteuern in jedem Artikel, den wir kaufen müssen. Das Zündholzmonopol verschachert ans Ausland. 14 Tage vorher wurde alles abgeleugnet, jetzt ist es perfekt. Die paar Pfennige Aufschlag auf die Schachtel Streichhölzer machen den Kohl auch nicht fett. Bei Sklaretz und ihren Genossen gewiß nicht, wir Arbeiter aber spüren jede, auch die kleinste Preiserhöhung. Man redet schon von Biermonopol, Telephonmonopol.

## Werkspartassen und Arbeiteraktionäre.

Den unermüdblichen Bemühungen der Arbeitnehmervereinigungen ist es gelungen, daß auf nahezu allen in Frage kommenden Werken bezw. Gesellschaften Werkspartassen eingerichtet worden sind. Es ist das ein gewaltiger Erfolg unserer Bewegung, dessen Tragweite und Bedeutung erst in späteren Jahren ganz erkannt werden wird. Jeder einzelne Sparer aber merkt heute bereits den Segen, die diese einzigartige sozialpolitische Einrichtung bedeutet. Er merkt's zu Weihnachten, bei größeren Anschaffungen wie Kartoffelkauf, Nähmaschine, Fahrrad usw. Die ersparte Summe gibt ihm größere Sicherheit im Aufstreten; das Gefühl, etwas zuzusetzen zu haben, verleiht Beruhigung und Zufriedenheit. Und dabei stehen wir erst in den Anfängen unserer Spartätigkeit, wiewohl manche Kameraden bereits Summen erspart haben, die den Betrag von 1000 Mark übersteigen. Am schwersten sind die ersten 100 Mark erspart. Ist's erst soweit, dann kommt die Freude am Besitz und man stellt fest, daß man hier und da noch 1 Mark ersparen kann, und man nimmt sich fest vor, aus den 100 Mark 1000 zu machen. Ist dieser feste Wille vorhanden, dann gehts auch. Zufriedenheit kehrt ein im Hause des Arbeitnehmers und in seiner Familie. Die Sorge grinst nicht mehr ins Fenster hinein. Man hat eben was auf der Kasse, man lebt glücklicher. Der Spartrieb wirkt sich wohlthuend aus auf das Familienleben. Zufriedenheit! Das ist's ja, was die anderen nicht wollen, wenigstens die Führer. Sie leben ja von der Unzufriedenheit und deshalb bekämpfen sie unsere Spartätigkeit, weil sie wissen, daß hier der eigentliche Feind des Marxismus steckt. Mögen sie, uns können sie nicht mehr aufhalten. Und allmählich werden sich noch viele irgeleitete Marxisten zu uns finden, weil sie schließlich erkennen müssen, daß unser Wirken nicht Haß predigt, sondern Segen spendet.

Man würde aber der Bedeutung der Werkspartassen nicht gerecht, wenn man sie bloß von der sozialpolitischen Seite betrachten würde. Man muß sie auch von der wirtschaftlichen Seite aus ansehen. Das besondere Kennzeichen unserer heutigen Wirtschaft ist die Kapital- und Finanznot. Die Frage der Kapitalbeschaffung ist die notwendigste und dringlichste Aufgabe, wenn wir den der Wirtschaft obliegenden Verpflichtungen nach

Noch wird es dementiert, aber man weiß ja jetzt, was von amtlichen Dementis zu halten ist.

Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft sind dank der katastrophalen Steuer- und Sozialpolitik mit Schulden überlastet. Deffentliches Eigentum wird in steigendem Umfange an das Ausland verkauft. Wie lange soll denn dieser Ausverkauf Deutschlands weiter gehen? Sollen wir denn an den Bettelstab gebracht werden?

### Heraus aus dem Sumpf!

Sorgen wir dafür, daß wenigstens die Kommunen gerettet werden vor der Versumpfung und weiteren Verschuldung. Gottlob ist es an den meisten Orten gelungen, eine Einheitsliste aller rechtlich Denkenden aufzustellen.

Es gilt der roten Flut einen Damm entgegenzusetzen, wenn sie uns nicht alle miteinander verschlingen soll. An alle ergeht deshalb in letzter Stunde die Mahnung, überall die Einheitsliste zu wählen.

außen und innen nachkommen wollen. Auf die Dauer können wir uns nicht verlassen auf die Auslandsanleihen, die einen kostspieligen Zinsendienst beanpruchen, dessen Ertrag der deutschen Wirtschaft verloren geht, und eine weitere Beeinflussung und Kontrollierung unserer Wirtschaft bezw. einzelner Zweige seitens ausländischer Kapitalkräfte liegt am allerwenigsten im Interesse der Arbeitnehmerschaft. Was ist einem amerikanischen Kapitalisten etwa an dem deutschen Arbeiter gelegen, mit dem ihn nicht das geringste verbindet? Amerika kennt keine Sozialpolitik. Er wird also schließlich sagen, wozu brauchen die Deutschen das? Bei uns in Amerika gibts das auch nicht. Ich will mein Geld gut verzinsen. Ich will machen ein gutes Geschäft!

Die Linken mögen unsere deutschen Unternehmer beschimpfen soviel sie mögen. Es mögen auch viele Fehler begangen worden sein, sie sind wohl auf beiden Seiten begangen worden. Aber das eine steht fest: Das deutsche Unternehmertum hat hervorragendes geleistet wirtschaftlich und sozialpolitisch. Der Name Krupp wird unvergessen bleiben in den Annalen der Werkswohlfahrt. Und unser heutiges Unternehmertum hat sich mit der Mitarbeit bei der Gründung von Werkspartassen ein Verdienst erworben, das spätere Zeiten erst voll zu würdigen wissen.

Wir brauchen uns über die Anlage unserer Spargelder noch nicht den Kopf zu zerbrechen. Vielleicht genügt es uns, unser Geld für immer dem Werk, dem Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Und es wird die Zeit kommen, wo diese Beträge einen nicht unwesentlichen Faktor bilden. Man könnte auch denken an die Schaffung von Aktien. Wir wissen ganz genau, was unsere Gegner hierauf zu erwidern haben. Sie werden die alten Ladehüter wieder vorkamen und abgeleierte Walzen mit neuen Nadeln vorspielen. Das soll uns nicht bekümmern. Wichtiger ist es uns, die Erfahrungen zu betrachten, die man anderswo damit gemacht hat. Der Vizepräsident der amerikanischen Telephon- und Telegraphengesellschaft David Houston, hat vor kurzem eine Schrift erscheinen lassen unter dem Titel „Jeder Mann ein Kapitalist“.

Man ist erstaunt über den großen Umfang, den die Aktienbeteiligung des Arbeiters drüben bereits genommen

hat. Nach einem Sonderbericht bestanden im vergangenen Jahre bei 308 Gesellschaften solche Einrichtungen der Beteiligung. Das in den Händen der Arbeiter befindliche Kapital betrug bereits über 4000 Millionen RM. David Houston weist aber auch auf die sonstigen günstigen Erfahrungen hin, die mit dieser Popularisierung des Aktienbesitzes erzielt worden sind. Das freundliche Einvernehmen zwischen amerikanischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist zu einem großen Teil auf den Mit-

besitz von Aktien zurückzuführen. Zahlreiche Amerikareisende haben die Richtigkeit dieser Darstellung bestätigt. Wir werden auf diese Dinge demnächst genauer eingehen. Jedenfalls bestätigen uns die Erfahrungen in Amerika und England, daß wir mit der Bildung von Werksparcassen den richtigen Weg eingeschlagen haben. Wir werden ihn erfolgreich fortsetzen trotz aller Anfeindungen. Einmal wird die Vernunft doch den Sieg davontragen über die Unerbarmkeit.

## Der Pommerische Landbund.

Von Dipl. Volkswirt S. Denkwerts.

Viele der Kameraden werden schon von der unserer Wertsgemeinschaft verwandten Bewegung in der Landwirtschaft, dem „Pommerischen Landbund“, gehört haben. Die Ziele dieser „berufsständischen“ Organisation sind die gleichen, wie sie in der Industrie durch die Wertsgemeinschaftsbewegung vertreten werden. Ueber sie braucht hier nicht viel gesagt zu werden, da den Kameraden die Schäden des marxistischen Sozialismus mit seinen klassenkämpferischen Gewerkschaften hinreichend bekannt sind. Auch das „pommerische System“ richtet sich gegen Individualismus und Liberalismus im Volks- und Wirtschaftsleben, will an ihre Stelle die sittliche und staatsaufbauende Idee der Berufs- und Volksgemeinschaft setzen.

Anders als bei der Wertsgemeinschaft in ihrer heutigen Form ist jedoch der Weg zum Ziel. Denn im „pommerischen Landbund“ ist der Gedanke der „berufsständischen Organisation“ maßgebend und tatsächlich verwirklicht zur Ueberwindung des Marxismus auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite.

Als im November 1918 die rote Flut über Deutschland hereinbrach und mehr und mehr sich auch aufs Land auszudehnen versuchte, wurde im pommerischen Kreis Greifenberg ein wirtschaftsfriedlicher „Berufsverein land- und forstwirtschaftlicher Arbeitnehmer“ gegründet, welcher sich rasch ausdehnte über die Provinz und im Juli 1919 dem neugegründeten pommerischen Landbund als „Arbeitnehmergruppe“ sich anschloß. So entstand der heutige „Pommerische Landbund“. Er gliedert sich seit dieser Zeit in 1. Arbeitgebergruppe, 2. Arbeitnehmergruppe, 3. Beamtengruppe, 4. Bauerngruppe, 5. Gruppe der freien Berufe. Denn der Pommerische Landbund sollte eine „berufsständische“ Organisation sein; und als „Berufsstand“ wurde aufgefaßt die Gesamtheit sämtlicher Personen, die von der Rente desselben Berufs leben.

Zwar fußt diese berufsständische Organisation auf der Idee der Zusammengehörigkeit sämtlicher Betriebsangehörigen. Auf eine entsprechende, betriebliche Organisation hat man jedoch verzichtet. Vielmehr faßte man den „Berufsstand“ auf Grund obiger Gliederung zu Kreisgruppen zusammen, die — in Ortsgruppen untergeteilt — ihre gemeinsame Dachorganisation im „Pommerischen Landbund“ erhielten.

Man könnte versucht sein zu sagen, daß hier nun doch wieder eine „Organisation von oben her“ geschähe, wie sie den zentralistisch organisierten Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden eigen ist. Dem steht aber entgegen, daß einmal gerade in der Landwirtschaft das Gefühl der Zusammengehörigkeit von Arbeitgeber- u. nehmer niemals in dem Maße verloren gegangen ist wie in der Industrie, daß also der Gedanke der Betriebsge-

meinschaft noch lebendig ist. Weiterhin versucht der Landbund auf die angehörenden Arbeitgebermitglieder bezüglich ihrer sozialen Gesinnung einzuwirken und alle Mitglieder zu wahrhaft berufsständischem Geiste zu erziehen. Immerhin kann die Gefahr nicht geleugnet werden, daß bei diesem System berufsständische Organisation zwar vorhanden ist, daß es aber an berufsständischem Geist in der Wirtschaftsfamilie, dem Betriebe, fehlt! Zentralistisch endlich ist der „Pommerische Landbund“ deshalb nicht, weil die Kreisgruppen weitgehendste Selbständigkeit besitzen. Das zeigt sich vor allem in der Regelung der Lohn- und Arbeitszeitverhältnissen.

Da nämlich Streit und Aussperrung grundsätzlich abgelehnt werden, wurde ein Schieds- und Schlichtungswesen geschaffen, welches zunächst kreisweise funktioniert. Können sich in paritätischen Verhandlungen Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Kreises — denn Tarife werden zwecks Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse (Boden, Klima etc.) nur kreisweise abgeschlossen — bei Tarifverhandlungen nicht einigen, bezw. entstehen persönliche Arbeitsstreitigkeiten, so entscheidet als paritätisches Schiedsgericht die sogen. „Arbeitsgemeinschaft“ des Kreises. Bei Nichteinigung bezw. für Berufungszwecke wird die paritätische „Bundesarbeitsgemeinschaft“ angerufen, deren Entscheidung endgültig ist. Die staatliche Arbeitsgerichtsbarkeit ist also im Pommerischen Landbund ausgeschlossen.

Im übrigen werden die Interessen der Arbeitnehmer gewahrt durch paritätische Zusammenfassung des Vorstandes der Kreisgruppen sowie des Gesamtvorstandes des Landbundes. Außerdem sind Sozialsekretäre angestellt, die jeweilig einen Kreis betreuen; Arbeitersekretäre für je drei Kreise besorgen die arbeitsrechtliche Vertretung der Arbeitnehmer. In sozialer Hinsicht betätigen sich die Kreisarbeitnehmergruppen im übrigen durch Einrichtung von Sterbekassen etc.

Einen gewaltigen Erfolg errang übrigens die Arbeitnehmergruppe des Pommerischen Landbundes durch ein Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 29. September 1928, welches sie als „wirtschaftliche Vereinigung“ im Sinne des Arbeitsrechts grundsätzlich anerkannte.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß die Arbeitnehmergruppe des Pommerischen Landbundes nicht zu verwechseln ist mit dem „Reichslandarbeiterbund“. Dieser ist eine wirtschaftsfriedliche Organisation der Landarbeiter, die nur korporativ dem Reichslandbund angeschlossen ist, während die Mitglieder der Arbeitnehmergruppe des Pommerischen Landbundes als solche Landbundmitglieder sind.



## Zahlen reden.

Wir haben hier des öfteren auf die Ueberspannung des Versicherungsprinzips hingewiesen. Wir sind weit davon entfernt, die Notwendigkeit der Sozialversicherung in Abrede zu stellen, aber was zuviel ist, ist zuviel. Wir haben immer wieder auf die Auswüchse hingewiesen und alle Kreise sind sich darin einig, daß Mißstände vorhanden sind. Wenn Prof. Dr. Hellpach von einer Entartungskrise der Deutschen Sozialversicherung spricht, so sagt das genug. Der Reichstagsabgeordnete Gustav Schneider, Vorsitzender des C. D. A., schreibt in der Zeitschrift „Arbeit und Beruf“ daß sowohl die Reichsanstalt als auch die Selbstverwaltung in der Arbeitslosenversicherung völlig versagt haben. Die Hauptschuld an der schlechten Lage der Arbeitslosenversicherung trage das Baugewerbe, und er führt folgendes Beispiel an:

Im Jahre 1928 hat das Landesarbeitsamt in Köln an Beiträgen aus dem Bauhandwerk 1800000 M. vereinnahmt. An Unterstützungen für die Bauhandwerker mußte es 6 Millionen aufwenden. In Wirklichkeit ist die Unterstützungssumme noch höher, da ein Teil dieser Arbeitslosen nach ihrem Wohnorte, dem Eichsfelde zurückwanderte und dort Unterstützung bezog. Ueber 50 Prozent der im letzten Winter unterstützten Arbeitslosen seien Saisonarbeiter, vornehmlich Bauarbeiter gewesen. Die vor einigen Wochen beschlossene Reform der Arbeitslosenversicherung geht an der Wurzel des Übels vorbei und läßt ein Defizit von rund 180 Millionen bestehen. Eine Beitragserhöhung, wie sie die sozialistische Partei und Gewerkschaft wollen, ist kein geeignetes Mittel zur Besserung.

Die Gesellschaft für soziale Reform, die kürzlich in Mannheim getagt hat, mußte die Berechtigung der Kritik an der heutigen Sozialversicherung zugeben. Sie erstift die Selbstverantwortung und Selbstfürsorge. Der Staat wird als allgemeine Versorgungsanstalt betrachtet. Die heutige Sozialpolitik verhindert

die Kapitalbildung, die wir gerade in Deutschland so notwendig brauchen, wenn wir überhaupt in der Zukunft unserem Volke Beschäftigungs- und Ernährungsmöglichkeiten bieten wollen. Wer die Kapitalbildung hindert, handelt im höchsten Maße unsozial und arbeiterteindlich, da die Steigerung des Reallohnes gesteigerte Kapitalbildung zur Voraussetzung hat. Wie sehr der Versicherungsapparat aufgebläht ist zeigen folgende nüchterne Zahlen:

Es wurden aufgebracht im Jahre 1913 (in Millionen RM.) an:

Krankenk.- versichrg.	Invaliden- versichrg.	Angest. versichrg.	Unfall- versichrg.	
666,9	419,3	141,7	212,8	Sa. 1440,7

Davon wurden verbraucht (1913)

569	184,4	14,6	226,8	Sa. 994,8
-----	-------	------	-------	-----------

Dagegen 1928 (aufgebracht):

				Knappsch. Pens.Vers	Erwerbsl. fürsorge	
2100	1535,6	406,5	497,2	233,7	1231,8	Sa. 5914,8

ausgegeben 1928:

2000	822,5	138,2	378,2	226,9	1321,4	Sa. 4887,2
------	-------	-------	-------	-------	--------	------------

Die Versorgung der Kriegsoffer beanspruchte 1928/29 1498,4 Millionen RM.

Die öffentliche Wohlfahrtspflege erforderte 1927 einen Betrag von 1249,6 Millionen RM. gegenüber 413,6 im Rechnungsjahre 1913/14.

Zählen wir die einzelnen Posten zusammen, dann ergibt sich eine Gesamtaufbringungssumme für soziale Zwecke im Jahre 1928 von 8825 Millionen RM. Davon sind 3530 Millionen RM. aus öffentlichen Mitteln und 4895 Millionen RM. aus Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgebracht.

## Um die Reparationsbank.

Zu Anfang dieses Monats trat in Baden-Baden das Organisationskomitee der Bank für internationale Zahlungen (Reparationsbank) zusammen. Schon bei den ersten Verhandlungen um den Sitz und die zukünftige Tätigkeit der Reparationsbank entstanden große Schwierigkeiten. Die Meldung lenkt den Blick auf die Reparationsbank überhaupt. Was will diese neue Reparationsbank? Einmal soll sie ganz allgemein die internationalen Zahlungen erleichtern, stellt also eine Einrichtung des internationalen Bankkapitals dar. Zum anderen aber soll die Reparationsbank die deutschen Reparationszahlungen verwalten, soll die Kommerzialisierung und Mobilisierung der deutschen „Schuld“ d. h. ihren Verkauf an private Geldgeber und die sofortige Auszahlung der mobilisierten Schuld an unsere Gläubiger durchführen. Es ist schon heute ersichtlich, wurde auch in Baden-Baden offen zugestanden, daß beide Ziele der Bank in Konflikt kommen müssen. Denn internationale Zahlungen sind private Geldangelegenheiten, die Reparationen sind jedoch vorerst noch öffentliche Staatsschulden; und ein Teil der Reparationen soll das auch bleiben.

Mitglieder der Bank sind Amerika, England, Frankreich, Italien, Belgien und Deutschland; der deutsche Einfluß ist aber denkbar gering. Den wahren Charakter der Reparationsbank erkennt man, wenn man sich die Bestimmungen über den bei der Bank zu errichtenden Sonderausschuß ansieht, der aus 7 Mitgliedern besteht (Vertreter der obigen Länder und Japan). Der Sonderausschuß ist einzuberufen im Falle von Transfer und Zahlungsschwierigkeiten Deutschlands. Er soll dann die Schwierigkeiten in Deutschland untersuchen, hat das Recht, in Volk und Wirtschaft Zeugen zu vernehmen und Schriftstücke zu fordern, soll insbesondere untersuchen, ob die zuständigen deutschen Stellen alles in ihrer Macht stehende getan haben, um die Zahlungen zu erleichtern. Ueber eine Revision hat also der Sonderausschuß dieser internationalen Bank zu bestimmen, nicht aber ist uns aus dem Youngplan ein sicheres Recht auf Revision zuerkannt. In dem Ausschuß hat Deutschland nur  $\frac{1}{7}$  der Stimmen, ist also den Mehrheitsbeschlüssen der Gläubiger ausgeliefert!

Aber in Deutschland glaubt man wieder mal all die herrlichen Versprechungen unserer Gläubiger im Verein mit unseren Linksparteien! Dem ausländischen Volkswirtschaftler Prof. Cassel-Stockholm hieb es vorbehalten, uns auf die Gefahren hinzuweisen! Er spricht der Reparationsbank jegliche Notwendigkeit ab. Falls

Deutschland zahlen könne, falls ferner die Gläubiger die deutschen Waren nehmen, dann wickle sich das Reparationsproblem von selbst ab. Sei beides nicht der Fall, dann könne die Reparationsbank auch nichts daran ändern. So sagt uns ein ausländischer Nationalökonom.

## Zündholzmonopol.

Herr Finanzminister Silberding hat, wie wir mehrfach berichteten ein riesengroßes Loch in seiner Reichskasse. Um dieses vorübergehend zu stopfen, hat er mit einem schwedischen Zündholztrukt ein Abkommen geschlossen, nach dem in Deutschland zur Durchführung einer Anleihe ein Zündholzmonopol eingeführt wird. Dafür bekommt er 500 Millionen Mark. Bei einem Zinsfuß von 6 Prozent müssen wir 30 Millionen RM. jährlich aufbringen, ohne die Amortisation.

Dabei bedenke man zunächst, daß es sonst stets Grundsatz war, daß öffentliche Anleihen, namentlich von Reich und Staat ebenso wie bei den Kommunen, nur für werbende Zwecke aufgenommen werden dürfen, nicht zur Deckung eines Defizitloches. Anstatt „Finanzreform“ machen wir Schulden, die jeder einzelne Einwohner Deutschlands bezahlen muß. Es ist vorgesehen, daß der Höchstpreis für 10 Schachteln Zündhölzer billigster Sorte im Kleinverkauf von 25 Pf. auf 35 Pf. erhöht wird.

Bei allen besseren Sorten wird die Erhöhung entsprechend größer.

Als von den landwirtschaftlichen Organisationen im vergangenen Jahre bei der Diskussion über die Erhöhung der Zolltarife errechnet wurde, daß dies sich beim Brotpreis im schlimmsten Falle nur in geringen Pfennigbeträgen auswirken könnte, erhob die ganze sozialdemokratische Presse ein wildes Geheul: Die Arbeiterschaft kann bei ihren Hungerlöhnen keinen Pfennig mehr bezahlen für irgendeine lebenswichtige Ware.

Heute dagegen liest man im „Vorwärts“ in allen möglichen Variationen:

„Die paar Pfennige, um die durch die Zündholzsteuer die Wirtschaft verteuert wird, kann jeder einzelne Hausstand aufbringen, ohne daß das irgendwie spürbar wird.“

Ei, sie mal da! Heute klingt's ja ganz anders als damals!

## Die Internationale.

Soeben erschien im Verlag der Deutschen Vereinigung die zweite vollständig neubearbeitete Auflage dieser aufschlußreichen Kampfschrift von R. J. Mündel. Es werden ausführlich behandelt die einzelnen Internationalen, besonders die zweite Internationale, ihre Organe, ihre Einstellung vor dem Weltkrieg, besonders ihre Stellung zum Kriege. Ihr Verhalten im Kriege behandelt der ausführliche Teil III und gibt ausgezeichnetes Quellen-

material. Besonders wertvolle Ergänzungen bringt der Teil IV, die Internationale nach dem Kriege. Abschließend werden Wege gezeigt zur Ueberwindung der Internationale. Es ist unbedingt erforderlich, daß jeder vaterländische Arbeiter diese Schrift besitzt. Sie ist zu beziehen durch die Geschäftsstellen der Deutschen Vereinigung.

## Bertrauensärztliche Nachuntersuchung.

**Braunschweig.** Der Landesverband Braunschweigischer Krankenkassen gibt regelmäßig die Ergebnisse der vertrauensärztlichen Nachuntersuchungen bekannt, die bei den Krankenkassen der Stadt Braunschweig vorgenommen werden, d. h. bei 24 Kassen mit rund 65 000 Mitgliedern. Die Nachuntersuchungen im ersten Vierteljahr 1929 hatten folgendes Ergebnis: Von den von Allgemeinärzten behandelten Kassenmitgliedern wurden zur Nachuntersuchung vorgeladen 5327. Auf Grund der Vorladung haben sich hiervon arbeitsfähig schreiben lassen 2210; vom Vertrauensarzt wurden für arbeitsfähig erkannt 1250, so daß weiter arbeitsunfähig blieben 1867, d. h. 35,05 v. H.

Demgegenüber wurden von den von Fachärzten behandelten Kassenmitgliedern 43,88 v. H. weiter für arbeitsunfähig gehalten. Hier waren zur Nachuntersuchung vorgeladen 849. Hiervon ließen sich 258 auf Grund der Vorladung arbeitsfähig schreiben, während 176 vom Vertrauensarzt für arbeitsfähig erkannt und 415 für arbeitsunfähig gehalten wurden, also 48,88 v. H. Bemerkenswert ist ferner, daß von den von auswärtigen Ärzten behandelten Kassenmitgliedern 31,19 v. H. weiterhin für arbeitsunfähig erklärt wurden. Im Durchschnitt aller Ärzte blieben nach der vertrauensärztlichen Nachuntersuchung arbeitsunfähig 36,22 v. H. der zur Nachuntersuchung vorgeladenen Kassenmitglieder.

## Aus der Bewegung.

**Bezirk Borna.** Werksgruppe Dora und Helene, Großhössen. Die Monatsversammlung fand am 6. Oktober statt. Die Versammlung war gut besucht. Die Gruppe konnte wieder 19 Kameraden als Mitglieder aufnehmen. Kam. Lässig hielt einen kurzen Vortrag über die Bedeutung der Gemeinbewahlen am 17. 11. für die nationale Arbeiterbewegung insbesondere die A. M. B. Unsere wichtigste Aufgabe sei dahinzuwirken, daß in allen Orten, wo wir Kameraden wohnen haben Einheitslisten mit den Bürgerlichen Vereinigungen aufgestellt werden.

Anschließend berichtete ein Vertreter der Werksleitung über den Geschäftsgang des Werkes im 1. Halbjahr 29. Die Zahlen für Absatzbewegung, Förderung und Produktion ergaben manches Interessante für die Kameraden. Es ist außerordentlich wertvoll,

wenn ein jedes Mitglied des Werkes darüber unterrichtet ist, was eigentlich sein Werk leistet.

Zum Schluß berichtet Kam. Lässig über die Ergebnisse der letzten Bezirksitzung in Borna. Nach Erledigung noch einiger Anfragen wurde die Versammlung geschlossen.

Werksgruppe Braunkohlenwerke A. G. Die Oktoberversammlung fand am 13. d. Mt. statt und wurde durch den stellvertretenden Vorsitzenden Kam. Noeste eröffnet. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Punkte erteilte der Vorsitzende Kam. Plankenhorn, Dora und Helene, das Wort zu seinem Vortrage: „Stellung zum Youngplan und Volksbegehre“. Der Redner schilderte in kurzen, klaren Worten das gesamte Reparationsproblem mit seinen ungeheuren Lasten, mit seinen Folgen wie Zerfall der Wirtschaft,





# Mitteilungs-Blatt

## der Arbeitnehmer-Bereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

2. Jahrgang

Halle (Saale), den 23. Dezember 1929

Nr. 12

### Rehkaus 1929.

#### Ergebnisse und Lehren der Kommunalwahlen.

Das Jahr 1929 geht zur Reize. Und wenn wir in wenigen Tagen von ihm Abschied nehmen, dann meinen wir ihm keine Träne nach. Es hat uns in keiner Weise vorwärts gebracht, vielmehr uns weiter in die Irre geführt. Die politische Lage ist unklarer denn je. Die wirtschaftliche Lage ist trostlos. Gerade in diesen Tagen verstehen wir die Bedeutung der Adventszeit, die Zeit der Erwartung, der Sehnsucht nach dem Erlöser. Wann wird der Rechte kommen unserem Lande?

Ein Blick in den dunklen Tagen war das Ergebnis der Kommunalwahlen. Dem weiteren Vordringen des Sozialismus wurde ein energisches Halt gesetzt. Unverständlich allerdings ist das Verhalten Berlins, wo Sozialdemokratie und Kommunisten über die Hälfte aller Stimmen haben, trotzdem gerade diese Kreise durch den Sklarek-Skandal auf schwerste kompromittiert sind. Man ist geneigt, anzunehmen, daß den Asphaltberlinern das Gehirn auszementiert ist. Umso erfreulicher sind die Ergebnisse im Reiche. Besonders bemerkenswert ist die Niederlage die sich die Roten in Sachsen zugezogen haben. Der Sturm auf die Rathäuser ist völlig mißlungen, und in eine schwere Niederlage verwandelt worden. Überall hat die Linke einen Rückschlag erlitten. Die bisherigen nichtsozialistischen Mehrheiten in den sächsischen Großstädten haben sich überall vergrößert und in Leipzig und Chemnitz sind jetzt nichtsozialistische Mehrheiten erungen worden, wobei zu beachten ist, daß es sich bei allen 5 sächsischen Großstädten um Industriestädte handelt.

Das gleiche Bild sehen wir in unzähligen reinen Industrieorten Sachsens, wo z. T. erstaunlich starke nichtsozialistische Mehrheiten erzielt worden sind. Wie im klassischen Lande der Sozialdemokratie, in dem einst roten Sachsen, so ist überall die Sozialdemokratie in starker Rückentwicklung begriffen. Wehmütig stellt der „Vorwärts“ (Nr. 570 vom 5. Dezember 1929) fest, daß „die Partei die Werbekraft, die vom Mai 1924 bis zur letzten Reichstagswahl wirksam war, nicht mehr ausgeübt hat. Der Sklarek-Skandal wirkte sich aus. Aber entscheidend bleibt doch wohl, daß unsere (Der Sozialdemokratie die Red.) bisherige Regierungsbeteiligung im Reich und ihre Erfolge keinen suggestiven Eindruck auf die Massen der Wähler auszuüben vermögen. Der Erfolg auf außerpolitischem Gebiet, Haager Konferenz und Youngplan, entfaltet sich nur äußerst langsam.“

Dies Eingeständnis des Versagens der sozialistischen Politik ist sehr wertvoll. Wir haben in diesen Blättern immer hingewiesen auf den Unterschied zwischen Theorie und Praxis, zwischen demagogische Verheißung und verantwortungsvollem Handeln. Laßt Taten sehen! Da hapert eben und die Geduld eines Volkes, auch des Deutschen, hat schließlich ein Ende. Leider haben die nichtsozialistischen Wählerkreise nicht überall das Gebot

der Stunde erkannt. Zunächst hat fast  $\frac{1}{3}$  der Wahlberechtigten nicht gewählt. Diese Wahlmüden oder besser gesagt Wahlfaulen stehen erfahrungsgemäß zum größten Teil gesinnungsmäßig in der bürgerlichen Mitte. Es wird die Aufgabe der Zukunft sein, diesen Verärgerten, die mit allem unzufrieden sind, neue Ziele zu zeigen und den Zielwillen in ihnen zu wecken. Das Ziel aber muß sein die Errichtung eines Damms gegenüber offenem oder verstecktem Bolschewismus. Die ewigen Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten über das Tempo des Vorgehens, über die Zweckmäßigkeit dieser oder jener Nebenaktion müssen ein Ende haben. Das persönliche Interesse vor allem hat zurückzutreten vor dem Allgemeinwohl. Es ist in jeder Beziehung 5 Minuten vor 12 und da dürfen wir nicht über Zwirnsfäden stolpern. Das Volk ist stark, wenn es einig ist. Überall da, wo die staatsbejahenden Parteien und Verbände zusammengegangen und Listenverbindung eingegangen sind, ist das Wahlergebnis ein besonderes erfreuliches. Gerade diese Tatsache soll alle aneifern, auf diesem Wege weiterzuschreiten.

#### Lohnbewegung in der Braunkohle.

Im mitteldeutschen Bergbau haben die Gewerkschaften noch einmal den Versuch gemacht, ihre Daseinsberechtigung nachzuweisen. Eine große Anzahl von Versammlungen war angesetzt worden; fast überall erlebten sie aber damit einen schmachlichen Hereinfall, waren doch vielfach nur ein halbes Duzend Gläubiger „zusammengeströmt“. Wo aber wirklich eine größere Veranstaltung zustande kam, auch da erlebten die Herrn Verbandssekretäre keine reine Freude. Da wurde ihnen von den Kommunisten die Suppe versalzen. In einer Versammlung des Geiseltals hatte ein Verbandsangestellter betont, daß ein Streik nur dann möglich sei, wenn 95 Prozent der Kündigungszettel unterschrieben seien. Ihm wurde von einem alten Verbandsveteran die richtige Antwort zuteil: „Ihr Gewerkschaftsführer, ihr Verräter habt uns immer an der Nase herumgeführt. Es ist für manchen schwer, für die lumpige 1 Mark Forderung zu kündigen. Ich bin 20 Jahre Funktionär des Bergarbeiterverbandes, aber ich bin dahinter gekommen, daß Ihr nur Schandtaten an der Arbeiterschaft begeht“ (aus „Klassenkampf“ vom 29. 11. 29.)

In einer Entschließung, die einstimmig gefaßt wurde, in einer Belegschaftsversammlung im Gewerkschaftshaus Mächeln, heißt es wörtlich: Sie (die Belegschaft) protestiert gegen das verräterische Verhalten der Gewerkschaftsbürokraten.

Die überaus klägliche verlaufene Kündigungsaktion — auf vielen Werken hat nicht ein einziger Mann gekündigt — ergibt ein wahres Bild über die wirkliche Stimmung. Um noch etwas zu retten, wurden die tollsten

Lügen in die Welt gesetzt, daß z. B. in anderen Revieren die Mitglieder der Arbeitnehmervereinigung geschlossen gekündigt hätten. Es erübrigt sich zu betonen, daß das als plumper Schwindel überall sofort erkannt wurde. In der Presse haben sie dann versucht, den starken Mann zu spielen: sie würden nicht eher ruhen bis mit Hilfe einer Machtprobe die Forderungen durchgeführt seien. Der Schiedspruch hat ihnen gezeigt, daß Hilferdings Phrase vom politischen Lohne eben Phrase ist und daß auch der staatliche Zwangslohn sich an die gewerkschaftlichen Agitationsforderungen nicht anlehnen kann, ohne die wirtschaftlichen Voraussetzungen gänzlich außer acht zu lassen. Das Ergebnis sollte auch dem letzten Bergmann endlich die Augen geöffnet haben. Erreicht ist nichts anderes, als daß in den Bergarbeiterdörfern Mitteldeutschlands die Lebensmittelpreise angezogen haben, sodas die Schichtlohnerhöhung dadurch mehr als illusorisch gemacht und die Kaufkraft des Arbeiters in keiner Weise gehoben worden ist. Auf der anderen Seite sind die Werke nicht unwesentlich belastet worden. Wer sind die Nutznießer? Knappschaft, Gewerkschaft und Steuerbehörde. Sie erheben alle jetzt etwas mehr. Gegenüber diesen unwirtschaftlichen ja wirtschafts- und damit arbeitserfeindlichen Methoden vertreten wir den Gedanken des Leistungslohnes. In diesem Sinne haben wir uns in unseren Verhandlungen eingesetzt und werden nicht ruhen, bis wir unsere Ideen restlos durchgeführt haben.

### **Volksbegehren u. Memorandum Dr. Schachts.**

Der Kampf um das Volksbegehren ist mit beispielloser Erbitterung geführt worden. Kaum je zuvor sind die Leidenschaften so aufgewühlt worden, wohl nie zuvor ist mit solchen Mitteln gekämpft worden, mit Mitteln, die mit der vielgepriesenen demokratischen Staatsauffassung nicht in Einklang gebracht werden. Wenn trotzdem die erforderliche Stimmenzahl für das Volkbegehren aufgebracht werden konnte, so ist dieser Erfolg um so höher zu bewerten.

Nun ist den Rufern im Streit ein neuer Helfer entstanden in der Person des Präsidenten der Reichsbank Dr. Schacht. Er hat den zuständigen Stellen ein Memorandum überreicht, in dem es unter anderem heißt:

Mit der Unterzeichnung des Youngplanes am 7. Juni dieses Jahres hat zwar meine Tätigkeit in dieser Frage ihr Ende gefunden, nicht aber beseitigt ist damit die Tatsache, daß mein Name vor dem deutschen Volke und vor der Welt für die Inkraftsetzung und Durchführung des Youngplanes mit verantwortlich gemacht wird. Für diese Inkraftsetzung und Durchführung aber sind Entscheidungen und Maßnahmen von anderer Seite innerhalb und außerhalb Deutschlands getroffen worden,

die es mir unmöglich machen, weiter zuzusehen, wie die Absichten des Youngplanes verschoben und seine Erfolgssichten gefährdet werden.

Die Voraussetzungen, unter denen ich die Annahme des Youngplanes durch meine Unterschrift empfohlen habe, waren zweierlei Art. Die erste war, daß die im Youngplan enthaltenen gemeinsamen Empfehlungen und Vorschriften reiflos von allen beteiligten Mächten angenommen und beachtet würden. Die zweite Voraussetzung war — und hierüber haben lange und immer wiederholte Beprehungen zwischen der Reichsregierung einerseits und meinen deutschen sachverständigen Kollegen und mir andererseits stattgefunden, — daß die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik geordnet und auf erleichternde Tragung der Lasten des Youngplanes abgestellt würde. Obwohl seit der Unterzeichnung des Youngplanes 6 Monate verstrichen sind, sehe ich nicht, daß die ausländischen Regierungen oder die Reichsregierung diesen beiden Voraussetzungen Rechnung getragen haben, vielmehr erfüllt mich das, was inzwischen geschehen ist, oder angestrebt zu werden scheint, mit der allergrößten Besorgnis.

Bei dem anerkannten Ruf, den Herr Dr. Schacht als Wirtschaftskenner und Sachverständiger im In- und Ausland genießt, sind seine Ausführungen natürlich von der allergrößten Bedeutung und demgemäß auch überall als solche gewertet worden. Ja, sie haben allenthalben größtes Aufsehen erregt. Dr. Schacht weist Deutschland unbedingt einen großen Dienst damit, wenn er darauf hinweist, daß über den Youngplan weit hinausgehende Belastungen bei den kommenden Haager Verhandlungen drohen, obwohl der Youngplan von den Sachverständigen seinerzeit ausdrücklich als Maximum dessen anerkannt worden ist, was Deutschland aufbringen kann. Es ist zu begrüßen, daß er in aller Deffentlichkeit auf die Gefahren hinweist, die uns von Haag aus drohen. Ohne vorhergehende Konfliktierung der öffentlichen Finanzen würde Deutschland von vornherein unter ungünstigen Vorbedingungen in die Haager Verhandlungen eintreten. Deshalb unterstreicht der Reichsbankpräsident die Notwendigkeit einer baldigen Durchführung der Finanzreform und einer Entlastung der deutschen Wirtschaft durch eine grundlegende Umstellung unserer gesamten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

Man sollte meinen, daß die Reichsregierung dem Herrn Dr. Schacht besonders dankbar wäre für diese Stärkung unserer Position bei den kommenden Haager Verhandlungen. Es müßte doch dieser Regierung darauf ankommen, möglichst geringe Verpflichtungen für das deutsche Volk herauszuholen, das ohnehin am Ende seiner Kraft angelangt ist. Statt dessen eine unerhörte Kritik, eine gänzlich ungewöhnliche Stellungnahme der Regierung in einer Schärfe der Ablehnung, die aufs äußerste befremden muß. Das Orchester des politischen Konzerts zu dirigieren muß doch recht schwer sein. Schachts Kontrabaß würde klangvoll sich in das Flötengesetz unserer habgierigen Gegner gemischt haben, wenn der Dirigent dies Instrument nicht zer schlagen hätte.

### **Aufstieg oder Niedergang.**

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat in diesen Tagen eine Denkschrift veröffentlicht, die den Ernst der Lage klar veranschaulicht. Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, daß die Durchführung der vom Reichsverband der deutschen Industrie gemachten Vorschläge der richtige Weg gewesen wäre, die Lage der Wirtschaft und des Volkes besser und gefestigter zu gestalten, als sie es tatsächlich ist.

Wenn wir heute mit einer neuen Denkschrift über die deutsche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik vor die Deffentlichkeit treten, so geschieht das nicht, weil wir unsere früheren Vorschläge zurücknehmen oder abzuändern hätten. Sie haben auch heute noch volle Gültigkeit. Wir halten den gegenwärtigen Zeitpunkt für einen so wichtigen, ja historischen Augenblick, daß wir uns verpflichtet fühlen, noch einmal unsere Stimme zu erheben, und mit unseren Vorschlägen die Deffentlichkeit aufzurufen. Wir tun das aus dem Bewußtsein heraus, daß die deutsche Industrie für den Aufstieg oder Niedergang der deutschen Wirtschaft in entscheidendem Maße verantwortlich ist. Unsere Vorschläge weisen nach unserer Ueberzeugung, ebenso wie im Jahre 1925, die Wege und Grundlagen für die Gesundung und den Wiederaufstieg der Wirtschaft und für eine erweiterte Beschaffung von Arbeitsplätzen, die sowohl im Interesse der Arbeiter wie der Unternehmer liegt.

Obwohl man wußte, daß der Wiederaufbau nur bei freier Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte möglich war, hat man fortgesetzt Kompromisse mit dem Sozialismus geschlossen und durch Steuern und Abgaben, durch Staatsbetriebe und staatliche Eingriffe die Privatwirtschaft bedrängt und in ihrer Entwicklung eingeengt.

**Bezirk Geiseltal.** Da die Gruppen mit den Vorarbeiten zur Weihnachtsfeier voll beschäftigt sind, findet im Dezember keine Sitzung statt. Nächste Sitzung nach Bekanntgabe.

**Werksgruppe B. R. W. Beuna.** Die Versammlung fand am 24. November in Oberbeuna bei Wünsche statt. Der 1. Vorsitzende eröffnete um 17 Uhr die Versammlung, zu der 150 Mitglieder erschienen sind. Punkt 1 der Tagesordnung, Verlesen der letzten Niederschrift, wird genehmigt. Zu 2, Neuanmeldungen, werden die Namen von 50 Kameraden, die sich zur Aufnahme im Januar gemeldet haben, verlesen. Zu 3, die Weihnachtsfeier findet am 22. Dezember im Gasthof Wünsche statt. Zu 4, unsere Forderungen, wird das Rundschreiben der A. M. B. an die Arbeitgeber verlesen, und von der Versammlung für richtig anerkannt. Zu 5, Kapitalanlage, gibt der Vorsitzende den Erwerb von 20 Dea-Aktien aus Mitteln der Kapitalanlage bekannt. Der Vorschlag, von der restlichen Kapitalanlage noch weitere Aktien zu kaufen, wird angenommen, und der Vorstand ermächtigt, selbst zu handeln.

Der als Gast anwesende Bergwerksdirektor Herr Gebhard erhielt hierauf das Wort und nimmt Stellung zum Aktienkauf. Herr Dir. Gebhard beleuchtet das von unbekannter Seite maschinenschriftlich herausgebrachte Flugblatt in welchem die Behauptung aufgestellt ist, das zum Aktienkauf verwendete Geld sei wieder in die Taschen von Gebhard zurückgefließen. Ferner erklärte er den Vorgang an der Börse und wie unsinnig die im Flugblatt aufgestellte Behauptung ist. Zum Schluß sagt Herr Dir. Gebhard, daß er, sowie der gesamte Vorstand der Dea immer im Sinne der Gemeinschaft arbeiten werden. Wir wollen nicht durch die Not und niedrigen Lohn des Arbeiters viel verdienen, sondern „durch Steigerung der Leistung der Arbeiterschaft ein möglichst hohes Einkommen sichern. Die deutsche Wirtschaft könne nur gesunden durch gemeinsame Arbeit und nur durch die Mitarbeit der deutschen Arbeiterschaft! Diese sehr lehrreichen Ausführungen fanden den größten Beifall der Versammlung. Der Vorsitzende dankte Herrn Dir. Gebhard im Namen aller Teilnehmer.

Unter Punkt Verschiedenes wird auf einen in nächster Zeit stattfindenden Filmvortrag der Knappschafts-Berufsgenossenschaft über Unfallverhütung besonders hingewiesen.

**Schluß der sehr anregenden Versammlung um 20 Uhr.**

**Werksgruppe Michel-Vesta.** Am 1. 12. hielt die Gruppe ihre Versammlung im Werksgasthof ab. Der 1. Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 15 Uhr und begrüßt die zahlreich erschienenen Kameraden, besonders die Vertreter des Werkes Herrn Dir. Holzmann und Herrn Inspektor Lang. Zu Punkt 1 der Tagesordnung wird Kam. Muschler zum 1. Schriftführer gewählt, welcher die Wahl annimmt. Zu 2 berichtet der 1. Vorsitzende von der Gemeinschaftssitzung in Halle und findet damit Beifall und Zustimmung der Versammlung. Zu 3 wurde über die Regelung der Sparkasse beraten und einstimmig beschlossen, jedes Mitglied muß sparen, die Auszahlung soll vor Weihnachten erfolgen. Durch rege Aussprache über unser Sparsystem wurden Mißverständnisse unter den Kameraden geklärt.

Alsdann ergriff Herr Dir. Holzmann das Wort um hierzu Stellung zu nehmen, und den Kameraden den Nutzen und Wert des Sparens für unsere Wirtschaft zu erklären. Zu einer nächsten Versammlung soll Kam. Steindorf gewonnen werden, der hierüber sprechen soll.

Zu Punkt 4, Verschiedenes, wird beschlossen, der für November angelegte Deutsche Abend soll erst im Januar im Gasthof Fischer stattfinden.

Da keine Anträge vorliegen, schloß der erste Vorsitzende die Versammlung um 18 Uhr.

Nächste Versammlung im Januar.

**Werksgruppe Cecillie.** Die letzte Monatsversammlung war von 51 Mitgliedern besucht. Die Tagesordnung befaßte sich hauptsächlich mit dem Ergebnis der letzten Gemeinschaftsausschusssitzung, die in Halle stattgefunden hat. Es konnten wieder einige neue Mitglieder aufgenommen werden. Die nächste Versammlung findet am 19. Januar 1930 statt.

**Bezirk Borna. Monatsversammlungen und Veranstaltungen im Monat November.**

**Braunkohlenwerke Borna A.-G.** Die Werksgruppe hielt am 10. 11. ihre Versammlung unter Vorsitz des Kam. Noeske ab. Die Versammlung war sehr zahlreich besucht. Es wurde beschlossen, die Spargelder für Weihnachten abzuheben. Der Antrag des Vorstandes am 15. 12. im Wettiner Hof zu Borna eine Weihnachtsfeier für die Kinder der Gruppe zu veranstalten wurde angenommen und die Vorarbeiten hierfür verteilt. Kam. Noeske wies noch auf die große Bedeutung der Kommunalwahlen hin und schloß nach Erledigung einiger geschäftlichen Punkte die Versammlung.

**Werksgruppe Dora und Helene** fand sich am gleichen Tage in Großdörsen zur Monatsversammlung ein, die stark besucht war. Leider wurde die Abhaltung der Versammlung durch den zu kleinen Raum stark beeinträchtigt. Die Gruppe konnte wieder 9 neue Mitglieder aufnehmen. Es wurden in erster Linie innere Angelegenheiten behandelt und die Arbeiten für die Durchführung der Wahlpropaganda besprochen. Auf Vorschlag des stellv. Vorsitzenden Kam. Jungmans wurde ein Teil der Punkte der Tagesordnung zur Erledigung der nächsten Versammlung überwiesen.

**Werksgruppe A. S. W. Böhlen,** hielt ihre Monatsversammlung am 16. 11. in Böhlen ab. Der Vorsitzende Kam. Zäbisch sprach sich im ersten Punkt über unsere Bewegung aus und über die praktische Mitarbeit der einzelnen Kameraden. Ein jeder muß das Seine dazu beitragen, damit die Bewegung weitergetragen wird. Wir dürfen die Arbeit nicht nur einigen wenigen überlassen. Er ging dann auf die Lohnkrise ein, gab eine Schilderung der augenblicklichen Lage und berichtete über die diesbezüglichen Verhandlungen und Besprechungen in der Gruppe. Die Gruppe stimmte seinen Ausführungen restlos bei. Der Vorsitzende ging dann zum Punkte „Gemeindewahlen“ über, an den sich noch eine recht rege Aussprache anschloß. Im zweiten Teile des Abends ergriff Kam. Staehle das Wort zu seinem überaus interessanten Vortrage „Das Werden der Technik“. Die Versammlung folgte mit großem Interesse seinen Worten und dankte ihm mit starkem Beifall.

**Vaterländischer Abend in Lobstädt** am 16. 11. Die Werksgruppen Dora, Helene und Viktoria veranstalteten gemeinsam mit dem Ortsausschuß Lobstädt einen „Deutschen Abend“, welcher einen ausgezeichneten Verlauf nahm. Die Kameraden der Werksgruppen, starke Beteiligung der Bürger Lobstädt die Direktoren der Oberbergdirektion Borna und der beiden Werke waren der Einladung gefolgt und füllten den großen Saal bis auf den letzten Platz. Die Beteiligung der Gesangsabteilung des Knappenvereins Dora und Helene, der Liedertafel Lobstädt und des Deutschen Turnvereins in Lobstädt an den Darbietungen zeigte, wie eng die Beziehungen unserer Werksgruppen zur Bevölkerung verflochten sind. Stärkster Beifall durchbraute wiederholt den Saal. Den Haupterfolg des Abends brachte der Vortrag des Herrn Dr. Hoffmann-Kutschke, Halle, welcher die trostlose Lage unseres armen Vaterlandes allen Anwesenden nochmals vor Augen hielt. Das gemeinsam gesungene Deutschlandlied beendete den sehr schönen Abend. Die Bergkapelle Borna hatte den musikalischen Teil übernommen. Kam. Jungmans, der stellv. Vorsitzende der Gruppe Dora und Helene hielt die Begrüßungssprache, Kam. Haase, der Vorsitzende der Gruppe Viktoria das Schlußwort.

**Werksgruppe Viktoria** hatte zum 24. 11. zur Monatsversammlung aufgerufen. Kam. Haase als Vorsitzender behandelte als 1. Punkt der Tagesordnung den augenblicklichen Lohnkampf und unsere Stellungnahme hierzu. Er besprach eingehend die gefaßten Beschlüsse des Hauptvorstandes und fand allgemein Zustimmung bei den zahlreich erschienenen Kameraden. Er konnte wiederum 6 neue Kameraden als Mitglieder verpflichten und konnte mit Stolz berichten, daß im Verlaufe noch nicht eines Jahres die Gruppe von 6 Mann nunmehr bereits die stattliche Zahl von 65 Kameraden erreicht habe. Eine sehr rege Aussprache über den Kampf der Gewerkschaften mit dem Arbeitgeberverband und unsere Stellung hierzu ergab, wie das Interesse unserer Kameraden für Zweck und Ziel unserer Bewegung immer mehr erkennbar wird.

**Werksgruppe Kraft I und III** hielt am 24. 11. in Throna ihre Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende Kam. Jahn begrüßte die erschienenen Kameraden und als Gast den Leiter des Werkes, Herrn Dir. Hahne. Er gedenkt der gefallenen Kameraden und teilt mit, daß Kam. Heuschel im Auftrage der Gruppe am Helbendenkmal einen Kranz niedergelegt hat. Im weiteren Verlauf des Abends wurde behandelt die Landtagswahl, die nächsten Betriebsratswahlen und die Werksparkasse. Der Vorsitzende wies auf die im Januar stattfindende Generalversammlung hin. Die Aussprachen waren recht lebhaft.

Es konnten wieder 5 Kameraden als neue Mitglieder aufgenommen werden.

**Werksgruppe Kraft II, Deutzen.** Am Sonntag, den 1. 12., fand nachm. die Monatsversammlung unter Vorsitz des Kam. Gille statt, welcher die zahlreich erschienenen Kameraden begrüßte. Kam. Plankenhorn, Dora und Helene, erstattete einen kurzen Bericht über die letzten stattgefundenen Sitzungen des Bezirks, des Hauptvorstandes in Halle und der Gemeinschaftssitzung. Die anwesenden Kameraden gaben zu den Maßnahmen des Vorstandes ihr Einverständnis. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils erhielt Kam. Plankenhorn das Wort zu seinem Vortrage: Die heutige Wirtschaftslage, Lohn- und Preispolitik, unter besonderer Berücksichtigung der jetzigen Lohnverhandlungen.

Der Redner beleuchtete in einem fast einstündigen Vortrage unsere traurige Lage und zeigte den Weg, den wir zu gehen haben, um endlich aus dem Dreck herauszukommen.

Der reiche Beifall, der ihm gesendet wurde und die lebendige sich anschließende Aussprache zeigte, daß seine Ausführungen wohl verstanden und von den Kameraden richtig aufgenommen worden waren.

**Werksgruppe Regis.** Die Gruppe hatte zu Sonntag, den 12. abends zu ihrem ersten Monatsabend eingeladen. Der Einladung, die der Vorstand auch an Fernstehende hatte ergeben lassen, waren eine Reihe von Kameraden gefolgt. Der Vorsitzende Kam. Schröder begrüßte die Kameraden, besonders auch die von Throna herübergekommenen Kameraden von Kraft I, unter diesen den dortigen Vorsitzenden Kam. Jahn. Den Hauptvortrag hatte Kam. Plankenhorn, Dora und Helene, übernommen. Der Redner schilderte in klaren Worten unsere heutige wirtschaftliche Lage und mancher der Fernstehenden war recht erstaunt über die enge Beteiligung der Gewerkschaften und ihrer Genossen an der Haupt-



schuld für diese traurigen Zustände. Der Redner ging dann zu unserer Bewegung über, streifte in kurzen Worten Aufbau und Aufgaben unserer Vereinigung. Es schloß sich eine sehr rege Aussprache an, an welcher sich die Kameraden Jahn, Voigt, Schröter, Ueberschaer, Hesse und Pinkes beteiligten. Gerade diese Versammlung zeigte, wie wertvoll es ist, wenn zu jeder Vollversammlung ein Vortrag vorgelesen ist, damit durch gegenseitigen Meinungs- aus- tausch Mißverständnisse aufgeklärt werden können. Erst nach 11 Uhr konnte der Vorsitzende mit herzlichem Danke für die vortrefflichen Ausführungen des Kam. Planckhorn die Versammlung schließen.

**Bezirk Neuselwitz.** Gründungsfeier der Grube Schaede, bei Zipsendorf am 1. Dezember 1929.

Die Werksgruppe Grube Schaede beging am 1. 12. im Ratseller Zipsendorf ihre Gründungsfeier. Derselben vorausgehend, hatte die erst seit wenigen Monaten bestehende Frauengruppe zu einer Advenisfeier und Kinderbescherung eingeladen. Ein Teil des Festraumes war in sinnvoller Weise zu einer Esgrötte umgewandelt worden, in der der Weihnachtsbaum und die Geschenktafel aufgestellt gefunden hatten. Von fleißigen Frauenhänden war dieselbe in überreichem Maße mit schönen praktischen Geschenken versehen worden. Nachdem die Klänge eines Weihnachtsliedes verklungen waren und die Vorsitzende die großen und kleinen Gäste begrüßt hatte, wurden die Letzteren an festlich gedeckter Tafel mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Im Anschluß hieran wechselten Vorträge der Kinder und gemeinsam gesungene Weihnachtslieder in hunder Reihenfolge sich ab. Den Höhepunkt des Festes der Kleinen bildete das Erscheinen des Weihnachtsmannes, der aus seinen wohlgefüllten Sacke köstliche Leckerbissen an die frohe Kinderzgar verteilte. Die anschließende Bescherung brachte dann den Kindern die schon oben erwähnten, von den Frauen der Gruppe angefertigten schönen praktischen Geschenke. Die frohen Kinderaugen bewiesen, daß auch hier für jeden das Richtige getroffen war und die von Herrn Direktor Winter den Frauen gezollte Anerkennung, möge denselben ein neuer Ansporn sein, auf Ihrem so erfolgreich begonnenen Wege weiter zugehen.

War der Nachmittag des Festtages den Kindern gewidmet, so war der Abend für die eigentliche Gründungsfeier vorgesehen. Pünktlich 8 Uhr wurde dieselbe mit einem schönen Konzert eröffnet, durch das bald alle Festteilnehmer in eine frohe Stimmung kamen. Frohe Bergmannslieder erklangen und bei der Unterhaltung von Mund zu Mund war schnell der so schöne kameradschaftliche Ton gefunden, der die Menschen einander näherbringt. Der Vorsitzende schilderte in seiner Begrüßungsansprache das Werden der Gruppe, die vor nunmehr einem Jahr von 9 Kameraden gegründet wurde und heute schon 30 Mitglieder zählt, dankte auch Herr Direktor Winter für die freundliche Ueberlassung des Filmapparates und der wertvollen Bücherei, die den Kameraden schon manche unterhaltende und belehrende Stunde gebracht haben. Einer besonderen Dankespflicht entlebte sich der Vorsitzende gegenüber Herrn Dr. Bredtel der jederzeit in uneigennütziger Weise der Gruppe seine Persönlichkeit zur Verfügung gestellt hat. Herr Direktor Winter forderte hierauf die Anwesenden auf, nicht müde zu werden im Kampf gegen den Marxismus, der die Kluft zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber immer weiter aufreißt zum Schaden unseres Vaterlandes, unserer Wirtschaft und unserer selbst. Ein vom Filmwart gebotener Filmvortrag führte die Anwesenden mit „Graf Zeppelin“ auf die Weltreise und gab ihnen gleichzeitig einen neuen Beweis von deutschem Können und deutschem Erdingergeist. Das hierauf beginnende Tänzchen hielt die Festteilnehmer noch lange in froher Stimmung zusammen. Allen aber, die am Gelingen des Tages mitgeholfen haben, sei auch an dieser Stelle noch einmal gedankt.

**Werksgruppe Kostitz.** Der Vorstandssitzung am 20. 10. folgte am Sonntag, den 24. 11. 1929 im Kasino der A. B. W. eine Mitgliederversammlung, mit nachfolgender Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über den Lohnkampf.
2. Festsetzung der Auszahlung von Spargeldern.
3. Verschiedenes.
4. Vortrag über die Bedeutung der Thüringer Landtagswahlen.
5. Freie Aussprache.

Der Vorsitzende Kamerad Taubert eröffnete um 9<sup>10</sup> die Versammlung, begrüßte die Mitglieder und sprach seine Freude über das vollbesetzte Haus aus.

Er ging dann zur Tagesordnung über und sprach zu Punkt 1 so ausführlich, monach wohl ein jeder der Ausführungen entsprechend weiß, wie er sich in dieser Angelegenheit zu verhalten hat. Im Anschluß an diesen Punkt schloß sich eine lebhaftige Aussprache. Punkt 2 fand seine Erledigung dahin, daß jedes Mitglied, welches gewillt ist, von seinem Sparguthaben zu Weihnachten etwas abzugeben, sich bis zum 4. 12. 29 beim Kassierer des Vereins meldet und angibt welche Summe er wünscht.

Vom 10. 12. 29 ab erfolgt dann die Auszahlung beim Kassierer Kamerad Klöpffel.

Zu 3 erinnerte der Vorsitzende an die Werksbibliothek, welche seit dem Bestehen, laut Eintragung der Leser in eine Empfängerliste, beweist, daß die Bücher größtenteils von Nichtmitgliedern des Vereins gelesen werden und bittet, daß hier von Seiten der Mitglieder mehr Gebrauch davon gemacht wird. (Ersteres beweist doch das Interesse so mancher Außenwetter, zum Verein).

Alsdann gibt der Vorsitzende noch bekannt, daß am 2. 12. 29 ein Vortrag über englische Gewerkschaftsbewegung im Kasino des Werkes stattfindet und laßt alle recht herzlich ein.

Auch gab der Vorsitzende seine Freude kund, daß am letzten Freitag, dem 22. 11. zum Vortrag des Herrn Dr. Bredtel das Haus voll war und auch zwei Herren der Direktion: Herr Berg-assessor Nehring und Herr Dr. Strengfeld anwesend waren.

Hierauf trat eine Pause von 5 Minuten ein.

Nun ergriff zu Punkt 4 Herr Dr. Bredtel das Wort. Er verstand es die Zuhörer eine volle Stunde zu unterhalten und ihnen ins Gedächtnis zu rufen, was jeder seinem engeren Heimatlande schuldig ist, d. i.: An der Wahlurne zu erscheinen und seine Stimme so abzugeben, daß Thüringen von dem völligen finanziellen Zusammenbruch u. w. bewahrt bleibe.

Der Vorsitzende Kamerad Taubert dankte Herrn Dr. Bredtel für die trefflichen Ausführungen im Namen aller Anwesenden und schloß mit einem fröhlichen „Glück auf“ um 12<sup>15</sup> Uhr die Versammlung.

**Werksgruppe Phönix-Munsdorf.** Am 15. 11. fand unsere Monatsversammlung statt. Zu Beginn konnten erfreulicherweise wiederum 8 Kameraden als Mitglieder aufgenommen werden. Nach Erledigung der reichhaltigen Tagesordnung leitete der 1. Vorsitzende eine Aussprache zu den in Preußen und Sachsen bevorstehenden Kommunalwahlen ein. Im Verlaufe dieser ergriff auch Herr Dr. Bredtel-Feig das Wort. Seine umfassenden Ausführungen forderten Ausschluß der Parteipolitik aus den Gemeindeparlamenten und bei allen Entscheidungen Stellung des Gemeinwohles vor das Einzelwohl. Die Ausführungen wurden mit großem Interesse verfolgt und fanden lebhaftige Zustimmung. — Zum Schluß gab Kam. C. Lehmann noch bekannt, daß unsere nächste Monatsversammlung am 20. 12. und ein Vortragsabend am 29. 11. stattfinden.

An dem letztgenannten Abend sprachen Kam. Spindler und anschließend Herr Dr. Bredtel über „Marxismus und Sozialismus.“ Die Versammlung folgte beiden Vorträgen aufmerksam und zollte den Rednern für ihre trefflichen Ausführungen Beifall.

**Bergmännische Vereinigung Tagebau Petsa.** Am 6. Dezember fand die Monatsversammlung statt, welche gut besucht war. An der Weihnachtsfeier werden sich alle Werksvereine einschl. der Frauengruppe beteiligen. Der Nachmittag ist den Kindern gewidmet, während der Abend für die Erwachsenen bestimmt ist.

Der Vorsitzende machte auf die eingerichteten Bildungsabende aufmerksam und bat um gute Beteiligung. Zum Schluß wurde auf die bevorstehende Landtagswahl hingewiesen.

## Sommerfrische Schneidemühle

(Bahnhof Haynsburg)

Hotel u. Pension-Villa „Zur Zeitzer Schweiz“

18000 Morgen Wald.

Mitten im Laub- und Nadelwald gelegen. Schönster Ausflugsort des Zeitzer Forstes. Hotel-Restaurant, Saal und Gartenwirtschaft (1500 Sitzplätze) mit eigener Landwirtschaft. Neue Pensionsvilla. Fremdenzimmer (55 Betten). Angenehmes Familienbad, Ausflugsort für Vereine und Schulen. Ruhige Lage, sonnige Zimmer mit Balkon, elektr. Licht, Bad, W.-C. Pension von 4,50 bis 6,00 pro Tag bei 4 reichlichen Mahlzeiten, je nach Lage der Zimmer. 1a Küche und Keller, Hausschlachtung eigene Hausbäckerei. Tägl. frische Aale, Schleie, Karpfen blau. Autobusverbindung Haynsburg—Scheidemühle—Zeititz lt. Fahrplan. Autopark f. ca. 200 Autos u. gr. Ausspannung f. 50 Pferde vorhanden.

Telefon Zeititz 535.

Prospekt frei.

Besitzer: W. Prätör.

l<sup>2</sup>

von Va 382

4°

+

(1/3, 1928/30)

Zeitung

ULB Halle 3  
009 060 669



Wilh. Felger  
Buchbinderei  
Halle a. S., Gr. Nicolaistr. 8





1928 Pz 924

# Mitteilungs-Blatt

Der Arbeitnehmer-Vereinigung im mitteldeutschen Bergbau

Erscheint nach Bedarf, mindestens aber einmal im Monat und wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt



Sämtliche Zuschriften sind zu richten an die Druckerei Ewald Schellenbeck, Halle (Saale), Königstraße Nr. 71/72

2. Jahrgang

Halle (Saale), den 27. Januar 1929

Nr. 1

## Hinein in den Betriebsrat!

Bald werden in unseren Bezirken wiederum die Wahlen zum Betriebsrat stattfinden. Der Kampf hat bereits eingesetzt mit allen Mitteln der Verleumdung und Hetze, wie sie der Gewerkschaften würdig sind. Deren Auftraggeber wissen ganz genau, daß ihnen von Seiten der nationalen Arbeiterbewegung die größte Gefahr droht. Den ehrlichen Kampf wagen sie nicht aufzunehmen, darum wird von hinten herum draußengelogen und verleumdet, wie es so die gewerkschaftliche Manier ist. Da hat so ein armseliger Schreiber ein Sudelblatt losgelassen gegen die „Gelben“. Es wird darin wieder gefaselt von Freibier, von sozialer Reaktion und ähnlichem Unsinn. Die Gewerkschaften sind natürlich dargestellt als Retter und Befreier der Arbeiterschaft.

Sie sind es, die uns höhere Löhne gebracht

und die Inflation.

und Wirtschafts-Arbeitslosigkeit. und Abzüge über vergliche die gloriösa Wirtschaft.

es, die uns ins Wirtschaftszerdas ganze Volk rufen wir. Gar ganzen deutschen mit der vielgepriesenen sind.

Betriebsrätegesetz t zu behaupten; die schärfsten Geg- en im Betriebs- n für ihren Be-

Die Hauptfache bürokratie und hierkaste ist ent- schaft und deren acht und Herrsch-

L, muß auf ge- ein Haus umso nd, so ist auch

die Wirtschaft um so gesicherter, je gesunder die einzelnen Betriebe in sich sind. Da hilft kein Herumreden und Herumdoßern mit Plästerchen und Palliativmittelchen, wie es heute eine beliebte Art ist, sondern die Gesundung muß von innen heraus kommen, beginnend mit dem Fundament in den Betrieben selbst.

Das ist die Auffassung der nationalen Arbeiterbewegung, und entsprechend dieser Aufgabe beginnt unsere Aufbauarbeit in den Betrieben. Und bei dieser Arbeit steht uns das Betriebsrätegesetz zur Seite. Wir sind von vornherein aufgebaut im Sinne des Betriebsrätegesetzes. Es heißt ausdrücklich im Paragraph 66 des B. A. G.:

„Der Betrieb hat die Aufgabe: in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen, in den Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuarbeiten.

Den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren....

Das Einvernehmen innerhalb der Arbeitnehmerschaft sowie zwischen ihr und dem Arbeitgeber zu fördern und für Wahrung der Vereinigungsfreiheit der Arbeitnehmerschaft einzutreten.

Beschwerden des Arbeiter- und Angestelltenrats entgegenzunehmen und auf ihre Abstellung in gemeinsamer Verhandlung mit dem Arbeitgeber hinzuwirken.“

Saben die Gewerkschaften oder die gewerkschaftlichen Betriebsräte je im Sinne dieser gesetzlichen Aufgabe gehandelt? Niemals. Sie haben aus dem Betriebsrat ein gewerkschaftliches und politisches Instrument gemacht. Ihr Betriebsrat soll zunächst und in erster Linie gewerkschaftlicher Funktionär sein und der Betrieb ist Nebensache.

Das soll und muß anders werden. Natürlich wollen die Herren Sekretäre von einem gesunden Aufbau, der unten im Betrieb beginnt mit der Betriebsgemeinschaft und oben endet in der Arbeitsgemeinschaft nichts wissen, weil für sie dann kein Platz mehr da ist, kein Pöstchen. Sie wollen die gewerkschaftliche Diktatur.

Wir aber wollen frei sein von gewerkschaftlicher Bevormundung und Gängelerei. Wir wollen frei sein von Verhegung, die uns in Streif und Elend treibt.



Die nächste Nummer erscheint am 20. Februar 1929.